

Stenographischer Bericht

69. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

XIV. Gesetzgebungsperiode – 18. Jänner 2005

Inhalt:

Personelles:

Entschuldigt: Landesrat Seitinger.

1. Zuweisungen, Bekanntgabe von Anträgen und Mitteilungen (4618).
2. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 2060/1, der Abgeordneten Bacher, Margarethe Gruber und Rieser, betreffend Übernahme der B 317 durch die ASFINAG.
Berichtersteller: Abg. Bacher.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 4.
Beschlussfassung.
3. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 1803/1, der Abgeordneten Schrittwieser, Kröpfl, Dipl.-Ing. Grabner, Gennaro, Gross, Petinger, Margarethe Gruber, Böhmer und Breithuber, betreffend Förderungen des Landes zur Unterstützung des Ausbaues von Anschlussbahnen.
Berichtersteller: Abg. Schrittwieser.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 4.
Beschlussfassung.
4. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 1804/1, der Abgeordneten Gross, Kröpfl und Schrittwieser, betreffend unentgeltliche Begleitung einer behinderten Person in einem öffentlichen Verkehrsmittel.
Berichtersteller: Abg. Detlef Gruber.
Redner zu den Tagesordnungspunkten 2 bis 4: Abg. Bacher, Abg. Schrittwieser, Abg. Wiedner, Präsident Purr, Abg. Margarethe Gruber, Abg. Rieser, Landeshauptmannstellvertreter Mag. Voves, Abg. Dietrich, Abg. Stöhrmann, Abg. Hagenauer, Abg. Dipl.-Ing. Wöhry, Abg. Gross, Abg. Wicher, Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl.
Beschlussfassung.
5. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 1802/1, der Abgeordneten Kröpfl, Böhmer und Detlef Gruber, betreffend Schulversuche bei ganztägigen Schulformen.
Berichtersteller: Abg. Böhmer.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 7.
Beschlussfassung.
6. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 1820/1, der Abgeordneten Bacher, Mag. Drexler, Hamedl, Beutl und Majcen, betreffend psychologische Betreuung an Schulen.
Berichterstellerin: Abg. Mag. Koller.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 7.
Beschlussfassung.
7. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 1674/1, der Abgeordneten Lafer und Graf, betreffend gesetzliche Verankerung der Richtlinie des ÖISS (Österreichisches Institut für Schul- und Sportstättenbau), betreffend Ausstattung von Schul- und Unterrichtsräumen.
Berichterstellerin: Abg. Graf.
Redner: Abg. Detlef Gruber, Abg. Mag. Koller, Abg. Böhmer, Abg. Köberl, Abg. Majcen, Abg. Kröpfl, Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder.
Beschlussfassung.
8. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2089/1, betreffend den steirischen Frauengesundheitsbericht 2003.
Berichterstellerin: Abg. Gross.
Redner: Abg. Dr. Forenbacher, Abg. Gross, Abg. Wicher, Abg. Mag. Zitz, Abg. Mag. Koller, Abg. Zierler, Landesrat Mag. Erlitz.
Beschlussfassung.

9. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2077/1, die Genehmigung einer Vereinbarung gemäß Artikel 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Steiermark über die Abgeltung stationärer medizinischer Versorgungsleistungen von öffentlichen Krankenanstalten für Insassen von Justizanstalten.
Berichterstatter: Abg. Böhmer.
Beschlussfassung.
10. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2045/1, betreffend Tourismusbericht 2003.
Berichterstatter: Abg. Tasch.
Redner: Abg. Tasch, Abg. List, Abg. Prattes, Abg. Tschernko, Abg. Ing. Ober, Abg. Schleich, Landesrat Schützenhöfer.
Beschlussfassung.
11. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 2122/1, betreffend Prüfung der vom Gemeinnützigen Steirischen Wohnungsunternehmen Ges.m.b.H., 8130 Frohnleiten, Mayr-Melnhof-Straße 14 in 8120 Peggau, Karl-Thomann-Straße 12 errichteten Wohnanlage.
Berichterstatter: Abg. Kasic.
Beschlussfassung.
12. Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2009/1, Beilage Nr. 220, Gesetz, mit dem ein Steiermärkisches Landes-Sicherheitsgesetz (StLSG) erlassen wird und Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über den Antrag, Einl.-Zahl 1903/1, der Abgeordneten Hamedl und Mag. Drexler, betreffend Erlassung eines Steiermärkischen Landessicherheitsgesetzes.
Berichterstatter: Abg. Hamedl (4659).
Redner: Abg. Hamedl, Abg. Mag. Zitz, Abg. Hamedl, Abg. Lafer, Abg. Schrittwieser, Abg. Mag. Drexler.
Beschlussfassung.
13. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über den Antrag, Einl.-Zahl 1353/1, der Abgeordneten Lechner-Sonnek, Hagenauer und Mag. Zitz, betreffend Anhebung des Pensionsantrittsalters für BürgermeisterInnen, den Antrag, Einl.-Zahl 1354/1, der Abgeordneten Lechner-Sonnek, Hagenauer und Mag. Zitz, betreffend Anhebung des Pensionsantrittsalters für Stadtsenatsmitglieder und den Antrag, Einl.-Zahl 1355/1, der Abgeordneten Lechner-Sonnek, Hagenauer und Mag. Zitz, betreffend Anhebung des Pensionsantrittsalters für privilegierte LandespolitikerInnen auf 65 Jahre.
Berichterstatter: Abg. Mag. Drexler.
Redner: Abg. Mag. Drexler, Abg. Mag. Zitz.
Beschlussfassung.
14. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über den Antrag, Einl.-Zahl 852/1, der Abgeordneten Mag. Zitz, Lechner-Sonnek und Hagenauer, betreffend Wahlrecht für alle AusländerInnen auf kommunaler Ebene.
Berichterstatter: Abg. Mag. Zitz.
Redner: Abg. Mag. Zitz, Abg. Mag. Drexler, Abg. Dietrich.
Beschlussfassung.
15. Bericht des Ausschusses für Kultur und Sport über den Antrag, Einl.-Zahl 2059/1, der Abgeordneten Bacher, Margarethe Gruber und Rieser, betreffend Landesausstellung der Naturparkregion Zirbitzkogel-Grebenzen zum Thema Was(s)erleben.
Berichterstatter: Abg. Bacher.
Rednerin: Abg. Zierler.
Beschlussfassung.
16. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 2052/1, der Abgeordneten Kröpfl, Dr. Bachmaier-Geltewa, Böhmer, Gennaro, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Detlef Gruber, Margrethe Gruber, Halper, Mag. Lackner, Petinger, Prattes, Dr. Reinprecht, Dr. Rieder, Schleich und Schrittwieser, betreffend Erwerb von VA-Tech-Aktien.
Berichterstatter: Abg. Gennaro.
Redner: Abg. Gennaro, Abg. Bittmann, Abg. Erwin Grube, Abg. Gennaro, Abg. Erwin Gruber, Abg. Schleich, Abg. Wiedner, Abg. Majcen, Landesrat DDr. Schöpfer, Abg. Gennaro.
Beschlussfassung.
17. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 2075/1, betreffend stichprobenweise Prüfung der Systematik der Kreditevidenzen in der Landesverwaltung.
Berichterstatter: Abg. Ferstl.
Beschlussfassung.
18. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Antrag, Einl.-Zahl 1985/1, der Abgeordneten Lechner-Sonnek, Hagenauer und Mag. Zitz, betreffend Überprüfung der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung.
Berichterstatter: Abg. Hagenauer.
Redner: Abg. Hagenauer.
Beschlussfassung.

Beginn der Sitzung: 10.04 Uhr.

Präsident Purr: Hohes Haus!

Heute findet die 69. Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der XIV. Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle Erschienenen, im Besonderen die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic an der Spitze sowie die Damen und Herren des Bundesrates.

Entschuldigt ist Herr Landesrat Seitinger.

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Besteht gegen die Tagesordnung ein Einwand?

Das ist nicht der Fall.

Hohes Haus!

Wir haben heute ein Geburtstagskind unter uns.

Herr Landtagsabgeordneter Peter Hagenauer vollendete am 4. Jänner 2005 sein 60. Lebensjahr. Im eigenen Namen und namens des Steiermärkischen Landtages entbiete ich die herzlichsten Glückwünsche. (Allgemeiner Beifall.)

Ich freue mich über die Anwesenheit der Besucher auf der Galerie.

Ich begrüße die Seniorinnen und Senioren der Ortsgruppe Mariazell unter der Leitung von Frau Obfrau Rosa Gierrer. (Allgemeiner Beifall.)

Ich begrüße die Damen der Frauenbewegung Bruck an der Mur unter der Leitung von Frau Obfrau Hermi Wernbacher. (Allgemeiner Beifall.)

Ich ersuche Sie, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, sich aus Anlass eines Gedenkens an die Flutopfer in Asien von Ihren Plätzen zu erheben.

Das Jahr 2004 endete am zweiten Weihnachtsfeiertag mit einer Katastrophe, die es so seit Menschengedenken noch nicht gegeben hat. Für Österreich das größte internationale Unglück seit dem Zweiten Weltkrieg. Dramatische Erlebnisse und tausende ungeklärte Schicksale bewegen derzeit die Menschen weltweit.

Unter den Opfern sind auch Steirerinnen und Steirer, die in der beliebten Urlaubsregion ihre Weihnachtsferien verbrachten. Tagtäglich sehen wir neue schreckliche Bilder aus den überfluteten Gebieten Südasiens. Das Paradies ist zur Hölle geworden in Thailand, Indonesien, Indien, Sri Lanka und den Malediven.

Die Spendenbereitschaft der ÖsterreicherInnen und der Steirerinnen und Steirer ist enorm, weltweit ist die Bestürzung über die Naturkatastrophe, die so viel Leid und Elend verursacht hat, groß. Unser Dank gilt allen, die geholfen haben.

Wir trauern um die Toten. Unser Mitgefühl wendet sich den Angehörigen zu.

Um die Anteilnahme des Steiermärkischen Landtages an den schlimmen Ereignissen zu unterstreichen, ersuche ich um die Abhaltung einer Schweigeminute.

Ich danke für die Kundgebung der Trauer.

Eine Liste der Zuweisungen ist in der heutigen Auflage enthalten.

Wird gegen diese Zuweisungen ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Hinsichtlich der eingebrachten Anträge wird eine Liste im Laufe der Sitzung aufgelegt werden.

Ich teile dem Hohen Haus mit, dass fünf schriftliche Anfragen und sieben Anfragebeantwortungen gemäß Paragraph 66 GeoLT eingebracht wurden, die ebenfalls in der heutigen Auflage enthalten sind.

Im Anschluss an diese Landtagssitzung werde ich eine Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft einberufen, in welchem über folgende Regierungsvorlage beraten werden soll: Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2112/1, betreffend Aktionsprogramm „Haftungsübernahmeaktion für steirische Kleinbetriebe“.

Weiters werde ich eine Sitzung des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform zur Beratung über nachstehende Regierungsvorlage einberufen: Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2125/1, Beilage Nr. 236, betreffend Gesetz, mit dem das Steiermärkische Landespersonalvertretungsgesetz geändert wird.

Im Anschluss an diese Ausschusssitzungen werde ich die 70. Landtagssitzung einberufen. Gegenstand sind die Berichte des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft sowie des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungswirtschaft über die genannten Regierungsvorlagen.

Ich gehe nunmehr zur Tagesordnung im Sinne des Paragraphen 39 Absatz 3 GeoLT über. Ich ersuche um Wortmeldungen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten der heutigen Sitzung gemäß Paragraph 55 GeoLT.

Bei den Tagesordnungspunkten 2 bis 4 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese drei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

2. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 2060/1, der Abgeordneten Bacher, Margarethe Gruber und Rieser, betreffend Übernahme der B 317 durch die ASFINAG.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Johann Bacher. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Bacher (10.11 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

In diesem Antrag wird die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, dass die Landesstraße B 317 im Abschnitt von Scheifling bis zur Landesgrenze nach Kärnten als Schnellstraße übernommen und dadurch in den Zuständigkeitsbereich der ASFINAG übergeben wird.

Am 1. Juni 2004 hat Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schöggel über den ORF verkündet, dass der Straßenzug von der ASFINAG übernommen und bis zum Jahre 2014 ausgebaut werden soll.

Bedauerlicherweise ist das bis heute noch nicht eingetreten.

Der Ausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die Bundesregierung zu drängen, dass die B 317 zwischen Scheifling und der Landesgrenze nach Kärnten an die ASFINAG übertragen wird.

Ich ersuche um Annahme dieses Berichtes. (10.12 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung.

Wir kommen damit zur Berichterstattung Tagesordnungspunkt

3. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 1803/1, der Abgeordneten Schrittwieser, Kröpfl, Dipl.-Ing. Grabner, Gennaro, Gross, Petinger, Margarethe Gruber, Böhmer und Breithuber, betreffend Förderungen des Landes zur Unterstützung des Ausbaues von Anschlussbahnen.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Siegfried Schrittwieser. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schrittwieser (10.12 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich berichte über den Schriftlichen Bericht des Ausschusses für Infrastruktur zum Antrag, Einl.-Zahl 1803/1, der Abgeordneten Schrittwieser, Walter Kröpfl, Dipl.-Ing. Grabner, Gennaro, Gross, Petinger, Margarethe Gruber, Böhmer und Breithuber, betreffend Förderungen des Landes zur Unterstützung des Ausbaues von Anschlussbahnen.

Der Ausschuss für Infrastruktur hat in seinen Sitzungen am 15. Juni 2004 und am 11. Jänner 2005 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt. Zum Antrag, Einl.-Zahl 1803/1, wie oben, liegt eine Stellungnahme der Landesregierung vor. Darin wird Folgendes berichtet:

Eine zentrale Bedeutung bei der Lösung der durch die geografische und topografische Situation der Steiermark bedingten gegenwärtigen und künftig noch zu erwartenden Probleme im Bereich des Straßengüterverkehrs wird dem Kombinierten Verkehr beigemessen. Die Bedeutung des Kombinierten Verkehrs ist vor allem darin zu sehen, dass dieser eine gesamtwirtschaftlich sinnvolle Verkehrsverteilung herbeiführen kann, in der die spezifischen Vorteile der Verkehrsträger Straße und Schiene in einer Verkehrsart kombiniert werden können. Als Kombiniertes Verkehr wird der Transport von Gütern in ein und derselben Ladeeinheit verstanden, bei dem der überwiegende Teil der Strecke mit der Eisenbahn zurückgelegt wird und der Vor- und Nachlauf auf der Straße so kurz wie möglich gehalten wird.

Bezüglich Kostenvergleich Straße und Schiene schätzen die Experten, dass ab einer Distanz von 250 km der Kostenvorteil des Straßengüterverkehrs egalisiert wird. Der entscheidende Nachteil im Kostengefüge der Schiene wird durch die hohen Umschlags- und Manipulationskosten begründet. Andererseits findet man in der steirischen Wirtschaft kaum Unternehmen und Güter, wo B2C-, B2B- beziehungsweise D2D-Transporte erfolgen.

Um die begrenzten Budgetmittel für eine Verlagerung von Güterverkehr von der Straße auf die Schiene möglichst effektiv und effizient einzusetzen, wird versucht, durch Projekte und Maßnahmen den Wettbewerbsnachteil des Kombinierten Verkehrs zu verringern. Ziel dabei ist insbesondere die Verbesserung der Qualität der angebotenen Kombinierten Verkehrsdienste durch Unterstützung von Investitionen in neue Technologien und Systeme und durch die Erstellung dementsprechender Logistikkonzepte.

Der Ausschuss für Infrastruktur stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Infrastruktur zum Antrag, Einl.-Zahl 1803/1, der Abgeordneten Schrittwieser, Walter Kröpfl, Dipl.-Ing. Grabner, Gennaro, Gross, Petinger, Margarethe Gruber, Böhmer und Breithuber, betreffend Förderungen des Landes zur Unterstützung des Ausbaues von Anschlussbahnen, wird zur Kenntnis genommen.

Ich bitte um Annahme. (10.16 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung.

4. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 1804/1, der Abgeordneten Gross, Kröpfl und Schrittwieser, betreffend unentgeltliche Begleitung einer behinderten Person in einem öffentlichen Verkehrsmittel.

Berichtersteller ist Herr Landtagsabgeordneter Detlef Gruber. Ich erteile ihm das Wort.

Gibt es Wortmeldungen zu den Tagesordnungspunkten 2, 3 und 4?

Abg. Detlef Gruber (10.16 Uhr): Ich berichte zum Antrag, Einl.-Zahl 1804, der Abgeordneten Gross, Kröpfl und Schrittwieser, betreffend unentgeltliche Begleitung einer behinderten Person in einem öffentlichen Verkehrsmittel.

Der Ausschuss für Infrastruktur hat in seinen Sitzungen am 15. Juni 2004 und am 11. Jänner 2005 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt. Eine Stellungnahme der Landesregierung liegt vor. Darin wird Folgendes berichtet:

In den Tarifbestimmungen des Verkehrsverbundes Steiermark ist vorgesehen, dass im Rahmen der Fahrpreismäßigung für Blinde eine Begleitperson und ein Führhund unentgeltlich befördert werden. Schwerkriegsbeschädigte können eine Begleitperson gratis mitnehmen, wenn der Schwerkriegsbeschädigtenausweis eine gültige Begleitermarke aufweist. Im Haustarif der Grazer Verkehrsbetriebe gibt es zusätzlich noch so genannte Nulltarifzeitkarten für GVB-Linien. Diese erhalten ständig schwer Gehbehinderte und geistig beziehungsweise mehrfach beeinträchtigte Personen, deren Einkommen einen bestimmten Grenzwert nicht übersteigt.

Der Tarif der Österreichischen Bundesbahnen sieht im Rahmen der Behindertenermäßigung die unentgeltliche Beförderung der Begleitperson dann vor, wenn die behinderte Person im Rollstuhl fährt beziehungsweise deren Behindertenpass den Vermerk „Der Inhaber des Passes bedarf einer Begleitperson“ aufweist.

Im als Beispiel angeführten Oberösterreichischen Verkehrsverbund gibt es neben den im Verbundtarif Steiermark gültigen Regelungen auch die Bestimmung, dass bei Behinderten mit Rollstuhl eine Begleitperson bei Bedarf unentgeltlich befördert wird.

An dieser Stelle sei angeführt, dass es neben Rollstuhlfahrern und -innen auch geistig behinderte Menschen gibt, die nur mit einer Begleitperson die öffentlichen Verkehrsmittel benützen können.

Im Rahmen einer Arbeitsgruppe bei der Behindertenbeauftragtenstelle der Stadt Graz wurde diesbezüglich auch schon die Möglichkeit von Begleitdiensten diskutiert. Leider liegen derzeit keine statistischen Daten vor, wie viele Behinderte einer Begleitperson bedürfen, was die Kalkulation von Einnahmehausfällen bei einer Gratisbeförderung sehr schwierig macht.

Die Verkehrsunternehmen tragen nach Wegfall der Alteinnehmenssicherung seit 1. Jänner 2004 wieder das wirtschaftliche Risiko. Das heißt, dass Einnahmehausfälle, die beispielsweise durch zusätzliche Ermäßigungen entstehen, nicht mehr automatisch durch die Gebietskörperschaften ausgeglichen werden.

Das Anliegen hinsichtlich der unentgeltlichen Mitnahme von Begleitpersonen wird auch an die Kooperationsgemeinschaft der Verkehrsunternehmen mit der Bitte um Prüfung weitergeleitet, um dieses Thema aus deren Sicht behandeln zu können.

Der Ausschuss für Infrastruktur stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Infrastruktur zum Antrag, Einl.-Zahl 1804/1, der Abgeordneten Gross, Kröpfl und Schrittwieser, betreffend unentgeltliche Begleitung einer behinderten Person in einem öffentlichen Verkehrsmittel, wird zur Kenntnis genommen. (10.19 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung.

Meine Damen und Herren, ich darf darauf aufmerksam machen, wir haben die Tätigkeit der Landtagssitzung bereits aufgenommen. Ich ersuche Sie um Aufmerksamkeit.

Ich darf als ersten Redner den Herrn Abgeordneten Bacher aufrufen. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Bacher (10.19 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein herzliches Grüßgott auch an die Zuschauertribüne, meine Damen und Herren!

Ein ganz wichtiger Tagesordnungspunkt ist der Ausbau der Infrastruktur in unserem Land.

Ich habe über diesen berühmten Ausbau der B 317 zwischen Judenburg und der Kärntner Grenze berichten dürfen. Ein Teil davon scheint ja in Erfüllung zu gehen, nämlich der Ausbau von Judenburg nach Scheifling. Der sollte ja bekanntlicherweise bis 2009 fertig gestellt sein.

Herr Landesrat und Landeshauptmannstellvertreter, wir haben auch im Vorjahr einen Antrag eingebracht, weil leider im Zuge der Übernahme von Straßen in den Generalverkehrsplan dieses Stück, und vor allem glaube ich auch des teuersten Stückes, von Scheifling bis nach Friesach zur Kärntner Grenze als Landesstraße übrig geblieben ist. Wir wissen auch die Hintergründe. Und die waren, dass der Kärntner Landeshauptmann gegen diesen Ausbau war. Das muss man ganz ehrlich sagen, weil er auch gegen die Einführung der Maut war und es von ihm massiven Widerstand gegeben hat, von Seiten der Kärntner Landesregierung, dass das gesamte Stück von Judenburg bis zur Kärntner Grenze in den Generalverkehrsplan übernommen wird. Leider, sage ich, weil auf der Strecke bleiben ja die Bewohner und die Bevölkerung dieser Region, der westlichen Obersteiermark.

Aber dazu komme ich noch. Daher ist die Aufforderung an dich gegangen, mit dem Bund zu verhandeln, im Nachhinein zu verhandeln, weil die Kärntner sich auch eines Besseren besonnen haben. Es gibt eine Menge von Zeitungsartikeln auch darüber, dass jetzt auch das Land Kärnten diese Übernahme will. Wir haben dich gebeten, mit dem Bund zu verhandeln und bekanntlicherweise ist auf Bundesebene Minister Gorbach zuständig, dass dieses Stück jetzt wirklich auch aufgenommen wurde. Wir haben auch mit Vertretern der ASFINAG mehrmals darüber diskutiert, dass das die wesentliche Voraussetzung ist, dass überhaupt weitere Planungen passieren können. Wir haben der Region seit 20 Jahren versprochen, dass dort etwas geschieht. Du weißt es selber ganz genau, Herr Landeshauptmannstellvertreter, dass dort auch die Erwartungshaltung sehr groß ist. Der Kollege Weilharter sitzt ja da hinter mir, der inzwischen im Bundesrat ist und ich hoffe, dass du draußen auch etwas tust in diesem Zusammenhang, weil du warst ja zumindest einer derjenigen – wo wir die Verantwortung gehabt haben –, der sagte, die ÖVP ist schuld. Ich mache das nicht so billig, dass ich sage, ihr seid schuld. Nur, ich ersuche schon, Herr Landeshauptmannstellvertreter, der ja bekanntlicherweise für die Infrastruktur in der Steiermark zuständig ist, in dieser Sache massiv aktiv zu werden. (Beifall bei der ÖVP.) Ich vermisse in der Richtung deine Aktivität. Ich erinnere dich daran, dass du im Juni 2002 gesagt hast, gerade zu dem Stück, gerade zu dem Ausbau dieses Stückes, dass du damit rechnest, dass in zwei bis drei Jahren Baubeginn ist. 2002 drei Jahre dazu ist 2005, Kollege Wiedner. Jetzt sind wir im Jahr 2005. Von einem Baubeginn, meine Damen und Herren, weit und breit nichts in Sicht, weit und breit nichts in Sicht!

Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich bin heute nach Graz hereingefahren, da habe ich ein Riesenplakat von dir gesehen, übrigens könntest du da ein bisschen fröhlicher dreinschauen auf dem Plakat, aber da steht oben „Ein Mann, ein Wort!“ (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Genau so ist es!) Was soll das jetzt? Heute diskutieren wir darüber – (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Wir können sachlich diskutieren, aber wenn du mich anpatzen willst, dann werden wir das aber anders aufziehen!“) Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich diskutiere sachlich. Was soll diese Frage jetzt, ich verstehe dich nicht. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Wir können das auch anders aufziehen!“ – Präsident: „Am Wort ist der Abgeordnete Bacher!“) Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich bitte dich mir zuzuhören. Ich halte keine Wahlrede, sondern ich vertrete das Anliegen der Region, die seit 20 Jahre wartet, dass dort etwas gemacht wird. Das hilft nichts, dass man sagt, vorher hätte man etwas machen können. Du bist jetzt zuständig. Und ich werde dir noch etwas sagen heute, was nicht sehr angenehm ist, weil du hast in Wahrheit uns im Ausschuss an der Nase herumgeführt, dass es nicht ärger geht. Dort hast du nämlich gesagt – es ist eine Woche her –, der Beschluss wird in den nächsten Minuten fallen. In der Zwischenzeit ist eine Woche vergangen, tausende Minuten sind vergangen, der Beschluss ist bis heute noch nicht gefasst. Der Antrag ist leider von der SPÖ, von Gradwohl eingebracht worden im Parlament und ich weiß es nicht, ob er beschlossen wurde, aber es ist von dir nichts geschehen. Ein Mann, ein Wort bedeutet für mich zu sagen, jawohl, Freunde, es dauert noch ein bisschen, aber ich bemühe mich sehr, dass das auch weitergeht. Und das ist die Forderung an dich, dass du endlich in dem Zusammenhang was weiterbringst. (Beifall bei der ÖVP.)

Und die dritte Geschichte ist, im Juni 2004 hast du über Medienaussendung bereits mitgeteilt, dass dieses Stück übernommen wurde und dass es jetzt frisch fröhlich weitergehen kann und ausgebaut werden kann. Es ist wiederum nichts passiert. Ich bitte dich schon, auch diese Kritik anzunehmen, das ist keine billige Wahlpolemik, sondern es geht darum, wenn man etwas zusagt, dann muss man es auch halten. Es hilft nichts. Weil das ist die wichtigste Voraussetzung. Diese Diskussion führen wir ja jetzt. Eine gute Infrastruktur ist eine wichtige Voraussetzung für Betriebsansiedelungen, für unsere Pendler und für die Entwicklung des Tourismus. Da brauchen wir uns jetzt aber nicht mehr zu unterhalten und das versteht ohnehin niemand, dass nichts weitergeht. Wo liegt das bitte um Gottes willen, dass endlich einmal diese Übernahme erfolgt? In diesem Sinne ersuche ich dich, endlich aktiv zu werden, dass dieses Motto „Ein Mann, ein Wort“ auch zutrifft. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 10.26 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Schrittwieser.

Abg. Schrittwieser (10.26 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich hoffe nur, dass die heftige Wortmeldung des Herrn Bacher jetzt ein paar Wochen vor der Wahl keine Koalitionskrise zwischen ÖVP und FPÖ auslöst. Aber das macht ihr euch selber aus. Der Kollege Bacher hat gesagt, man soll das, was man verspricht, auch halten, ein Mann, ein Wort. Das gilt aber nicht nur für den Kollegen Schögggl, das gilt auch für ÖVP-Regierungsmitglieder immer wieder. Den Semmering tut ihr gerade wieder aus der Taufe heben, weil wir uns wieder kümmern. Da habt ihr plakatiert: „Durchgesetzt!“ und er ist heute noch nicht da. Also, da muss ich sagen, da braucht ihr euch gegenseitig nicht sehr viel vorwerfen. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich möchte jetzt einen sachlichen Beitrag bringen, wie ich das gewohnt bin, zum Thema öffentlicher Verkehr, von der Straße auf die Schiene. Wir haben ja am 27. April einen Antrag eingebracht, dass wir es wollen, wie das Bundesministerium für Verkehr, Innovation das macht, dass wir Anschlussbahnen bei Betrieben auch in der Steiermark – wie das in Salzburg und in Vorarlberg bereits üblich ist – zusätzliche Unterstützungen und Förderungen zur Verfügung stellen, um eben nicht nur den Kombinierten Verkehr, der natürlich notwendig ist, auch zusätzlich noch die Güter bereits in den Betrieben auf die Schiene zu bekommen und von der Straße wegzubekommen. Wenn ich mir denke, wie die Verkehrsminister in Brüssel ver-

handelt haben, ist es ja so, dass dort nichts erreicht wurde, wir mit verstärktem Lkw-Verkehr oder Transitverkehr in Zukunft rechnen müssen und umso mehr müssen wir auch in unserem Bundesland die Anstrengungen verstärken, um eben die Anschlussbahnen in die Betriebe zu fördern.

Auf Grund unseres Antrages, des SPÖ-Klubs, gibt es ja heute diesen Bericht des Verkehrs- und Infrastruktur-Ausschusses, dem wir zustimmen werden, weil wir glauben, der Kombinierte Verkehr ist notwendig und wird uns auch die Situation auf der Straße erleichtern, aber wir sollten die Anschlussbahnen nicht aus den Augen verlieren und daher möchte ich für den SPÖ-Klub einen Unselbstständigen Entschließungsantrag einbringen und bitte auch die anderen Fraktionen dem zuzustimmen. Und zwar lautet der Unselbstständige Entschließungsantrag betreffend Förderung des Landes zur Unterstützung des Ausbaues von Anschlussbahnen der Abgeordneten Schrittwieser und Grabner:

Zum Antrag des SPÖ-Landtagsklubs, betreffend „Förderungen des Landes zur Unterstützung des Ausbaues von Anschlussbahnen“, liegt heute ein Schriftlicher Bericht vor, der die Stellungnahme der Regierung wiedergibt. In ihr wird die zentrale Bedeutung des Kombinierten Verkehrs bei der Lösung der Probleme des Straßengüterverkehrs hervorgehoben. Dieser Feststellung ist nicht zu widersprechen.

Nicht gefolgt werden kann jedoch dem Schluss daraus, für die Förderung von Anschlussbahnen keinerlei Mittel des Landes zur Verfügung zu stellen. Immerhin geht es dabei um die Ausschöpfung von Budgetmitteln des Bundes für steirische Verkehrsinfrastrukturprojekte. Die ergänzende Landesförderung, wie sie von den Bundesländern Vorarlberg und Salzburg eingesetzt wird, wäre sicher ein zusätzlicher Anreiz für jene Unternehmen, für die der Bau von Anschlussbahnen sinnvoll wäre, die Bundesmittel anzusprechen.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, wie die Bundesländer Vorarlberg und Salzburg zu den seitens des Bundes bestehenden Förderungsrichtlinien „Programm zur Unterstützung des Ausbaues von Anschlussbahnen“ ergänzende Förderungen des Landes zu beschließen.

Ich bitte um Annahme. (Beifall bei der SPÖ. – 10.31 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster am Wort ist der Herr Abgeordnete Wiedner.

Abg. Wiedner (10.31 Uhr): Meine sehr verehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Mitglieder der steirischen Landesregierung, sehr verehrte Damen und Herren!

Der Ausbau der Infrastruktur, lieber Kollege Bacher, ist eine Erfolgsgeschichte. In den letzten vier Jahren, seit Landeshauptmannstellvertreter Schöggel für diesen Bereich zuständig war und ist und sein wird, ist in der Steiermark irrsinnig viel weitergegangen. (Beifall bei der FPÖ.)

Das war bis dato noch nicht da und es wird seinesgleichen suchen müssen.

Wenn wir, lieber Herr Kollege Bacher, weil du das gerade so emotionell begonnen hast und ich verstehe dich, ein erster Debattenbeitrag in einer Landtagssitzung muss emotioneller sein, sonst passt keiner auf, der Inhalt ist dann im Endeffekt nicht so wichtig – (Abg. Bacher: „Wenn du dort oben wohnst und weißt, wie viele Tote es dort schon gegeben hat, dann brauchst du nicht sagen, dass ich da eine Show abziehe!“)

Du hast im Großen und Ganzen – (Abg. Bacher: „10.000 Unterschriften haben wir gesammelt!“) Ich habe nie gesagt, dass du eine Show abziehst. Ich habe gesagt, dass du emotioneller reagiert hast, dass ich das verstehe. (Abg. Bacher: „Zu sagen, ich ziehe eine Show ab, ist ein Wahnsinn!“)

Herr Kollege Bacher, wir haben diesen Antrag ja auch unterstützt, der hat eine Mehrheit im Ausschuss bekommen. Wir diskutieren ja da um des Kaisers Bart herum. Er hat ja eine Mehrheit bekommen und wir werden selber darauf schauen, lieber Freund, dass der Ausbau passiert, weil wir es ja wissen, dass es da ein Problem gibt, das ist ja nichts Neues.

Dass alles nicht auf einmal passieren kann, das weißt du, das wissen wir alle zusammen. Da brauchen wir uns gegenseitig nicht belehren. Das ist nichts Neues hier in diesem Hause.

Aber wieder herzugehen, Herr Kollege, und alles anzuputzen, so quasi es geht in der steirischen Verkehrspolitik nichts weiter, das, bitte, ist hier und heute der falsche Weg. Und darum sage ich es, dass in der Verkehrspolitik in der Steiermark, im Ausbau der Infrastruktur im Gegensatz zu dem, was früher passiert ist, immer im Vergleich, und der Vergleich macht uns sicher in dieser ganzen Angelegenheit, sehr vieles passiert ist und das ist eine Erfolgsgeschichte. Ich bitte dich, Herr Kollege Bacher, bei all der Emotion und bei all dem Verständnis, du bist ein sehr seriöser Kollege, bitte sag das so, wie es ist und sage es nicht anders. (Beifall bei der FPÖ.)

Wenn ich mir da andere politische Patschen quer durch die Steiermark anschau, was wir uns da in den letzten Jahren geleistet haben, wo gerade deine Fraktion dabei auch mitverantwortlich war. Kollege Schrittwieser hat es schon gesagt, die Semmeringgeschichte, das ist ein großer Patschen. Aichfeld ist der nächste große Patschen, den wir uns geleistet haben, und die 380er-Geschichte wird wahrscheinlich die nächste werden. Da nehmt ihr euch dann bei der Nase bei den ganzen Sachen. Hier ist keine Verantwortlichkeit des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Schöggel. Dort, wo er sie hat, nimmt er sie wahr und dort macht er es auch.

Ein paar Beispiele dafür: Flughafenzufahrt, wie lange haben wir diskutiert über die Flughafenzufahrt? Innerhalb kürzester Zeit, bitte, war das möglich, das zu machen, innerhalb kürzester Zeit. Er wird wahrscheinlich einige Dinge dann selber sagen.

Koralm, wie lange diskutieren wir, Herr Präsident, wie lange diskutieren wir den Koralmtunnel? Es ist jetzt möglich und es passiert, und das durch seinen persönlichen Einsatz.

Der öffentliche Verkehr – auch die Diskussionen. Noch nie wurde so viel Geld in der Steiermark in den öffentlichen Verkehr investiert, noch nie bis dato.

Also hier zu sprechen, es geht in dem Bereich nichts weiter, das ist der falsche Weg, der bringt uns nicht weiter und der hilft uns nicht.

Zu den Anträgen: Dass wir den Antrag Übernahme ASFINAG unterstützen, ist keine Diskussion.

Wir werden dem Antrag der SPÖ, wo es um die Anschlussbahnen geht, nicht zustimmen. (Abg. Schrittwieser: „Ist aber ein Fehler!“)

Ja, es mag ein Fehler sein. Aber du gestattest, dass auch wir den einen oder anderen Fehler machen, den du als Fehler siehst. Wir sehen es als richtig. (Abg. Stöhrmann: „Du hast gerade früher gesagt, dass die Koalition dauernd Fehler macht!“)

Nein, bitte, entschuldige, du hast nicht aufgepasst. Vor lauter Zwischenrufen passt du nicht auf. Ich hoffe, dass du keine Fehler machst, Herr Kollege Schrittwieser, entschuldige, Herr Kollege Stöhrmann, ich tu dich schon fast verwechseln. (Abg. Stöhrmann: „Eine Sache der Brillen!“) Ja, ich kann mir keine mehr leisten. (Abg. Stöhrmann: „Bei der Regierung kein Wunder!“)

Zum Tagesordnungspunkt 4, damit wir wieder sachlich werden, ersuche ich um eine getrennte Abstimmung. Wir sind natürlich dafür, dass die Behinderten gratis fahren können. Aber hier gleich die Forderung aufzustellen, das Land soll alles bezahlen, da müssen wir noch ein bisschen darüber diskutieren, ein bisschen darüber reden.

Diskutieren und reden darüber – dass ich auch ein bisschen kritisch sein darf – müssen wir sicherlich auch noch über die weiteren Ausbaumaßnahmen Richtung Süden, und zwar Bahnausbauten Richtung Süden. Hier haben wir mit dem Zeitplan ein bisserl ein Problem. (Abg. Prattes: „Ein bisserl ist gut!“)

Okay, ich kann unterstützen, was du sagst, es ist ein bisserl mehr als ein bisserl eines. Aber ich wohne dort in der Gegend und ich weiß, wie schwierig es war, die Sachen durchzubringen, wie gut das Ganze abgelaufen ist, die Verhandlungen, die Ablösen und die ganzen Maßnahmen, die Einreichung. Dort garantiere ich, dass ich da nicht nachgebe und keine Ruhe in dieser Sache gebe, dass wir auch hier den Zeitplan einigermassen einhalten können, weil das kann es nicht sein, dass wir hier sagen, die Zweigleisigkeit Richtung Marburg hat Priorität Nummer irgendwas. Da bin ich sicher nicht dabei und da sind wir alle zusammen, glaube ich, nicht dabei.

Wir werden in nächster Zeit hier gemeinsam Maßnahmen setzen, dass auch dort der Zeitplan eingehalten wird, so wie in vielen anderen Bereichen in der Steiermark auch, in der Infrastruktur, im Straßenausbau, alle Bereiche, für die wir Verantwortung tragen. Bitte das anzuerkennen und das auch so in Zukunft zu sehen, liebe Kollegen. (Beifall bei der FPÖ. – 10.37 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächstes darf ich das Wort Herrn Präsidenten Purr erteilen.

Präsident Purr (10.38 Uhr): Ja, meine Damen und Herren, das Thema Infrastruktur ist mir Anlass zu dieser heutigen Wortmeldung.

Etwas zu meinem Vorredner in aller Kürze: Kollege Wiedner, wir müssen uns einigen, wo wir beginnen abzugrenzen, welche Patschen, wie du es nennst, wir aufzählen. Die vor zwei Jahren, vor fünf Jahren, vor zehn Jahren oder länger. Wenn du jene Themen meinst, die im Moment so aktuell sind für unser Land, noch ist dort nirgends das letzte Wort gesprochen und ich weiß nicht, in welcher Form du dich dann entschuldigst, wenn das plötzlich alles anders aussieht, als du das jetzt im Negativen erwartest

So sage ich, geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, es ist Gott sei Dank gelungen, vom Thalerhof aus einen Zubringer, eine Straßenverbindung herzustellen zur A 2, zur Südautobahn. Das ist ein großer Erfolg. Und wer das ausprobiert hat weiß, was das bedeutet – eine raschere Möglichkeit, zum Flughafen zu gelangen beziehungsweise vom Flughafen in die Stadt zu gelangen.

Nur etwas, werfen wir einen Blick auf die Entwicklung unseres Flughafens am Thalerhof. Derzeit haben wir dort 850.000 Passagiere pro Jahr. Der Flughafen wird ausgebaut auf 1,500.000 Passagiere. Wird ausgebaut, das heißt, die Bautätigkeit ist dort in vollem Gange.

Nur, was wir nicht haben: Einen Zubringer der Bahn zum Flughafen! Noch dazu liest man dann am Flughafen: „In 300 Meter Entfernung erreichen Sie eine Bahnstation.“ Jetzt sage ich, das kann doch auf Dauer nicht die Wahrheit sein bei einem modernen Flughafen, dass dieser mit der Bahn nicht erreichbar wäre, noch dazu, wo das Geleise nur 300 Meter verlegt werden müsste. Und ich schließe nicht aus, dass diese vorhandenen Geleise dann auch dazu verwendet werden, dass man eine Anbindung, ähnlich einer Stadtbahn, zum Hauptbahnhof eben führt. Ich glaube, das ist ein Anliegen vieler, das ist Zukunft, das ist das, was wir brauchen. Es ist unvorstellbar, dass man von diesem so genannten Hauptbahnhof in Graz keine Möglichkeit hat, direkt zum Flughafen zu gelangen. Eine, würde ich sagen, Triebwagengarnitur könnte ja dort mehrere Haltestellen bedienen und vor allem auch als Stadtbahn Graz-Puntigam, Abtissendorf, Ostbahnhof und so weiter genützt werden – Teil eins.

Teil zwei, meine Damen und Herren, bei der Entwicklung des Flugverkehrs, der so sprunghaft steigt, halte ich es für richtig, dass in der Stadt Graz – egal, ob in der Nähe des Hauptplatzes, egal, ob in der Herrengasse oder am Hauptbahnhof – ein so genannter Check-in-Schalter installiert wird, nämlich dass reisende Fluggäste die Möglichkeit haben, in der Stadt ihr Gepäck einzuchecken, um dann, irgendwann im Laufe des Tages, eben zum Flughafen zu gelangen und die Flugreise anzutreten.

Wir haben gemeinsam mit den Abgeordneten Straßberger und Gödl einen entsprechenden Antrag eingebracht, betreffend die Eisenbahnverbindung zum Flughafen Graz-Thalerhof. Das ist sicherlich kein Novum, sondern ich glaube, das ist ein Erfordernis der Zeit.

Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang auch ein Wort zum Thema Koralmbahn. Ich sage immer wieder, welche Bedeutung diese Bahn für das östliche Österreich, für das südöstliche Österreich, für die Landeshauptstadt Graz hat, das können wir scheinbar gar nicht ermessen. Die Stadt Graz war Jahrzehnte, sage ich und das unterstreiche ich, säumig in der Sache. Wenn es irgendwelche Aktivitäten, Konferenzen gegeben hat, war wunderbar die Weststeiermark vertreten, wo wir eine Plattform „Pro Koralmbahn“ gebildet haben, parteiübergreifend, nämlich mit den Freiheitlichen, mit den Sozialdemokraten, die ÖVP selbstverständlich. Also sage ich, es wäre Anlass gewesen, auch dort Aktivitäten zu setzen. Nun sind wir aber Gott sei Dank so weit, dass diese Bahnverbindung ordentlich auf Schiene gebracht wurde. Ich möchte bei dieser Gelegenheit aber auch – die Trassenverordnung liegt vor, ich habe gebeten, diese mir zukommen zu lassen, es ist das die Verordnung des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie, betreffend die Bestimmung des Trassenverlaufes und Sie hören jetzt richtig, der Teilabschnitte Wettmannstätten, Sankt Andrä der Koralmbahn Graz–Klagenfurt. Jetzt bin ich nicht unbedingt der, der sagt, ja, wichtig, wir haben dann nur eine Stunde von Graz nach Klagenfurt bei einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 120, 130 Stundenkilometern. Das ist zwar eine erfreuliche Begleiterscheinung, kürzere Fahrzeiten zu haben, aber das Wichtigste ist dabei, dass dieser Osten, Südosten Österreichs angeschlossen wird an das internationale Eisenbahnnetz, an den zweitgrößten Wirtschaftsraum Europas, nämlich Oberitalien mit dem Zentrum Mailand. Wenn die Steiermark hier gemeinsam, die Frau Landeshauptmann der Steiermark, der Landeshauptmann von Kärnten sich entschließen durch ihre Beiträge ein Projekt in der Größenordnung von 4 Milliarden Bauvolumen in die Steiermark zu holen und nach Kärnten zu bringen, so ist das ein begrüßenswerter Schritt. Und ich kann es überhaupt nicht verstehen, dass es irgendwelche Leute gibt, angeblich Politiker – sie sind mir persönlich noch nicht begegnet – im Norden von Graz, im Süden von Graz, die dann sagen, ganz furchtbar, dass wir hier finanzielle Beiträge leisten, nämlich seitens der Bundesländer. Meine Damen und Herren, wer die Situation kennt, weiß, dass es unabdingbar ist, dass die Länder Beiträge leisten. Nur auf Grund des Entschlusses der Frau Landeshauptmann diese Vereinbarung mit Kärnten zu unterzeichnen und jeweils 140 Millionen Euro bereit zu stellen war es möglich, den Baubeginn um drei Jahre vorzulegen. Das heißt aber auch, um drei Jahre früher eine Verbindung zu haben zwischen Graz und Klagenfurt. Ich beharre darauf zu sagen, dass das ein Teil der neuen Südbahn ist, Wien–Graz–Klagenfurt–Oberitalien.

Meine Damen und Herren, alle jene, die das maßgeblich unterstützen, die erkennen, um welches Projekt es geht. Alle jene möchte ich nicht nur sehr, sehr herzlich begrüßen, sondern ich möchte ihnen aufrichtigen Dank sagen. Ich glaube, nur in der Gemeinsamkeit, im Erkennen der zukünftigen Ziele, das Ziehen an einem Strang über Parteigrenzen hinweg bringt uns auf die Dauer in diesem Land für unsere Bevölkerung zum Erfolg.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 10.46 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste am Wort ist Frau Abgeordnete Margarethe Gruber.

Abg. Margarethe Gruber (10.46 Uhr): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren!

In dem Antrag bezüglich Übernahme der B 317 durch die ASFINAG geht es nicht um ein Hin und Her, ein Mann, ein Wort oder wie auch immer, sondern es geht darum, dass man den Menschen, die an dieser Strecke wohnen, hilft. Dass man den Menschen hilft, die schon so lange warten auf einer stark frequentierten Strecke in Richtung Kärnten endlich von dieser Verkehrslawine erlöst zu werden. Es geht auch nur darum zu drängen. Und wenn Kollege Wiedner sagt, er würde unseren Antrag bezüglich Unterstützung des Ausbaues der Anschlussbahnen nicht unterstützen, zu dem, dass wir in diesem Gebiet beim Aufbau der Straßen Probleme haben, kommt auch noch hinzu, dass die Verkehrsverbindungen durch die Bahn behindert werden. Es gibt einen Nachtzug nicht mehr von Wien nach Italien beziehungsweise umgekehrt. Das bedeutet, dass sehr viele Menschen, die um auszupendeln auch das öffentliche Verkehrsmittel in Anspruch nehmen, keine Möglichkeit mehr haben, nach Wien beziehungsweise zurück zu kommen. Und die Antwort, die man von Seiten der ÖBB bekommt, ist einfach eine Frechheit, weil sie sich auf etwas zurückzieht, was eigentlich unerträglich ist. Also wir haben hier das Problem, dass bei den Straßen nichts weitergeht und auch im öffentlichen Verkehr. Darum ersuche ich um Unterstützung, dass gerade für diese Region alles getan wird, um endlich Infrastruktur zu bringen. (Beifall bei der SPÖ. – 10.48 Uhr.)

Präsident Purr: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Rieser. Herr Abgeordneter bitte, danach die Klubobfrau Dietrich.

Abg. Rieser (10.48 Uhr): Hochverehrter Herr Präsident, werte Mitglieder der Landesregierung, Hohes Haus!

Mit dieser Infrastrukturdebatte setzen wir eigentlich einen Schritt zum Wohlergehen der Menschen in den Regionen. Daher verstehe ich auch nicht so manches Hickhack. Herr Landeshauptmannstellvertreter, niemand will dich beleidigen, niemand will dir nahe treten.

Nur, es geht um eines, wenn nicht jetzt, wann dann können wir dieses Problem lösen? Denn wenn über eineinhalb Jahre nichts geschieht und wenn man dann telefoniert mit unseren Wiener Freunden in der ASFINAG und die erklären uns, dass hier der Generalverkehrsplan geändert werden muss. Na net, selbstverständlich muss er geändert werden. Aber eines sage ich auch in diesem Zusammenhang, weder das Land Steiermark noch das Land Kärnten werden aus ihren Mitteln die B 317 erhalten können, finanzieren können, weil sie einfach nicht da sind. Daher ist es notwendig, dass wir diese Debatte führen und daher ist es notwendig, dass wir uns alle gemeinsam anstrengen. Ich wiederhole, wenn nicht jetzt, wann dann, dass wir uns anstrengen, dass diese Belastung für die Pendler, diese Belastung für die Menschen, die dort wohnen, gelöst wird. Es geht nicht von heute auf morgen. Es ist viel passiert in diesem Land, es ist angesprochen worden, ob es die Tangente Zeltweg ist, ob es die Umfahrung in Obdach ist oder ob es der Ausbau jetzt auf der Pack ist oder der Ausbau Graz-Bruck an der Mur und so weiter. Wirklich viel passiert! Nur wissen wir auch ganz genau, dass ich von heute auf morgen kein Straßenstück umsetzen werde können, sondern dass hier eine Vorlaufzeit von Jahren notwendig ist. Wenn es uns gemeinsam gelungen ist – und hier haben wir diskutiert im Hohen Landtag – Abänderung des Generalverkehrsplanes, denn ursprünglich hat es in Judenburg aufgehört und dann haben wir gemeinsam erreicht – gemeinsam hier –, dass wir gesagt haben bis Scheifling und jetzt Gott sei Dank von Scheifling auch – und das wollen wir erreichen – bis Friesach.

Lieber Kollege Siegi Schrittwieser – (Abg. Schrittwieser: „Der Generalverkehrsplan ist vermurkst!“)

Herr Kollege Siegi Schrittwieser, wenn du in diesem Zusammenhang in dieser Verkehrsdebatte den Semmeringtunnel ansprichst, selbstverständlich volles Verständnis, nur sagen wir es auch den Menschen draußen, sagt es euren Leuten auch, dass der zuständige Referent für Naturschutz der SPÖ-Landesrat Schabl ist. Bitte, so schaut es aus und nicht anders.

Und noch etwas (Abg. Schrittwieser: „Willst du nicht sagen, dass der Pröll der Oberverhinderer ist?“):

Der Pröll ist der Landeshauptmann. Aber wer sind denn die Referenten, Siegi, wo sind denn die Referenten? Oder, ich möchte schon auch dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Voves die Frage stellen, wann hat er denn in diesem Zusammenhang mit dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Onidi ein Gespräch geführt? (Landeshauptmannstellvertreter Mag. Voves: „Onodi.“)

Wann hat er ein Gespräch geführt?

Versteh, man kann das nicht immer nur auf den Pröll oder auf die Klasnic raufhängen. Wir leben in einer Demokratie, lieber Kurt Gennaro, so schaut es aus, und alle müssen sich anstrengen. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir brauchen uns da in diesem Zusammenhang keine Schuld zuzuweisen, sondern bleiben wir bei der Wahrheit und versuchen wir gemeinsam, für dieses Land etwas weiterzubringen. (Beifall bei der ÖVP. – 10.53 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landeshauptmannstellvertreter Mag. Voves.

Landeshauptmannstellvertreter Mag. Voves (10.53 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte die letztere Bemerkung jetzt nicht so im Raum stehen lassen, aber vor allem auch nicht die Wortmeldung des Herrn Präsidenten unbeantwortet lassen.

Zu Niederösterreich möchte ich sagen: Ich nehme zur Kenntnis, dass jahrelange, jahrzehntelange ÖVP-Mehrheit nicht Gesetze macht in Niederösterreich. Also sprich, dass das Umweltgesetz, das uns so behindert, nicht mit Mehrheit der ÖVP in Niederösterreich beschlossen worden sei.

Sie müssen nämlich eines zur Kenntnis nehmen. Ein Landesrat hat nur das zu exekutieren, was gesetzliche Grundlage ist. Aber das ist mit absoluter (Abg. Straßberger: „Einstimmig beschlossen!“) Mehrheit der ÖVP in Niederösterreich geschehen. (Beifall bei der SPÖ.)

Und das glaubt Ihnen daher die Bevölkerung sowieso nie.

Aber ganz generell zu der Wortmeldung des Herrn Präsidenten jetzt, womit ich vorweg wirklich unterstütze, dass wir als Steiermark noch sehr vieles an Infrastruktur aufzuholen haben und ich bestätige auch, dass sehr vieles passiert ist. Wir haben noch einiges klar an Verkehrsverbindungen zu lösen und eines der wichtigsten Projekte, seit Jahren das wichtigste Projekt, glaube ich, ist, dass wir die so genannte Pontebbana-Strecke, sprich die Bahnlinie von Litauen bis Koper/Triest, dass wir die durchgehend wirklich in einem Standard haben, dass wir als Wirtschaftsstandort, Beschäftigungsstandort hier in der Steiermark auch daraus klare Vorteile ziehen können. Und dazu brauchen wir eindeutig auch den Semmeringtunnel.

Aber ich möchte zur Finanzierung der Koralmbahn, dem die SPÖ auf Regierungsebene zugestimmt und auch auf Landtagsebene entsprochen hat, dennoch eines zur Erklärung für uns alle, für die Zuhörerinnen und Zuhörer, für die steirische Bevölkerung hinzufügen.

Ich habe gesagt, dass diese Finanzierungsbeteiligung der Länder Steiermark und Kärnten dennoch das erste Privatisierungsoffer dessen darstellt, was sukzessive bei der ÖBB passiert. Sie wissen, die HL-AG. – bisher zuständig für diesen Bereich – wurde in die ÖBB-Tochter (Abg. Straßberger: „Wissen wir eh alles!“) Infrastruktur und Bau AG. fusioniert. Das heißt, dass Vorstände jetzt in diesen eigenständigen Kapitalgesellschaften, in die nun der ÖBB-Bereich aufgegliedert wird, wie Kapitaleigner, wie Vorstände mit dem Aktiengesetz im Rücken zu agieren haben. Das heißt, wenn Profis – das haben wir auch alle gemeinsam gehört – sagen, der Koralmtunnel sei letztlich dann nicht effizient, betriebswirtschaftlich gesehen, dann fordert er natürlich jene, die das unbedingt brauchen, zur Mitfinanzierung auf. Ich glaube, ein derartiges überregionales Projekt wurde noch nie in einem derartigen Anteil von Landesseite mitfinanziert.

Das wird uns auch beim Semmeringtunnel – wenn er kommt – und bei anderen großen Projekten noch bevorstehen und wir müssen das aus budgetärer Sicht bei vorhandener Finanzausgleichssituation durchaus als sehr ernsthaftes Thema für uns aufnehmen, auch jetzt im steirischen Landtag. Das heißt, wir werden auch bei weiteren großen Projekten in einer Privatisierungsentwicklung, die schwarz-blau auf Bundesebene bringt, weiter zur Mitfinanzierung aufgefordert werden. Und wenn ich auch Barwert gesehen schon erkennen muss, dass wir ab 2007 im Steirischen Budget in etwa 5 bis 7 Millionen Euro zusätzlich für die Koralmbahnfinanzierung zu bewerkstelligen haben, na, da wird noch einiges anderes auf uns zukommen. Und da sage ich schon grundsätzlich, ja, wir als Steirer wurden hineingezwungen, wir brauchen das Projekt, das ist für unseren Wirtschaftsstandort wirklich lebenswichtig. Aber das, was die Bundesregierung in Richtung der Privatisierung öffentlicher Verkehrsbetriebe betreibt, zwingt uns jetzt auch als Steiermark in diese Mitfinanzierung hinein, denn Vorstände dieser Infrastruktur Bau AG. ÖBB holen sich bei nicht effizienten Erträgen aus Güter- und Personenverkehr, der auf dieser Strecke zu erwarten ist, einfach Teile der Herstellungskosten, der Baukosten über Beteiligung der Länder Steiermark und Kärnten. Und das wird uns noch unter Umständen dramatisch in anderer Form auch weiter bevorstehen.

Ich glaube daher, dass wir als steirischer Landtag uns gemeinsam noch intensiver mit diesen Mechanismen Privatisierungstendenzen öffentlicher Verkehrsbetriebe auseinandersetzen sollten, weil wir sonst unter Umständen budgetär doch vor großen Problemen zusätzlich stehen würden. Diese Bemerkung möchte ich der Wortmeldung des Herrn Präsidenten schon angefügt haben.

Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 10.58 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Dietrich bitte.

Abg. Dietrich (10.59 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, Hoher Landtag, meine Damen und Herren!

Heute ist es wieder ganz offensichtlich geworden – Politik hat ein Kurzzeitgedächtnis, Straßenbau ist eine längerfristige Maßnahme.

Kollege Peter Rieser, wenn du meinst, bleiben wir doch bei der Wahrheit. Ich bin auch dafür, bleiben wir bei der Wahrheit, was den Ausbau der S 36, der Murtalschnellstraße, betrifft, was den Ausbau der Murtalstraße überhaupt betrifft und schauen wir einmal, wer hat dafür Verantwortung getragen und wer trägt jetzt dafür Verantwortung? Wer hat dafür Verantwortung getragen – frage ich dich jetzt –, dass die ursprüngliche Planung der S 36 nicht so, wie es optimal gewesen wäre, am Südhang entlang durchs Murtal bis nach Scheifling war? Wer hat dafür Verantwortung getragen? Und du weißt es genau – die ÖVP.

Ich höre im Nachhinein, da hat es dann jemanden gegeben, der ein besonders guter Lobbyist war, so wie es bei der ÖVP mehrere Lobbyisten gibt, ein gewisser Herr Grünhübl, der sich die Feder auf den Hut stecken darf, dass die Murtalschnellstraße nicht so, wie es optimal gewesen wäre, am Südhang geplant worden ist, sondern dass man für einen gewissen Herrn Grünhübl die Straße von Süden nach Norden verlegt hat. (Abg. Rieser: „30 Jahre ist das her!“)

Die Planung ist vorbei. Aber aus dieser Verantwortung, geschätzter Kollege, wird sich die ÖVP nie verabschieden können. (Beifall bei der FPÖ.)

Heute sich herzustellen und zu jammern, dass wir einen suboptimalen Zustand haben, dass da nichts weitergeht, dass nur stückerweise geplant wird und so weiter und so fort, all das, was ihr kritisiert, das ist in eurer Verantwortung geschehen.

Landesrat Schögggl hat ein schwieriges Erbe angetreten, ein äußerst schwieriges. Aber er weiß, dass diese Straße lebensnotwendig ist, eine Lebensader fürs Murtal, eine Lebensader für Murau und auch in Zukunft noch wesentlich wichtiger sein wird.

Denken wir daran, so erfreulich es sein wird, wenn die Koralmstraße, die Koralmbahn ausgebaut wird, aber wir im Murtal werden in zwei, drei Jahrzehnten die Folgen dieses Ausbaues spüren. Und wenn es uns nicht gelingt in den nächsten Jahren ein hervorragendes Infrastrukturnetz im Straßenbau aufzubauen, dann sind wir in der Sackgasse, dann gehen wir im Murtal den Weg, den uns Hieflau, den uns Eisenerz bereits vorgezeichnet haben. Deshalb, glaube ich, ist das Verständnis quer über alle Fraktionen da und auch das Bewusstsein da, dass für unsere Region etwas passieren muss und ich bin froh und dankbar, dass Landeshauptmannstellvertreter Schögggl wirklich mit aller Energie und mit aller Kraft für unsere Region kämpft. Er ist Obersteirer, er weiß, wo der Schuh drückt.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen, dass wir uns in den nächsten Jahren daran erfreuen können, dass die Straße ausgebaut wird, dass die Infrastruktur verbessert wird und ich ersuche euch, geschätzte Kollegen, die Vergangenheit nicht zu vergessen, aber gemeinsam mit uns die Zukunft zu gestalten. (Beifall bei der FPÖ. – 11.03 Uhr.)

Präsident: Herr Abgeordneter Stöhrmann bitte, danach bitte Hagenauer.

Abg. Stöhrmann (11.03 Uhr): Herr Präsident, werte Regierungsmitglieder, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Sind wir doch ehrlich, wer hätte sich vor knapp einer Stunde noch gedacht, dass dieser Landtag so turbulent beginnen wird? Ich glaube, keiner von uns. Ich bin aber froh, dass es so ist und scheinbar, wenn Dämme zu wackeln, zu bröckeln beginnen, ändert sich auch die Sprachregelung und ändern sich die Verhältnisse untereinander. Da kann es sogar passieren, dass der Kollege Wiedner hier herausgeht – allen Respekt – und zugibt, dass Fehler gemacht worden sind. Ich will jetzt nicht behaupten, dass wir es um so viel besser machen hätten können. Aber wenn man auf unsere Vorschläge im Zusammenhang mit dem Verkehrsplan gehört hätte, dann wäre manches, was passiert ist, Herr Landeshauptmannstellvertreter Schöggel, in diesem Lande und was gute Auswirkungen hat vielleicht noch besser gelungen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in einem muss ich meinen Kollegen Schrittwieser korrigieren, der gemeint hat, er hofft, dass dieser Zwist hier keine Koalitionskrise auslöst. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich hoffe, dass er diese Krise auslöst! Denn ich warte nur mehr auf die Zeit, wo sich der Kollege Wiedner hier herausstellt und zugibt, genauso wie er die anderen Fehler zugegeben hat, dass auch diese Koalition ein Fehler war. Es ist doch höchste Zeit, dass dieser schwarze Teppich, der seit mehr als 60 Jahren dieses Land zudeckt, endlich gelüftet wird, dass Frischluft, dass Sauerstoff hineinkommt. Es wäre gut für die Steirerinnen und Steirer.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nach Aussage des Kollegen Bacher hat Kärnten, hat Haider im Süden den Straßenausbau blockiert. Im Norden blockiert Pröll. Wir wissen alle, was es heißt, wenn dieser Tunnel nicht gebaut wird und was er auch für den Koralmtunnel bedeutet. In diesem Zusammenhang frage ich mich schon, welche Gesprächspartner hat unsere Regierungsspitze noch? Welchen Gesprächspartner, Frau Landeshauptmann, haben Sie noch, wenn Sie in Kärnten diesbezüglich keine Kontakte knüpfen können und wenn Sie es im Norden beim Semmeringtunnel schon gar nicht tun können? (Abg. Straßberger: „Aber geh!“)

Weil der Kollege Straßberger dazwischenruft, er hat erst kürzlich in der Zeitung verlautbaren lassen, er hofft auf ein Machtwort des Herrn Bundeskanzlers. Nach der ÖVP-Konferenz in Graz, wo geschrieben wurde, als die Frau Landeshauptmann den Semmeringtunnel angezogen hat, Herr Schüssel dazu nur milde gelächelt hat. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist die Sackgasse, in die uns die schwarz-blaue Koalition geführt hat. Ich bin froh, wenn sich das endlich ändert. Ich bin deswegen froh, weil ich weiß, dass unser Herr Landeshauptmannstellvertreter bereits persönliche Kontakte sucht, um eben diesen Filz aufzuweichen. Und nur so wird es möglich sein, gemeinsam mit unseren Nachbarn, mit denen wir auch Gesprächsbasis haben müssen und das Gespräch suchen müssen, dass wir gemeinsam mit unseren Nachbarn dieses Problem oder diese Probleme lösen. Ich bin guten Mutes, dass wir das auch können. Wir sind bereit dazu. Darum wollen wir auch, dass dieses Land eine andere Regierung bekommt, dass dieses Land einen anderen Weg einschlägt und wir wollen die Erneuerung für dieses Land. Dafür stehen wir, darum werden wir uns auch bemühen und wir werden es vorzeigen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 11.07 Uhr.)

Präsident: Herr Abgeordneter Hagenauer bitte.

Abg. Hagenauer (11.07 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, Mitglieder der Landesregierung, Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich möchte auf zwei Bereiche eingehen, das eine, der Anlass der heutigen Debatte, nämlich der Ausbau der Murtalschnellstraße beziehungsweise ehemaligen B 317. Natürlich sind wir uns einig, dass dieser Generalverkehrsplan, der so großmächtig gelobt wurde als Stein der Weisen, in Wirklichkeit über weite Strecken das Papier nicht wert war, auf dem er geschrieben wurde. Dieses Straßenstück ist eines von mehreren Beispielen dafür. Natürlich ist diese Straße, wie immer man dazu steht, eine Straße von gesamtösterreichischer Bedeutung, na net. Und trotzdem war sie in diesem österreichischen Generalverkehrsplan nicht enthalten, aus den genannten Gründen. Da braucht man nichts beschönigen.

Das Zweite aber, das ist auch schon angeklungen, Frau Klubobfrau Dietrich hat das insbesondere behandelt, ist das Schicksal dieses Straßenstückes auch bezeichnend für die Art und Weise, wie man in der Steiermark seit eh und je Verkehrsplanung im Allgemeinen und Straßenplanung im Besonderen betreibt. Und es wundert mich ein bisschen, dass in der bisherigen Debatte noch niemand angesprochen hat zwei Dinge: Erstens, wo ist denn das steirische Gesamtverkehrskonzept? Diese Frage, Herr Landesrat, es geht jetzt eine ganze Regierungsperiode zu Ende, die darf ich Ihnen untertänigerweise schon stellen. Ich meine, Sie wissen, wie lange das alte Exemplar schon existiert. Und es ist richtig, dass Ihre Vorgänger, nicht nur einer, sondern

bereits mehrere Vorgänger – so alt ist das schon – hier versagt haben, keine Frage. Der Herr Landesrat Ressel hat sich da überhaupt keinen Haxen ausgerissen und damit herumgekleckert, sicher nicht. Nur, tragisch ist es, dass es jetzt noch immer nicht am Tisch ist und das zeigt sich hier schmerzhafterweise.

Und die zweite Geschichte, es ist auch kein Zufall, dass hier niemand einmal einen Eurobetrag genannt hat. Das ist die steirische Verkehrspolitik, wie sie singt und lacht. Da geht jeder heraus wie ein Büttenredner, sagt, das ist notwendig für die Menschen und das ist überhaupt überlebensnotwendig, aber dass etwa genau dieses Straßenstück nach meinen Informationen jetzt wieder – (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Ich werde dazu etwas sagen!“) – der Herr Landeshauptmannstellvertreter wird es im Konkreten dann noch nennen – einmal also eine dramatische Kostenüberschreitung dessen, was wir bis jetzt gehört haben, in sich birgt, davon hat bezeichnenderweise hier niemand gesprochen. Weil es ist ja nicht unser Geld, es ist ja jetzt das Geld des Bundes beziehungsweise der ASFINAG und passt und machen wir und Geld spielt keine Rolle. Ich habe gedacht, dass für diese schwarz-blaue Koalition und insgesamt für alle, die sich staats-tragend bezeichnen, Geld sehr wohl eine Rolle spielt. Die zweite Dimension, wo man das auch sehr schön sieht, dass Glück und Elend der Verkehrspolitik und der Straßenpolitik nahe beisammen liegen, nämlich wenn wir uns anschauen – das gebe ich zu, ich sage es hier nicht das erste Mal –, in einer Entfernung von gerade einmal 50 Kilometer drei Hochleistungsachsen auf der Straße errichtet werden.

Drei, und dazwischen ist sehr viel Wald und natürlich schon auch Bevölkerung. Aber im europäischen Kontext zum Beispiel sehr wenig, ein dünn besiedeltes Gebiet. Drei, durchs Murtal, über die Pack und unten jetzt die Achse Budapest, Marburg, Triest.

Erinnern Sie sich an die letzten Verkehrsunfälle jetzt oben auf der Pack? Ein rumänischer Autofahrer auf der Heimkehr von Spanien nach Rumänien ist eingeschlafen. Was glauben Sie denn, wo der in zwei Jahren fahren wird, bevor die Pack fertig ist, wo wird er denn fahren? Natürlich wird er über Maribor fahren. Wer jemals irgendwo einen Atlas in der Hand gehabt hat in seinem Leben, weiß das.

Umgekehrt sagen uns die eigenen Beamten hier, in ihrem vor Jahren gelieferten Begründungsantrag für eben den Ausbau dieser Schnellstraße, sagen die, mit ihren sagenhaften Worten, die Topografie des Geländes wird es bedingen, dass dort der Schwerverkehr besonders zunehmen wird. Das heißt auf Steirisch, die Fernläufer werden alle nicht mehr über den Wechsel und über die Pack fahren – Recht haben sie, 700 Meter Höhenunterschied und Schnee und, und, und –, sie werden übers Murtal fahren. Da rollen sie bequem im Vergleich dazu.

Von wegen nur positive Folgen dieses Straßenausbaues – schön wäre es, schön wäre es. Das wird natürlich auch einige Arbeitsplätze kosten entlang dieser Trasse, zwangsläufig. Dazu braucht man sich nur die Tauernautobahn und die Inntalautobahn anschauen.

Trotzdem ist das hier eine andere Situation und nicht vergleichbar mit einem inneralpinen Tal, wie dem Inntal oder auch dem Ennstal, dessen bin ich mir natürlich schon bewusst. Aber ich sage es nur trotzdem, was, gerade wenn die Mittel so knapp sind, man bräuchte und nicht hat, bis heute nicht hat und ich auch hier nichts gehört habe, dass man sich des Problems nur bewusst wäre, dass man also nicht abschnittsweise und in Kategorien des Fleckerlteppichs denkt und dann feststellt, was hier ja schon der Fall ist. Jetzt haben wir eine Schnellstraße, der Semmeringstraßentunnel ist fertig. Der ganze Verkehr donnert jetzt praktisch ungebremst in das Murtal hinein, bis hinauf nach Scheifling. So, und die oben kann man dann blöd sterben lassen. Was macht man denn jetzt mit diesen Leuten? Das ist genau das Problem. Manche sind zu dumm dazu, das zu kapierten und manche machen es mit Absicht und das seit Jahrzehnten, nicht zuletzt in der Steiermark. Das hat natürlich auch Strategie, diese Fleckerlteppichvorgangsweise. Darüber machen wir uns oder ich mir jedenfalls keine Illusionen.

Noch einen zweiten Punkt wollte ich anschneiden, nämlich, Herr Landeshauptfraustellvertreter Voves, Sie haben gesagt, der Koralmtunnel sei das erste Privatisierungsoffer. In der gebotenen Bescheidenheit mache ich Sie darauf aufmerksam, dass Privatisierung und Wettbewerb nicht dasselbe sind. Ich verstehe schon Ihr Anliegen, aber Sie dienen der Sache nicht, wenn Sie das nicht auseinander halten. Die ÖBB ist nicht in Privatbesitz, wenn ich richtig informiert bin (Landeshauptmannstellvertreter Mag. Voves: „Noch nicht!“), nicht in Privatbesitz. Erstens.

Zweitens gibt es eine EU-Richtlinie und wir müssten aus dieser Europäischen Gemeinschaft austreten, wenn wir den Verkehrssektor nicht dem Wettbewerb unterwerfen wollen. Das müssen wir ohnehin und das ist in einzelnen Staaten Europas bereits weitgehend umgesetzt. Es handelt sich um eine gültige EU-Richtlinie, etwa den Infrastrukturbereich, also die Schiene und die Nutzung der Schiene zu trennen. Dass man in Österreich das unglücklich gemacht hat, dass man hier mehrere Aktiengesellschaften gegründet hat mit einem Ergebnis, das wir am Beispiel ESTAG ohnehin hautnah erfahren konnten, wie das dann in der Praxis funktioniert, das gebe ich Ihnen gerne zu.

Aber machen wir uns nichts vor, das Problem bei der Koralmbahn, das wäre auch von der Finanzierungsseite her entstanden, wenn der jetzige Verkehrsminister noch Sozialdemokrat wäre. Wie die Lösung ausgeschaut hätte, kann ich natürlich nicht sagen, aber dass das Problem virulent gewesen wäre, da mache ich mir nichts vor. Und dass man hier mit Vorfinanzierung unter Umständen so oder so an das Land herangetreten wäre, da mache ich mir auch nichts vor. Ich erinnere mich zu gut, dass man etwa zwei Autobahnen in der Steiermark ja bekanntlich bezuschusst hat von Seiten des Landes. Es handelt sich nämlich leider hier nicht um eine Vorfinanzierung, sondern um eine Kofinanzierung. Da haben Sie auch Recht. Es handelt sich nicht um den Umstand, dass man jetzt drei Jahre früher zu bauen beginnt, weil das Land halt das Geld vorstreckt und der Bund nicht liquid ist, sondern das Land zahlt Länge mal Breite dazu.

Das ist tatsächlich eine Grenzüberschreitung, die ich als Steirer auch zähneknirschend zur Kenntnis nehme, die aber in Wirklichkeit einmal eines auf jeden Fall bedeutet, Herr Landeshauptfraustellvertreter Schögggl, auf die Schulter klopfen braucht sich hier dann niemand mehr in Sachen Koralmbahn. Bedanken tu ich mich bei Ihnen dann nicht mehr jetzt für die Koralmbahn, weil wenn ich selber zahle, brauche ich niemandem dankbar sein. Das muss man schon dazusagen.

Das heißt, wir müssen uns schon bewusst sein, dass es bei der Schiene, bei der ÖBB natürlich auch in der Vergangenheit Entwicklungen gegeben hat, die äußerst unglücklich waren, dass es überhaupt nicht ein Problem ist, wenn man bestimmte Bereiche im öffentlichen Verkehr dem Wettbewerb aussetzt. Diese Dinge sind passiert und laufen seit vielen Jahren in anderen europäischen Staaten und das nicht mit negativen Folgen. Das Beispiel England bringen Sie mir bitte nicht, weil das ist ein falsches Beispiel. Dort hat man einfach nur ein nationales Bahnnetz regionalisiert und zerschlagen. So etwas ist einmal passiert und nicht wieder.

Aber der Umstand, dass zwar der Staat die Infrastruktur besitzt und betreibt und ausbauen darf, weil es eh kein Privater machen wird – genauso wenig wie heute ein Privater, ohne dass er eine Mauteinnahme hat, eine Autobahn baut –, das wird uns eh nicht erspart bleiben. Das heißt, wir werden also als Staat, als öffentliche Hand ohnehin die Infrastruktur besitzen und ausbauen dürfen. Aber die Nutzung bestimmten Wettbewerbselementen zu unterwerfen, ist für die Grünen von vornherein nicht unbedingt ein Übel, wenn man sich anschaut, wie viel Geld da hineingeht und wenn man sich anschaut, dass in der Vergangenheit, leider Gottes auch schon im großen Stil, immer wieder etwa Nebenbahnen eingestellt wurden, weil eben zu wenig Geld da war.

Summa summarum, alle diese Dinge haben eben eines gemeinsam: Es fehlt – hier teile ich die Kritik am Herrn Landeshauptfraustellvertreter – der große Wurf in der Verkehrspolitik im Lande. Es gibt keine, wie urgiert wurde, langfristigen Zielsetzungen, wo soll was gebaut werden, was soll erreicht werden. Es gibt keine Zielsetzungen von Seiten der Verkehrspolitik, welche Maßnahmen sind notwendig etwa, um das Feinstaubproblem in den Ballungsräumen in welchem Zeitpunkt mit wie viel Geld zu lösen. Wo gibt es das? Da macht man dort einmal was, da macht man da einmal was und sagt, wir tun ohnehin etwas. Die berühmte Politik der ersten Schritte in die richtige Richtung, das ist eine Drohung und kein Versprechen.

Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen. – 11.20 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Wöhry.

Abg. Dipl.-Ing. Wöhry (11.20 Uhr): Es ist schon ein bisserl eine eigenartige Debatte zur Infrastruktur, die man jetzt da hat verfolgen dürfen. Zum einen, weil man bei Projekten, die wirklich steirische, nationale und auch internationale Bedeutung haben, ständig versucht, politisches Kleingeld dort zu kassieren, wo es nicht zu kassieren ist und wo jeder, der Verantwortung in diesem Haus trägt, es wissen müsste, dass nur ein gemeinsamer Schulterschluss, ein gemeinsames Vorgehen uns bei all diesen Projekten weiterhelfen würde.

Ich möchte aber vor allem den Herrn Landeshauptmannstellvertreter Voves etwas korrigieren, aber das kann er nicht wissen, nachdem er noch nicht so lange in der Politik ist. Er hat die bemerkenswerte Feststellung getroffen, dass es überhaupt noch nie bei einem Infrastrukturprojekt notwendig war, Landesmittel einzusetzen. Und da muss ich ihn wirklich berichtigen.

Ich darf Ihnen sagen, es gäbe bis heute keine Pyhrnautobahn, hätte nicht das Land entsprechende finanzielle Vorleistungen erbracht und es gäbe auch keine Südautobahn in dieser Form, hätte das Land sich damals nicht eingebracht.

Wenn man sich anschaut, wie hoch die finanzielle Beteiligung von Seiten des Landes bei dieser Koralmbahn ist, so muss man sagen, wenn es uns das nicht wert ist, dann können wir es gleich lassen.

Dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter empfehle ich, sich dann zu Wort zu melden, wenn er auch die Kompetenz hat und wenn er weiß, wovon er spricht. Ansonsten soll er es so beibehalten wie bisher, zu schweigen. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 11.22 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Barbara Gross.

Abg. Gross (11.22 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Eine Verkehrsdebatte ist meist nur eine Mobilitätsdebatte. Wir wollen aber auch Menschen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, nicht vergessen. Darum bringe ich im Namen meiner Fraktion einen Unselbstständigen Entschließungsantrag, betreffend unentgeltlicher Begleitung einer behinderten Person in einem öffentlichen Verkehrsmittel, der Abgeordneten Gross, Kröpfl und Schrittwieser ein.

Zu einem vom FPÖ-Landtagsklub eingebrachten Antrag, betreffend Maßnahmen zu setzen, damit in Zukunft Begleitpersonen von behinderten Menschen in allen öffentlichen Verkehrsmitteln unentgeltlich befördert werden, wurde eine Stellungnahme der Steiermärkischen Landesregierung eingeholt, die heute als schriftlicher Bericht vorliegt. Darin wird festgehalten, dass sowohl in den Tarifbestimmungen des Verkehrsverbundes Steiermark, im Haustarif der Grazer Verkehrsbetriebe und auch im Tarif der ÖBB Bestimmungen über die unentgeltliche Beförderung von Begleitpersonen von Behinderten vorhanden sind, die Regelungen im oberösterreichischen Verkehrsverbund aber darüber hinaus gehen, nämlich insofern, dass sie für die Betroffenen vorteilhafter sind. Hingewiesen wird auch darauf, dass die Verkehrsunternehmen nach dem Weg-

fall der Alleinstellvertretung das wirtschaftliche Risiko tragen und ein möglicher Einnahmefall durch eine Gratisbeförderung schwer zu kalkulieren sei. Im Rahmen von Tarifbestellungen könnten aber Einnahmefälle durch zusätzliche Fahrpreismäßigungen durch Besteller ausgeglichen werden.

Meine Damen und Herren, das Recht behinderter Menschen, von öffentlichen Verkehrsmitteln ebenso wie Menschen ohne Behinderung befördert werden zu können, darf nicht nur an einem betriebswirtschaftlich motivierten Widerstand der Unternehmen beziehungsweise an wahrscheinlich geringem finanziellem Aufwand scheitern. Daher darf ich namens meiner Fraktion den Antrag stellen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, a) alles zu unternehmen, um auf die Verkehrsunternehmen einzuwirken, damit diese von sich aus die Bestimmungen über den unentgeltlichen Transport von Behindertenbegleitpersonen, die im Behindertenpass vermerkt sind, auf das Niveau des oberösterreichischen Verkehrsverbundes anzuheben beziehungsweise wenn dies nicht möglich sein sollte, b) als Land alleine oder aber mit Partnern Wege zu suchen, um dies im Rahmen von Tarifbestellungen sicherzustellen.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 11.25 Uhr.)

Präsident: Frau Abgeordnete Anne Marie Wicher ist am Wort. Frau Abgeordnete bitte.

Abg. Wicher (11.25 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, meine Herren Landesräte, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Barbara Gross hat jetzt den Unselbstständigen Entschließungsantrag ihrer Fraktion eingebracht. Wir werden diesem Entschließungsantrag zustimmen mit dem Ersuchen einer punktuellen Abstimmung des Antrages. Darf ich nur einige Worte zu diesem Entschließungsantrag und auch einige Worte zu dem Problem im Allgemeinen sagen. Ich habe dir, Barbara, schon, als wir darüber gesprochen haben, gesagt, das Recht behinderter Menschen mit öffentlichen Verkehrsmitteln befördert zu werden besteht natürlich, keine Frage. Es hat sich da wirklich im Laufe der Zeit einiges zum Positiven verändert, nämlich auch menschenwürdig befördert zu werden. Weil ich kann mich noch gut an Zeiten erinnern, wo Rollstuhlfahrer einfach im Postwaggon transportiert wurden, weil es nicht möglich war oder auch nicht als möglich angesehen wurde, dass man in einem normalen Waggon hineintransportiert wurde.

Wie gesagt, das ist jetzt das Recht. Auf eines möchte ich hinweisen. Es ist, was auch in der Regierungsvorlage angeführt wurde und ich das nur bestätigen kann, von Seiten des Behindertenbeirates der Stadt Graz bereits ein Modell angedacht, dass Menschen und vor allem in diesem Fall sind es Menschen mit Lernschwierigkeiten, die also öffentliche Verkehrsmittel nicht ohne Begleitperson benützen können, dass es da einen Begleitdienst geben soll. Es ist in Diskussion und ich kann mir vorstellen, dass das durchaus ein Weg ist, eben Menschen mit Lernbehinderungen oder mit Lernschwierigkeiten auch diese Möglichkeit der Fortbewegung zu bieten. Wir haben uns jetzt in dem Antrag geeinigt, dass die unentgeltliche Beförderung von Begleitpersonen eben dann gegeben sein soll, wenn im Behindertenpass des Betroffenen dies auch vermerkt ist, nämlich dass er eine Begleitperson benötigt. Ich habe auch dieses Beförderungsgesetz aus Oberösterreich mir angeschaut, da steht auch „bei Bedarf“ drinnen. Also wie das dann im Endeffekt geregelt ist, aber ich nehme auch an, dass es auch auf Grund dieses Behindertenpasses ist.

Einer Befürchtung möchte ich noch Ausdruck geben. Ich hoffe nicht, dass, wenn es jetzt eben möglich ist, Begleitpersonen – außer bei Blinden, die auch eine freie Beförderung von Hunden gewährt bekommen –, dass man dann nicht sagt von Seiten der jeweiligen Betriebe – sei es Bundesbahn, sei es GVB in diesem Fall oder Postbussen, Bundesbahnbussen, dass man sagt, wenn Begleitpersonen gratis befördert werden können oder befördert werden, dass man dann darauf hinweist, wenn jemand ohne Begleitperson kommt, dass es eben die Möglichkeit gibt der Gratisbeförderung von Begleitpersonen und man nicht mehr bereit ist, unbegleitete Rollstuhlfahrer vor allem mitzunehmen. Ich habe einige Erfahrungen, nicht in letzter Zeit, aber in den letzten Jahren gemacht, dass ich einen GVB-Bus benützen wollte, mir der Fahrer gesagt hat: „Tut mir Leid, ich nehme sie nicht mit. Sie brauchen eine Begleitperson!“ Das sehe ich als Gefahr, vor allem auch deswegen, weil es immer mehr Personalengpässe gibt. Ich fahre sehr häufig mit der Bundesbahn, vor allem Salzburg, Linz, Wien, da hilft üblicherweise, das heißt nicht üblicherweise, da hilft das Bahnpersonal mir in den jeweiligen Waggon hinein, weil wir leider Gottes nach wie vor – und das muss ich schon anführen – noch keine, zumindest auf der Strecke Graz–Wien, vor allem auf dieser Strecke, lediglich einen Zug pro Tag haben, der einen Familienwaggon beziehungsweise einen behindertengerechten Waggon mit sich führt. Üblicherweise bei anderen Zügen muss man mich eben in den Waggon hineinheben.

Ich hoffe, dass es da nicht so weit kommt, dass man sagt, wir können kein Personal zur Verfügung stellen, Sie müssen eine Begleitperson mitnehmen. Ich hoffe, es wird nicht so weit kommen, weil sonst wäre es wirklich schlimm, wenn Rollstuhlfahrer oder auch eben Menschen mit einer geistigen Behinderung unbegleitet nicht mehr transportiert werden würden.

Ansonsten, wie gesagt, werden wir diesem Entschließungsantrag zustimmen mit der Einschränkung einer punktuellen Abstimmung. Danke vielmals! (Beifall bei der ÖVP. – 11.32 Uhr.)

Präsident: Damit komme ich jetzt zur Wortmeldung von Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögl.

Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögl (11.32 Uhr): Danke, Herr Präsident. Herr Präsident, Herr Kollege Voves, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Immer, wenn es eine Verkehrsdebatte gibt, ist es ja eine Debatte, wo wir letztlich, auch wenn dann der eine oder andere Hauch eines anklingenden Wahlkampfes schon durchs Haus weht, doch derselben Meinung sind, weil es ja darum geht, Infrastruktur für dieses Land zu entwickeln.

Ich darf einige Anmerkungen zur Koralmbahn machen. Ich bin sehr stolz darüber, dass es uns gelungen ist, an diesem Montag, wo ich verhandeln durfte, die Entscheidung herbeizuführen, weil sie ja lange in der Luft gehangen ist. Es ist sehr, sehr schwer, wenn ein Projekt immerhin in einer Größenordnung von 4,2 Milliarden Euro – für diejenigen, die noch in der Schillingwelt verhaftet sind, das sind etwa 60 Milliarden Schilling –, das in etwa 45.000 Arbeitsplätze allein in der Bauzeit sichert, wenn dieses Projekt, das natürlich unendliche Vorteile für die Steiermark bringen wird, allein schon während der Bauzeit, wie erwähnt, dass so ein Projekt gefährdet sein sollte. Ich darf berichten, dass die ursprüngliche Forderung des Finanzministeriums – ich sage ausdrücklich Finanzministerium – in etwa bei 190 Millionen Euro gelegen ist, an Beteiligung für das Land Steiermark und das Land Kärnten. Zahlungszeitraum wäre 2006 bis 2015 gewesen.

Es ist gelungen – in sehr, sehr zähen Verhandlungen – diese Kosten auf 140 Millionen Euro für einen Zahlungszeitraum von 2006 bis 2025 zu verhandeln, das heißt, wir zahlen weniger, haben länger Zeit dafür und das Ganze nicht valorisiert. Das ist in etwa, wenn man es in Prozenten umrechnet, 3 Prozent der Gesamtinvestitionen, die wir als Beitrag des Landes verhandelt haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich war der Meinung, das war ein Superergebnis und ich bin auch sehr stolz darauf. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)

Die Bedeutung dieses Projekts für dieses Land können wir (Abg. Wiedner: „Es darf geklatscht werden!“) heute noch gar nicht abschätzen. Ich bin sehr froh, dass wir, wie man so schön im Volksmund sagt, in dem Bereich den Sack zumachen konnten und ich bin sehr dankbar für alle Unterstützungen, für jede Unterstützung.

Kollege Hagenauer hat etwas sehr Wichtiges gesagt. Er hat gesagt, die Infrastruktur wird uns irgendwo zur Finanzierung übrigbleiben, für die Nutzung wird man viele Modelle parallel haben können. So habe ich es verstanden.

Da ist lange das Zauberwort PPP-Modelle herumgegeistert. Und ich darf Ihnen sagen, immer wenn es ums „Eingemachte“ geht, bleibt der Private daheim, bleibt nur mehr der Public am Tisch sitzen und wird dann wohl oder übel die Investitionen tätigen müssen. Das ist halt ein Schicksal, das wir haben, aber wir werden uns trotzdem bemühen, Projekte, wie sie einfach notwendig sind, durchzusetzen.

Die ganze Frage der Feinstaubproblematik nehmen wir sehr, sehr ernst. Ich darf nur berichten, dass interessanterweise im deutschen Fernsehen, im ARD, das manchmal auch in die Steiermark noch hereinstrahlt, Graz als Vorbildstadt hingestellt wurde und dass der „Umweltbürgermeister“ Ferk im deutschen Fernsehen aufgetreten ist und dort die Maßnahmen vorgestellt hat. Also im deutschen Fernsehen wurde Graz als einzige vorbildgebende Stadt, fast Europas, in diesem Bereich angesprochen. Ob es ein Kompliment war, weiß ich nicht, aber es ist immerhin eine positive Darstellung der Maßnahmen gewesen, die wir gemeinsam auch festgelegt und definiert haben.

Nur eines, Herr Abgeordneter Hagenauer, Sie haben auch den Gesamtverkehrsplan, den Steirischen Verkehrsplan, angesprochen. Ich kenne dieses Defizit, nehme das auch sehr ernst. Aber wir haben eines gestartet, das hat es bisher nicht gegeben, wir machen die regionalen Verkehrskonzepte, die Ihnen ja wahrscheinlich schon bekannt sind. In einigen Bezirken ist es uns gelungen abzuschließen. Wissen Sie, was das Komplizierte daran ist? Dort sitzen nämlich nicht nur die Bürgermeister. Wir haben bisher bei unserer Infrastruktur-entwicklung auch im öffentlichen Verkehr nur, „nur“ unter Anführungszeichen, mit den Bürgermeistern kommuniziert. Jetzt sitzen dort Vertreter der Wirtschaft, Vertreter der Raumordnung, Raumplanung, Vertreter des Tourismus, Vertreter der Sozialpartner, natürlich auch die Bürgermeister am Tisch, und es ist uns gelungen, zum Beispiel für den Bezirk Deutschlandsberg, für den Bezirk Feldbach, für den Bezirk Radkersburg, Liezen ist in Arbeit, ich glaube Voitsberg ist auch in Arbeit, ein Konzept zu machen, dass wir einmal wirklich systematisch Weiterentwicklung und Ausbau der Infrastruktur auf überregionaler Ebene, weit über die Interessen der örtlichen Umfahrungen – jeder Bürgermeister möchte seine Umfahrung, wie Sie wissen – haben betrieben, dass wir dort weiterkommen und dass wir dort wirklich vorankommen. Wir halten uns natürlich auch beim Bau strikt an die erarbeiteten Vorgaben.

Zum Tagesordnungspunkt 2: Der Kollege Bacher hat gekämpft für ein Projekt, für das wir alle kämpfen, und zwar schon sehr lange. Was du richtig gesagt hast ist, dass dieses Projekt ursprünglich am Widerstand Kärntens – weil man keinesfalls dort eine Mautstrecke haben wollte – gescheitert ist. Inzwischen sind diese Schwierigkeiten ausverhandelt. Aber es wird ein sehr, sehr teures Projekt. Es wird in die Größenordnung von etwa 350 Millionen Euro gehen. Es ist uns daher bewusst, dass das nur in Zusammenarbeit mit der ASFINAG auf Grund der Kostendeckung über die Vignette und über die Mautgebühren finanzierbar sein wird.

Die Entscheidung, dass das Ganze grundsätzlich von der ASFINAG übernommen, geplant, betrieben, gebaut wird, ist ja schon gefallen. Was noch nicht passiert ist, ist die Gesetzesänderung, die wir bis Mitte 2005 erwarten, weil in dieser Gesetzesänderung des Bundesstraßengesetzes nicht nur dieser Teil berücksichtigt wird, sondern natürlich in dieser Gesetzesänderung ein Gesamtpaket für das österreichische Straßennetz geschnürt wird und dort natürlich Forderungen und Wünsche aus ganz Österreich eingearbeitet werden müssen und da natürlich aus anderen Bundesländern noch ganz andere Dimensionen vorgetragen werden.

Wir haben die Unterstützung des Ministeriums, wir haben die Unterstützung des Ministers und wir bekommen diese Planungsgebietsverordnung beziehungsweise wir bekommen diese Übernahme dieser Strecke Friesach beziehungsweise Dürnstein auf der steirischen Seite bis Scheifling.

Zu Scheifling-Judenburg muss ich noch sagen, wir wissen alle, dass das eine sehr, sehr komplexe Materie war. Ich bedanke mich bei dem Verhandlungsteam, bei der Beamtenschaft, der es gelungen ist, in Rekordzeit dort eine Einigung über den Trassenverlauf zu finden. Wir kennen alle dieses umweltpolitische Thema ersten Ranges, die Behandlung der Endmoräne im Raum Judenburg, wo man größte umweltpolitische Bedenken hatte und wirklich sehr, sehr sensibel vorgegangen ist in der Planung, dass man dort überhaupt was zusammenbringt, dass wir dem oberen Murtal eine Verkehrslösung anbieten oder dem Murtal eine Verkehrslösung anbieten können, von der das Ennstal nur träumen kann, wobei ich auch dort glaube, dass wir auf dem richtigen Weg sind – also diese Gesetzesänderung kommt, wir rechnen bis Mitte 2005 damit.

Zum letzten Punkt: Ich bedanke mich für die Initiative auch zur Verbesserung der Benutzbarkeit des öffentlichen Verkehrs für Behinderte. Selbstverständlich ist uns das allen ein Anliegen. Wir tun auch vieles – Gestaltung von Haltestellen, Gestaltung von rollendem Material. Es bedingt natürlich eine Fülle von Investitionen, sowohl bei der GKB, bei den Landesbahnen, überall, wo wir sukzessive natürlich auf Behindertengerechtigkeit umstellen. Ich denke, dass es bereits eine Reihe von Möglichkeiten gibt, dass Behinderte den öffentlichen Verkehr benützen können. Wir werden auch weiter arbeiten, um diese Möglichkeiten auszuweiten, zu verbessern. Behinderte dürfen in keiner Lage ihres Lebens Bürger zweiter Klasse sein. Das ist uns allen ein Anliegen und wir werden das natürlich unterstützen, soweit es natürlich finanziell auch machbar ist. Aber hier werden auch Mittel vorhanden sein.

Danke schön für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 11.41 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Damit schreite ich zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 2060, das ist der Tagesordnungspunkt 2, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen und stelle dazu die einstimmige Annahme fest.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1803, das ist der Tagesordnungspunkt 3, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Förderungen des Landes zur Unterstützung des Ausbaues von Anschlussbahnen zum Tagesordnungspunkt 3, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Zustimmung erreicht.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1804, das ist der Tagesordnungspunkt 4, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Meine Damen und Herren, zum Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend unentgeltliche Begleitung einer behinderten Person in einem öffentlichen Verkehrsmittel, wurde eine getrennte, eine punktuelle Abstimmung verlangt. Damit komme ich zu diesem Entschließungsantrag. Meine Damen und Herren, wenn Sie dem Entschließungsantrag der SPÖ zum Punkt a), der lautet, die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, alles zu unternehmen, um auf die Verkehrsunternehmen einzuwirken, damit diese von sich aus die Bestimmungen über den unentgeltlichen Transport von Behindertenbegleitpersonen, die im Behindertenpass vermerkt sind, auf das Niveau des oberösterreichischen Verkehrsverbundes anheben, Ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Damit komme ich jetzt zu Punkt b) dieses Entschließungsantrages der SPÖ, die Landesregierung wird aufgefordert, als Land alleine oder mit Partnern Wege zu suchen, um dies im Rahmen von Tarifbestellungen sicherzustellen. Wenn Sie dem zustimmen, Handzeichen bitte. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Bei den Tagesordnungspunkten 5 bis 7 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese drei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

5. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 1802/1, der Abgeordneten Kröpl, Böhmer und Detlef Gruber, betreffend Schulversuche bei ganztägigen Schulformen.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Wolfgang Böhmer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Böhmer (11.45 Uhr): Ich berichte zum Tagesordnungspunkt 5 mit der Einl.-Zahl 1802/1. Antrag der Abgeordneten Kröpfl, Böhmer und Detlef Gruber, betreffend Schulversuche bei ganztägigen Schulformen. Ich möchte ganz kurz das erläutern. Dabei geht es um den Ausbau des Angebotes von ganztägigen Schulformen, sehr wohl wissend, dass es hierbei Richtlinien in der Ausführung der Gesetze gibt und dass sehr wohl auch, was die Betreuungszeit betrifft, laut Gesetz verpflichtend täglich bis 16 Uhr diese Zeiten zu tätigen sind.

Zum Antrag der SPÖ betreffend Schulversuche bei ganztägigen Schulformen liegt seitens der Landesregierung folgende Stellungnahme vor:

Es wird darauf hingewiesen, dass Schulversuche nur den Unterrichtsteil betreffen können, nicht jedoch den Betreuungsteil. Weiters wird darauf verwiesen, dass Schulen bereits jetzt nicht durchgehend von Montag bis Freitag eine Nachmittagsbetreuung durchführen müssen, sondern entsprechend der Nachfrage Nachmittagsbetreuung auch an einzelnen Wochentagen anbieten können. Es besteht aber auch die Möglichkeit, dass Schüler, Schülerinnen vom Betreuungsteil fernbleiben können, sofern gerechtfertigte Verhinderungsgründe vorliegen.

Der Ausschuss für Generationen und Bildung stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung zum Antrag mit der Einl.-Zahl 1802/1 der Abgeordneten Böhmer, Kröpfl und Detlef Gruber, betreffend Schulversuche bei ganztägigen Schulformen, wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme. (11.47 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung.

6. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 1820/1, der Abgeordneten Bacher, Mag. Drexler, Hamedl, Beutl und Majcen, betreffend psychologische Betreuung an Schulen.

Berichterstatteerin ist Frau Landtagsabgeordnete Mag. Christine Koller. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Koller (11.47 Uhr): Ich berichte zur Einl.-Zahl 1820, dem Antrag der Abgeordneten Bacher, Mag. Drexler, Hamedl, Beutl und Majcen, betreffend psychologische Betreuung an Schulen.

Der Ausschuss für Generationen und Bildung hat in seinen Sitzungen am 15. Juni 2004 und am 11. Jänner 2005 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Zum Antrag der VP, betreffend psychologische Betreuung an Schulen, liegt seitens der Landesregierung folgende Stellungnahme vor:

Es wird einleitend festgehalten, dass es sich bei der pädagogisch-psychologischen Beratung um eine ausschließliche Bundesaufgabe handelt. Die Stellungnahme des Landesschulrates führt aus, dass es zwar Sprechstage des schulpsychologischen Dienstes an Schulen gäbe, eine flächendeckende Versorgung aus Kapazitätsgründen nicht angeboten werden kann. Die Einrichtung einer psychologischen Betreuung direkt an Schulen würde dem vielfältigen Bedarf an Unterstützung und Hilfestellung von Schülern und Schülerinnen Rechnung tragen. Das Abfangen von Krisensituationen, wie sie bei Jugendlichen häufig auftreten, könnte die Entwicklung von andauernden persönlichen Problemen und Brüchen in der schulischen Laufbahn verhindern. Daher wäre es günstig, wenn Psychologen, Psychologinnen direkt an der Schule tätig wären. Hinsichtlich der Finanzierung wird von der Landesregierung festgehalten, dass eine Subventionierung des Bundes durch das Land Steiermark nicht zweckmäßig sei, die Steiermark jedoch für das Schuljahr 2004/2005 zusätzliche 20 Dienstposten für verhaltensauffällige Schüler und Schülerinnen genehmigt hat.

Der Ausschuss für Generationen und Bildung stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung zum Antrag, Einl.-Zahl 1820/1 der Abgeordneten Bacher, Mag. Drexler, Hamedl, Beutl und Majcen, betreffend psychologische Betreuung an Schulen, wird zur Kenntnis genommen. Ich ersuche um Annahme. (11.50 Uhr.)

Präsident: Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

7. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 1674/1, der Abgeordneten Lafer und Graf, betreffend gesetzliche Verankerung der Richtlinie des ÖISS (Österreichisches Institut für Schul- und Sportstättenbau), betreffend Ausstattung von Schul- und Unterrichtsräumen.

Berichterstatteerin ist Frau Landtagsabgeordnete Verena Graf. Ich ersuche Frau Abgeordnete Verena Graf um die Berichterstattung. Stellvertreterin wäre Zierler. Meine Damen und Herren, wir haben Landtag und eine Tagesordnung, die rechtzeitig zugespielt wird.

Abg. Graf (11.50 Uhr): Ich darf berichten zum Antrag der Abgeordneten Lafer und Graf, betreffend gesetzliche Verankerung der Richtlinie der ÖISS, betreffend Ausstattung von Schul- und Unterrichtsräumen.

Der Ausschuss für Generationen und Bildung stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung zum Antrag der Einl.-Zahl 1674/1, betreffend gesetzliche Verankerung der Richtlinie des ÖISS (Österreichisches Institut für Schul- und Sportstättenbau), betreffend Ausbau von Schul- und Unterrichtsräumen, wird zur Kenntnis genommen. (11.50 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung. Damit kommen wir zu den Wortmeldungen zu den Tagesordnungspunkten 5 bis 7. Erste Wortmeldung Herr Abgeordneter Detlef Gruber, danach Frau Abgeordnete Koller.

Abg. Detlef Gruber (11.51 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Damen und Herren auf der Regierungsbank!

Der Wunsch nach einer flächendeckenden Einführung von Ganztagschulen ist, so glaube ich, eine wesentliche Forderung vieler, ob Eltern, Alleinerziehende, Pädagoginnen oder Pädagogen, einfach Verantwortungsträger in unseren Gemeinden. Sie alle wissen um die Notwendigkeit dieser Bildungseinrichtung.

Bloß die Zugänge zu dieser Erkenntnis, die politischen Zugänge sind offensichtlich sehr unterschiedlich, wie ich überhaupt meine, dass das mit der Bildung eine schwierige Sache ist. Wahrscheinlich dauert es deswegen immer so lange, bis Anträge zum Bildungsthema hier in diesem Haus behandelt werden.

Aber was ist schon ein Jahr, wenn ohnehin die durchschnittliche Lebenserwartung der Steirerinnen und Steirer ständig im Steigen ist. Was würde sich besser eignen als ein Schulversuch, in dem erprobt wird, ob die eine oder andere Maßnahme besser geeignet ist, wo man nach erfolgter Evaluierung klare Aussagen treffen kann. Aber da kommt dann immer wieder das Gespräch auf die Frage der Finanzierung und der Hinweis auf die fehlenden Geldmittel.

Ich glaube und ich bin überzeugt davon, dass die Mittel vorhanden sind. Die Frage ist nur, wie sie eingesetzt werden. Für uns, für die Sozialdemokratie, gibt es bei der Bildung mit Sicherheit keine Kompromisse. Aber jetzt wird ja ohnehin alles anders. Jetzt haben wir ja PISA. Ja, dieses Wort, diesen schiefen Turm nehmen alle, ich will nicht sagen in den Mund, aber in den Sprachgebrauch. (Abg. Wiedner: „Was heißt PISA?“) Aber was es wirklich heißt, was dieser Begriff bedeutet, da würde ich gerne eine Umfrage hier im Landtag machen. (Abg. Wiedner: „Ich fange bei dir an mit der Umfrage!“) Ich sage es dir dann, weil sonst würde ich es ja vorgeben. Ich sage es dir, wenn ich fertig bin. Aber du kannst es inzwischen als Zwischenruf tätigen, ich wäre sehr dankbar dafür. (Abg. Wiedner: „Wieso weißt du es nicht?“)

Ich habe anlässlich meiner letzten Wortmeldung zum Thema Bildung hier in diesem Haus festgestellt, dass sich Bildungsdiskussionen meistens weit nach Eintritt der Dunkelheit und bei mangelnder Teilnahme in diesem Hohen Haus abspielen. Heute – und das ist erfreulich – ist wenigstens draußen Licht. Aber an der Teilnahme hier hat sich überhaupt nichts verändert. So stehen wir halt einmal im Haus zur Bildung. Aber jetzt wird ja ohnehin alles anders, wir haben ja PISA.

Das einzige Erfreuliche, meine Damen und Herren, an der Veröffentlichung dieser Ergebnisse der PISA-Studie ist der Ausbruch einer breiten Bildungsdiskussion in ganz Österreich. Hier im Haus scheint es offensichtlich nicht so zu sein. Es hat eine Vielzahl von Wortspenden seither gegeben, mehr oder weniger entbehrliche und sicherlich die entbehrlichsten von der an sich zuständigen Ministerin.

Aber was zeigt uns PISA eigentlich? PISA zeigt uns, dass die österreichischen Schulen im Rückfallen begriffen sind – Deutsch von zehn auf 19, Mathematik von elf auf 15, in den Naturwissenschaften von acht auf 20. Andere Länder können offensichtlich aufholen, so unsere Nachbarn Deutschland oder Polen, die gleich um sieben Plätze weiter nach vor gereicht werden konnten. Unangefochten Nummer eins bleibt Finnland.

Wenn man in Österreich das Ergebnis genauer betrachtet, so sind die AHS- und BHS-Schulen annähernd gleich geblieben, aber sie haben sich auch nicht verbessert. Aber erschreckend, dass sich Hauptschulen, polytechnische Schulen und Berufsschulen auf einem gewaltigen Rückschritt befinden. Der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit äußerst geringen Kenntnissen ist hier von 15 auf 20 Prozent gestiegen und das muss uns einfach zu denken geben. Das muss uns nachdenken lassen, wo eigentlich die Unterschiede liegen.

Ich glaube, dass in Österreichs Schulen verstärkt die soziale Herkunft für Unterschiede sorgt, dass der Beruf der Eltern mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit auch die Schullaufbahn beeinflusst und dass im Vergleich zu anderen PISA-Staaten wir wirkliche Unterschiede im Schulsystem vorfinden.

Die erfolgreichen PISA-Staaten haben flächendeckende ganztägige Schulformen und sie haben – und das ist eine seit Jahrzehnten sozialdemokratische Forderung – die gemeinsame Schule der Sechs- bis 14- oder 15-Jährigen. Auf die Förderung der individuellen Fähigkeiten wird wesentlich besser eingegangen und es gibt weniger Frontalunterricht und viel mehr Lerngruppen. Die Beurteilung ist – und daran sollte man zunehmend mehr denken – die Basis für Fördermaßnahmen, aber nicht die Rechtfertigung für Klassenwiederholungen. Das System in diesen Ländern fördert Begabte und weniger Begabte gleichermaßen, es macht die Guten besser und die Schwächeren gut.

Ich erinnere mich – zwar manchmal mit Wehmut, weil es mit sehr viel Arbeit verbunden war – an die Zeit zurück, wo ich in der Grundschule angefangen habe und im Abteilungsunterricht tätig war, wo wir über mehrere Schulstufen hinweg Unterricht erteilen mussten. Und das habe ich über Jahre hindurch gemacht. Dort hat sich eindeutig festgestellt, dass das Arbeiten in Gruppen, und anders konnten wir diese Vielzahl der damaligen Schüler in den wirklich überfüllten Klassen gar nicht bewältigen, als Gruppenarbeiten anzubieten, das, was man heute vielfach dann offenes Lernen nennt, haben wir ja schon längst damals vollzogen, dass dieses Gruppenlernen sehr, sehr förderlich für weniger Begabte war, die immer am Beispielen der anderen mitlernen konnten. Diese positiven Erfahrungen, die wir aus dieser Zeit einfach noch haben, müssten viel mehr in die heutige Situation einfließen können.

Wo liegen die Unterschiede? Wir haben bei den sehr schlechten Leistungen im Vergleich zu dem Spitzenreiter Finnland, der nur 6 Prozent ausgesprochen schlechte Leistungen aufweist, 19 Prozent in Österreich zu verzeichnen. Umgekehrt, bei den guten und sehr guten Leistungen haben wir 15 Prozent, Finnland hingegen 24.

Bei der ganzen Diskussion über diese Ergebnisse wird aber immer wieder auch vergessen, dass der Zweite im Reigen dieser untersuchten Staaten Korea ist. Ich sage das nur als Randbemerkung.

Was hat Finnland anders? Eben ein flächendeckendes Angebot an ganztägigen Schulformen, das wir uns nur erträumen können. Bei uns gibt es vereinzelte Versuche, aber ich meine teilweise sehr halbherzige Unterfangen. Und was wir in jedem Fall dort vorfinden, das ist die gemeinsame Schule.

Wenn ich daran denke, dass wir an unseren Schulen zwar in der Volksschule und, ich glaube, in der Hauptschule ist es nicht anders, per Erlass verhalten sind, ein Frühwarnsystem zu befolgen und auf Schwächen hinzuweisen, die bei Schülerinnen oder Schülern auftreten können, aber wir dann zur Behebung genau dieser Schwächen keine Ressourcen bekommen – eine halbe Förderunterrichtsstunde pro Klasse in einer Woche, das ist ja lächerlich, was soll da eine Pädagogin, ein Pädagoge damit anfangen –, dann weiß ich auch, wie sich das in den nächsten Jahren noch verstärken wird, wenn wir zwar feststellen dürfen, wo die Defizite liegen, aber wir dürfen sie auf keinen Fall behandeln. Wir bekommen keine Ressourcen dazu. Die Teamfähigkeit wird sicherlich zu forcieren sein in unseren Schulen.

Weil es einfach notwendig ist, möchte ich noch ein paar allgemeine Befunde hier feststellen.

Wir wissen und dafür treten wir auch immer wieder ein, dass wir ein Bildungssystem brauchen, das unterschiedliche soziale, regionale und geschlechtsspezifische Barrieren abbaut und das die Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit in solidarischer Beziehung zu Mitmenschen fördert. Was wir brauchen für unsere Schüler, das sind die Chancen, die gleichen Chancen. Die Chance auf Bildung darf aber nie, meine Damen und Herren, von der Finanzkraft der Eltern abhängig sein. Und da komme ich wieder zurück auf die Indizien, die ich aus dem Landesbudget herauslesen kann mit einer eklatanten Steigerung im privaten Bereich des Bildungssystems in prozentuellem Ausmaß und das darf sicherlich nicht der Weg sein.

Ich hoffe, dass sich auch hier in diesem Haus in der Zukunft eine breite Bildungsdiskussion entwickeln kann zum Wohle derer, die eigentlich unser größtes Gut sind, zum Wohle der Jugend. (Beifall bei der SPÖ. – 12.03 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet Frau Abgeordnete Koller, danach Böhmer.

Abg. Mag. Koller (12.03 Uhr): Meine Damen und Herren!

Zum Antrag Schulversuche bei ganztägigen Schulformen. Gott sei Dank haben wir ja die Tagesschule bereits in der Steiermark eingeführt und in der Volksschule Graz-Liebenau gibt es ja die erste Ganztageschule. Aber es ist nicht immer nur die Seite der Politik gefragt, sondern es müssen natürlich auch die Eltern und Familien damit einverstanden sein.

Mit der Tagesschule ist es jetzt aber möglich, dass bis 16 Uhr die Kinder mit Lern- und Freizeitbetreuung beaufsichtigt werden und auf diese Art und Weise ist es an 20 Standorten zusätzlich gelungen, diese Nachmittagsbetreuung einzuführen. Auf den Antrag Schulversuch einzugehen, es ist bis 16 Uhr anzubieten und ich bin schon der Meinung, welchen Sinn hat eine ganztägige Schulform noch, wenn nicht einmal bis 16 Uhr unter Umständen dort ein Aufenthalt gewährleistet ist.

Des Weiteren im Zusammenhang mit der psychologischen Betreuung war es der Frau Landesrätin auch möglich, 20 Dienstposten zu genehmigen bei den allgemein bildenden Pflichtschulen, um da eben wieder für sonderpädagogische Maßnahmen besser gerüstet zu sein. Aber bereits 1995 wurde im Bildungsbereich ein Prozess begonnen, der eben den Übergang von der Anordnungskultur zu einer Vereinbarungskultur oder vom Zentralismus zum Subsidiaritätsprinzip hinführt. Ziel dieses Prozesses ist es, die laufende Verbesserung der Qualität unserer Schulen zu gewährleisten. Es gab und gibt da ja sehr viele Projekte im Zusammenhang mit der Qualitätsentwicklung. Ich möchte nur erwähnen, im Jahr 1998, das Projekt QIS, Qualität in Schulen, das heißt, die Schulen hatten erstmalig die Möglichkeit, ihre eigene Qualität zu hinterfragen, zu kontrollieren, aber auch weiterzuentwickeln.

Ein zweites Beispiel ist das Projekt IMST, also eine nachhaltige Qualitätsentwicklung des österreichischen Mathematik- und Naturwissenschaftsunterrichtes im Bereich der AHS-Oberstufe und auch der BHS. Etliche berufsbildende Schulen haben die Qualität durch ISO-Zertifizierung oder TQM, also Total Quality Management-Zertifizierungen auch bestätigen lassen. Die Zukunftskommission hat die Aufgabe, diese guten Vorarbeiten zusammenzuführen, um praktisch eben von ressourcenorientierter Inputsteuerung zu einer ergebnisorientierten Outputsteuerung zu kommen. Wichtig ist, die Zukunftskommission soll unabhängig und objektiv stärken und Erhaltenswertes im Schulsystem identifizieren, Schwächen, nötige Reformen, Änderungen aber zur Verbesserung geben.

Die inhaltlichen Schwerpunkte umfassen dabei ein umfassendes nationales Qualitätsmanagementsystem und Einführung von Leistungsstandards, eine Qualitätsoffensive im Bereich des Unterrichts, die Stärkung der pädagogischen Aufgaben der Lehrerinnen und Lehrer und Steuerungsstrategien. Die Zukunftskommission wird nach der Methode der offenen Planung vorgehen und alle Schulpartner und Gruppen im Schulbereich einbinden. Wichtig dabei ist der Internetzugriff zu erwähnen über die virtuelle Zukunftsplattform. Unsere

Frau Landesrätin Mag. Kristina Edlinger-Ploder gründet, oder hat bereits gegründet eine PISA-Aktionsgruppe unter dem Motto „Andere diskutieren – wir reagieren“. Das heißt, es ist eine Aktionsgruppe da, deren Aufgabe es ist, in gemeinsamer Arbeit nicht nur die Ergebnisse der PISA-Studie zu analysieren, sondern natürlich auch im Zusammenhang mit der bereits von mir erwähnten laufenden Bildungsdiskussion bestmögliche und unbürokratisch umsetzbare Lösungsvorschläge für die Steiermark zu erarbeiten. Also, das Ziel ist es, eine Art PISA-Feuerwehr ins Leben zu rufen und neben der Bundespolitik, wo diverse notwendige Verfassungs- und Gesetzesänderungen unter Umständen längere Zeit dauern, wichtige landespolitische Akzente sofort zu setzen und da wird zurückgegriffen auf das erfolgreichen Rezept der Entwicklung der steirischen Schulcharta, das heißt also, dass Eltern, Lehrer und Schülervertreter gemeinsam die Projekte entwickeln und gemeinsam handeln. Hier sind bereits Maßnahmen fix geplant, wie ein Schwerpunkt Sprache, Lesen, Schreiben im Bildungsressort, dann Aktivitäten mit dem steirischen Buchklub, mit dem Höhepunkt am 2. April, dann Aufsatzwettbewerb anlässlich des Jubiläumsjahres 60, 50, zehn. Dann jugendgerechte Motivationswettbewerbe, dann gemeinsam mit dem Schwerpunkt Jugendkultur besondere Unterstützung für Jugendtheater und die Initiative Gehirnforschung wird sich dann besonders mit dem Lebens- und Bildungsweg junger Menschen befassen.

In diesem Zusammenhang möchte ich einen Entschließungsantrag einbringen der Abgeordneten Mag. Koller, Beutl, Köberl, Majcen und Dr. Rauch, betreffend Maßnahmen zur Verbesserung der PISA-Studie 2003.

Das Ergebnis der PISA-Studie 2003 war für Österreich wenig erfreulich. Im Vergleich zu PISA 2000 haben sich Österreichs SchülerInnen in allen Kompetenzbereichen um mehrere Rangplätze verschlechtert (Mathematik von Platz elf auf 15, Lesen von Platz zehn auf 19, Naturwissenschaft von Platz acht auf 20 – jeweils von 29 OECD-Staaten).

Unklar ist aber, inwieweit das gesamtösterreichische Ergebnis auf die Steiermark umzulegen ist. Denn bekanntlich gibt es in der Steiermark viele Aktivitäten zur Verbesserung der Lesekompetenz der Schüler.

Erschwerend für Österreichs Schulen kommt hinzu, dass diese seit Jahren mit unterschiedlichsten Themen überfrachtet werden. Für die prioritäre Aufgabe der Schule, Allgemeinbildung und ganzheitliche Bildung zu vermitteln, bleibt immer weniger Zeit.

Der gesellschaftliche Wandel trägt auch dazu bei, dass Lehrer zunehmend mit Erziehungsaufgaben beziehungsweise überlastet werden. Daher scheint es notwendig Maßnahmen zu setzen, um Elternhaus – Bildung – Betreuung besser zu verzahnen. Eine gute Erziehung im Elternhaus ist die beste Grundlage für die Arbeit aller Erziehenden, ob im Kindergarten oder in der Schule. Umgekehrt ist es wichtig, die Eltern in die Arbeit der Schulen stärker einzubinden, weil damit ihre umfassende Verantwortung für die Entwicklung ihrer Kinder zur Geltung kommt. Der Ausgewogenheit von familiärer und außerhäuslicher Erziehung Aufmerksamkeit zu widmen, ist ein Gebot politischer Klugheit, denn unsere Gesellschaft braucht starke Familien.

Dies auch im Hinblick auf die nächste PISA-Studie, die im Jahr 2006 mit dem Schwerpunkt Naturwissenschaft durchgeführt wird.

Anzumerken ist aber, dass die Steiermark mit der Steirischen Tagesschule eine Vorreiterrolle am Bildungssektor eingenommen hat.

Die Zukunftskommission, eingesetzt von Bildungsministerin Gehrler, hat Maßnahmen zur Sicherung und Weiterentwicklung der österreichischen Schulen erarbeitet.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, erstens an den Landesschulrat heranzutreten, damit dieser prüfe und eine Stellungnahme abgibt, inwieweit die Ergebnisse der PISA-Studie auf die Steiermark umgelegt werden können, zweitens im Rahmen ihrer Möglichkeiten Maßnahmen zu setzen, damit das jüngste Ergebnis der PISA-Studie verbessert werden kann und drittens Maßnahmen zu setzen und eine Gesamtstrategie zu erarbeiten, um die Bereiche Elternhaus – Bildung – Betreuung bestmöglich zu verzahnen. (Beifall bei der ÖVP. – 12.11 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächstes ist der Herr Abgeordnete Böhmer am Wort. Bitte!

Abg. Böhmer (12.12 Uhr): Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmannstellvertreter, Frau Landesrätin, werte Kolleginnen, werte Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Die SPÖ wird diesem Entschließungsantrag, betreffend Maßnahmen zur Verbesserung der Ergebnisse der PISA-Studie 2003, nicht zustimmen und ich möchte dies auch begründen.

Wenn man sich den ganzen Vorspann durchliest, hat man wirklich – und da schließe ich an meine Rede beim Budgetlandtag an – das Gefühl, dass diese Schriften von Leuten geschrieben worden sind, die zwar gut in der Theorie sein mögen, aber von der Praxis sehr weit entfernt sind. Warum sage ich das?

Erstens: Hier steht ganz klar, dass die Schule mit den unterschiedlichsten Themen überfrachtet ist. Kollege Köberl, mit diesem Satz gibst du oder gäbest du – ich spreche bewusst im Konjunktiv – auch deiner Hauptschule, aus der du stammst, in Bad Aussee und wahrscheinlich auch die Kollegin Koller von der HTL kein gutes Zeugnis. Das hieße für mich, du bist nicht ein Insider des Curriculums, du bist nicht ein Insider des Lehrplans. Wir wissen, dass Curricula landesübergreifend, von Vorarlberg bis Salzburg, ja und sogar hinaus

ins Burgenland, zu gelten haben, zumal wir der Durchlässigkeit unterliegen, was sehr positiv ist. Es gibt in den Curricula oder in den Lehrplänen Unterrichtsprinzipien. Es gibt unter anderem auch Schulautonomie und das schon seit 1992. Es gibt Schulforen und es gibt viele andere Dinge.

Nur eines gibt es nicht. Es gibt nicht, dass momentan bei uns in Österreich rasch irgendwelche Veränderungen getätigt werden können, zumal uns die Zweidrittelmehrheit daran hindert. Aber ich kann nur sagen, die SPÖ hat sich von dieser Zweidrittelmehrheit schon verabschiedet, weil wir einfach der Meinung sind, dass jene Regierung, die diese Macht, im positiven Sinne gesehen, in der Hand hat, dass diese Regierung auch Verantwortung zu tragen hat. Ich glaube, auch im Schulwesen ist die einfache Mehrheit ein Positivum für unsere pädagogische, für unsere Schullandschaft.

Was uns noch fehlt, und das hat der Kollege Detlef Gruber gesagt, uns fehlt in Österreich zum einen eine Regierung, die bereitwillig ist, auch den perzentuellen Anteil, was der Bund für Erziehung und Unterricht ausgibt, in etwa auszugeben, was wir im Jahre 2000 oder sage ich noch 1999 ausgegeben haben. Ich werde dir diesen Zettel kopieren, Kollege Köberl, weil ich glaube, man kann mit einigen eine andere Schulpolitik machen, wenn sie das Zahlenmaterial sehen. Eure Ministerin, eure Abgeordneten, nämlich Nationalratsabgeordnete, predigen immer das Gleiche. Es wird immer mehr an Schilling und es wird immer mehr an Euro ausgegeben. Na net wird da mehr ausgegeben. Es steigt ja auch das Bruttoinlandsprodukt Gott sei Dank ein wenig.

Aber – und jetzt komme ich zu dem – der perzentuelle Anteil an Bildung und Erziehung in Österreich ist in den vergangenen beiden Jahren mit 2,49 Prozent auf einem Stand, der dem Stand von 1974 entspricht. Als die ÖVP noch ein bisschen mit der SPÖ mitging, hatten wir einen Schnitt von 2,77 bis 2,95 Prozent. Das heißt, wir haben eben damals ein wesentliches Mehr an Bildung für unsere Schulen ausgegeben. Wir haben ein wesentliches Mehr für Schulversuche und dergleichen ausgegeben. Wie der Kollege Detlef Gruber gesagt hat, so Förder- und Stützstunden, das war schon was, oder Assistenzstunden. Nur, das ist vorbei.

Man hat gut funktionierende Schulversuche, auch hier in der steirischen Schullandschaft, zu verhindern gewusst. Man hat ganz einfach einem guten Schulversuch, wie er in Hartberg gelaufen ist, damals unter dem Titel „Integrierte Gesamtschule“ einfach den Garaus gemacht, hat dann im Jahre 1985 eine ganz biedere Regelschule für ganz Österreich mit den Leistungsgruppen eingeführt, und das war es. Das war die Schulreform. Seither hat sich nichts getan.

Aber was wichtig gewesen wäre: Es wäre wichtig gewesen, wir haben ja nicht nur flächendeckend von Vorarlberg bis ins Burgenland die so genannte Durchlässigkeit, sondern wir haben auch für die Zehn- bis 15-Jährigen oder Zehn- bis 14-Jährigen sowohl in der Hauptschule als auch in der AHS-Unterstufe wortidente Lehrpläne. Das heißt, jedes Kind hat auf Grund unserer Gesetze sowohl in der Hauptschule als auch in der AHS-Unterstufe das Gleiche zu lernen.

Nur, die Realität schaut anders aus. Und die Realität schaut in der Weise aus, dass wir auch hier auf einem Weg sind – und da nehme ich die ÖVP überhaupt nicht aus der Mangel –, dass die AHS-Unterstufe immer mehr zu einer so genannten Gesamtschule wird und die Hauptschule, mit einigen wenigen Ausnahmen, in Regionen, wo es keine AHS-Unterstufe gibt, eine Restschule wird. Klammer auf, mit einigen Maßnahmen, die unter dem Titel „Realschule“ bedacht sind.

Diese Realschulen funktionieren. Warum funktionieren sie? Weil in diese Realschulen – an Hauptschulstandorten angesiedelt – die besten Schülerinnen und Schüler eines Lehrganges der Volksschule unterrichtet werden.

Dem nicht genug! Die ÖVP oder wir müssen uns leider eine Ministerin leisten, die unter anderem, wenn ich an ihr Interview in der steirischen Schulzeitschrift „Die Schule, Zeitschrift für Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler und Eltern“, sagt, wofür sie in den nächsten Jahren sorgen wird.

Erstens: Autonomie für Schulen. Ich wiederhole, die haben wir schon über zehn Jahre.

Zweitens: Eine weitere Entwicklung und Erprobung des Entwicklungsstandards. Haben wir auch schon.

Dann ein neues, schönes Wort: Beginn einer Leadership-Akademie für Führungskräfte im Bildungsbereich. Das ist sehr wichtig.

Viertens: Verringerung der Klassenwiederholung durch – und jetzt kommt der dicke Hund für mich und ich nenne ihn bewusst so – ein Frühwarnsystem bereits im ersten Semester. Das heißt auf gut Steirisch, die Volksschullehrerin in der dritten und vierten Klasse, aber auch ein Hauptschullehrer und ein AHS-Professor müssen bereits ungefähr vor Weihnachten in etwa oder so um Allerheiligen wissen, ob das Buberl oder ob das Mäderl dieses Schuljahr schafft. Schafft es das nicht, was tun wir dann? Dann schicken wir diesen Buben, dann schicken wir dieses Mädchen in die Lerninstitute, die wie die Schwammerl aus dem Wald bereits bei uns auch in Hartberg und in der Oststeiermark zuhauf wachsen.

Das einzig Positive bei diesen Lerninstituten sehe ich darin, Frau Landesrätin, dass dort junge Lehrerinnen und Lehrer wenigstens ein paar Stunden eine Arbeit bekommen, weil sie diese weder in der Steiermark noch in Österreich sonst bekommen. Ich wiederhole nur: Seit dem Jahr 2000 sind 4500 Lehrerinnen und Lehrer in allen Schultypen Österreichs, aber nicht nur wegen des Rückganges der Schülerzahlen, sondern wegen diesem fantastischen Wort „Maßzahl“. Das ist das Verhältnis Lehrer zu Schüler. Dadurch sind 4500 Lehrer entweder in Frühpension oder in einen anderen Arbeitsbereich geschickt worden.

Jetzt komme ich zum Letzten, zur steirischen Tagesschule: Die Tagesschule, meine Herrschaften, hier wäre es einmal interessant, Frau Landesrätin, dass wir so einen Zwischenbericht hörten, wie das in der Steiermark bei diesen 20 Standorten funktioniert. Ich habe so eine Tagesschule besucht.

Bei uns in Mönichwald funktioniert das so, dass die Lehrerinnen und auch die Kindergärtnerinnen mit dieser Nachmittagsbetreuung, die sie gerne machen, fast überfordert sind, weil die Frauen, die aus diesem Tal zu uns kommen, tagtäglich eine andere Arbeitszeit haben.

Das heißt, es muss alles in der Organisation bereits am Vortag gemacht werden und das nimmt irrsinnig viel Zeit in Anspruch. Und wenn es um die Bezahlung geht, dann möchte ich hier nicht sagen, dass einen Teil das Land und – ich sage es wieder – einen Teil die Gemeinden zu berappen haben. Die Gemeinden in unserer Steiermark, die ohnedies schon so viel am Buckel haben, das werden die Bürgermeister hier herinnen sagen, wenn ich hier nur ganz kurz nenne, dass die EDV-Geschichte der Pflichtschulen, im Gegensatz zu den bundesweiten AHS und BHS ganz anders geregelt ist, sind überlastet. Daher ersuche ich auch Sie, Frau Landesrätin, dass Sie in Kombination oder in Kooperation bei einer Bildungsreferentenkonferenz österreichweit sich einmal überlegen, kann man ernsthaft über eine Ganztagschule sprechen, wo auch hier die Zweidrittelmehrheit fällt, kann man herangehen über eine Gesamtschule sprechen, um auch einer Ministerin klar zu machen, dass das nicht altes, sage ich fast sozialdemokratisches, sie hat sogar gesagt, sozialistisches Denken ist. Vielleicht können Sie einige Bücher mitnehmen zu dieser Konferenz und dann auch von einem Finanzminister das notwendige Geld bekommen – Sie sind ja auch Finanzlandesrätin, das unseren Kindern, das unseren Jugendlichen, das unseren Lehrern zusteht. Da habe ich noch nichts gesprochen über die Nachmittagsbetreuungen. In diesem Sinne danke ich für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 12.23 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster am Wort ist der Herr Abgeordnete Köberl.

Abg. Köberl (12.23 Uhr): Geschätzte Frau Präsident, werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen in diesem Hohen Haus!

Ich bin jedenfalls sehr, sehr dankbar, dass einmal der Bildungsbereich eine attraktive Tageszeit in der Debatte in diesem Plenum hat. Gestatten Sie mir, dass ich ein bisschen darauf eingehe, was meine Vorredner zu dieser doch sehr ins Allgemeine führenden Bildungsdebatte gebracht haben. Und ich darf beginnen bei meinem Kollegen Böhmer, der mich ein paar Mal angesprochen hat und gemeint hat, mit dem nicht leben zu können, dass die Schule sozusagen überfrachtet sei und ein bisschen zwischen den Zeilen, dass das nur von Theoretikern verfasst worden sein kann. Hier darf ich vielleicht einen Irrtum aufklären, ich gehe sehr gerne in die Schule, bin dort sehr gerne und unterrichte dort täglich mit Ausnahme des Dienstags, weil ich nur eine halbe Lehrverpflichtung habe. Ich glaube, es ist aber auch wichtig, dass man Praktiker dabei hat, die auch hier die Probleme sehen. Und du wirst mit mir übereinstimmen, dass in den letzten Jahren vieles in den Bereich der Schule gewandert ist, von den Unterrichtsprinzipien und anderen verschiedenen Aufgabenbereichen, die hier dazugekommen sind. Man spricht sehr oft von Schulpartnerschaft und wenn man hier diese partnerschaftlichen Rechte, aber auch die Pflichten einfordert, wird sehr oft nur mehr von den Kindern und den Lehrern alleine geredet.

Du hast zwei Dinge auch angesprochen und es ist ja auch schon bekannt und ich freue mich darüber, dass man sich davon distanziert, was Jahre oder Jahrzehnte nicht möglich war, dass man auf dieser Zweidrittelmehrheit beharrt. So einfach, wie du es ausgeführt hast, ist es dann aber doch nicht, wenn man heute sagt, man kann es einfach messen, was man oben an Finanzen hineingibt, das kommt unten an Bildung bei den Damen und Herren heraus. Dann müsste es eigentlich so sein, um noch einmal diese PISA-Studie auch herzunehmen, dass Finnland am meisten oben an Finanzen hineingibt und sozusagen unten bei den Kindern am meisten herausbringt. Im Gegenteil, Österreich wird als eines jener Länder genannt, das hier führend ist im Aufkommen der Finanzmittel für den Bildungs- und Schulbereich. (Landesrat Mag. Erlitz: „In die Verwaltung, nicht in die Bildung!“)

Herr Landesrat, ich stimme dir zu, wir müssen uns den Weg genau anschauen beim Obenhineinkommen und was dann bei den Kindern dabei herauskommt und hier sind wir alle dabei gemeinsam gefordert, da wirst du mir zustimmen. Hier gibt es vieles, was einfach auch auf moderne Verhältnisse umgelegt, vereinfacht werden muss. Es muss rascher und flexibler in manchen Bereichen auf gewisse Gegebenheiten eingegangen werden.

Und noch abschließend eine Zahl. Man darf schon nicht vergessen, dass sich die Zahl der Schülerinnen und Schüler in den Jahren seit 1974 zum Teil fast halbiert hat und dass jene Mittel, die heute nur mit 2,5 Prozent, wie angeführt wurde, dafür aufgewendet werden, umgelegt auf den Einzelnen ein wesentliches an Mehr bedeuten. So weit zu den Zahlenspielereien. Aber wir wollen hier nicht Zahlenspielereien betreiben, sondern auch zu den vorgelegten Anträgen beziehungsweise zum Allgemeinen über die Bildungsdiskussion kommen.

Ich bin dem Kollegen Gruber eigentlich dankbar für seine sehr sachlich gehaltene Wortmeldung und er hat davon gesprochen, dass wir gemeinsam zum Wohle unserer Kinder und unserer Jugend uns hier bemühen sollten.

Angesprochen wurden in den Anträgen zu den Tagesordnungspunkten 5 bis 7 zwei Dinge, die ich auch noch besonders herausgreifen möchte. Das eine betrifft diese gesetzliche Regelung der Nachmittagsbetreuung bei den ganztägigen Schulformen. Und es wurde auch vorhin erwähnt, dass es 20 in der Steiermark gibt und

ich bin unserer Frau Landesrätin sehr, sehr dankbar. Hier hat man in der Steiermark gezeigt, dass es nicht nur bei Worten bleibt, sondern dass diesen Worten auch wirklich Projekte, Modelle und Taten folgen. Auch in Bad Aussee ist es gelungen, eine dieser ganztägigen Schulformen zu installieren. Es war zuerst ein großes Echo da, aber wie immer und gerade auch im Bildungsbereich ist es dann oft ein schwieriger Weg von der Idee, von der Vorstellung zur konkreten Umsetzung. Es waren alle Schülerinnen und Schüler beziehungsweise die Eltern eingeladen, in der Region Ausseerland ihr Interesse zu bekunden. Letzten Endes waren es 14, jetzt zwölf Kinder, die diese ganztägige Schulform in Anspruch nehmen. Ich darf sagen, nachdem ich heute auch noch einmal mit unserem Heimleiter im Landesjugendgästehaus telefoniert habe, dass es sehr, sehr gut läuft. Warum läuft das sehr, sehr gut? Weil es hier eine Partnerschaft gibt, die auch schon angesprochen wurde. Zum einen die Unterstützung und Ermöglichung durch das Land, zum anderen ist es die Gemeinde, jawohl und ich bekenne mich dazu auch als Kommunalpolitiker, dass auch der Bildungsbereich, die Schülerinnen und Schüler im Gemeindebereich einen Stellenwert haben müssen. Es geht nicht nur um den Schulerhalter, sondern es geht auch um eine Weichenstellung für die Zukunft. Ich sage jetzt sehr, sehr salopp und manche Bürgermeister oder Gemeindevertreter werden mir böse sein dafür, aber was hier für Studien und für Vorbereitungsarbeiten an Geld ausgegeben wird, wenn nur ein Bruchteil davon für Bildungszwecke hergenommen wird, dann kann das wohl nicht verfehlt sein.

Also noch einmal, das Land, die Gemeinde, die Eltern und letzten Endes die Kinder haben die glückliche Situation gehabt, dass es mit dem Landesjugendgästehaus hier einen Partner vor Ort gegeben hat, der sofort gesagt hat, ja, das interessiert mich, das ist eine Möglichkeit. Das wird nicht für alle Gemeinden und für alle Regionen zutreffen. Nur, hier gilt es eben diesen individuellen Freiraum, der sehr regionalspezifisch zu sehen ist, auch zu nützen. Eine rein gesetzliche Reglementierung, wie im Tagesordnungspunkt 5 gefordert, wird hier allein nicht das Allheilmittel sein. Hier sind es Menschen, die sich engagieren und die bereit sind, auch neue Wege zu gehen. Noch einmal, es wurde dieser Weg in der Steiermark ermöglicht und wir haben gesehen, dass es 20 sehr, sehr erfolgreiche Modelle gibt.

Zum Tagesordnungspunkt 7 darf ich noch sagen, hier gehtes um die Forderung der gesetzlichen Verankerung der Richtlinien des österreichischen Instituts für Schul- und Sportstättenbau. Auch hier müssen wir aufpassen, wobei ich mit dem Inhalt als Praktiker, wie ich es betont habe, auch sehr einverstanden bin, denn wir müssen sehen, unter welchen Bedingungen heute auch Schülerinnen und Schüler ihren Unterricht erhalten. Ich meine die räumlichen Bedingungen. Ja, hier gibt es zweifelsohne auch noch Mängel hinsichtlich der Beleuchtung.

Es hat sich vieles gewandelt, Gott sei Dank. Weg vom Frontalunterricht zu einem sehr gemeinsamen, gruppenorientierten und zu einem sehr offenen Lernen.

Aber um beim Kollegen Gruber zu bleiben, es darf auch hier nicht die Bildung in einem sehr dunklen Licht passieren. Diese Richtlinien sind wichtig. Wir wissen und wir haben das auch im Ausschuss gehört, dass es gerade auch hier bereits Normen gibt, die Önorm 1246/4, die hier angewandt wird. Es bedarf jede Sanierung und jede Änderung im Pflichtschulbereich baulicher Natur auch einer schulbehördlichen Genehmigung, wobei ganz besonders auf die Einhaltung aller sicherheitstechnischen und schulhygienischen Vorgaben, besonders die Vorschriften hinsichtlich der Beleuchtung, geachtet wird.

Lassen Sie mich aber ein sehr persönliches Abschlusstatement halten: Ich habe gestern oder vorgestern ein Interview mit dem bekannten Univ.-Prof. Zeilinger gehört. Er wurde gefragt, was er vorschlagen würde oder was das beste Mittel sei, um auch die Qualität des Unterrichts zu verbessern. Er hat gesagt, das sind motivierte Lehrer. Es sind motivierte Lehrer, die bereit sind und die angespornt sind, hier auch etwas drüberzubringen.

Mir tut es manchmal Leid – nicht als Politiker, da ist man das gewohnt, aber als Lehrer –, dass gerade dieser Berufsstand oft auch in den Medien als jener Berufsstand gemessen wird, dessen Freizeit in Überfluss vorhanden ist und dessen Stellenwert weit unter dem liegt, den wirklich viele Lehrerinnen und Lehrer in der Steiermark und in Österreich ausmachen.

Wir haben sehr, sehr gute Pädagogen, aber wir sollten uns gemeinsam bemühen, hier auch von Seiten der Politik diesen Berufsstand in einer nicht leichten Situation, unter geänderten Rahmenbedingungen, durch ein positives Echo zu unterstützen.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und bei allen, die das in Zukunft tun werden. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 12.34 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächstes am Wort ist der Herr Abgeordnete Majcen.

Abg. Majcen (12.34 Uhr): Frau Präsidentin, Frau Landesrätin, meine Damen und Herren auf der Regierungsbank, im Zuschauerraum, Kollegen!

Lange bevor die PISA-Studie, von der jetzt immer wieder die Rede ist, die sozusagen Österreich irgendwie fast in einen nationalen Notstand gestürzt hat, veröffentlicht wurde, ist schon über die negativen, und zwar für Österreich negativen Ergebnisse gesprochen worden. Es ist, wie halt vieles bei uns so der Fall ist, sehr häufig dann der Verdacht aufgekommen, dass diese Ergebnisse der PISA-Studie sehr gerne von dem einen oder anderen dazu benutzt werden, um alte Rechnungen zu begleichen, um zu sagen, wer alles schuld ist, wer heute schuld ist, wer früher schuld war, was alles schuld ist. Alle diejenigen, die einmal Vorschläge gemacht haben, die nicht verwirklicht wurden, sagen, weil eben die Vorschläge nicht verwirklicht worden sind. Alle diejenigen, die heute am Werk sind, sagen, es ist halt die heutige Zeit so.

Irgendwie hat man manchmal auch das Gefühl, dass unter dem Titel „Sorge“ eher eine gewisse Schadenfreude herrscht. Ich würde mir wünschen, ich würde es mir sehr wünschen, zu einer ideologiefreien Debatte zu kommen und alle diese Aufrechnungen und Schuldzuweisungen zur Seite zu schieben, dann kämen wir weiter.

Wenn Günther Haider als der österreichische PISA-Leiter, Leiter des PISA-Zentrums von einem Ungeist der Fehlerkultur in Österreich spricht, dann muss man sagen, das ist etwas, was sich über die Jahrzehnte so entwickelt hat und wo eigentlich in Wahrheit nur der Lehrer eingreifen kann, weil die Fehlerkultur ist keine schulorganisatorische Sache, sondern das ist eine Sache, die vom Lehrer ausgeht. Der Lehrer kann bestimmen, ob er einen Schüler, der Fehler macht, immer wieder auf den Fehler hinweist oder ob er ihn heranzieht und ihm sagt – (Landesrat Mag. Erlitz: „Bei 32 Kindern in der Klasse zeigst du es mir!“)

Ja, dort sind wir schon. (Landesrat Mag. Erlitz: „Und das seit 27 Jahren!“)

Ich bin fast jeden Tag in der Schule.

Natürlich muss man dazusagen, das ist schon richtig, dass die Zustände und die Umstände anders geworden sind. Ich nenne auch andere. (Abg. Böhmer: „30 Schüler, 29 Schüler, 31 Schüler – wie soll das gehen?“)

Ich weiß nicht, warum kannst du nicht normal reden? Sei ganz normal. Wenn solche Leute wie du sich da nicht so künstlich erregen würden, dann könnten wir besser darüber reden. (Abg. Böhmer: „Rede weiter!“)

Ich stelle fest und ich gebe selbstverständlich zu, dass sich in den letzten Jahren durch erhöhte Schülerzahlen und andere Faktoren, zum Beispiel einer für mich in manchen Bereichen überzogenen Integration, die Dinge erschwert haben. Ich gebe zu – das ist aber kein Problem, das man der Schulorganisation und dem System zuweisen kann –, dass die Schüler insgesamt heute durch vielfache Ablenkungen auf anderen Ebenen wenig Konzentrationsfähigkeit aufweisen, dass der Lehrer mehr oder weniger wie ein Fernsehmoderator alle 30 Sekunden einen Aufmerksamkeitsimpuls abgeben muss, damit er noch die geneigte Zuhörerschaft für seine Botschaft gewinnen kann. Das ist alles ein Problem. Aber das sind Probleme, die außerhalb der Schule liegen. Da muss man jetzt nachdenken, wie man dem begegnen kann.

Ich würde dem einen oder anderen Schluss, den Günther Haider zieht, zustimmen und sagen, darüber kann man ohne weiteres reden. Er sagt, in Österreich erfolgt die Trennung mit zehn Jahren von der Volks- zur Hauptschule zu früh. Es wäre besser, sechs Jahre, acht Jahre zuerst in einer Grundschule und dann erst zu trennen. Er sagt – Haider –, das Lernen von Prüfung zu Prüfung ist ein Fehler, der in Österreich gemacht wird, weil es zu einer Überbewertung der Leistungsbeurteilung kommt. Er schlägt vor, fächerübergreifendes Lernen, das das nachhaltige Lernen fördert, mehr einzufordern und mehr durchzuführen. Das sind alles Sachen, die wir machen könnten, wenn die Voraussetzungen – und darüber müssen wir diskutieren – passen.

Meine Damen und Herren, das, was mich schon ein bisschen verwundert, auch bei dieser PISA-Studie, ist die Frage, wie kann innerhalb von drei, vier Jahren ein so großer – unter Anführungszeichen – Rückschritt gegenüber der letzten PISA-Studie erfolgen? Das lässt mich manchmal ein bisschen nachdenken, ob die – (Abg. Böhmer: „Der Unterrichtsminister ist das!“)

Das ist die einfachste Antwort, deswegen ist das Problem so schwer zu diskutieren. Das ist die Primitivantwort Nummer eins, die passt ganz genau. Darum können wir über diese Problematik nicht leicht diskutieren.

Es gehört auf jeden Fall, meine Damen und Herren, sehr intensiv und umfassend diskutiert. Sie finden dort in uns einen Partner in allen Bereichen, aber immer unter Einhaltung der Rahmenbedingungen, dass nichts irgendwie beliebig vermehrbar ist.

Ich muss ganz offen sagen, das, was zum Teil in der Steiermark passiert, ist etwas, wo man sagen kann, es ist wenigstens ein Versuch auf Landesebene, das eine oder andere zu regeln.

Ich habe seit vier Jahren, heuer das fünfte Jahr, die Nachmittagsbetreuung. Tendenz steigend. Aber zu glauben, dass sie das Allheilmittel ist, ist ein Irrtum. In Wahrheit nehmen sie ungefähr nur 20 Prozent der Schüler an. Die anderen Eltern wollen gar nichts wissen davon, die wollen, dass die Kinder zu Mittag nach Hause kommen. (Abg. Kröpl: „Das ist eine Kostenfrage!“)

Das ist nicht nur eine Kostenfrage, weil es ist bei uns nicht so teuer. Aber bitte, ist durchaus möglich, dass die Kostenfrage auch eine Rolle spielt. Es kann aber nicht nur eine Kostenfrage sein, weil so viel ist es nicht, was bei uns für die Nachmittagsbetreuung verlangt wird.

Ich bin der Frau Landesrätin Edlinger-Ploder dankbar, dass sie diesen Weg ermöglicht hat. Meine Bitte in dem Zusammenhang ist nur, bürokratische Hürden, wenn es geht, einzuschränken, weil die Zahl der Meldungen, die da in dem Zusammenhang oft gemacht werden müssen, ist halt auch nicht gering und was man da halt immer wieder melden muss. Aber das ist halt einmal so.

Langer Rede kurzer Sinn, meine sehr geehrten Damen und Herren: Wenn nicht die Schlussfolgerung aus PISA II lautet, die Gesamtschule ist das Allheilmittel, und zwar die Gesamtschule für alle, und zwar von in der Früh, von 7.30 oder 8 Uhr – heute habe ich gelesen, 9.30 Uhr wäre besser – bis 16 oder 17 Uhr, dann soll man über alles reden und Angebote schaffen können. Das Land wird hier seinen Beitrag sicher leisten. Und das, was ich erbitte, ist, dass dieses Rückdrängen der Ideologien erfolgt. Ich zähle mich durchaus selber dort dazu, dass man sagt, vielleicht muss man die eine oder andere Position aufgeben zur Erreichung dieses Zieles, was der Detlef Gruber auch gesagt hat, was wir alle irgendwie meinen, zum Wohle der Schüler und zum Wohle der Jugend bei uns. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 12.42 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster am Wort ist Herr Klubobmann Kröpfl. Ich erteile es dir.

Abg. Kröpfl (12.42 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Frau Landesrätin, meine Herren Landesräte, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Schuldebatte reißt anscheinend nur sehr wenige vom Hocker, auch nicht die Leute von der Presse. Da merkt man, wie interessiert sie an einer Schuldebatte, einer Bildungsdebatte sind. Vielleicht hängt das auch ein bisschen mit der PISA-Studie zusammen. Ich möchte einmal sagen, dass das Interesse relativ gering ist. Man sieht es auch bei den Wortmeldungen, welche Fraktionen sich mit dem Thema besonders beschäftigen und wo es eher hinten ansteht. Also eines möchte ich sagen, nach neun Jahren Bundesminister Gehrler stehen wir leider vor einem bildungspolitischen Scherbenhaufen. (Abg. Riebenbauer: „Blödsinn!“)

Das ist kein Blödsinn, du kannst das nachlesen. Du kannst das überall in allen Studien nachlesen und es ist einfach nachvollziehbar. Und sich jetzt da her zu stellen, liebe Freunde von der ÖVP, und zu sagen, ja, das dürfen wir eigentlich jetzt nicht sagen und nicht hinterfragen, wer vielleicht schuld ist an der Geschichte, sondern jetzt brauchen wir wieder einmal einen nationalen Schulterschluss, damit die ganze Nation jetzt zusammensteht und jetzt packen wir es an und jetzt gehen wir es an, das kennen wir schon. Immer wenn irgend etwas verbockt ist, vermurkt ist, dann brauchen wir einen Schulterschluss oder wir brauchen eine Task Force. (Beifall bei der SPÖ.)

Das sind die modernen Begriffe, liebe Freunde. Und da kann man nicht mittun, da muss schon einmal auch die ÖVP den Mut haben und sagen, ja, was sind die Ursachen, warum wir so dastehen?

Das ist diese Sparwut, die ihr habt, seit eben die schwarz-blaue Regierung ist. (Abg. Hammerl: „Habt ihr einmal einen Vorschlag gebracht? Kein einziger Vorschlag!“)

Lieber Kollege, tu nachdenken, was du sagst. Die Vorschläge der SPÖ liegen seit den siebziger Jahren auf dem Tisch. Diese PISA-Studie und diese Zukunftskommission unter der Führung von Prof. Haider hat ganz eindeutig festgestellt, wo die Ursachen liegen. Hätte man damals auf uns gehört, hätte man damals die Gesamtschule umgesetzt, hätten wir damals die ganztägigen Schulformen forciert, dann würden wir heute nicht vor diesem Scherbenhaufen stehen, liebe Freunde. (Beifall bei der SPÖ.)

Das ist die Tatsache. Aber selbst nach der PISA-Studie I, als die Österreicher angeblich noch gut gelegen sind, da war ja noch alles einigermaßen im Lot, da haben wir gesagt, wir sind so gut, wir stehen ja ohnedies vor der Bundesrepublik, die sind ja noch schlechter als wir. Es geht uns ohnedies ganz gut. Und die Frau Minister hat dann eine sehr gute Idee gehabt, sie hat eine Zukunftskommission einberufen. Zukunftskommission, das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Diese Zukunftskommission hat dann getagt. Diese Zukunftskommission hat Ergebnisse gebracht. Nur haben wir die nicht umsetzen dürfen, weil bei einer so konservativen Bildungsministerin wie einer Frau Gehrler lassen sich eben Dinge wie eine Gesamtschule nicht umsetzen, weil wenn sie das Wort Gesamtschule hört, fallen bei ihr schon alle Jalousien herunter und macht sie schon einmal dicht. Daher müsste die ÖVP einmal herangehen und sagen, bitte schön, verabschieden wir uns einmal davon, wenn ich schon immer so reagiere, wenn ich das Wort Gesamtschule höre. Ich bin froh darüber, dass wir in der Steiermark einen ÖVP-Bildungspolitiker haben, der das Thema offen angeht. Nur, der kommt eben nicht durch in Wien, der kommt nur bis zum Semmering oder bis zum Wechsel und dann ist es aus, weil diese Frau Bildungsministerin ja wirklich eine ist, die sehr beratungsresistent ist. Alles, was irgendwie mit Beratung zu tun hat, da blockt sie ab, da sagt sie schon, bitte, brauchen wir nicht, es ist alles okay.

Jetzt kommt dann ein paar Jahre später die PISA-Studie II und plötzlich das große Erwachen, sogar in der ÖVP hat es einen ordentlichen Katzenjammer gegeben am Anfang, weil man genau gewusst hat, wo die Verantwortung liegt für diese Misere, nämlich in diesem Bildungsbereich, nämlich bei der Bildungsministerin und alle, die sie umgeben und die sie angeblich beraten und auf die sie hört. Weil sie hört ja nur auf die Konservativsten da drinnen, und nicht auf die anderen, auf die Fortschrittlichen. Dann hat man gesagt, ja, jetzt muss etwas geschehen. Jetzt kommt wieder ein Schulterschluss, habe ich schon erwähnt, jetzt brauchen wir sofort eine Kommission, aber seit dem Herbst ist schon wieder nichts passiert. Jetzt hat es geheißt, im Jänner gibt es so eine Kommission, die erste Sitzung. Ja, bis jetzt noch immer nichts davon zu hören, noch immer nichts da. Und dem Prof. Haider, einer der Profiliertesten, der in dieser Zukunftskommission gesessen ist, dem verbietet man fast den Mund, dem sagt man, er darf in der Öffentlichkeit nichts sagen, nur weil er Ideen verbreitet, die der Frau Minister nicht passen.

Aber ich bin dankbar dafür, dass der Kollege Majcen früher da gestanden ist und gesagt hat, naja, es gibt ja ein paar Ansätze. Das stimmt, wir haben auch in der Steiermark ein paar gute Ansätze, nur eines, liebe Freunde, ist immer noch da in diesem Land, wir haben ein zu enges gesetzliches Korsett, alles, was die ganztägigen Schulformen betrifft. Bitte, holt euch die Informationen bei eurem Herrn Bundesrat Schnider, der ja sagt, das Schlechteste, was man in einer Schule machen kann, ist die Betreuung. Wir brauchen eine verschränkte ganztägige Schulform, damit man auf die Lernrhythmen der Kinder eingehen kann. Es ist ja nicht so, dass ein Kind von 8 Uhr in der Früh bis 14 Uhr am Nachmittag dem Unterricht aufmerksam folgen kann. Das weiß ja jeder von euch auch, gelingt uns ja auch nicht, schaut euch an die Anwesenheit im Plenum! Das kann man ja nicht. Man hat Höhen und Tiefen bei der Aufnahmefähigkeit. (Abg. Riebenbauer: „Schau in deine Reihen!“)

Da lasse ich keine Fraktion aus, brauchst dich nicht zu schrecken. Aber darauf muss man eingehen, liebe Kolleginnen und Kollegen, und nicht so einfach jetzt so tun, als ob alles okay wäre. Wenn man heute sagt, es ist nicht möglich, dass ein Kind 50 Minuten aufmerksam zuhört. Ja, warum machen wir da nicht etwas und

warum lassen wir dann nicht neue Schulversuche zu? Ich denke immer wieder und ich habe das schon einmal gesagt, an den Schulversuch Wildbach. An 13 Stunden ist es gescheitert, aber nicht nur deswegen – und da mache ich gar nicht den Vorwurf an Sie, Frau Landesrätin, dass Sie das nicht wollten, vielleicht dort das Geld hinschicken, aber Sie haben sich einfach halt auch hinter dem Gesetz versteckt und gesagt, nein, das passt nicht in den gesetzlichen Rahmen, das können wir nicht machen. Probieren wir etwas Neues in der Bildungspolitik! Liebe Freunde, es geht doch darum, dass wir bei der Bildung darauf achten müssen, dass unsere Jugend nicht schlechter ausgebildet ist als jene im europäischen und im gesamtweltlichen Umfeld! (Beifall bei der SPÖ.)

Unsere jungen Leute werden nur eine Chance haben im internationalen Konzert zu bestehen, wenn sie super ausgebildet sind. Aber nicht nur die Jugend wird nur dann eine Chance haben, sondern es wird auch der Wirtschaftsstandort Österreich nur dann eine Chance haben, wenn unsere Jugend super ausgebildet ist. Weil mit den Billiglohnländern dürfen wir uns nicht vergleichen, sondern wir brauchen hohe Qualität in der Wirtschaft, wir brauchen hohe Qualität, hohe Kompetenz in der Bildung und in der Ausbildung, dann werden wir bestehen können im internationalen Konzert.

Zum Kollegen Köberl muss ich noch ein Wort verwenden, weil du die motivierten Lehrer angesprochen hast. Ich gebe dir voll Recht. Es ist wie mit einem motivierten Politiker, das ist wie mit einem motivierten Arzt, dort, wo Motivation ist, dort wird es natürlich besonders gut gehen. Du bist ja selbst im Schuldienst und ich war es auch 31 Jahre. Wenn du ständig eines auf den Deckel kriegst als Lehrer, wenn du ständig damit konfrontiert wirst, dass es Verschlechterungen gibt im Schulbereich, ja, wo soll denn der Lehrer seine Motivation noch herholen bitte, liebe Freunde? Ständig ist gespart worden. Wir haben eingespart 12 Prozent bei den Lehrern in etwa, bei einem Schülerrückgang von nur 4 Prozent. Ich kann natürlich nicht zurückgreifen auf 1958, 1965 oder sonst irgend etwas. Schauen wir uns in den letzten Jahren das an, einen eklatanten Rückgang bei den Lehrerstunden. Wir haben alles das, was in der Schule Spaß gemacht hat, abgebaut, alle Unverbindlichen Übungen sind weg. Das war etwas, wo die Kinder motiviert hineingegangen sind, wo etwas geschehen ist im Unterricht und wo man auch einen ganz anderen Zugang zu den Kindern bekommen hat. Das ist alles weg. Dann entwickeln wir ein neues Modell, ein Schulmodell, das wirklich zukunftsträchtig ist, das ist die „Schule ohne Schultasche“ und zu dem stehen wir, weil das ein wunderbares Konzept ist, dass man in der Schule lernt, dass man, wenn die Kinder aus der Schule herauskommen, mit der Schultasche praktisch nichts mehr zu tun haben, weil der Stoff während der Schulzeit erstens gut vorgetragen wird, von motivierten Lehrern vorgetragen wird und zweitens so gefestigt werden kann, dass sie sich das Lernen daheim tatsächlich ersparen.

Wir müssen eines weiterbringen, wir müssen nämlich tatsächlich schauen, dass wir diese Diskussion jetzt führen. Jetzt ist die Zeit reif dazu, es ist eh schon höchste Eisenbahn, dass wir das machen. Aber gehen wir es jetzt an, ohne dass wir mit irgendeinem Begriff spielen und sagen, nein, das passt uns nicht und das passt uns nicht. Denken wir an die Kinder, denken wir an die Zukunft unserer Gesellschaft und dann sind wir, glaube ich, auf einem guten Weg. (Beifall bei der SPÖ. – 12.52 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächstes am Wort ist Frau Landesrätin Edlinger.

Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder (12.52 Uhr): Vielen Dank!

Vielleicht gleich zu Anfang die Zusammenfassung, dass vieles, was gesagt wurde, auch meine Zustimmung findet. Erstens, dass wir einmal eine Bildungsdebatte mit Tageslicht führen. Zweitens, dass sie von – da kann ich, glaube ich, sämtliche Redner ansprechen – motivierten Bildungspolitikern geführt wurde und über weite Strecken eigentlich inhaltlich sehr, sehr stark war, auch wenn sie vielleicht nicht dann unbedingt die Mehrheit des Interesses in diesem Hause findet. Aber sei es darum.

Ich glaube, es ist gut und richtig, dass wir uns auch in einem Landtag darum kümmern. Deshalb wollte ich mich auch zu Wort melden, weil ja viele Dinge, die heute diskutiert wurden, wir schon mehrmals besprochen haben und es mir eigentlich ein bisschen Leid tut, dass die SPÖ bei diesem Antrag nicht mitgeht, weil gerade dieser Antrag davon spricht, was wir als Land – und Sie haben es richtig angesprochen, die Landeskompetenz ist in Bildungsfragen sehr, sehr eingeschränkt – gemeinsam unternehmen könnten, um auch unseren Beitrag zu leisten, um in der Steiermark national die besten Schulen zu erreichen, weil das ist unser Ziel.

Und da bin ich schon bei einem Punkt, der halt natürlich nicht nur hier, sondern in aller Munde ist, das PISA-Ergebnis. Die Frau Abgeordnete Koller hat einiges erwähnt, was wir schon veröffentlicht haben, wo wir wirklich auch als Land, als Bildungsreferat des Landes, was tun wollen. Ich bin einfach der Meinung, dass die Grundkompetenz von Lesen, Schreiben, einfach Sprache, etwas Wichtiges ist, gerade in einer Gemeinschaft, die von Kommunikation lebt, und das in vielen Bereichen.

Da tut es mir dann schon ein bisschen weh, wenn ich so nach Vorbild des Landtages davon spreche, sinnerfassendes Lesen. Lieber Abgeordneter Gruber, wir haben das beim Budgetlandtag debattiert. Ich habe euch genau gesagt, wofür diese erhöhten Summen unter dem Motto „Privatschulen“ drinnen stehen. Also, da tut es einem dann ein bisschen weh. Ich weiß, es war nur so ein kleiner Haken daneben. Aber ich glaube, das ist nicht notwendig. Ihr habt es gefragt und ihr habt eine Antwort bekommen. Gerade die Projekte, die mit Hilfe und mit Unterstützung der SPÖ, wie die Caritas-Schule, umgesetzt werden sollen, sind dort verankert.

Die zweite Geschichte in puncto sinnerfassendes Lesen: Wenn hier der Text lautet, „die Überfrachtung der Schule mit Themen“, dann auf das Curriculum zu sprechen zu kommen, ist, glaube ich, einfach ein Missverständnis, weil um das ist es in diesem Antrag nicht gegangen, sondern es ist darum gegangen, es ganzheitlich zu sehen. Die Schule ist nun einmal eingebettet in eine Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen, die sich in den letzten Jahrzehnten verändert hat. Allein jetzt in der Bildungsdiskussion, was wieder vorgekommen ist, das Handy ist schuld, der Computer ist schuld und der Fernseher ist schuld. Ja setzen wir uns hin und das ist sozusagen mein Ansatz gewesen in dieser PISA-Aktionsgruppe, schauen wir, wie wir zum Beispiel im Bereich Jugendkultur mit Theaterprojekten, vielleicht mit SMS-Wettbewerben die Sprachbedeutung modern und frisch und motiviert an die Jugendlichen bringen. Das ist hier gemeint. Also ich glaube, es ist auch eine Frage des sinnerfassenden Lesens, was man darunter verstehen will, manchmal. Das muss man auch dazusagen.

Eine zweite Geschichte, weil wir uns natürlich damit beschäftigen müssen, das war der Ansatz, dass die Bildungspolitik, jetzt sage ich einmal auf Landesebene, einfach einen sehr starren Rahmen hat. Nicht nur an der einzelnen Schule. Wenn wir von der Autonomie der Schulen gesprochen haben, glaube ich, sind wir uns einig, dass es Autonomie gibt und wir sind uns aber auch einig, in vielen Bereichen, dass die Autonomie noch weiter forciert und ausgeweitet werden soll.

Ich frage mich halt manchmal, ob das die einzige Aufgabe bleiben kann zu sagen, die Frau Bundesminister ist schuld. Sie werden mir Recht geben, Sie haben auch einen starken Partner, wie den Andreas Schnider, in der Bildungsdiskussion erwähnt, Sie können einige Dinge nachlesen, wo wir auch als Steirische Volkspartei nicht sozusagen gebetsmühlenartig dem Bund hinterhergetrottet sind, sondern sehr wohl auch die eigene Meinung öffentlich gemacht und formuliert haben. Ich glaube nicht, dass es hier in diesem Hause in dem Maße gerechtfertigt ist, dass sämtliche Bildungsdiskussionen dann immer wieder darauf hinauslaufen, wir können halt nicht.

Dahinter könnte ich mich noch viel besser verstecken. (Abg. Kröpfl: „Da haben Sie mich aber falsch verstanden!“)

Die gesamte Schulorganisation ist mehr oder weniger seit Maria Theresia gleich geblieben. Auch ein Punkt, wo wir uns absolut einig sind. Die Transparenz, eine Durchgängigkeit, eine Verschlankeung ist einfach notwendig, aber ich wehre mich halt auch dagegen einfach zu sagen, der Landesschulrat gehört abgeschafft. Entschuldigung, sollen wir diesen 200 Menschen dort sagen, die Arbeit, die ihr so tagsüber macht, das ist eigentlich ein Schmarren, lasst es. Dann bin ich aber neugierig, wie motiviert unsere Lehrer noch sein werden, wenn sie sozusagen diese Arbeit auch nicht mehr bekommen. (Landesrat Mag. Erlitz: „Ob der Landesschulrat eine Motivation für die Lehrer ist, bin ich mir nicht sicher!“)

Also, da bitte ich einfach, es ist sehr leicht anonym zu sagen, es ist immer jeder andere schuld. Ich habe wirklich versucht, in vielen Bereichen zu sagen, ich will mich nicht dahinter verstecken. Gewisse Dinge kann ich nicht machen als Landespolitikerin. Dort, wo wir uns Spielraum schaffen – und wir haben ihn uns geschaffen –, à la steirischer Tagesschule, à la Schulcharta, aber auch mit dem Projekt der Begabten- und Begabungsförderung, da versuchen wir gemeinsam wirklich was voranzubringen. (Beifall bei der ÖVP.)

Das ist auch der Ansatz und deswegen bedanke ich mich für den Antrag. Mir wäre es wirklich lieb, vielleicht gibt es noch eine Verhandlungsmöglichkeit zu sagen, warum schaffen wir nicht eine PISA-Gruppe in der Steiermark, um einfach nicht zu sagen, was können wir jetzt einfordern, sondern was können wir tun, was können wir an dieser Stelle, ob als Abgeordneter, als Landesräte, als Lehrer, als Landesschulrat, wo immer wir stehen, im Moment tun.

Dass wir daneben und parallel eine Diskussion führen, die im Konvent geführt werden muss, die auch in einer Zukunftskommission beziehungsweise, und das habe ich auch gesagt, nicht nur in der Schublade verschwinden muss, sondern wo auch Punkte umgesetzt werden müssen, ist unbestritten.

Das sage ich ja, so weit sind wir inhaltlich nicht auseinander, wenn wir uns manchmal diesen Sprung über die Hürde erlauben würden zu sagen, wir gehen etwas miteinander an und wir tun den einen oder anderen Titel – und das haben Sie angekündigt – vielleicht dann unter den Teppich, wichtig ist, was drinnen ist, und nicht, was drauf steht. Also auch hier, glaube ich, haben wir durchaus signalisiert, etwas offener zu sein.

Zum Abschluss möchte ich auch noch einen Punkt erwähnen, weil es schon einen gewissen Umgang mit einer Untersuchung wie PISA widerspiegelt.

Es ist nicht die Bibel der Bildungspolitik, diese PISA-Studie. Ich glaube, wir sollten uns auch sozusagen die Relationen richtig einteilen. Es ist in diesem Zusammenhang natürlich dann schon sehr bemerkenswert, dass zwar die Parameter der PISA-Studie sehr, sehr groß in der Öffentlichkeit dargestellt werden, dann aber abseits von PISA auch andere wichtige Parameter, die nun einmal in einem Lebenslauf dazugehören, ein Beispiel war die Jugendarbeitslosigkeit in Finnland und andere, dann auch in Österreich, irgendwie unter den Teppich gekehrt wurden, gut, das interessiert uns jetzt nicht.

Wir müssen PISA sehr, sehr ernst nehmen, aber auch ernsthaft damit umgehen.

Und in diesem Zusammenhang, weil ich weiß, wir werden uns auch in den nächsten Wochen mit einer anderen bildungspolitischen Debatte auseinander setzen in Betreff auf die Gesundheitsförderung in der Schule, möchte ich nur sagen, es ist fast nicht vorgekommen, aber im Bereich Sport und Leibeserziehung hat Österreich in der PISA-Studie den Platz zwei belegt. Aber das ist eine Geschichte, die wenig Öffentlichkeit erregt. Es wäre vielleicht eine Chance gewesen, diesen Lehrern Motivation zu geben, indem wir signalisieren, dass wir auch diese Ergebnisse beachten und nicht nur alle anderen, nämlich die, die sie offensichtlich falsch gemacht hätten oder zu wenig gemacht hätten.

Aber trotzdem danke für die Debatte! (Beifall bei der ÖVP. – 13.02 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Wir kommen nun zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1802/1, Tagesordnungspunkt 5, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf Einstimmigkeit feststellen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der ÖVP, betreffend Maßnahmen zur Verbesserung der Ergebnisse der PISA-Studie 2003, zu Tagesordnungspunkt 5, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 1820/1, Tagesordnungspunkt 6, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf die Einstimmigkeit feststellen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 1674/1, Tagesordnungspunkt 7, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf Einstimmigkeit feststellen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

8. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2089/1, betreffend den steirischen Frauengesundheitsbericht 2003.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Barbara Gross. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Gross (13.03 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Dieser Bericht folgt – als Kontrapunkt zu dem vorangegangenen sozialmedizinisch orientierten frauenspezifischen Bericht – der traditionellen Gesundheitsberichterstattung und legt dementsprechend den Schwerpunkt auf die Präsentation epidemiologischer Daten.

Das Ziel des vorliegenden Berichtes ist es daher, die gesundheitliche Situation der Steirerinnen in epidemiologisch fundierter Weise quantitativ zu beschreiben, eine Orientierungshilfe für die Zielsetzung, Planung und Implementierung von Maßnahmen bezüglich der Gesundheit von Frauen zu bieten und in weiterer Folge die Public-Health-Arbeit in der Steiermark zu fördern und zu stimulieren.

Insbesondere soll mit dieser Lagebeschreibung und der Ermittlung jener Bereiche, in denen im besonderen Maße die Notwendigkeit besteht, Maßnahmen zu setzen, um die gesundheitliche Lage und Versorgung der Frauen in der Steiermark zu optimieren, eine verbesserte Grundlage zur gesundheitspolitischen Entscheidungsfindung geschaffen werden.

Ich stelle daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen, der Frauengesundheitsbericht 2003 des Landes Steiermark wird zustimmend zur Kenntnis genommen. (13.05 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Danke schön, als Erster am Wort ist Herr Abgeordneter Forenbacher.

Abg. Dr. Forenbacher (13.05 Uhr): Sehr verehrte Frau Präsident, werter Herr Landesrat, meine Damen und Herren!

Eingangs möchte ich den Autoren dieser Studie meinen Dank und meine Anerkennung aussprechen. Ich glaube, dieser Bericht ist für alle, die am Gesundheitswesen Interesse zeigen, durchaus lesenswert. Ich werde mich nicht mit demografischen, politischen, sozialen und ökonomischen Fragen beschäftigen, sondern mich auf einzelne medizinische Aspekte beschränken.

Ein Faktum ist, dass die Lebenserwartung weiter steigt. Auf Basis 2002 haben Frauen eine Lebenserwartung von 82 Jahren, Männer von 76 Jahren. Die Haupttodesursache bei Frauen sind Erkrankungen des Herz-Kreislauf-Systems. Obwohl die Inzidenz dieser Erkrankungen zurückgeht, liegen wir im europäischen Vergleich noch immer schlecht. Auch die Sterblichkeit an Erkrankungen der Hirngefäße ist weit über dem Europaschnitt. Stichwort: Schlaganfall. Wir haben uns hier im Hohen Haus schon mehrfach damit beschäftigt. In diesem Zusammenhang ist interessant auf das Nord-Karelien-Projekt hinzuweisen, wo gezeigt wurde, dass Risikofaktoren durch ein auf mehreren Ebenen angesiedeltes Präventionsprogramm nachhaltig gesenkt werden können. Die Gesundenuntersuchung, deren Vertrag jetzt in Finalisierung ist und diese „Gesundenuntersuchung neu“ soll im ersten Halbjahr 2005 zum Laufen kommen, ist da durchaus auf dem richtigen Weg.

An zweiter Stelle der Todesfälle stehen die Krebserkrankungen. Brustkrebs, Lungenkrebs, Darmkrebs. Während beim Brustkrebs eine Stagnation durch verbesserte Untersuchungsmethoden und bessere Behandlungsmethoden eingetreten ist, ist die Entwicklung beim Lungenkrebs bedenklich. Es hat eine Steigerung um 31 Prozent stattgefunden. Hauptursache dabei ist, dass die Frauen beim Tabakkonsum stark aufholen. Auch beim Gebärmutterhalskrebs liegen wir in der Steiermark hoch. Aus dem Bericht geht hervor, dass die höchste Sterblichkeit europaweit bei Erkrankungen der Verdauungsorgane besteht. Herr Landesrat, ich glaube, da muss man nachfragen, was dabei subsummiert wurde. Das geht aus diesem Bericht nicht hervor. Ich nehme an, dass da sehr viele Krebserkrankungen mitgezählt wurden, obwohl sie eigens ausgewiesen sind. Aber das ist natürlich bedenklich, das ist hinterfragenswert.

Bekannt ist, da wurde hier auch schon öfter darüber gesprochen, dass die Suizidrate bei Frauen doppelt so hoch ist wie europaweit. Hinweisen möchte ich auch noch auf den Schenkelhalsbruch, wo die Frauen ein deutliches Übergewicht gegenüber den Männern haben und wo Präventionsprogramme sicherlich eine Verbesserung bringen werden. Auch bei der Zuckerkrankheit, dem Diabetes Mellitus, liegen die Frauen in Führung.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, wie wichtig Präventionsprogramme sind. Ich denke da an Raucherentwöhnung. Eine Studie vom Sozialmediziner Prof. Kunze hat ergeben, dass die ganzen Fortschritte in Diagnostik und Therapie – ich sage hier Bestrahlung, Operation, Chemotherapie – beim Lungenkrebs keine wesentliche Verlängerung der Überlebenszeit gebracht haben, aber wohl hohe Kosten. Durch Raucherprävention könnten wir mit einem Bruchteil dieser Mittel wesentlich mehr Erfolge erzielen. Auch die anderen Risikofaktoren, wie zum Beispiel hoher Blutdruck, verdienen Beachtung: Nur die Hälfte der Menschen mit hohem Blutdruck wissen von dieser Erkrankung, von dieser Hälfte wird nur die Hälfte behandelt und von dieser Hälfte wieder nur die Hälfte ausreichend behandelt. Auch hier können wir sicher eine Verbesserung der Situation erreichen.

Ernährung, ganz wichtig. Bewegungsmangel ein Risikofaktor für viele Erkrankungen. Ich glaube, es muss einmal das Bewusstsein in uns geweckt werden, dass wir nicht mit drei Tabletten täglich diese Risikofaktoren aus der Welt schaffen, sondern dass Lebensstiländerungen viel mehr in der Prävention erreichen können. Auf diesen Daten sollten Gesundheitsziele definiert werden, aber der Frauengesundheitsbericht alleine ist zu kurz gegriffen. Herr Landesrat, ich erinnere Sie, wir sind beim Gesundheitsbericht im Verzug. 2000 ist der letzte erschienen. (Landesrat Mag. Erlitz: „2005 kommt er!“)

Wir haben uns mit Landesrat Dörflinger auf drei Jahre geeinigt. Wir wollten zwei Jahre, Dörflinger hat gesagt, diese Zeit ist zu kurz. Wir haben uns dann auf drei Jahre geeinigt. Wir warten auf diesen Gesundheitsbericht! (Landesrat Mag. Erlitz: „Heuer kommt er!“)

Darauf aufbauend können dann wirklich nachhaltige Ziele definiert werden und Programme entwickelt werden, denn besonders im Gesundheitsbereich sind populistische Schnellschüsse, wie ich sie vor Wahlen fürchte, nicht angezeigt. Unsere steirische Bevölkerung hat wirklich Anspruch auf eine seriöse Gesundheitspolitik. Wir wollen alle gemeinsam den anerkannt hohen Standard in unserer Gesundheitsversorgung auch in Zukunft halten. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 13.12 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächstes am Wort ist Frau Abgeordnete Gross. Bitte.

Abg. Gross (13.13 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Dem Dank an die, Herr Prof. Forenbacher (Abg. Dr. Forenbacher: „Primarius!“), Autorin darf ich mich recht herzlich namens unserer Fraktion anschließen. Ein recht herzliches Dankeschön an die Frau Mag. Gerlinde Grasser.

Meine Damen und Herren, dass in der Steiermark der vorliegende Frauengesundheitsbericht durch Landesrat Erlitz in Auftrag gegeben wurde, ist auch deshalb zu begrüßen, nachdem mit 51 Prozent die Frauen in der Steiermark den größten Teil der Bevölkerung und sie damit auch eine wichtige Zielgruppe für Gesundheitsförderung und auch für Vorsorge darstellen.

Dieser Frauengesundheitsbericht liefert wichtige Datengrundlagen für weitere Entscheidungen und auch Maßnahmen in der Gesundheitspolitik, denn eines, meine Damen und Herren, ist eindeutig erkennbar. Vor allem die doppelte Belastung macht Frauen krank. Im Frauengesundheitsbericht wird damit ein Weg zu einer bedürfnisgerechten, geschlechtersensiblen Gesundheitsvorsorge und -versorgung aufgezeigt, von der langfristig Frauen und Männer gleichermaßen profitieren werden.

Frauen sind anders, Männer sind es auch. Denn ein lebensweltbezogenes Verständnis von Gesundheit und Krankheit beinhaltet für Frauen auch die enge Beziehung zwischen den Arbeits- und Lebensbedingungen. Ressourcen und Belastungen von Frauen bestimmen gemeinsam ihr Wohlbefinden, ihren Gesundheitszustand und ihre Gestaltungsfähigkeit.

Meine Damen und Herren, Gesundheit steht auf vielen Beinen. Eine ausgewogene Ernährung, ausreichende Bewegung, der Verzicht auf gesundheitsschädliche Genussmittel wie Zigaretten und Alkohol, ein reges soziales Leben.

Was Frauen als gesunde Lebensweise empfinden und was sie für die Erhaltung ihrer Gesundheit tun, ist individuell verschieden. Aber Gesundheit heißt mehr als dass nur der Körper funktioniert. Sie ist ein alle Lebensbereiche umfassendes Wohlbefinden. Ob eine Frau gesund ist und bleibt, wird nicht nur von ihrer körperlichen Konstitution abhängen, sondern auch von ihren Lebensbedingungen beeinflusst. Ist sie verheiratet oder ist sie alleinstehend? Verfügt sie über ein eigenes Einkommen oder ist sie finanziell abhängig? Pflegt sie die Angehörigen? Lebt sie allein oder lebt sie in der Familie? Vor allem auch die Wohnverhältnisse, meine Damen und Herren, spielen eine Rolle für ihre Gesundheit.

Je mehr eine Frau mit ihren Lebensumständen zufrieden ist und mit ihren Wünschen und Bedürfnissen in Einklang leben kann, desto günstiger wirkt sich das auf ihr Wohlbefinden und ihre Gesundheit aus.

Eines zeigt dieser Bericht auch auf: Die Grundlagen für ein gesundes Altern werden bereits in der Kindheit und in der Jugend gelegt. Falsche Ernährung, Bewegungsmangel und Essstörungen spielen unter anderem für die Entwicklung einer Osteoporose im Alter eine große Rolle. Nur, daran denken auch wir Frauen

leider viel zu spät. Wenn Frauen schon in jungen Jahren versuchen, durch Alkohol, durch Pillen und Zigaretten Konfliktsituationen zu bewältigen, dann riskieren sie mit diesem Verhalten spätere chronische Erkrankungen.

Wenn man schon als Kind gelernt hat, sorgsam mit sich und mit seinem Körper umzugehen, dann achtet man natürlich auch später mehr auf seine Gesundheit. Und dies gilt, meine Herren, für Männer genauso.

Meine Damen und Herren, auch das Bildungsniveau – es war früher eine Debatte in diesem Haus – beeinflusst die Lebenschancen und die Lebensplanung in vielfacher Hinsicht. Es weist nicht nur die Zusammenhänge zum Informationsstand in gesundheitlichen Fragen auf, sondern auch zum Gesundheitsverhalten und zum Gesundheitszustand.

Die Lebensläufe, meine Damen und Herren, von Frauen sind oft nicht geradlinig, sondern Patchworkbiografien, geprägt von dem Konflikt zwischen den Ansprüchen des Berufs und den Ansprüchen der Familie. Aus der Stressforschung ist bekannt, dass Frauen in der Entscheidungsphase Beruf und/oder Beruf/Kinder häufig seelisch erkranken. Viele Frauen sind vor, während und nach der Kindererziehung erwerbstätig. Andere unterbrechen ihren Beruf zeitweilig oder geben ihn ganz auf, insbesondere wenn zu wenig öffentliche Kinderbetreuungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Nach der Karenzzeit können Frauen ihren Beruf oft nur mit erheblichen Nachteilen fortsetzen.

Besonders benachteiligt sind allein erziehende Mütter. Allein erziehende Mütter und ihre Kinder bilden diejenige Familiengruppe, die vergleichsweise am stärksten von Armut bedroht ist und bei der Armut am häufigsten eintritt. Sie weisen auch mit Abstand die höchste Sozialhilfequote aller Bevölkerungsgruppen auf.

Aber auch wenn beide Partner erwerbstätig sind, Frauen leisten noch immer den Hauptteil an unbezahlter, sozial wenig anerkannter Familienarbeit. Neben Beruf, Haushalt und Kindererziehung ist für viele Frauen auch die Pflege kranker Eltern und Angehöriger ganz einfach alltägliche Verpflichtung.

Meine Damen und Herren, noch eines zeigt dieser Frauengesundheitsbericht ganz eindeutig auf. Die klassische Familie ist ein Auslaufmodell. Die Lebensformen von Frauen ändern sich. Die Ehe ist zwar immer noch die häufigste Form des Zusammenlebens, aber die Lust am Heiraten nimmt ab und gleichzeitig steigt die Zahl der Kinder, die keine verheirateten Eltern haben.

Meine Damen und Herren, bei einer Umfrage, die wir vor kurzem vom ÖGB gemacht haben, hat mich erschüttert, wie viele Frauen gemeint haben, mein Job ist schon sehr belastend. Da sind auch so merkwürdige Sachen wie Mobbing im Spiel. Das ist in manchen Fällen heftig und das geht gegen die Gesundheit. Das macht physisch kaputt, wenn man morgens mit Magenschmerzen ins Büro geht und nachts dann kaum durchschlafen kann. Auch hier sind wieder vorwiegend Frauen betroffen.

Gesundheit ist auch eine Frage des Geschlechtes. Frauen und Männer definieren zum Beispiel Gesundheit unterschiedlich. Frauen verbinden Gesundheit eher mit dem Wohlbefinden und Körpererleben, Männer mit Abwesenheit von Krankheit und auch mit Leistungsfähigkeit.

Aber es gibt noch andere Unterschiede. Frauen sind im Allgemeinen gesundheitsbewusster als Männer. Sie verhalten sich am Arbeitsplatz, im Haushalt und im Straßenverkehr weniger riskant. Sie können Krankheitssymptome eher deuten und sie suchen schneller professionelle Hilfe auf.

Sie kümmern sich um das gesundheitliche Wohl der gesamten Familienmitglieder. Meine Damen und Herren, die Gesundheitsministerin einer Familie ist bei nahezu 100 Prozent eine Frau. Dabei werden Frauen von den Ärzten nachweislich anders behandelt als Männer. Sie müssen doppelt so oft zum Arzt gehen, damit ihre Symptome ernst genommen werden. Ihre Beschwerden werden eher als psychosomatisch interpretiert. Ärztinnen und Ärzte diagnostizieren bei Frauen schneller psychische Störungen, zum Beispiel Depressionen. Sie bekommen häufiger und mehr Beruhigungs-, Schlaf- und Schmerzmittel oder Antidepressiva verordnet.

Meine Damen und Herren, psychische Störungen äußern sich bei Frauen anders. Depressionen, Angststörungen, Essstörungen, körperbezogene Störungen finden sich in Studien bei Frauen häufiger. Alkohol- und Drogenprobleme und so genanntes asoziales Verhalten häufiger bei Männern. Psychosen kommen bei beiden Geschlechtern gleich häufig vor, aber Frauen nehmen mehr therapeutische Hilfe in Anspruch.

Der steirische Frauengesundheitsbericht ist bis dato der einzige Länderfrauengesundheitsbericht, der sich am Women's-Health-Profil der WHO sowie am Austrian Women's-Health-Profil orientiert und diese internationalen Standards, meine Damen und Herren, auch eingehalten hat. Somit ist der Bericht national und international vergleichbar. Er ist aber auch auf dem Internet abfragbar unter der Adresse: www.gesundheit.steiermark.at. Das habe ich bei meinem Bericht vergessen. Aber, meine Damen und Herren, Maßnahmen und Projekte, die zur Gesundheitsvorsorge und Gesundheitsförderung beitragen, kosten Geld. Langfristig jedoch können dadurch frühzeitige Maßnahmen durch diese finanziellen Mittel im Bereich der so genannten Reparaturmedizin dann eingespart werden.

Darum bringe ich noch folgenden Unselbstständigen Entschließungsantrag ein:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, a) erstens gezielt Maßnahmen für ältere Frauen zu setzen, um ihre ökonomische Sicherheit zu verbessern sowie ihre Lebensqualität aufrechtzuerhalten; zweitens sich dafür einzusetzen, dass zur Erreichung der Gleichstellung von Frauen am Arbeitsmarkt, die in Teilzeitarbeit beschäftigt sind, durch gezielte Wirtschaftsförderungsinstrumente gleiche berufliche Aufstiegschancen ermöglicht werden; drittens die Schaffung von betrieblichen Kinderbetreuungseinrichtungen verstärkt zu fördern; viertens in Kooperation mit dem Frauengesundheitszentrum entsprechende verständliche und unab-

hängige Informationen für Frauen in Bezug auf Vorsorgeuntersuchungen, wie beispielsweise Blutdruckmessungen oder Mammografiescreenings, herauszugeben; fünftens an die Krankenkassen und an die Ärztekammer mit dem Ersuchen heranzutreten, Maßnahmen zur Verbesserung der Zielgruppenorientierung im Bereich der Mammografiescreenings, Gebärmutterhalskrebsscreenings, Cholesterinmessungen und anderen Vorsorgeuntersuchungen zu entwickeln, die den von der WHO entwickelten Standards entsprechen sowie die von der WHO definierten Zielgruppen aktiv zu den Vorsorgeuntersuchungen einzuladen; sechstens die Entwicklung eines umfassenden Gesundheitsförderungs- und -präventionsprogramms für Frauen zur Senkung von Risikofaktoren (zum Beispiel ungesunde Ernährung, Rauchen, Bewegungsmangel et cetera) in Auftrag zu geben und b) zur Erfüllung der in a) angeführten Vorhaben und um weitere wichtige im Frauengesundheitsbericht begründete Maßnahmen zur Förderung der Gesundheit der Steirerinnen und Steirer umsetzen zu können, dem Gesundheitsressort im Jahr 2005 zusätzlich 1,3 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 13.26 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste am Wort ist die Frau Abgeordnete Wicher.

Abg. Wicher (13.26 Uhr): Sehr verehrte Frau Präsidentin, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich bedanke mich vor allem bei den anwesenden Kollegen, dass sie sich von uns Frauen zumindest vorläufig über den Gesundheitsbericht, den Frauengesundheitsbericht des Landes informieren lassen. Ich möchte mich auch bedanken bei der Autorin dieses Berichtes, der wirklich sehr umfangreich ist. Mein Kollege Forenbacher hat es schon getan, auch die Kollegin Gross.

Der uns vorliegende Frauengesundheitsbericht 2003 zeigt auf, dass bei 56 Prozent der steirischen Frauen Herz-Kreislauf-Erkrankungen zum Tod führen, was insofern überrascht, als diese Erkrankungen bisher eher Männern zugeordnet wurden. Dass Frauen in dieser Statistik „aufgeholt“ haben, hat vielerlei Ursachen. Herz-Kreislauf-Erkrankungen sind meist die Folge mangelnder Bewegung, falscher Ernährung und vor allem Stress. Berufstätige Frauen, die keine Unterstützung von Seiten ihres Partners haben oder echte Alleinerzieherinnen sind, sollen und müssen Kinder, Haushalt und Beruf unter einen Hut bringen. Dass das in vielen Fällen bis an die Grenzen ihrer Belastbarkeit geht, versteht sich in diesem Zusammenhang meiner Ansicht nach von selbst. Prävention bleibt wegen Zeitmangels überwiegend ein frommer Wunsch. Fast-Food-Produkte müssen häufig selbst zubereitete Mahlzeiten ersetzen, was nicht selten zu Fettleibigkeit, hohem Cholesterinspiegel und in Folge zu Diabetes führen kann. Selbst Kinder und Jugendliche sind davor nicht gefeit und das sollte uns wirklich zu denken geben. Sportliche Betätigung als Prophylaxe gegen Herz-Kreislauf-Erkrankungen und auch gegen die gefürchtete Osteoporose wird ärztlicherseits immer wieder dringend empfohlen. An Einsicht fehlt es den betroffenen Frauen nicht, jedoch an Zeit, die ihnen ganz persönlich zur Verfügung steht. Und so schlittern sie unaufhaltsam in Stresssituationen, aus denen sie dann keinen Ausweg sehen, kein Entrinnen sehen. Stressauslöser sind familiäre Überlastung, Beziehungsprobleme und Probleme am Arbeitsplatz, wie zum Beispiel Mobbing, ein geringes Einkommen, das zu sehr hohem Stress führen kann, mangelnde Anerkennung ihrer Arbeit sowie Überforderung.

Krank machender Stress kann man an folgenden Alarmsignalen erkennen. Es kommt zu Schlafproblemen, man kann schwer einschlafen, man kann nicht durchschlafen, man wird sehr früh wach. Es kann zu Gereiztheit, zu Geheiztheit führen und zum Gefühl, einfach nicht alle Dinge, die von einem verlangt werden, zu schaffen.

Konzentration und Arbeitsleistung lassen nach. Dinge werden vergessen oder verwechselt, manche Aufgaben wieder doppelt erledigt. Die Lebensfreude und die Lust, etwas zu unternehmen, aber auch die Sehnsucht nach körperlicher Nähe lassen nach. Als besonders stressanfällig gelten Menschen, die nicht nein sagen können und es allen recht machen wollen.

Es gelten auch als stressanfällig konfliktscheue Personen, die ihren Ärger stets hinunterschlucken oder Perfektionisten mit zu hohen Ansprüchen an sich selbst.

Was ist zu tun? „HeartBalance“ ist eine der modernsten Errungenschaften, die eine Frühdiagnose von gesundheitsbelastenden Stressoren ermöglicht. Der am Joanneum Research Kapfenberg entwickelte „Heart-Man“ ist das kleinste EKG-Gerät der Welt. Damit wird die Herzfrequenz über 24 Stunden gemessen.

Ich denke, der vermehrte Einsatz dieser Technik könnte dazu beitragen, sowohl Morbidität als auch Mortalität bei Herz-Kreislauf-Erkrankungen der Frauen in der Steiermark zu senken. Das heißt, die Mortalität beziehungsweise die Morbidität könnte entscheidend gesenkt werden. Herr Landesrat, vielleicht wäre es möglich, diese – ich betone es noch einmal – in der Steiermark entwickelte Technik vermehrt einzusetzen, um beim nächsten Frauengesundheitsbericht nicht mehr von einem so hohen Prozentsatz an Sterblichkeit infolge von Herz- und Kreislauferkrankungen berichten zu müssen. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 13.33 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste am Wort ist die Frau Abgeordnete Zitz. Bitte.

Abg. Mag. Zitz (13.33 Uhr): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste!

Es ist tatsächlich so, dass dieser Frauengesundheitsbericht eine der erfreulichen Entwicklungen in der steirischen gesundheitspolitischen Debatte ist. Es ist inhaltlich beziehungsweise von der Struktur schon einiges von meinen Vorrednern und Vorrednerinnen gesagt worden.

Ich möchte von grüner Seite noch daran erinnern, dass wir in Graz und teilweise auch regional die sehr engagierte Arbeit vom Frauengesundheitszentrum haben, das sich einerseits um ein sehr breites Spektrum von frauenspezifischen Erkrankungen kümmert und sich andererseits auch sehr engagiert bemüht hat, dass es mehr Kassenstellen für Gynäkologinnen in der Steiermark und in Graz gibt. Leider mit nur sehr mäßigem Erfolg, wenn man sich die Verteilung von Gynäkologinnen gerade in den Bezirken anschaut. Ein Teil der Arbeit vom Frauengesundheitszentrum geht auch in die Richtung zu schauen, wie die Lebensqualität für Frauen mit Behinderungen ist beziehungsweise auch, wie lesbische Frauen Körperlichkeit und Sexualität leben können.

Ich bringe diese Überlegungen in dem Zusammenhang ein, weil ich mir denke, Herr Landesrat, dass der Frauengesundheitsbericht viele Akteure und Akteurinnen braucht im fachlichen Bereich, gerade auch außerhalb der Krankenanstalten, die dieses Thema in guter Qualität sicherstellen können.

Eine letzte Überlegung, die ich noch anbringen möchte, ist eine kleine Erinnerung. Die Vorgeschichte zu diesem Frauengesundheitsbericht bringt uns zu dem grünen Antrag, den wir vor einigen Jahren bereits gestellt haben und wo wir genau so einen Bericht vom Land Steiermark eingefordert haben. Es freut mich, dass er heute vorliegt. Danke schön! (Beifall bei den Grünen. – 13.36 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste am Wort ist die Frau Abgeordnete Koller. Bitte.

Abg. Mag. Koller (13.36 Uhr): Meine Damen und Herren!

Ich darf mich dem Dank anschließen, dass jetzt auch Frauen in der Gesundheitsforschung eine gewisse Beachtung geschenkt wird und dass nach 1998 wieder ein Frauengesundheitsbericht aufgelegt wurde.

Der erste Bericht bietet wissenschaftlich fundierte und sozialmedizinische Basis für Entscheidungen im Gesundheitswesen und der jetzt vorliegende beschreibt uns die gesundheitliche Situation der Steirerinnen in epidemiologisch fundierter Weise. Wichtig dabei ist auch, dass bei gleichen Krankheiten zwischen Männern und Frauen oft unterschiedliche Symptome auftreten. Auch da ist es, glaube ich, wichtig, dass dem Ganzen mehr Beachtung geschenkt wird, was in der weiteren Folge bei der Behandlung auch von Vorteil sein soll.

Dieser Bericht soll folgende Punkte bearbeiten: Die Beschreibung der demografischen, sozialen und politischen Entwicklung für Frauen, Darstellung der Todesursachen für Frauen in der Steiermark, Beschreibung des Krankheits- und Gesundheitszustandes sowie der Bericht über das Vorsorgeverhalten der Steirerinnen und Aufzeigen von Zusammenhängen und möglichen Interventionsmaßnahmen in der steirischen Frauengesundheitsplanung.

Der Bericht zeigt deutlich, dass das weibliche Geschlecht noch immer bei der älteren Bevölkerung dominierend ist und damit natürlich verbunden ist der große weibliche Anteil bei den Pflegegeldbeziehern.

Weiters geht der Trend weg von der traditionellen Ehe, hin zu Lebensgemeinschaften. Es steigt leider die Scheidungsrate und auch das Heiratsalter steigt.

Der Anteil der Alleinerzieherinnen ist seit 1991 leicht gesunken. 2001 stellen 13,8 Prozent aller Familien Alleinerziehende dar.

Gott sei Dank hat sich die Ausbildungssituation seit 1991 grundsätzlich verbessert, vor allem auch der Anteil bei den Hochschulabsolventen ist gestiegen und erreicht bald die Quote der Männer. Aber in Summe sind Frauen natürlich gegenüber den Männern noch immer schlechter ausgebildet, wobei auch hier ein Gefälle hin zur älteren Bevölkerung zu sehen ist. Es ist erfreulich, dass hier Frauen in der Bildung aufholen.

Die weibliche Erwerbsquote sowie der Frauenanteil an der Erwerbsarbeit liegen aber nach wie vor hinter jener der Männer, wobei auch hier wiederum, wie beim Bildungsgrad, der weibliche Anteil an der Erwerbsarbeit mit zunehmendem Alter sinkend ist.

Der Frauenanteil an den Erwerbslosen im Alter zwischen 25 und 55 ist hoch, wobei dies auch zum Teil auf Jahre der Mütterkarenz und Kindererziehung zurückzuführen ist, aber sicherlich auch noch vor allem in der ländlichen Bevölkerung auf das traditionelle Rollenbild der Frau.

Die Lebenserwartung steigt sowohl für Frauen und auch für Männer. Als weibliche Haupttodesursachen, wurde ja heute schon erwähnt, gelten Herz-Kreislauf-Erkrankungen, gefolgt von den Krebserkrankungen. Erwähnen möchte ich extra, dass das Sterberisiko der Frauen auf Grund von Lungenkrebs zwischen 1998 und 2002 um ganze 31 Prozent gestiegen ist.

Allgemein zeigen aber vor allem Frauen einen subjektiven schlechteren Gesundheitszustand. Das ist aber auch auf die sozioökonomische Benachteiligung der Frauen zurückzuführen.

Sozial schlechter gestellte Frauen stellen somit die größeren Risikofaktoren dar und diese sind auch im negativen Gesundheitsverhalten zu finden – übersteigter Zigarettenkonsum, ungesündere Ernährung, mangelnde körperliche Betätigung als Beispiele erwähnt.

Bildungsspezifische Differenzen in der Inanspruchnahme der Vorsorgeuntersuchungen sind sehr stark von der Altersstruktur mit beeinflusst. Angenommen wird, dass auch die Teilnahme an diversen Vorsorgeprogrammen auch wiederum im sozialen Gefälle liegt.

Unsere Aufgabe ist es, den Weg weiterzugehen, den wir eingeschlagen haben, also der Weg hin zu einer besseren Bildung, wie als Beispiel die ganzen Frauenqualifizierungsprogramme zu nennen sind. Auch andere Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Stellung der Frauen werden ihren Beitrag zur Frauengesundheit leisten.

Besonders wichtig erscheinen mir primär präventive Maßnahmen, vor allem jetzt auch gegen den steigenden Tabakkonsum bei Frauen. Damit könnte der prognostizierte weitere Anstieg, der zu einem wesentlichen Teil auch tabakassoziierten Mortalitätsraten auf Grund von Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Krebs langfristig gestoppt oder zumindest verringert werden.

Abschließend beziehungsweise zusammenfassend gesagt ist es gut, dass dieser ausführliche Bericht den Ist-Zustand aufzeigt. Mit diesem Bericht ist es möglich, weiter an der Gleichberechtigung, an der Bildung und an der sozialen Stellung der Frauen zu arbeiten und letztendlich nutzt es uns, dass auch wir Frauen gesund und stark den Alltag meistern. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 13.41 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste ist die Frau Abgeordnete Zierler am Wort.

Abg. Zierler (13.41 Uhr): Frau Präsidentin, Hoher Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich denke, zum Frauengesundheitsbericht ist in den vergangenen Minuten schon sehr vieles gesagt worden, sehr vieles, das ich auch unterstreichen beziehungsweise unterstützen möchte. Auch die Informationen der Frau Kollegin Gross waren sehr gut und ich kann sie auch nur unterstreichen beziehungsweise bestätigen, auch die Differenzierung zwischen Frauengesundheit, Männergesundheit, was von uns immer wieder versucht wird, als ein Allgemeines zu sehen und dem aber nicht so ist. Was den Antrag betrifft, den ich hier vor mir liegen habe, den Antrag der SPÖ, da haben wir zwei Punkte, die Punkte A, die Punkte B und ich ersuche hier den Landtag um eine punktuelle Abstimmung, weil wir Ihnen in den Punkten A) inhaltlich zur Gänze Recht geben können, Frau Kollegin. Beim Punkt B), wo es um die Finanzierung geht, denke ich mir, dass man auch ein bisschen Kreativität von Seiten des Gesundheitsressorts einfordern könnte und einfordern kann, um hier auch zu mehr Geld in Bezug auf Frauengesundheit zur Verfügung gestellt zu bekommen. Wie gesagt, ich ersuche um eine punktuelle Abstimmung. In den Punkten A) wird die FPÖ diesen Antrag unterstützen. Danke! (Beifall bei der FPÖ. – 13.43 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster am Wort ist Herr Landesrat Erlitz.

Landesrat Mag. Erlitz (13.43 Uhr): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ganz kurz. Ich möchte mich bedanken für die vielen positiven Wortmeldungen und Wortspenden und wir stimmen auch überein, dass der vorliegende Frauengesundheitsbericht wirklich ein gelungenes Werk ist und vor allem ein notwendiges Werk ist. Und ich glaube, auch da stimmen wir überein, dass man vielleicht doch zu lange den Gesundheitsbegriff geschlechtsneutral gesehen hat, auch zum Teil heute noch so sieht und auf die spezifischen Anforderungen von Frauen und Männern wurde offensichtlich doch zu wenig eingegangen. Männer oder Frauen sind eben anders. Die Unterschiede betreffen nicht nur die Organe und den Hormonhaushalt und den körperlichen Rhythmus, sondern Frauen sind einfach mehrfach belastet. Sie sind Hausfrau, sie sind Mutter, sie sind berufstätig, darüber hinaus kommen auch noch die gesellschaftlichen Zwänge, eine Frau sollte auch noch attraktiv sein, fit und dynamisch. Frauen sind auch in höherem Ausmaß als Männer von Vereinsamung im Alter und von Armut betroffen. All das und aus diesem Grunde haben Frauen einfach ein höheres Erkrankungsrisiko als Männer. Das ist so hinzunehmen. Bis zur Pubertät haben zwar die Buben eine höhere Sterblichkeitsrate, sind häufiger krank, bekommen mehr Medikamente, aber in der Pubertät dreht sich dann das Geschlechterverhältnis um und weist in Richtung einer ungünstigeren gesundheitlichen Lage der Mädchen beziehungsweise erwachsenen Frauen, das heißt, ab der Pubertät sind dann die Mädchen und die Frauen in allen Altersklassen deutlich unzufriedener mit ihrem Gesundheitszustand als Männer und tatsächlich gibt es eben wirklich geschlechtsspezifische unterschiedliche Definitionen von Gesundheit und Krankheit. Frauen fühlen sich gesund, wenn sie sich wohl fühlen. Männer fühlen sich gesund, wenn sie keine körperlichen Beschwerden haben, zum Beispiel. Und diese Zugänge zu Gesundheit und Krankheit finden ihre Entsprechung auch bei den Behandlungsangeboten von Ärzten und Ärztinnen im Krankheitsfall. Einige Studien weisen zum Beispiel darauf hin, dass bei Männern und Frauen bei gleichen Symptomen die Männer intensiver und aufwändiger diagnostiziert werden und Beschwerden bei Männern eher im organischen Bereich gesucht werden, während Frauen oft weniger gründlich untersucht werden und doppelt so häufig wie Männer die Praxis mit einem Rezept für Psychopharmaka verlassen. Und wie im Bericht ja auch steht, sieht man auch unter der Ärzteschaft – heute noch weit verbreitet –, dass eine Herz-Kreislauf-Erkrankung eigentlich eine Männerkrankheit ist. Es gibt eben geschlechtsspezifische Unterschiede in der Ursache, in der Gestaltung, in der Ausprägung, in der Symptomatik und Empfindung von Krankheiten, obwohl die Frauengesundheitsforschung ja diese Unterschiede seit vielen, vielen Jahren aufzeigt, geht man in Forschung und Behandlung im Gesundheitswesen immer noch im Wesentlichen von einem geschlechtsneutralem Konzept aus und orientiert sich einseitig an der Körperlichkeit und an der psychosozialen Befindlich-

keit des Mannes. Ich glaube, Frauengesundheit benötigt einfach die Abkehr von dieser statischen traditionellen Gesundheitsdefinition hin zu einer Gesundheitsdefinition, die eben die Dynamik und die zyklische Veränderung der Befindlichkeit von Frauen mit einschließt.

Dieser vorliegende Gesundheitsbericht sollte wohl mit ein Beitrag, mit ein Motiv dafür sein, ein Beweggrund sein, dass man eben die Gesundheits- und Krankheitsentwicklung von Mann und Frau doch differenzierter und geschlechtsspezifisch betrachtet. In meinen Gesundheitsförderprogrammen wird jedenfalls auch weiterhin der Frauengesundheit ein entsprechender Stellenwert eingeräumt werden, im Rahmen meiner Möglichkeiten. Denn – und zum Schluss eine ganz interessante Aussage, die ich wo gelesen habe – Frauen machen die Hälfte der Weltbevölkerung aus, erledigen zwei Drittel der gesamten Arbeit – (Abg. Tasch: Stimmt nicht!) höre zu einmal, pass auf, ganz interessant – erledigen zwei Drittel der gesamten Arbeit, erhalten ein Zehntel des Welteinkommens und besitzen weniger als ein Hunderstel des Welteigentums. In diesem Sinne bedanke ich mich noch einmal für die Beiträge! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 13.47 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Wir kommen zur Abstimmung. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf Einstimmigkeit feststellen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Maßnahmen zur Förderung der Frauengesundheit. Es ist eine punktuelle Abstimmung gewünscht. Ich darf jene Damen und Herren bitten die Hand zu heben, die dem Punkt A) dieses Antrages ihre Zustimmung geben wollen. Gegenprobe.

Ich darf Einstimmigkeit feststellen.

Ich darf nun jene Damen und Herren bitten die Hand zu heben, die dem Punkt B) ihre Zustimmung geben wollen. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

9. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2077/1, die Genehmigung einer Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Steiermark über die Abgeltung stationärer medizinischer Versorgungsleistungen von öffentlichen Krankenanstalten für Insassen von Justizanstalten.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Wolfgang Böhmer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Böhmer (13.49 Uhr): Danke, Frau Präsidentin!

Ich berichte über das Stück mit der Einl.-Zahl 2077/1, Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend die Genehmigung einer Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Steiermark über die Abgeltung stationärer medizinischer Versorgungsleistungen von öffentlichen Krankenanstalten für Insassen von Justizanstalten.

Das Bundesministerium für Justiz war in den letzten Jahren beim Straf- und Maßnahmenvollzug mit einer Aufwandssteigerung für externe medizinische Versorgungsleistungen, insbesondere bei den Kosten für die stationäre Unterbringung zurechnungsunfähiger, geistig abnormer Rechtsbrecher konfrontiert. Nach intensiven Verhandlungen im Rahmen der Struktur- und Aufgabenreformkommission einigten sich die Parteien zu einer Vereinbarung und diese Vereinbarung möchte ich jetzt vorlesen.

Als Ergebnis zahlreicher Verhandlungen zwischen dem Bund und den Ländern liegt diese nunmehr einvernehmlich vor. Diese Vereinbarung hat zum Ziel, durch Beitragsleistungen der Länder für die Jahre 2003 und 2004 an das Bundesministerium für Justiz den bisherigen Kostenaufwand des Bundes für derartige Versorgungsleistungen des Straf- und Maßnahmenvollzuges in einem solchen Ausmaß zu entlasten, dass eine Gleichstellung mit den Verrechnungsmodalitäten der Sozialversicherungsträger erreicht wird. Enden soll diese Neustrukturierung mit dem Ablauf des 31. Dezember 2004.

In ihrer Sitzung am 11. Mai 2004 hat die Steiermärkische Landesregierung die Bereitstellung der durch die Vereinbarung erforderlichen Mittel im Gesamtausmaß von 2,360.953,98 Euro vorbehaltlich der Genehmigung der Vereinbarung durch den Steiermärkischen Landtag beschlossen.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 15. November 2004 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die beiliegende Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Steiermark über die Abgeltung stationärer medizinischer Versorgungsleistungen von öffentlichen Krankenanstalten für Insassen von Justizanstalten wird genehmigt.

Ich ersuche um Genehmigung. (13.51 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Danke schön!

Nachdem keine Wortmeldung vorliegt, kommen wir zur Abstimmung. Ich darf die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand bitten. Gegenprobe.

Ich darf die Einstimmigkeit feststellen.

Damit kommen wir zum Tagesordnungspunkt

10. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2045/1, betreffend Tourismusbericht 2003.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Kurt Tasch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Tasch (13.52 Uhr): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Gemäß Paragraph 6 Absatz 3 des Steiermärkischen Tourismusgesetzes 1992 ist dem Landtag jährlich ein Tourismusbericht vorzulegen. Dieser beinhaltet die Entwicklung des Tourismus, Angebot und Nachfrage sowie Förderungen, die Verbesserung der Struktur der Tourismusverbände und die Durchführung regionaler Vorhaben.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 18. Oktober 2004 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Tourismusbericht für das Jahr 2003 wird zur Kenntnis genommen. (13.53 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Der Bericht zu Ende, Herr Abgeordneter?

Dann bitte, du hast das Wort.

Abg. Tasch (13.54 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Steirischer Tourismusbericht 2003. Es ist also der steirische Tourismus im Aufwärtswind. Und ich glaube, also ganz besonders ist für die Touristen, die zu uns kommen, die landschaftliche Gestaltung und da ist die Landwirtschaft sehr viel mit verantwortlich, dass sie schaut, dass die Grünflächen erhalten bleiben und dass im Land sehr gut zusammengeraumt ist und geschaut wird, dass wirklich den Gast sehr erfüllt, wenn er zu uns kommt.

Der steirische Tourismus nimmt nicht nur in der österreichischen Wirtschaft eine Schlüsselrolle ein, sondern ist auch für die Steiermark ein wichtiges Standbein. Die Einnahmen aus diesem Wirtschaftszweig sind ein nicht mehr wegzudenkender Faktor der steirischen Leistungsbilanz. Mit rund 9 Prozent Anteil am steirischen Bruttoregionalprodukt, einem seit Jahren stetigen Anstieg bei den steirischen Tourismusumsätzen und deutlichen Zuwächsen bei den Übernachtungen konnte die Steiermark ihren Marktanteil am gesamtösterreichischen Tourismusgeschehen deutlich erhöhen.

Diese erfolgreiche Entwicklung des steirischen Tourismus spiegelt sich wider in der Erhöhung der Nachfrage mit einem Nächtigungszuwachs im Jahre 2003 von rund plus 1,4 Prozent (Ankünfte plus 4,2 Prozent) auf fast 10 Millionen Nächtigungen, womit das „Grüne Herz“ einen Anteil von rund 8,5 Prozent an den rot-weißfrotten Gesamtnächtigungen hält und im Ranking der Topdestination Österreichs den vierten Platz einnimmt.

Dieser Aufwärtstrend macht sich besonders im gehobenen Beherbergungsangebot – Zunahme in der Kategorie der Fünf- und Viersternebetriebe plus 3,7 Prozent – bemerkbar. Der Monatsverlauf zeigt fast alle Monate Zuwächse bei den Ankünften, was sicherlich sehr stark zurückzuführen ist auf die zahlreichen Veranstaltungen und Events im Jahre 2003 – Kulturhauptstadt Graz 2003, Landesausstellung „Mythos Pferd – Zauber der Lipizzaner“ et cetera.

Insgesamt ist der Inländermarkt mit 67,2 Prozent – Steiermark ist das beliebteste Land im Tourismus für den Inländer, für den Österreicher – ich habe bereits erwähnt, 67,2 Prozent unserer Gäste sind Österreicher, ein solider Sockel des steirischen Tourismus, jedoch höhere Steigerungsraten am Ausländermarkt – Ankünfte plus 8,9 Prozent, Nächtigungen plus 4,2 Prozent – sind Zeichen in Richtung Internationalisierung. Nach wie vor stellt Deutschland den stärksten Markt, deutliche Zuwachsraten in Ländern wie Ungarn und Tschechien sind jedoch ein deutliches Signal dafür, dass in den neuen EU-Mitgliedsländern Zukunftsmärkte für die Steiermark gegeben sind.

Diese seit Jahren positive Entwicklung bei den Nächtigungen und Anstieg der Einnahmen aus dem Tourismus zeigen auch entsprechende Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt. 2003 sind rund 31.676 Beschäftigte im Tourismus.

Große Anstrengungen zur Internationalisierung und Positionierung der Steiermark, breit gefächerte Qualitätsoffensiven, verstärkte Bemühungen im Bereich Kooperationen und Zusammenschlüsse, Erlebnisorientierung durch innovative und hochwertige Angebotsentwicklung sowie professionelles Veranstaltungs- und Eventmarketing haben die Steiermark zunehmend in den Blickpunkt der Weltöffentlichkeit gerückt. Events wie Nachtslalom, Schifliegen am Kulm sind also das, wo wir weit in die Welt hinaus im Fernsehen präsent sind. Es gibt keine Werbung, die günstiger ist als so große Events, wo die Steiermark führend in Österreich ist. Wir sind nicht nur in großen Events führend, sondern auch am sportlichen Sektor. Ich glaube, das zeichnet die Steiermark besonders aus.

Zur Sicherstellung einer koordinierten Tourismusedwicklung hat unser Landesrat Hermann Schützenhöfer gleich zu Beginn seiner Tätigkeit als Tourismusreferent die Firma „Zolles und Edinger GmbH.“ beauftragt, in Zusammenarbeit mit steirischen Touristikern die Eckpfeiler der zukünftigen Tourismusedwicklung zu erarbeiten und in einem Strategiepapier festzuschreiben. Unser Hermann Schützenhöfer hat vor eineinhalb Jahren den Tourismus übernommen und ich muss sagen, er ist auf die Schienen aufgesprungen, die bereits gelegt wurden und hat es ausgesprochen perfekt gemacht. Es ist also typisch Hermann. Was er macht, macht

er gescheit und wir sind besonders erfolgreich im Tourismus. Er hat ein kleines Team, aber ein perfektes Team. Mit der Zwölfer-Abteilung mit Hofrat Pögl, einem, der tourismusmäßig an der Spitze unseres Tourismusteams ist, dann Hellmuth Schnabl, Georg Bliem und Margit Körner, die also in leitender Stelle im Tourismussektor sind, und gerade der Direktor Bliem, der lange Zeit Generaldirektor der Dachstein-Tauern-Region war und vor allem die Vielfalt der Entwicklung weltweit in der Dachstein-Tauern-Region also gut gemacht hat und dort sehr viel Ostländer und Bundesländer – oh, der Hermann ist da, Bravo! – (Landesrat Schützenhöfer: „Ich habe deinen Dank gehört und bin sofort heruntergerannt!“)

Das ist lieb, Hermann, aber du weißt, dass ich dich sehr schätze und weiß, dass es im Tourismus kaum einen Besseren hätte geben können als dich. (Landesrat Schützenhöfer: „Brauchst etwas?“)

Das ist einmal nicht wahr, was du jetzt gesagt hast, dass ich etwas brauche. Aber die Geldladeln kannst offen lassen, wenn ich komme, wäre es nicht ungut.

Als Stärken sind insbesondere das attraktive Preis-Leistungs-Verhältnis, die Themenkompetenz und die Gastlichkeit der Steirerinnen und Steirer, die proaktive Tourismuspolitik des Landes hervorzuheben. Demgegenüber sind als Schwächen Mangel an international vermarktbareren Betriebsgrößen, schwach ausgeprägtes touristisches Image, Verzettlung in zu vielen Themenbereichen sowie zu viele nicht marktgängige Marken anzuführen.

Daraus folgt als Offensivstrategie eine klare nationale und internationale Marktpositionierung unter der Dachmarke Steiermark mit den Schwerpunktthemen Wellness und Thermen, Naturerlebnis und Sport, Graz und weitere Städte in Kombination mit Kultur, Wein und Kulinarik. Vom Wein, da versteht er etwas der Hermann, aber ich hätte einen besseren gehabt, das hat er mir nicht geglaubt.

Im Bereich der Tourismusförderung hat Landesrat Hermann Schützenhöfer mit regionalen Bettenaktionen sowohl für den gewerblichen und auch für den Privatzimmerbereich Initiativen gesetzt. Solche bieten Nächtigungsmöglichkeiten mit einem Mehr an Service und Vermietungsqualität sowie hohe Regionalität und Vernetzung.

Mit der Reorganisation der Steirischen Tourismus GmbH. wurde die Verwaltung der Landesbeteiligungen an die zuständige Fachabteilung 12A der Steiermärkischen Landesregierung übertragen.

Auch bei den Tourismusinfrastrukturinvestitionen ist Beachtliches gelungen. Insbesondere hervorzuheben sind dabei die Therme Nova Köflach, der Tierpark Mautern, die Aufstiegshilfe in Riegersburg, das Vivarium in Neumarkt, die Liftprojekte am Loser und Sandling sowie die Investitionen in den Ausbau der Schigebiete Kaiserau und Hauereck.

Zusätzlich hat sich das Land bereit erklärt, als weitere Projekte die Therme Bad Mitterndorf und das Vitalbad Aussee mit jeweils 3,65 Millionen Euro zu fördern.

Da möchte ich dir, Herr Landesrat, besonders herzlich danken, das ist für die Region ein unwahrscheinlich großer Vorteil und ich glaube, dass nicht nur das Schifahren, sondern auch in Sommer und Winter die Therme und das Vitalbad in Tauplitz als Projekte nicht besser hätten sein können. Noch einmal ein herzliches Dankeschön dafür! (Beifall bei der ÖVP.)

Die touristische Leistung setzt sich jedoch aus vielen Teilen zusammen. Und nur wenn alle Teile aufeinander abgestimmt sind, kann der bestmögliche Erfolg erzielt werden. Ein ständiger Prozess mit mehr Professionalität, Synergien auf vielen Ebenen, Koordination und Abstimmung der Interessen sowie Markterfordernisse, Bündelung der Kräfte, Technologienetzwerk et cetera auf allen touristischen Ebenen erzielt werden sollen.

Wichtige Maßnahmen dabei sind die Neustrukturierung des steirischen Tourismus mit dem Neustart der Steirischen Tourismus GmbH., die sich ausschließlich auf die Kernaufgaben, das heißt die touristische Vermarktung der Steiermark mit nur einem Geschäftsführer konzentriert – und ich habe es vorher bereits erwähnt, Georg Bliem, der bereits gewaltige Erfolge in der Dachstein-Tauern-Region gehabt hat, ist Geschäftsführer von der Steg. Ich glaube, das war ein Goldgriff und es wirkt sich bereits sehr positiv aus.

Bildung eines Tourismusforums unter der Leitung des Tourismuslandesrates Hermann Schützenhöfer zu Fragen grundsätzlicher Strategien und Themen der steirischen Tourismus- und Freizeitwirtschaft, die Errichtung eines operativen Gremiums in Form des Tourismusbeirates, der regelmäßig unter der Leitung der Steirischen Tourismusgesellschaft Beratung und Abstimmung mit den Geschäftsführern der Regionen herbeiführt.

Gleichzeitig wurden die gemeinsamen Bemühungen zum Aufbau der Tourismusregionen fortgesetzt, so dass mit der neuen Steirischen Tourismus Gesellschaft im Jänner 2004 auch der Tourisbeirat mit sieben Regionen eingerichtet werden konnte.

Mit der Novelle des Steiermärkischen Tourismusgesetzes – 1. März 2003 – ist es zu einigen Erneuerungen, wie Verschmelzung des Vorstandes mit der Kommission, Reduzierung der Kommissionsmitglieder, Senkung der Anzahl der Sitzungen, Neudefinierung der regionalen Zusammenarbeit gekommen. Ein weiteres großes Anliegen war und ist die Gründung von mehrgemeindigen Tourismusverbänden, die auch im Jahr 2003 erfolgreich fortgesetzt werden konnte, was zur Bündelung der finanziellen Mittel und touristischen Aktivitäten beiträgt – 37 mehrgemeindige Tourismusverbände mit rund 142 Tourismusgemeinden und über 3,5 Millionen Nächtigungen. Auf Grund der sehr positiven Erfahrungen und zahlreicher diesbezüglicher Initiativen werden diese Bemühungen in den nächsten Jahren verstärkt fortgeführt.

Die Steirische Tourismusgesellschaft hat 2003 mit Einnahmen aus Kooperationen rund 4,7 Millionen Euro in den Marketingbereich investiert – 40 Prozent Markt Österreich, 60 Prozent ausländische Märkte – und damit umfangreiche Presse- und Öffentlichkeitsarbeit getätigt, große Steiermarkpräsentationen in Wien, München und Udine, Messeauftritte und Verkaufsförderungsaktivitäten sowie Studienreisen organisiert und verstärkt Partnerschaften mit der Wirtschaft aufgebaut.

Sehr geehrter Herr Landesrat, ich möchte dir noch einmal herzlich gratulieren zu deinem Team und zur Arbeit für den steirischen Tourismus. Es sind also nicht nur Events, sondern auch kleinere Sportveranstaltungen gefördert worden. Gerade am Sportsektor, der mit Tourismus eng verbunden ist, gibst du sehr viele Möglichkeiten, den Sport besser auszubauen und bessere Sportstätten zu errichten. Wir danken für deine ständigen Bemühungen auf diesem Gebiet, um diese Sachen perfekt einzuführen. In diesem Sinne kann ich nur sagen, Hermann, tu so weiter, dann wird es in der Steiermark tourismusmäßig weiterhin nur aufwärts gehen. (Beifall bei der ÖVP. – 14.09 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter List. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. List (14.09 Uhr): Frau Präsidentin, geschätzter Herr Landesrat, werte Damen und Herren im Steiermärkischen Landtag!

Ein paar Notizen und freiheitliche Kernaussagen zum Tourismusbericht 2003 und über die von den Sozialdemokraten gewünschte Aussprache im letzten Ausschuss. Der Tourismusbericht für 2003 wurde neu gestaltet, verkleinert und ist weitaus handlicher geworden. Er ist leserlich, übersichtlich und mit seiner Fülle an Inhalten eine gelungene, solide Arbeitsunterlage für alle Tourismusverantwortlichen und Interessierte an dem Tourismus. Logisch, aber auch, geschätzte Damen und Herren, dass einige Bereiche ihre Aktualität im Laufe der Zeit bereits verloren haben. So sind etwa die Informationen über die Kompetenzzentren im Tourismusbericht überholt. Sie wissen, dass zwischenzeitlich das Tourismuskompetenzzentrum „Steirisches Thermenland“ durch die Zusammenlegung von zwei ehemaligen Regionalverbänden gegründet wurde. Diese Zusammenlegung war nicht leicht. Man kann sagen, das war eine schwere Geburt und hat ein bisschen länger gedauert als andere. Sie wissen auch, dass anfänglich die neuen Kompetenzzentren von den Verantwortlichen vor Ort abgelehnt wurden. Sie sind teilweise gefürchtet worden oder wurden nicht unbedingt gleich angenommen. Wir Freiheitlichen ersuchen dich, Herr Landesrat, in deiner abschließenden Wortmeldung, in deinem Statement uns einen Beitrag darüber zu liefern, eine kurze Aussage über den aktuellen Stand der Strukturreform, wie sie angelaufen ist und ob sie aus deiner Sicht bereits abgeschlossen ist. Gleichzeitig wollen wir von dir wissen, ob es bei der Umsetzung von den neuen Aufgaben in den neuen Kompetenzzentren bereits Probleme gibt, Probleme, die aufgetreten sind und Probleme, die beseitigt werden müssen.

Mir ist bekannt, und das hat mir der Kollege Wiedner gesagt, dass es im „Steirischen Weinland“ das eine oder andere Problem gebe. Geschätzte Damen und Herren, ich sage hier von dieser Stelle, Kompetenzzentren dürfen nicht politisch eingefärbt sein. Hier sind vermehrt Fachleute notwendig! Fachleute, die sich im Tourismus auskennen, um das Wachstum im steirischen Tourismus nachhaltig ankurbeln zu können.

Jetzt zu den Fakten und beeindruckenden Zahlen im Tourismusbericht:

Das Rekordergebnis von 2003 mit Nächtigungen knapp unter 10 Millionen wird nur noch schwer zu toppen sein. Aber nichts ist unmöglich! Das haben wir heute schon gehört. Gemeinsame Anstrengungen sind notwendig, dann wird es vielleicht früher oder später gehen. Die Vergleiche, wie sie in der Aussprache von den Sozialdemokraten getätigt wurden, von dir, Kollege Prattes, was an Nachhaltigkeit von 2003 künftig zu erwarten ist, sind schwierig. Man muss 2003 ein bisschen außerhalb der jährlichen Berichte stellen und man kann nur die Jahre 2004 mit 2002 und nachher 2005 mit 2002 und 2004 als Vergleich nehmen. 2003 ist sicherlich im steirischen Tourismus ein Ausnahmejahr.

Geschätzte Damen und Herren im Steiermärkischen Landtag, die Spitzenposition, die Steiermark als das beliebteste Urlaubsland der Österreicher, muss gehalten werden. Das ist ein wesentliches Ziel von den Tourismusverantwortlichen. Gleichzeitig muss der deutsche Gast sich wohlfühlen und er muss nachhaltig bei uns urlauben. Sie wissen, der Urlaubsgast wird immer spontaner und flexibler. Wir müssen im Tourismus um jeden einzelnen Gast unermüdlich mit sprichwörtlich steirischer Gastfreundlichkeit werben und kämpfen. Zusätzlich aber müssen neue Märkte erobert und Jahresauslastungen in den Tourismusbranchen angestrebt werden. Der Hoffnungsmarkt schlechthin für den steirischen Tourismus ist der Osten. Wir müssen vermehrt auf die Gäste aus Ungarn, Tschechien, Polen, der Slowakei und Russland setzen. Erste Ansätze dafür gibt es schon im heurigen Wintertourismus. Der Kreischberg ist fest in ungarischer Hand. In der Region Murau urlauben so viele Ungarn wie sonst nirgends in Österreich. Jeder vierte Ungar verbringt seinen Winterurlaub in der Steiermark. Hier wurden die Zahlen in den letzten zehn Jahren um stolze 150 Prozent gesteigert. Das Salz in der Suppe beim Tourismus, das kommt derzeit aus Russland. Die Touristen aus Russland sind weniger an der Zahl, aber zahlungskräftiger. Sie sind zahlungskräftiger! Sie geben drei- bis viermal so viel Geld aus wie der durchschnittliche Urlauber. Ihr bevorzugtes Winterurlaubsgebiet ist jetzt noch die Dachstein-Tauern-Region. Hier hat der steirische Tourismus große Chancen, die genützt werden müssen! Die Werbung, die steirische Tourismuswerbung soll entsprechend ausgerichtet in diesen Oststaaten massiv forciert werden, um von dort mehr Gäste für unser Land anzulocken. Je mehr Gäste, umso mehr Arbeitsplätze. Daher ist die Steiermark ein Land, das selbstverständlich auch vom Tourismus lebt. Bekanntlich sind gegenwärtig 40.000 Personen hauptberuflich im steirischen Tourismus tätig. Diese Zahl wurde im letzten Finanzausschuss von Landesrat Hermann Schützen-

höfer genannt. 40.000 Vollbeschäftigte, die vom Tourismus leben und ihre Arbeitsplätze in der Steiermark haben. Alles Arbeitsplätze, die unter bestimmten Voraussetzungen der Steiermark langfristig sicher sind. Das ist ganz einfach erklärbar, nämlich die Arbeitsplätze im Tourismus, im Dienstleistungsbereich, die sind nicht auslagerbar. Diese Arbeitsplätze sind nicht auslagerbar! Die Vielfalt der Landschaft, die Berge mit Schipisten, Seen oder Thermen, diese Landschaft kann nicht auswandern. Das heißt für uns im Tourismus, die Berufschancen im Tourismusbereich sind gut und werden sich künftig noch viel mehr vergrößern. Deshalb müssen wir jede Ausbildung im Tourismus massiv fördern. Gleichzeitig sind auch verstärkt öffentliche Gelder in regionale touristische Leitprojekte zu investieren. Die Qualität aller Tourismusangebote muss ständig gesteigert werden. Unsere Flaggschiffe, ein gebräuchlicher Ausdruck für die steirischen Thermen, unsere Flaggschiffe, die Thermen, müssen dabei uneinholbar an der Spitze liegen und das auch bleiben. Hier sind wir Freiheitlichen einer Meinung mit dem Tourismuslandesrat. Wir Freiheitlichen wollen auch kein Überangebot an Thermen, die sich gegenseitig konkurrenzieren, dadurch schlecht ausgelastet sind und künftig nur noch rote Zahlen schreiben werden und dann vermutlich wieder unter die Obhut des Landes kommen und hier als Bittsteller auftreten werden. (Abg. Böhmer: „Aber Allerheiligen kommt schon noch!“)

Wir wollen – die eine im Mürztal kommt noch, ja, ja – wir Freiheitlichen, wir wollen – und das ist der springende Punkt bei den Thermen, bei den Flaggschiffen – wir wollen ausgelastete Qualitätsthermen auf höchstem Niveau, Thermen, die Besucher anlocken und Gewinne erwirtschaften. Dafür, geschätzte Damen und Herren, müssen die Angebote im Thermentourismus neu ausgerichtet werden! Spezialisierungen, wie sie bereits in Bad Radkersburg passieren durch Konzentration auf die Älteren, „60 Plus“, für dich etwas, Herr Kollege Bernd Stöhrmann, mit Seniorenaktivtagen, sind notwendig. (Abg. Stöhrmann: „Ich habe es schon erreicht!“) Einführung in das Gedächtnismodell, Informationsverarbeitung, Kurzzeitgedächtnis und andere Themen, Sinneswahrnehmungen, Farbe, Gerüche, Sinneswahrnehmungen, Tasten, Hören, visuelle Gedächtnishilfen, Lern- und Merkstrategien, alles wird für dich, „60 Plus“ in Bad Radkersburg angeboten, vielleicht besuchst du diese Therme in Bälde wieder.

Zu den Thermen kann man hier weiters sagen, dass endlich auch das alte Bad Gleichenberg mit dem neuen Projekt jetzt voll durchstartet. Das Gesundheits- und Thermenressort, letzten Donnerstag der Öffentlichkeit vorgestellt, soll schon im Dezember 2006 seine Pforten öffnen. Dafür werden von der Gruppe um Magna, Europachef Siegfried Wolf 60 Millionen Euro inklusive der Landesförderungen in diese Region investiert. Ich darf hier von freiheitlicher Seite ein Kompliment aussprechen und ich darf, wenn Sie gestatten, das jetzt im Namen des gesamten Landtages sagen: Ein Kompliment von dieser Stelle für diesen tüchtigen Steirer, der auf seine unmittelbare Heimat, auf Bad Gleichenberg setzt und dort investiert! Bad Gleichenberg ist der ideale Standort, um beste medizinische Versorgung und Gesundheitstourismus zu verschmelzen. Der alte traditionelle Kurort wird aufgewertet! Das Projekt ist ein wichtiger und längst überfälliger Impuls, ein Meilenstein für die Zukunft der Region dort um Bad Gleichenberg. Im Therapie- und Thermenbereich sollen über 150 Personen künftig beschäftigt werden. Das zu Bad Gleichenberg.

Und jetzt zu dir, lieber Kollege Bernd Stöhrmann. Die aus freiheitlicher Sicht, aus unserer Sicht vorerst letzte förderungswürdige Therme liegt im Mürztal. Nur durch den unermüdlichen Einsatz von unserem Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Leopold Schögggl und der Unterstützung der Sozialdemokraten und hoffentlich auch bald der Österreichischen Volkspartei wird die Therme Allerheiligen Gestalt annehmen. Das Thermalwasser, die Thermalwasserqualität passt und ich weiß, dass sich die Menschen dort vor Ort diese Therme wünschen. Sie sind vom Projekt Therme Allerheiligen begeistert. Das benachteiligte Mürztal benötigt dringend diesen Impulsschub, um auch private Investoren in die Region zu bringen. (Beifall bei der FPÖ, Abgeordneter Stöhrmann!)

Ich wiederhole und sage, wir Freiheitlichen werden nicht müde, diese Therme in Allerheiligen ständig zu fordern! Sie hat die ähnlichen Grundvoraussetzungen wie die Therme in Köflach. Auch diese Therme in Köflach stand anfangs ebenfalls auf wackeligen Beinen. Trotzdem wurde sie unter großem Einsatz der Verantwortlichen vor Ort gebaut. Durch gezielte Kooperationen ist der Betrieb bereits seit Monaten bestens angelaufen. Ich habe mich das eine oder andere Mal vor Ort von dieser Entwicklung überzeugt. Kollege Karl Petinger wird mir das auch bestätigen können. Diese Therme, die Therme „Nova“ in Köflach, wurde bereits zum neuen Leitprojekt in der ehemaligen Kohlenregion. Ähnlich könnte hier die Therme Allerheiligen als touristisches Leitprojekt von allen politischen Parteien getragen, ich sage jetzt nochmals, von allen politischen Parteien im Landtag mitgetragen, eine neue Lebensader im Mürztal werden. Wir möchten diese Lebensader zum Leben erwecken. Das, geschätzte Damen und Herren, aus freiheitlicher Sicht zu den Thermen.

Zusammengefasst darf ich feststellen: Der Tourismus in der Steiermark ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor und Devisenbringer. Für die Steiermark ist im Tourismus noch einiges an Wachstum möglich. Hier ist noch einiges an Wachstum möglich, wenn die Rahmenbedingungen stimmen.

Dazu zu diesen Rahmenbedingungen gehören unter anderem die kompetente Führung der steirischen Tourismusgesellschaft durch den Schladminger Georg Bliem – Kurtl Tasch hat es bereits gesagt –, eine seriöse politische Arbeit von Landesrat Hermann Schützenhöfer – es ist ja nicht so, dass man als Freiheitlicher einen ÖVP-Landesrat von dieser Stelle lobt. Aber wenn es stimmt, soll es so sein (Beifall bei der ÖVP). Er macht für den Tourismus ausgezeichnete politische Arbeit in der Steiermärkischen Landesregierung. Die aber vor allem für dieses Plus im Tourismus, für das ausgezeichnete Ergebnis verantwortlich sind, das sind die vielen guten Gastgeber, unsere hervorragenden Gastgeber im Land. Diese vielen guten Gastgeber mit ihrer schon sprichwörtlichen typischen steirischen Gemütlichkeit sind die Garantien dafür, dass die Steiermark das sympathischste Urlaubsland ist.

Geschätzte Damen und Herren, der Tourismus in der Steiermark liegt in guten Händen! In danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 14.23 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Prattes. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Prattes (14.23 Uhr): Frau Präsidentin, Herr Landesrat, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Lob über Lob an den Herrn Landesrat. Er hat aber nicht einmal zugehört, also ihr müsst das noch einmal wiederholen, damit er das auch so entsprechend entgegennehmen kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist schon gesagt worden, wir diskutieren den Tourismusbericht des Jahres 2003 und freuen uns uneingeschränkt über die guten Ergebnisse dieses Jahres. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Zeit ist nicht stehen geblieben und es ist wirklich zu hinterfragen, ob es aktuell und sinnvoll ist, jetzt im Jänner 2005 – ich weiß, er ist im Dezember vorgesehen gewesen, aber auch das wäre sehr spät gewesen – die Ergebnisse eines schon weit zurückliegenden Zeitraumes zu diskutieren, denn, meine sehr verehrten Damen und Herren, und ich sage das nicht nur so aus Freude darüber, leider haben wir zur Kenntnis nehmen müssen, dass die Werte des Jahres, die guten Werte, im Jahr 2004, die Gründe waren mannigfaltig, nicht erreicht worden sind. Wir sollten uns daher dem vergangenen Jahr zuwenden und vor allen Dingen über die Aussichten, Möglichkeiten und Pläne dieses und der nächsten Jahre sprechen.

Es ist heute schon angeklungen, der Herr Landesrat hat es erwähnt, in der aktuellen Aussprache 40.000 Damen und Herren finden ihren Vollarbeitsplatz im Tourismus und, das muss auch wieder einmal unterstrichen werden, der Tourismus alleine sichert 9 Prozent am steirischen Bruttoinlandsprodukt. Damit man einmal weiß, wovon wir eigentlich sprechen.

Der Tourismus ist zu einem wichtigen Wirtschaftszweig geworden. Es ist auch daher sehr, sehr notwendig, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass seitens der Landespolitik diesem Markt ein erhöhtes Augenmerk geschenkt wird, denn, und das ist auch bekannt, der Markt ändert sich gerade auf dem Tourismussektor sehr, sehr schnell.

Durch die Osterweiterung der EU ist ein neues Gästepotenzial zu erschließen, das noch sehr große Wachstumschancen birgt. Leider, und das muss man hier anmerken, sackt die Steiermark in Osteuropa, wo sie noch 2002/2003 führend war, massiv ab.

Viele österreichische Bundesländer, aber auch andere Staaten haben diese neuen Märkte bereits erschlossen und generieren damit viele neue Gästeschichten. Dies bedarf natürlich zusätzlicher Mittel für effektive Werbemaßnahmen. Das hat zum Beispiel, meine sehr verehrten Damen und Herren, das Bundesland Tirol erkannt, welches allein für den Winter 2004/2005 allein in Ungarn 2 Millionen Euro in die Werbung investiert.

Es wird daher unbedingt notwendig sein, dass die Steiermark nicht nur am österreichischen Markt, sondern neben den traditionellen Gästeländern die neuen Märkte erschließt und konsequent bearbeitet.

Damit muss dem Umstand entgegengesteuert werden, dass die Steiermark als Urlaubsland international massiv an Bedeutung verliert. Daher ist es meiner Meinung nach wesentlich zielführender, die Steiermark international stärker zu vermarkten, als mit großem Aufwand am Grazer Hauptplatz für die steirischen Schi-berge zu werben.

Es wird aber auch unabdingbar sein, dass die STG wieder neue Projekte und Angebote kreiert, mit denen neue Gäste gewonnen oder ehemalige wieder angesprochen werden können. Es ist daher zu fordern, dass in der STG wieder dem Projektbereich, wie er bereits vorhanden war, größtes Augenmerk geschenkt wird.

Faktum ist aber auch, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass sich nicht nur die Märkte ändern, sondern dass sich auch die Bedürfnisse der Gäste immer rascher ändern. Dem ist auch bei der Angebotsentwicklung Rechnung zu tragen.

Wie alle Touristiker übereinstimmend feststellen, zeichnen sich für die nächsten Jahre folgende Trends ab: Es sind dies die Kurzurlaube mit hohem Erlebnisanspruch. Wellness bleibt der Megatrend für die nächsten Jahre. Einige sprechen sogar von den nächsten 20 Jahren. Und was auch sehr, sehr wichtig ist: Kulturtourismus spielt eine immer wichtigere Rolle, wobei sich dies nicht nur auf die Städte, sondern auch – das war ja kürzlich in der Zeitung – auf das flache Land bezieht.

Der Gast, meine sehr verehrten Damen und Herren, sucht und fordert Qualität. Um diesen Trends Rechnung zu tragen, sind natürlich wesentliche Verbesserungen und der Ausbau einer touristischen Infrastruktur notwendig. Denn nur mit entsprechenden Anreizen wird es möglich sein, dass touristische Leitprojekte in den Regionen entstehen. Hier wird aber auch ein wesentliches Augenmerk hin zum Aufbau – das hat der Kollege List schon gesagt, damit unterscheiden wir uns gar nicht – eines Ganzjahrestourismus zu legen sein, denn ich habe das bereits bei der aktuellen Aussprache gesagt, drei Monate Winter- und drei Monate Sommerauslastung. Sommertourismus wird à la longue zu wenig sein für die großen Investitionen, die bereits getätigt wurden oder noch zu tätigen sind.

Wir haben aber auch, und das muss hier auch gesagt werden, dass die Steiermark verkehrsmäßig durch ihre Randlage unattraktiv ist. Und hier gilt es auch, mit großem Nachdruck diese Defizite zu beseitigen.

Abzuwarten ist und das wurde auch schon angesprochen, wie sich die steirischen Kompetenzzentren entwickeln. Wenn auch grundsätzlich eine Bündelung der Kräfte Vorteile bringen sollte, muss doch auch seitens des Tourismusressorts, aber auch mit der STG für eine wirkungsvolle Strategie und entsprechende Unterstützung bei der Marktbearbeitung sowie und vor allem bei der Entwicklung neuer Produkte erfolgen.

Abschließend ist festzustellen, dass unsere Steiermark große Chancen hat, sich einen gewichtigen Kuchen am Tourismusmarkt abzuschneiden. Dazu wird es aber notwendig sein, dass neben den vielen Vorzügen unseres Bundeslandes dem Gast auch ein Angebot unterbreitet wird, welches neben seinen persönlichen Bedürfnissen allen jenen internationalen Trends Rechnung trägt, die nun einmal von einem attraktiven Urlaubsland erwartet werden. Ich danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 14.31 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Tschernko. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Tschernko (14.31 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Landesrat! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Vorerst muss ich einmal zum Tourismusbericht gratulieren, weil der Kollege Klubobmann Kröpfl angesprochen hat das steirische Weinland, zumal dieses Format ein sehr handliches Format ist, hat es auch das Symbol des Kellerschlüssels und des Weinstocks drauf. Das verbindet uns natürlich umso stärker und umso mehr mit dem steirischen Tourismus und für den steirischen Tourismus. Und es war sichtlich ein Vergnügen, diesen Tourismusbericht 2003 zu lesen, weil es ein Erfolgsbericht war, nach einem Rekordwinter 2003 auch ein Jahrhundertssommer 2003 folgte, zumal ja Graz die Kulturhauptstadt war und uns Rekordergebnisse bescherte. Auf die Ergebnisse möchte ich noch später eingehen. Aber ich möchte das „Grüne Herz“ Österreichs, unser steirisches Herz wieder erwähnen und gratulieren den Touristikerinnen und Touristikern, die dieses „Grüne Herz“ wieder für die Werbung ins Leben gerufen haben, wieder entdeckt haben und auch in der Steiermark eingesetzt haben. (Abg. Kröpfl: „Wir waren schon vorher Land Nummer eins!“)

Meine Damen und Herren, seit Landesrat Schützenhöfer zum Tourismuslandesrat bestellt wurde, schreibt er diese Erfolgsgeschichte auch fort. Es ist zu beobachten für uns auf dem Markt der Freizeit- und Tourismuswirtschaft, und das werden Sie auch feststellen, dass wir im Europa der Regionen von neuen und auch attraktiven Mitbewerbern umgeben sind und dazubekommen haben. Und so wissen wir auch, dass wir uns diesen Herausforderungen stellen müssen, gerade am Markt des Tourismus, gerade deshalb, weil die Ansprüche und die Bedürfnisse der Gäste und der Touristen größer geworden sind und anders geworden sind und sie werden auch weiter steigen. Ich denke hier an das Beispiel der Thermenregionen, die heute von meinen Vorrednern schon erwähnt worden sind, die uns umgeben in der Steiermark über Ungarn nach Slowenien. So ist es auch gut, dass wir jetzt die Therme in Bad Gleichenberg wieder leben lassen und ausbauen. Das heißt, dass neben dem reinen Wellnessangebot auch stark der medizinische und Gesundheitsbereich ausgebaut wird. Hier wurden ja, was uns bekannt ist, über 60 Millionen Euro in diese Therme investiert. Und deshalb hast du auch, Herr Landesrat, mit deinem Team auch sehr gut überlegt, wie man diese Herausforderung bewältigen kann, wie man sich dieser Herausforderung auch stellen kann und hast hier deinerseits mit deinem Team ganz wichtige Akzente gesetzt. Herr Kollege Prattes, du hast schon Recht, wir sprechen über Ergebnisse der Vergangenheit. Man sollte voraus schauen, aber dennoch muss man auch erwähnen, dass auch jetzt in dem Bericht schon angeführt, diese Akzente, die jetzt gesetzt wurden, auch für die Zukunft Auswirkungen haben und für die nähere Zukunft bereits schon wirken. Ich möchte diese neuen Akzente vielleicht kurz anführen, zumal zum einen die Neustrukturierung des Tourismus vorgenommen wurde. Eine Tourismusförderung wurde gegründet und, auch schon angesprochen, die Kompetenzzentren, die regionalen, von 13 auf sieben wurden gegründet, die Reorganisation der steirischen Tourismus-GesmbH. ist durchgeführt worden und auch der alleinige Geschäftsführer in der STG bestellt. Entscheidend für mich ist aber auch der Strategievorschlag über die Tourismusentwicklung bis 2010. Das wurde auch in diesem Bericht schon angesprochen, denn hier stellt sich die Frage, wie schaut die Steiermark touristisch im Jahr 2010 aus? Und diese Strategien oder dieses Papier, das uns vorliegt, denke ich, ist ja ganz wichtig, da es eine Orientierungshilfe für den Tourismus und für unsere Freizeitwirtschaft darstellt. Analysen, Markt- und Wettbewerbsentwicklungen und so weiter und vieles mehr sind hier in diesem Bericht und auch im Tourismusbericht festgehalten, auch nachzulesen. Diese Maßnahmen, die erst so kurzfristig gesetzt wurden, beginnen ja schon sich in Zahlen und Fakten auszudrücken, auch jetzt fortlaufend, wenn wir auf das Jahr 2004 fortsetzen und auf das Jahr 2005. So sind vor allem im Jahr 2003 die Umsätze im Tourismus gestiegen, und zwar über 1000 Millionen Euro. Ein Plus von 5,2 Prozent. Die Beschäftigung im Tourismus und in der Freizeitwirtschaft sind heute schon angesprochen worden, aber insbesondere in der Gastronomie und Hotellerie. 32.000 beziehungsweise 40.000 Beschäftigte, das heißt, in der Hotellerie und in der Gastronomie ein Plus von 2,7 Prozent an Beschäftigten mehr und dazu gerechnet gar nicht die Beschäftigten in der Landwirtschaft, im ländlichen Raum, die auch sicher dazuzurechnen sind. Die Nächtigungen haben zugenommen. Wir nähern uns einem Nächtigungsvolumen von zirka 10 Millionen Gästen in der Steiermark. Und auch diese Nächtigungen haben von 2002 auf 2003 um 1,4 Prozent zugelegt. Aber auch die Qualitätsangebote im Bettenbereich, insbesondere von Zwei-Stern, Ein-Stern jetzt auf Vier- und Fünf-Stern wird in der Steiermark ausgebaut und genau diese Steigerung der Qualitätsbetriebe ist ja doch eine innovative Einrichtung für die Zukunft. Und die Ankünfte und die Nächtigungen haben ebenso um 4,2 beziehungsweise 1,4 Prozent zugenommen. Ein Rekordergebnis im steirischen Tourismus! Natürlich hat das auch mit der Kulturhauptstadt 2003 sehr viel zu tun. Möglicherweise hat auch das Wetter im Jahr 2003

eine große Rolle gespielt. Aber dennoch noch einmal zurück, Akzente und Strategien sind bereits im April 2003 gesetzt worden und dieser Trend setzt sich weiter fort und aufwärts. Darüber freuen wir uns natürlich alle, dass diese Entwicklung so weiterläuft, insbesondere aber dass es eine klare Marktpositionierung gibt. Das ist ja auch in Zukunft Thema. Und der Kollege Tasch hat es schon angesprochen, es gibt die Dachmarke Steiermark. Und genau, Herr Kollege Prattes, hier gibt es diese Themen, die auch du erwähnt hast oder versucht hast, zu erwähnen, dass sie stärker beworben werden sollen, wie: Wellness und Thermen, Naturerlebnis, Naturparke und Sport, Kulturhauptstädte, ob das jetzt Graz, Leoben ist oder vielleicht entwickeln sich noch andere Kulturstädte in der Steiermark, Wein und Kulinarik. Und genau das sind die Leitprojekte, die auch vom steirischen Tourismus unter der Verantwortung von Landesrat Hermann Schützenhöfer verfolgt werden. Ich bin überzeugt, dass das Land auf dieser Basis und den täglichen Erfahrungen vor Ort, vor allem von den Wirtinnen und Wirten und Beherbergungsbetrieben, die Beobachtung des touristischen Marktes, Vergleiche auch mit den Mitbewerberinnen und Mitbewerbern in den EU-Regionen, den Analysen, aber vor allem die Entwicklung von Leitbildern für die Zukunft, dass wir hier den richtigen touristischen Weg verfolgen und auch gehen. Und wenn wir uns weiterhin gemeinsam anstrengen, dann wird dieser touristische Erfolg der Steiermark zugute kommen, dann wird das „Grüne Herz“ der Steiermark noch lange und kräftig schlagen. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 14.39 Uhr.)

Präsident Beutl: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Kollege Ober. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. Ober (14.39 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Landesrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf in diese Debatte einen besonderen Punkt einbringen aus einer spezifischen regionalen Sicht des Bezirkes Feldbach, unseres Thermenstandortes Bad Gleichenberg. Viele Kollegen sind ja schon lange im Landtag und haben dieses Thema sehr lange mit begleitet, die vielen Schwierigkeiten, die es darum gegeben hat, die vielen verschiedenen Investoren. Vergangene Woche war die Frau Landeshauptmann mit unserem Tourismuslandesrat Hermann Schützenhöfer mit den großen Investoren, die Gruppe um den Magna-Chef Herrn Wolf, in Gleichenberg und hat mit den Verantwortlichen der Gemeinde ein großartiges Projekt vorgestellt und präsentiert. Start ist im Juni dieses Jahres. Der Bau soll im Jahre 2006 vollendet sein. Ich bin als regionaler Vertreter mit meiner Kollegin, Frau Präsidentin Walburga Beutl, und auch den übrigen Abgeordneten aller Fraktionen sehr, sehr dankbar, dass das zustande gekommen ist, aber es zeigt viel mehr eines auf, und vor allem die Geschichte von Gleichenberg spiegelt das immer wider wie auch in anderen Thermenprojekten, das Land ist bereit zu unterstützen. Aber was ganz wichtig ist, dass hier private Investoren mit ernstern Mitteln zur Seite stehen und dieses Projekt auch vorantreiben und mit unterstützen. Und das ist um die Gruppe des Siegfried Wolf in dieser Region gut geglückt, weil einerseits eine regionale Verbundenheit von ihm besteht, er möchte an diesem Standort mit den übrigen Investoren etwas Besonderes machen, und natürlich auch die Handschlagsqualität des Landes Steiermark, unseres Tourismuslandesrates Hermann Schützenhöfer, gemeinsam zu diesem Ergebnis geführt hat. Was bedeutet nun das für diese Region, die doch lange Zeit hinten war, zu weit hinten, so dass wir heute schon wieder vorne sind? Das bedeutet, dass wir neben den übrigen guten Thermenstandorten der Süd- und Oststeiermark, im Speziellen Bad Gleichenberg und Loipersdorf im Nahbereich einen traditionellen Kurort mit einer besonderen Therme haben. Und ich bin sehr dankbar, dass hier sehr einfühlsam geplant worden ist, in eine besondere Kulturlandschaft, in einem Naturpark oder Thermenpark mit Zustimmung aller Gemeinderatsfraktionen hier eine Lösung gefunden wurde, dass sich dieses Projekt wirklich harmonisch in diesen Kurort einfügt, natürlich einiges erneuert werden muss, aber diese Trinkhalle hier als besonderes Relikt der Baukultur der fünfziger Jahre als Symbol auch der Historie hier erhalten wird, dass hier damit die Region im touristischen Bereich eine Aufwertung erfährt und dieser traditionelle Kurort von der Tradition mit dieser Innovation einen besonderen Höhenflug erfahren wird.

Neben dem Wellness- wird vor allem auch der in Gleichenberg sehr gut entwickelte und auch gut angenommene Therapiebereich eine wesentliche Rolle in dem Bereich spielen.

Ich möchte mich dafür wirklich nochmals bei all jenen, die sich über Jahrzehnte um diese Lösung bemüht haben, aber im Besonderen bei unserer Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic und unserem Tourismuslandesrates Hermann Schützenhöfer bedanken, dass dieser Schritt gesetzt wurde und auch für die Mitarbeiter der bestehenden Therme und des Kurbetriebes, dass in der Übergangszeit, wo doch eineinhalb Jahre Bauzeit besteht, eine Lösung gefunden wurde, dass sie inzwischen in eine Ausbildungsphase kommen, um diese Zeit zu überbrücken und ihre Qualitäten verbessert werden, damit dann mit einem gut qualifizierten Personal dieser neue Betrieb im Jahre 2006 phasenweise aufgenommen werden kann.

Ich möchte aber noch etwas anführen, was diese Region auszeichnet und möchte auch darauf hinweisen, dass mit dem neuen Tourismuskonzept des Landes Steiermark vor allem in Richtung der Kompetenzzentren, aber auch auf Landesebene ein Tourismusleitbild geschaffen wurde, das in Abstimmung mit den Kompetenzzentren, den Regionalverbänden, aber auch mit den Ortsverbänden eine durchgängige Strategie entwickelt wurde, wo die vier Leitthemen des Landes hier hoch qualifiziert werden und in den Regionen sich wieder finden. Und in unserer Region, dem steirischen Vulkanland, geht es vor allem um einen besonderen Themenblock. Ein sehr wesentlicher, der neben den Thermen vor allem den Wein und die Kulinarik auszeichnet und somit dieser Gesamtregion über den Thermenstandort hinaus, der nur eine bedingte Reichweite hat, touris-

tisch etwas Besonderes verleiht. Wein, Kulinarik und Wellness, ein besonderes Gebiet, ein besonderes Hoffungsgebiet für diese Region und alle Megatrendanalysen zeigen, dass vor allem Qualität in der Kulinarik, Qualität in Wein und Qualität vor allem in Wellness der Region langfristig eine besondere Wertschöpfung und damit auch einen besonderen Wohlstand verleihen wird.

Ich danke herzlichst allen, die sich um den Tourismus bemühen im Land Steiermark, vor allem der Abteilung des Landes, dem Hofrat Schnabl, dem Hofrat Pögl und seinen Mitarbeitern, aber vor allem nochmals unserem Tourismuslandesrat, dass es ihm im Grenzraum gelungen ist, ein besonderes Symbol zu setzen des Aufbruchs in eine Zukunftsregion, auf die wir uns freuen können.

Ein herzliches Glückauf und alles Gute. (Beifall bei der ÖVP. – 14.45 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schleich. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schleich (14.46 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Damen und Herren!

Ja, Tourismus ist etwas, was unser Land bewegt und Gott sei Dank sehr positiv. Ich glaube, dass kann man hier wirklich vorweg sagen. Wenn man, so wie die Frau Präsident, in Bad Gleichenberg dabei war, den Rückblick auf die letzten 25 Jahre Tourismus in Österreich und in Europa erleben durfte, vom Chef für Tourismus Österreich, Steiermark bis hin zur Schule in Bad Gleichenberg, dann hat man miterleben können, welche Richtung wir gegangen sind. Bei einem Tief so um die Mitte der neunziger Jahre, dann wieder hinauf, wo man sieht, was das Thermenland eigentlich bewegt hat. Wie viele Nächtigungen und wie viele Arbeitsplätze und natürlich auch Kaufkraft und natürlich, das heißt auch, wir haben uns damit in ein ganz anderes Lohnniveau bewegt, was da passiert ist. Sie alle wissen, doch vor allem jene, die schon länger mit mir in dem Landtag sind, was es für uns als örtliche Abgeordnete in diesem Bezirk für Anliegen war, Bad Gleichenberg wieder dorthin zu bringen, wo es einmal war. Das wird nicht dort sein, wo es einmal war, sondern der Zeit gerecht und der Zeit verändert, natürlich in den heutigen Tourismus reinpasst, in die heutigen Geschäftsbedingungen. Deshalb habe ich auch mit dem, was wir in Bad Gleichenberg gehört haben, begonnen, dass der Wellnessbereich sich wesentlich verändert hat im Hotelbereich, dass ein Hotel ohne Wellness kaum eine Chance hat und dass auch mit dem Namen weltweit nicht immer so umgegangen wird, wie es sein sollte, aber wir eine relativ hohe Qualität haben in unserem Bereich.

Zu Bad Gleichenberg kann man ja wirklich sagen, wenn man die Geschichte ein bisschen kennt und alles, was negativ ist, weglässt, sondern was positiv ist überlässt, dann muss man sagen, von damals, von dem Kauf vom Kölbl, des großen Wieners, dem es gelungen ist, das muss man trotzdem sagen, von der Liebekreuz diese Anteile zu kaufen, dann der Flop, dass nichts daraus geworden ist oder die Finanzierung nicht umgesetzt wurde, dann vom Land mit vielen A's und B's, aber trotzdem Gott sei Dank angekauft wurde. Das Land Besitzer war, dann die Bohrung gemacht wurde, damals noch unter Landesrat Ressel und Sie alle kennen das dann, dann nach der Landtagswahl sind auch andere Thermen privatisiert worden – wenn es auch die Gemeinden übernommen haben – und dann ist es dazu gekommen, dass diese Gruppe, und ich möchte das wirklich hier eindeutig sagen, ich schätze den Sigi Wolf sehr, nicht nur weil ich ihn schon sehr lange kenne, sondern weil er, was der Abgeordnete Ober gesagt hat, da sind wir sicher d'accord, auch eine Verbundenheit mit der Region hat, denn es ist seine Heimat. Und so wie andere halt wieder nach Österreich zurückgekommen sind, glaube ich, will auch er hier zuhause etwas umsetzen. Dass sich die Gruppe jetzt verändert hat, dass 49 Prozent jetzt eine große Baugruppe dabei ist, das gibt nur dazu Ausdruck, dass natürlich mehr Geld dahinter steckt. Wenn man das Konzept und das Modell, soweit man sich in Wirklichkeit schon vorstellen kann, angeschaut hat, dann muss man sagen, es ist ein Wettbewerb und ein Wettbewerb hat gewonnen und ich glaube, es fügt sich wirklich gut ein in die Landschaft. Die Umsetzung ist nicht schlecht, wobei immer ein Punkt stehen bleibt und den muss man ganz offen sagen. Ich halte das Projekt für absolut gut und in Ordnung. Die Frage ist immer, wie groß ist dann der Thermenbereich? Und nachdem daraus keiner definieren kann, nicht einmal jene, die es machen, ob es 300 oder 500 Besucher haben wird. Wir alle wissen, dass Bad Gleichenberg eine gewachsene Struktur ist. Ich bin in den letzten zwei Tagen vor allem von Besitzern von Pensionen angesprochen worden. Sage ich: „Ich kann es euch nicht sagen, da müsst ihr euch selber informieren“, weil ich nichts Falsches sagen will, wie viel Tagesgäste werden dort Platz haben? Dass natürlich ein Privater einmal zuerst schaut, dass sein Konzept lebt und da die Hauptaufgabe innerhalb des Hotelbereiches sieht, das ist, glaube ich, ein ganz klarer Fall, dazu haben wir uns entschieden, sonst hätten wir es nicht auf Privat hinstellen können. Dass natürlich Thermen, die in öffentlicher Hand sind, wie zum Beispiel im Burgenland Stegersbach, Lutzmannsburg und andere, natürlich mehr Tagesgäste haben oder wie Loipersdorf, das damals konzipiert wurde oder Radkersburg, damit können wir es nicht vergleichen, aber ich glaube, der heutigen Zeit entsprechend, soll man sich das ruhig anschauen und dann glaube ich, was sagen, nicht vorher schon viel gescheiter sein. Das möchte ich auch nicht hier tun, sondern ich glaube, man muss froh sein, dass sich jetzt dort was tut, dass das Ganze lebt und dass das Multiplikator in der Region ist. Und ein Multiplikator deshalb in der Region, weil viele andere, die dort über Jahrzehnte, und wir wissen, in der Tourismuswirtschaft heißt es normal alle zehn Jahre mindestens einmal investieren, dort gibt es Häuser, die Jahrzehnte nicht investiert haben, dass dort auch etwas passiert und dem neuesten Stand entsprechend natürlich die Häuser umgebaut werden. Natürlich ist da auch das Land gefordert, aber ich konnte selbst miterleben und möchte es auch hier sagen, nachdem ich beim Tourismuslandesrat Hermann Schützenhöfer mit einer Gruppe

war, die gleich 300 Meter entfernt ein Hotel bauen will und es dort auch eine eindeutige Zusage für Förderung gegeben hat, obwohl wir auch im Nachteil sind in der Steiermark unmittelbar an der Grenze, weil diese Gruppe hat zum Beispiel auch in Lutzmannsburg ein Hotel gebaut, dort wesentlich höhere Förderungen zu bekommen, aber nachdem es Steirer sind, wollen sie in der Steiermark bauen und ich glaube, das ist eine positive Sache und so wird aus dem einen ein Multiplikator entstehen und am Schluss natürlich ein enormes Investitionsvolumen, dass natürlich die Kaufkraft und natürlich auch die Einkommensschere in dieser Region enorm heben wird.

In der Geschichte, wie das passiert ist und wo wir heute sind, muss man sagen, das Beste machen, Arbeitsplätze schaffen und ich glaube, vor allem die Arbeitsplätze zu sichern, weil es ist eine sehr große Unsicherheit und wir haben schon ein Problem in Bad Gleichenberg, dass viele der Heime, die eigentlich fixes Fundament waren, schon weggegangen sind und nicht mehr da sind und wir gerade jetzt wieder eines haben, das wieder denkt abzusiedeln, weil das alles zu lange gedauert hat.

Wir hoffen, dass wir das jetzt alles halten können und auf das neue Fundament aufsetzen. Ich glaube, es ist ein Beispiel, wie vielleicht etwas, was lange dauert, doch zum Erfolg kommen kann. Und es ist auch ein Beispiel für andere Bereiche. Und ich wünsche allen, ob es jetzt in Fohnsdorf ist oder woanders – wenn es dort gelingt –, mit der öffentlichen Hand und auch mit privaten Investoren solche Dinge umsetzen zu können, wo sich wirklich eine Region absichern kann, dann ist das positiv zu sehen. Ich sehe das auch so. Ich darf mich bei allen Verantwortlichen, natürlich bei allen, die damit zu tun haben, auch natürlich beim Tourismuslandesrat, aber auch bei allen, die sich vorher eingesetzt haben – und ich glaube, das ist ein parteienüberschreitendes Projekt, wie ihr alle wisst und wie wir alle miterlebt haben – bei allen bedanken und ich wünsche Bad Gleichenberg und der Region natürlich alles, alles Gute. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 14.52 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Landesrat Schützenhöfer. Ich erteile ihm das Wort.

Landesrat Schützenhöfer (14.52 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Ich habe die Wortmeldungen, und ich danke Ihnen dafür, zumindest zu einem Teil genau verfolgt, zu einem Teil mit einem Ohr mitgehört. Ich freue mich, dass der Tourismus summa summarum – wie der Hans Bacher sagen würde in einem Zitat von mir – nicht in der parteipolitischen Debatte steht. Wie beliebt das „Grüne Herz“ Österreichs geworden ist, zeigt ja die Tatsache, dass die Grünen mit dem Herz in den Wahlkampf ziehen. Mit dem „Grünen Herz“ zu werben ist in jedem Fall etwas Positives für unser Land. Ich denke, dass wir im Tourismusbericht 2003 ein besonders erfolgreiches Tourismusjahr beleuchten können. Ich bin 2003 Tourismusreferent geworden. Das Jahr 2003 war eines der erfolgreichsten Jahre im Tourismus. Das hat mit mir so viel zu tun wie die Zahlen von 2004. Bitte, erinnern Sie sich, wenn wir in einem Jahr die Zahlen 2004 debattieren, an diese Aussage, aber jede und jeder von uns hat einen Anteil daran, dass es insgesamt gut geht. Also erstens überdurchschnittlich gute Entwicklung 2003, verstärkte Förderung – zweitens – von themenbezogenen Projekten 2003. Ich verweise insbesondere auf die Qualitätszimmerthematik 650 Zimmer, 1300 Betten. Ich verweise drittens auf die Novelle zum Steiermärkischen Tourismusgesetz, in dem wir die Tourismusverbände und die Verordnung über die Vermögensgebarung und Haushaltsführung novelliert haben. Ich verweise an die Ortsklassenverordnung, die neu erlassen worden ist, insbesondere die Bildung von mehrgemeindigen Tourismusverbänden, die Vierdrittelverbände, und ich verweise auf die in der Debatte des Öfteren angeführte Neuordnung des Steiermarktourismus durch die alleinige Geschäftsführung eines Geschäftsführers, der das ausgezeichnet macht, durch die Hereinnahme der Beteiligungen in die Abteilung, so dass die STG sich auf die Kernaufgabe konzentrieren kann, nämlich Marketing draußen in aller Welt. Wir sind das beliebteste Urlaubsland der Österreicher. Jetzt gilt es, neue Märkte zu erobern. Ich verweise auf die Bildung von sieben Kompetenzzentren anstatt der bisherigen Regionalverbände.

Der Abgeordnete List hat Auskunft verlangt, wie das bisher läuft. Es könnte sehr viel schlechter laufen, aber auch ein bisschen besser. (Abg. List: „Okay, Danke!“)

Ja, es gibt da und dort Anlaufschwierigkeiten, das möchte ich nicht unter den Teppich kehren. Aber Freunde, Hand aufs „Grüne Herz“ (Abg. Wiedner: „Ja, das ‚Grüne Herz!‘“), sind wir froh, dass es uns trotz aller Unkenrufe gelungen ist, diese Organisationshülse, mehr ist es ja nicht, zu schaffen, um gemeinsam unter der Dachmarke „Das Grüne Herz Österreichs“ Marketing zu betreiben und die Vielfalt der einzelnen Regionen selbstverständlich zu erhalten. Ich sage immer, die Steiermark ist ein feines, aber kleines Bundesland und daher brauchen wir diese Konzentration. Ich bin ganz stolz auf die Tourismusgeschäftsführer in den einzelnen Verbänden. Sie machen hervorragende Arbeit, wie das auch der Geschäftsführer der STG macht, wie das auch der Vorstand der Tourismusabteilung, Hofrat Schnabl, und insbesondere auch der anwesende Hofrat Dr. Pögl als Fachabteilungschef und Dipl.-Ing. Schweighofer und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch in meinem Sekretariat erledigen. Ich denke, wir sind in der Summe auf einem guten Weg, aber wir müssen immer wieder Neues wagen, damit wir vorne bleiben und noch weiter nach vorne kommen. In diesem Sinne lade ich Sie ein, dass wir die Tourismusarbeit auch in der Zukunft gemeinsam gestalten. Der Tourismus ist eine große Wachstumsbranche. Eine Milliarde Umsatz, mehr als 30.000 direkte Mitarbeiter im Tourismus, 10 Millionen Nächtigungen nahezu, 2,7 Millionen Gäste. Wir haben etwas vorzuweisen, aber wir müssen täglich uns bemühen, durch eine gute Zusammenarbeit und eine professionelle Strategie auch neue Märkte zu erobern, damit noch mehr Menschen als bisher das – wie ich eben glaube – schönste Bundesland Österreichs als Urlauber kennen lernen. Ein herzliches Glückauf! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 14.58 Uhr.)

Präsident Purr: Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, ersuche ich nunmehr um ein Handzeichen und stelle dazu die einstimmige Annahme fest.

11. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 2122/1, betreffend Prüfung der vom Gemeinnützigen Steirischen Wohnungsunternehmen Ges.m.b.H., 8130 Frohnleiten, Mayr-Melnhof-Straße 14 in 8120 Peggau, Karl-Thomann-Straße 12 errichteten Wohnanlage.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Wolfgang Kasic. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kasic (14.59 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf berichten zum Bericht des Landesrechnungshofes betreffend Prüfung der vom Gemeinnützigen Steirischen Wohnungsunternehmen in Peggau, Karl-Thomann-Straße 12 errichteten Wohnanlage.

Das gegenständliche Prüfungsvorhaben betrifft den achten Bauabschnitt eines aus einem zweistufigen Gutachterverfahren hervorgegangenen Gesamtprojektes. In diesem Abschnitt wurden zehn Wohneinheiten und zehn Garagenboxen errichtet. Dazu ist festzustellen, dass die in der Endabrechnung ausgewiesenen Gesamtkosten um rund 0,7 Prozent unterschritten wurden, dass der Rechnungshof einige Feststellungen in diesem Bericht getroffen hat, wo das Wohnungsunternehmen jedenfalls nachweisbar im Bericht bereits berichtet hat, dass es auf Kritikpunkte eingegangen ist und diese auch korrigieren wird und hat auch einige Empfehlungen abgegeben.

Ich darf daher den Bericht des Ausschusses für Kontrolle Ihnen zur Kenntnis bringen.

Der Ausschuss für Kontrolle stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Landesrechnungshofes, betreffend Prüfung der vom Gemeinnützigen Steirischen Wohnungsunternehmen Ges.m.b.H., 8130 Frohnleiten, Mayr-Melnhof-Straße in 8120 Peggau, Karl-Thomann-Straße 12 errichteten Wohnanlage, wird zur Kenntnis genommen.

Ich bitte um Beschlussfassung. (15.01 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung. Eine Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt 11 liegt mir nicht vor. Ich sehe in die Runde, dem ist tatsächlich so. Meine Damen und Herren, damit komme ich bereits zur Abstimmung. Wenn Sie dem Antrag des Berichterstatters Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen und stelle dazu die einstimmige Annahme fest.

Damit, meine Damen und Herren, komme ich zu Tagesordnungspunkt

12. Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2009/1, Beilage Nr. 220, Gesetz, mit dem ein Steiermärkisches Landes-Sicherheitsgesetz (StLSG) erlassen wird, und Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über den Antrag, Einl.-Zahl 1903/1, der Abgeordneten Hamedl und Mag. Drexler, betreffend Erlassung eines Steiermärkischen Landessicherheitsgesetzes.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Eduard Hamedl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hamedl (15.02 Uhr) Ich bringe den Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2009/1, Beilage Nr. 220, betreffend Erlassung eines Steiermärkischen Landes-Sicherheitsgesetzes, und den Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über den Antrag 1903/1 der Abgeordneten Hamedl und Mag. Drexler, betreffend Erlassung eines Steiermärkischen Landes-Sicherheitsgesetzes.

Der Ausschuss für Gemeinden und Sicherheit hat in seiner Unterausschusssitzung am 7. Dezember 2004 über die oben genannte Regierungsvorlage Verhandlungen geführt.

Im Paragraph 2 wurde eine Änderung bezüglich der Verständigung von sozialen Einrichtungen vorgenommen. Des Weiteren wurde der Strafrahmen auf 2000 Euro erhöht.

Die Regierungsvorlage wurde mehrheitlich angenommen. In den Verhandlungen mit den Stimmen der FPÖ, ÖVP und SPÖ, dass die Regierungsvorlage somit beschlossen werden soll.

Folgende Änderungen zur Regierungsvorlage wurden mehrheitlich beschlossen:

Paragraf 2 Absatz 8 lautet:

„Die Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes haben bei Amtshandlungen gemäß Absatz 4 die im Einzelfall in Frage kommenden öffentlichen Einrichtungen im sozialen Bereich zu verständigen, wenn die von der Amtshandlung betroffenen Personen offensichtlich der Hilfe der Gemeinschaft bedürfen.“

Diese Änderung wurde mit der FA1F abgesprochen.

Des Weiteren wurde der Paragraph 4, betreffend der Strafen, dahin gehend geändert, dass Geldstrafen bis zu 2000 Euro vorgesehen werden. In der Regierungsvorlage wurde lediglich eine Geldstrafe bis zu 1000 Euro vorgeschlagen.

Der Ausschuss für Gemeinden und Sicherheit und der Ausschuss für Verfassung und Verwaltungsreform stellen den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Entwurf eines Gesetzes, mit dem ein Steiermärkisches Landessicherheitsgesetz erlassen wird, wird zum Beschluss erhoben.

Ich bitte um Annahme. (15.05 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Ich habe Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt. Erste Wortmeldung Herr Abgeordneter Hamedl, bitte. Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

Abg. Hamedl: (15.05 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landeshauptmannstellvertreter, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Zuschauer!

Die Situation am Grazer Hauptplatz ist seit vielen Jahren eine nicht befriedigende und bedarf einer Lösung. Unbefriedigend sehr wohl für die Menschen, die dort arbeiten, die dort täglich diesen Platz frequentieren, für die Besucher, aber auch für jene Menschen, die eine Randgruppe sind und anders leben als wir. Diese Situation, glaube ich, war auch Auslöser für eine breite Diskussion und auch letztendlich hat es dazu geführt, dass wir heute dieses Landessicherheitsgesetz beschließen werden. Ich möchte mich beim Kollegen Lafer und beim Kollegen Schrittwieser – ja, er steht da drüben – recht herzlich bedanken, weil wir im Unterausschuss sehr konsequent und sehr rasch gehandelt haben. Bemerkenswert möchte ich aber auch oder bedanken möchte ich mich vor allem auch bei unserer Frau Landeshauptmann, weil Sie nicht abgewartet hat, bis diese Petition von der Stadt Graz im Land eingelangt ist, sondern selbstständig eine Gesetzesvorlage in die Regierung eingebracht hat.

Die Gesetzesvorlage, die ja in Wirklichkeit nur den Rahmen der schon jetzt bestehenden Gesetze oder Gesetzes der Anstandsverletzung erweitert und die Lärmerregung und Ehrenkränkung wieder beinhaltet, wurde seitens der Polizei lange gefordert und ich glaube auch, die Bevölkerung hat schon lange auf dieses Gesetz gewartet. Meine Kollegen von der Polizei wurden ja fast tagtäglich mit dieser Situation auf dem Hauptplatz konfrontiert. Es gab Verhaftungen, Widerstände gegen die Staatsgewalt, es wurden Kollegen verletzt. (Präsident: „Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten davon Abstand zu nehmen. Ersuche die Ordner. Bitte, wenn Sie diese Transparente einziehen und nicht an dieser Protestkundgebung teilnehmen. Meine Damen und Herren, Sie haben mich deutlich verstanden. Ich bitte meinen Anweisungen Folge zu leisten. Danke. Ich darf Sie bitten, meinen Anweisungen Folge zu leisten und den Ablauf der Landtagsdebatten nicht zu stören. Danke für Ihr Verständnis. Bitte, die Debatte ist fortzusetzen, Abgeordneter Hamedl ist am Wort. Meine Damen und Herren Abgeordnete, bitte Platz zu nehmen!“)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich bin stehen geblieben, dass auch die Situation am Hauptplatz Unmut auch bei der Bevölkerung hervorgerufen hat. Uns ist sehr bewusst, dass das Problem nicht nur mit polizeilichen Maßnahmen gelöst werden kann und ich glaube, wir dürfen auch nicht unsere Augen verschließen, dass es soziale Probleme sind und gewisse Menschen, die ich schon erwähnt habe, anders leben als wir. Wir wollen auch keine Verdrängungspolitik machen, wir wollen mit diesem Gesetz auch aufzeigen und dieses Gesetz nicht nur für Randgruppen und Minderheiten beschränkt wissen. Das Gesetz gilt für alle.

Aber, meine Damen und Herren, es kann nicht sein, dass eine kleine Gruppe von Menschen, und das war so in der Stadt Graz, den Großteil der Bevölkerung, sage ich jetzt, wirklich terrorisiert hat. Die Stadt Graz hat ja auch selbst verschiedene soziale Maßnahmen ergriffen. Es wurden allein im Vorjahr mehr als 80.000 Euro aufgewendet, um mit diesen Menschen zu sprechen. Es wurden ihnen Wohnung und Arbeit angeboten, leider mit nicht sehr großem Erfolg.

Die Kollegin Lechner-Sonnek hat in einer Debatte gemeint, dass die Stadt Graz nicht akzeptieren kann, es ist fast wörtlich von dir, Ingrid, dass es Menschen gibt, die sichtbar machen, dass sie mit dieser Form zu leben, wie viele von uns praktizieren, nicht einverstanden sind. Da gebe ich dir vollkommen Recht. Ich frage aber auch, haben nicht auch jene Grazer, die sich auf dem Grazer Hauptplatz aufhalten, dort arbeiten, nicht auch ein Recht darauf, nicht angepöbelt zu werden, nicht verbal und körperlich attackiert zu werden? Und haben sie nicht auch ein Recht, dass sie ohne Angst diesen Platz wirklich in Ruhe überqueren oder auch in Ruhe bewohnen können? Ich frage Sie auch, welches Bild gibt es für die Stadt Graz oder welches Bild gibt die Stadt Graz für Touristen ab, wenn der erste Platz in Graz und ich glaube, es ist unser Hauptplatz, mit zersplitterten Bierflaschen, Weinflaschen übersät ist, und dort sage ich bewusst, bei einigen Menschen Chaos erzeugen?

Es sind Zustände, meine Damen und Herren, die in dieser Art nicht zu tolerieren sind. Und das, was dort passiert, ist nicht Graz und ist auch nicht Normalität. Ich darf hier bewusst die Kollegen der grünen Fraktion, die ich sonst an und für sich sehr schätze, ansprechen und ich hoffe, die Edith Zitz wird vermutlich sprechen – Edith, du hast auch mit Herrn Weikhard geredet, du hast mit den Leuten, mit den Standlern dort geredet. Du hast auch ihre Meinungen eingeholt und ich sage dir, sie sind erleichtert, dass dieses Gesetz heute hier beschlossen wird. Es ist anscheinend ganz leicht über Toleranz und Respekt der Menschenwürde zu reden. Diese Toleranz und Einhaltung der Normen, die ein Zusammenleben erfordern, müssen aber wirklich für alle gleich gelten. Und, Kollegin Zitz, ich weiß, du hast es schon im Unterausschuss angesprochen, dass ihr diesem Gesetz nicht zustimmen werdet. Und du hast auch bekrittelt, dass die Strafe auf 2000 Euro sozusagen erhöht wurde. Ich darf dir sagen, dass der UVS – und du hast es vermutlich auch gelesen und der UVS ist glaube ich von uns allen geschätzt – der selbst hat eine Erhöhung des Strafrahmens in seiner Stellungnahme zuerst auf 1000 Euro vorgeschlagen und hat damit auch aufgezeigt, dass 1000 Euro nur ein Drittel des Strafrahmens sind, welcher im Sicherheitspolizeigesetz vorgesehen ist. Das heißt, wir sind also bei unserer Strafe

noch um 1000 Euro darunter geblieben. Und eine Stelle im Gesetz hast du anscheinend nicht verstanden, wo es um die Verständigung und um die Hilfe der Menschen geht. Mehr Hilfe, glaube ich, kommt diesen Menschen zugute, wenn die Polizei die notwendigen Einrichtungen verständigt und nicht, wenn die Polizei den betroffenen Menschen am Hauptplatz, der vielleicht aus irgendeinem Grund nicht mehr alles wahrnehmen kann, wenn man dem sagt, gehen Sie zu dieser Einrichtung. Wir wollen Hilfe und deswegen wollen wir, dass die Polizei verständigt und wirklich geholfen wird. Und wie schon erwähnt, ich glaube, das ist ganz wichtig, dass wir weitere soziale Maßnahmen für jene Gruppen setzen. Ich darf auch hier sagen, dass unsere Frau Landeshauptmann bereits eine Analyse in Auftrag gegeben hat. Es sollen sozusagen die Möglichkeiten des neuralgischen Graz-Hauptplatzes genau erkundet werden und in der Folge eine Interventionsgruppe eingesetzt werden, um diesen Menschen mehr beizustehen als es sonst die Sozialarbeit in Graz bisher gemacht hat.

Die Frau Landeshauptmann ist nicht hier, ich hoffe, sie hört mit. Ich möchte mich bei dir recht herzlich bedanken. Und das Gesetz, so wie es uns jetzt vorliegt und sich aus dem Wiener Sicherheitspolizeigesetz eigentlich nur ableitet, schafft endlich meinen Kollegen jenen Rahmen, um einschreiten zu können. Ich glaube, das Entscheidende bei diesem Gesetz ist, dass in Zukunft die Kollegen schon bevor es zu einem Brennpunkt kommt und bevor schon jemand eine strafbare Handlung setzt, weggewiesen werden kann. Somit, denke ich mir, meine Damen und Herren, wirkt dieses Gesetz auch präventiv. Wir wollen in einer zweiten Phase – es sind ja noch einige Anträge eingebracht –, wir wollen in einer zweiten Phase auch über gefährliche Tiere, über das Halten von gefährlichen Tieren weiter verhandeln und auch über die Bettelei uns noch genauer unterhalten. Ich möchte mich noch einmal bei den Kollegen im Unterausschuss bedanken für diese rasche Abhandlung und ich bitte Sie, diesem Gesetz zuzustimmen, weil es zu mehr Sicherheit auf Grazer und steirischen Plätzen beitragen wird. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 15.14 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Edith Zitz, danach der Herr Abgeordnete Lafer bitte in Vorbereitung.

Am Wort ist nun die Frau Abgeordnete Zitz.

Abg. Mag. Zitz (15.15 Uhr): Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Gäste! (Abg. Gennaro: „Die zuständige Referentin glänzt wie immer durch Abwesenheit!“)

Dieser Tagesordnungspunkt gibt mir die Gelegenheit zu zeigen, dass der ÖVP-, SPÖ- und freiheitliche Sicherheitsbegriff ein anderer ist als der grüne. (Abg. Wiedner: „Das ist gut so!“)

Als Grüne engagiere ich mich für ökologische Sicherheit, heißt Aus für Atomkraft in Österreich. Als Grüne engagiere ich mich für soziale Sicherheit, heißt Absicherung von Menschen in kritischen Lebenslagen, so dass sie gut und integriert in der Gesellschaft leben können. Als Grüne engagiere ich mich für eine Sicherheit, die auch in die Richtung geht, dass Ausländer und Ausländerinnen nicht diskriminiert werden, dass Frauen nicht sexuell belästigt und an den Rand gedrängt werden.

Edi Hamedl, du hast mich vorher mit einem Satz fassungslos gemacht, deine anderen Argumente kenne ich ja, nämlich als du als Polizeibeamter den Begriff „terrorisieren“ verwendet hast, und zwar bezogen auf eine Gruppe von jungen Leuten, die am Grazer Hauptplatz unterwegs sind und die sich dezidiert anders kleiden und anders auftreten als wir alle miteinander inklusive ich, nämlich Punks. Und es ist für mich eine Grenzüberschreitung, den Begriff „Terror“ bezogen auf diese Gruppe von Leuten zu verwenden. Das ist für mich eine Grenzüberschreitung, die ich angesichts der geopolitischen Entwicklung für absolut nicht zulässig halte.

Deine Wortmeldung hat genau das bestätigt, was ich im Unterausschuss gesagt habe und wo ich leider nicht mehrheitsfähig war mit meiner Position. Dieses Gesetz ist eine Grazer Lex Hauptplatz und ich finde es absolut bedenklich, dass im Jahr 2005 die Klasnic-ÖVP den Weg eines jungen Grazer Bürgermeisters geht, der es nicht aushält, dass vor seinem Fenster am Hauptplatz die ganze Breite unterschiedlicher Lebens- und Ausdrucksformen von Graz stattfindet, inklusive Punks, inklusive älteren Leuten, inklusive eleganten Personen im Nadelstreif. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Das ist aber sehr nobel ausgedrückt!“) Gut, diese Lex Hauptplatz ist aus meiner Sicht leider auch ein Symbol dafür, dass Grazer Anliegen selten das Licht der politischen Debatte im Landtag erblicken. Wir reden sehr selten über die speziellen Anliegen der Landeshauptstadt Graz, egal ob es um die Situation im Finanzausgleich geht, ob es um Grazer Kulturgüter geht, Stichwort Kommod-Haus. Aber beim Sicherheitsgesetz wird das Land auf einmal aktiv, um ein sehr spezifisches, für mich fragwürdiges Anliegen der Stadt Graz zu unterstützen.

Was mich bei der Werdung dieses Landessicherheitsgesetzes einerseits überrascht hat und andererseits ist es einfach ein Stück Vorbereitung für die Landtagswahl, bei diesem Landessicherheitsgesetz haben wir leider eine rot-freiheitlich-schwarze Kooperation und ich war ziemlich überrascht, dass die Kollegen und Kolleginnen von der SPÖ da nicht ein bisschen mehr Distanz zu dieser freiheitlichen Initiative gefunden haben. Ich verstehe das aber, nachdem ihr Landeshauptfraustellvertreter – also Respekt, dass Sie wenigstens hier anwesend sind, die Frau Landeshauptfrau Klasnic ist es nicht, Sie müssen sich deswegen jetzt auch mit meinen Ausführungen konfrontieren (Abg. List: „Leider!“) – gesagt hat, Sie wären bereit, sich von der freiheitlichen Fraktion mitwählen zu lassen (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Das würden Sie ja auch machen!“) und ich verstehe leider diese Kooperation zwischen Schwarz, Rot und Blau als ein kleines Vorspiel dafür. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Wären Sie in der Regierung, würden Sie den Herrn Voves gerne wählen“)

Christopher Drexler, der sich zum Verfassungskonvent immer wieder zu Wort gemeldet hat, der dort ja auch Mitglied oder zumindest Ersatzmitglied ist für die steirische Landeshauptfrau, hat immer wieder Bemerkungen gemacht, die für mich teilweise spannend waren bezüglich auf die Reduktion von gesetzlichen Bestimmungen. Dieses Landessicherheitsgesetz ist für mich etwas, was absolut „einsparbar“ wäre auch im Sinne einer Rechtsbereinigung für das Land Steiermark. (Beifall bei den Grünen.)

Ich möchte mir jetzt erlauben, nach diesem Vorspann auf einzelne Bestimmungen einzugehen. Das, was ich bei dem vorliegenden Entwurf in Ordnung finde, obwohl wir als Grüne dagegenstimmen werden, ist, dass zumindest die 14-tägige Freiheitsstrafe rausgefliegen ist, die im ursprünglichen Entwurf drinnen gewesen ist.

Paragraf 2 Anstandsverletzung: Wir haben da eine Menge höchst unklarer Rechtsbegriffe und dieses Landessicherheitsgesetz fordert aus meiner heutigen Einschätzung dazu auf, dass es rechtswidrig angewandt wird. Unsere Überlegung ist, dass dieses Gesetz so angewandt wird, dass eine bestimmte Gruppe in Graz, konkret Punks, auf Grund ihres Aussehens und nicht auf Grund ihres Verhaltens kriminalisiert werden. (Abg. List: „Auf Grund ihres Verhaltens!“) Auf Grund ihres Aussehens, und nicht auf Grund ihres Verhaltens kriminalisiert werden und das ist für mich ein klarer Eingriff in die Privatsphäre. Das ist für mich klar auch im Widerspruch zur Menschenrechtskonvention der europäischen Union und zum Bundesverfassungsgesetz.

Zurückzukommen auf den Paragraf 2 Anstandsverletzung: Erklären Sie mir bitte, wie Sie Begriffe wie „Schicklichkeit“ im Jahr 2005 vollziehen. Erklären Sie mir das. Es war im Unterausschuss nicht möglich. Eines möchte ich noch sagen, Edi Hamedl hat vorher den strategischen Fehler gemacht, das Strafgesetzbuch zu erwähnen, wenn es irgendwo in der Steiermark (Abg. Hamedl: „Nein!“) – du hast Strafgesetzbuch gesagt – tatsächlich eine Grenzüberschreitung gibt, die in Richtung Nötigung oder in Richtung Beleidigung geht, gibt es die Möglichkeit, mit Paragrafen, die seit Jahrzehnten im Strafgesetzbuch drinnen sind, dagegen aufzutreten und es ist für mich absolut nicht nachvollziehbar, warum man da mit einem Landessicherheitsgesetz nachdoppeln muss. (Abg. Mag. Drexler: „Das sind die Konventionen des Strafrechts! Ich bin entsetzt!“)

Ein konkretes Beispiel. Es wird da bei der Anstandsverletzung vorgesehen, dass Personen, die den bestimmungsgemäßen Gebrauch öffentlicher Einrichtungen, wie insbesondere Sitzbänke nachhaltig hindern, geahndet werden können. Was heißt das? Ich möchte es jetzt auf eine gesellschaftspolitische Ebene bringen. Wenn Sie in der Grazer Innenstadt unterwegs sind und Sie sind ein älterer Mensch und Sie wollen irgendwann sich wohin setzen und haben nicht vor dabei zu konsumieren, sie wollen keinen Kaffee trinken, Sie haben keine Lust auf Schanigarten, werden Sie in der Grazer Innenstadt kaum mehr ein Bankerl finden. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schöggel: „Ein sauberes, ein sauberes!“) Das ist nämlich auch eine Art, wie wir mit dem öffentlichen Raum umgehen. So viel zum Thema: Behinderung und Inanspruchnehmen von Sitzbänken.

Zweiter Bereich, es geht um den öffentlichen Brunnen. Wie nützt man den in einer nicht anstößigen Art und Weise? (Abg. List: „Das wissen Sie nicht?“) Ein Brunnen ist da, um Wasser zu holen, sage ich jetzt einmal konsequenterweise. Erklären Sie mir, wie man diesen Brunnen in nicht anstößiger Art und Weise nützt?

Dritter Bereich, was die Verschärfungen betrifft. Es können Personen an öffentlichen Orten weggewiesen, es können Sachen sichergestellt werden und wie gesagt, das, was ich bei diesem Landessicherheitsgesetz für hoch problematisch halte, ist der für mich schwer nachvollziehbare Vollzug, dass man genau diese beiden Dinge, nämlich jemanden wegzuweisen und dieser Person auch noch Sachen abzunehmen, dass man versucht, in eine landesrechtliche Norm zu gießen. Meine Vermutung ist, dieses Gesetz wird so angewandt werden, dass Personen, die sich anders kleiden, die im öffentlichen Raum sind, da herangezogen werden und wenn ein eleganter Herr im Nadelstreif oder eine gut gekleidete Dame genau das gleiche Verhalten setzt, dann wird dieses Landessicherheitsgesetz nicht angewandt werden und das ist für mich schlichtweg ein Stück Ausgrenzung. (Abg. Wiedner: „Ihre Sorgen möchte ich haben!“)

Ein Thema möchte ich noch ansprechen, was ich komplett anders einschätze als Edi Hamedl. Es war im Originalentwurf eine Bestimmung drinnen, die ich ziemlich in Ordnung gefunden habe, nämlich der Vorschlag, dass Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes, sprich Polizisten und Polizistinnen, bei einer Amtshandlung, wenn sie eine Person treffen, der es wirklich sozial dreckig geht und wo sie das Gefühl haben, dass die sich nicht so weit im Griff hat, dass sie sozial mit ihrem Leben zu Rande kommt, dass der Polizist, die Polizistin die Möglichkeit hat, zu dieser Person hinzugehen und zu sagen: „Übrigens, Sie sind für mich kein Kriminalfall, sondern haben ein Problem, ein soziales Problem. Es gibt eine Liste von Einrichtungen, ich berate Sie, ich empfehle Ihnen da Kontakt aufzunehmen.“ Ob das jetzt Drogenstreetwork ist, ob das das Vinzittel ist, ob das Zebra ist oder Caritas ist, ist das eine Frage des Ermessens. Diese Art der Kontaktaufnahme, wo Polizisten und Polizistinnen eigentlich der „Schuhlöffel“ sind, um so eine Person mit einer Einrichtung in Kontakt zu bringen, wo sie adäquat sozial betreut wird, wäre für mich ein Modell, das sehr praxistauglich wäre und das ohnehin von vielen Leuten in der Exekutive bereits so vollzogen wird. Weil viele Polizisten und Polizistinnen sagen, dass sie für diese kleine Gruppe von Personen sicher nicht die richtige Anlaufstelle sind, dafür gibt es in der Steiermark, in Graz und in den Regionen qualifizierte Sozialeinrichtungen. Diese Bestimmung ist im Unterausschuss völlig gekippt worden und ich war total überrascht, dass die Sozialdemokratie da mitgegangen ist, nämlich in die Richtung, dass der Polizist diese Beratungsfunktion nicht machen darf, weil er damit bestimmte Einrichtungen „privilegiert“, sondern der Polizist oder die Polizistin wird nach diesem Gesetz gezwungen, die Person nicht zu beraten, aber am nächsten Tag ein Fax zu schicken an die Sozialabteilung, an das Sozialreferat der Gemeinde, in Graz des Magistrats, um zu sagen: „Die und die Person hat offenbar sozial ein Problem, gehen Sie bitte amtshandeln.“ Das ist zeitverzögert, das ist in der Praxis völlig untauglich,

man macht den Umweg über die Sozialabteilung, die eh nichts anderes machen wird können, als wieder den Kontakt zu niederschweligen Einrichtungen für diese Person herzustellen. Das ist leider auch ein „Erfolg“ – Erfolg unter Anführungszeichen –, der in dieser Sitzung herausgekommen ist.

Ich finde es wenig nachvollziehbar, dass die ÖVP mit der Landeshauptfrau Klasnic im Jahr 2005 sich da auf etwas einlässt, das erstens einmal, wenn er es gewollt hätte, Bürgermeister Nagl in Graz mit einer ortspolizeilichen Verordnung regeln hätte können (Abg. Mag. Drexler: „Der Gemeinderat, das ist nicht das Gleiche! Ich weiss, dass im Gemeinderat fünf oder sechs Funktionäre ...!“) Der Gemeinderat auf Initiative des Bürgermeisters, der offenbar Panikattacken bekommt, wenn er Punks am Grazer Hauptplatz sieht. Die Stadt Graz hat diese heiße Kartoffel an das Land Steiermark weitergegeben. Frau Landeshauptfrau, ich bin tatsächlich überrascht. Sie haben vor einigen Jahren zu einem Landessicherheitsgesetz eine distanzierte, rechtspolitisch abgesicherte Position gehabt, indem Sie damals gesagt haben: „Ich halte es teilweise für verfassungsrechtlich bedenklich und ich lasse mich auf so eine rechtliche Variante nicht ein.“ Damals, 1996/97/98, hat es auch schon Stimmen gegeben aus dem Bereich der Freiheitlichen, die sich so etwas gewünscht haben. Sie sind damals nicht mitgegangen, das habe ich damals sehr okay gefunden und ich stelle leider fest, dass Sie im Jahr 2005 da mit der Freiheitlichen Partei kooperieren und das Ganze noch leider Gottes mit entsprechenden Applaus und Unterstützungen von Seiten der SPÖ. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Bevölkerung!“) Summa summarum, die Grünen werden dieses Landessicherheitsgesetz nicht unterstützen. Wir haben einen anderen Begriff von sozialer Sicherheit und die Grünen werden, wenn jemand dieses Gesetz mit einer Menge an unbestimmten Rechtsbegriffen – ich habe einige vorher zitiert – Lust hat anzufechten, mit Vergnügen diese Leute auch unterstützen. Ich glaube, dass das leider eine Norm ist, die zur rechtswidrigen Anwendung einlädt und die tatsächlich soziale Interventionen, wo sie notwendig wären, im Großraum der Stadt Graz ein Stück mehr verunmöglicht. Danke schön! (Beifall bei den Grünen. – 15.29 Uhr.)

Präsident: Bevor ich dem Herrn Abgeordneten Lafer das Wort erteile, meldet sich Herr Abgeordneter Hamedl zur tatsächlichen Berichtigung. Bitte kurz, konkret.

Abg. Hamedl (15.29 Uhr): Frau Kollegin Zitz, da sieht man, dass du diesen Absatz wirklich nicht verstanden hast. Ich bin 30 Jahre Polizeibeamter (Abg. Gennaro: „So lange“) und der Polizeibeamte kann trotzdem aus freiem Ermessen jederzeit diese Menschen beraten und sie wohin schicken. Aber viel sinnvoller ist es, und glaub mir aus meiner 30-jährigen Dienstzeit, viel sinnvoller ist es, wenn dort jemand hingehet zu diesen Menschen, die Hilfe brauchen, und nicht umgekehrt. Und auch der Begriff der Anstandsverletzung, das Gesetz gibt es auch seit 30 Jahren und es hat immer geheißen, der Anstand verletzt, was den herkömmlichen Sitten widerstreitet und es hat keine Übergriffe gegeben und es wird auch in Zukunft keine Übergriffe geben. Danke schön. (Beifall bei der ÖVP. – 15.30 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Lafer bitte.

Abg. Lafer (15.30 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Frau Landeshauptmann, meine Herren Landeshauptmannstellvertreter, meine Damen und Herren!

An und für sich wundert es mich, dass sich die Kollegin Zitz hier überhaupt zu Wort gemeldet hat, nachdem sie ja erklärt hat, dass sie ja für die ökologische Sicherheit zuständig ist, für die soziale Sicherheit und für sonst nichts und dann spricht sie also. Diese Wortmeldung hat sie von Haus aus relativiert. Liebe Kollegin Zitz, wenn man sich mit einer laienhaften Vorstellung, was in der Praxis passiert, sich ans Rednerpult stellt und Dinge behauptet oder hier ausspricht und man keine Ahnung hat davon, dann kommt das heraus, was du soeben gesagt hast. Alles was mit dem Sicherheitsgesetz zusammenhängt, funktioniert ja ganz anders. Es gibt immer zwei Facetten. Wir haben die gesetzliche Grundlage, wo wir auf politischer Ebene verpflichtet sind sie zu schaffen und hier gilt es auch Institutionen, gesetzliche Institutionen namhaft zu machen, wo die Verpflichtung des Exekutivbeamten auch hinführt. Es schließt aber noch lange nicht alle anderen Trägervereine oder wie auch immer aus, dass man die nicht verständigen kann. Aber das Gesetz muss einmal so geschaffen werden, dass ich auch den entsprechenden Ansprechpartner habe und dein Verständnis jetzt, dass man da vielleicht irgendjemand ausbooten könnte oder dass ein anderer nicht zum Zug kommt, ist völlig unbegründet, denn der Exekutivbeamte strebt immer nur einem nach. Der, der Hilfe braucht, soll sie bekommen und der Recht hat, der muss auch Recht bekommen, und nichts anderes.

Deshalb gibt es auch ein Landessicherheitsgesetz und, meine Damen und Herren, es ist kein Grazer Gesetz, so wie ich das beim Edi vernommen habe und zum Teil auch von der Kollegin Zitz, sondern es ist ein steirisches Landessicherheitsgesetz.

Und es bezieht sich nicht nur auf Graz, sondern ich darf auch aus dem letzten Unterausschuss zitieren, bitte, wenn ich es jetzt so nehmen darf, Kollege Schrittwieser, Kollege Prattes, die sind aus dem obersteirischen Bereich, wo diese Problematik ja ebenfalls aufgetreten ist. Sicher ist Graz die Hauptstadt von der Steiermark. Dass wir hier natürlich auf Grund der Bevölkerung mehr zu erwarten haben oder mehr zu erwarten ist wie vielleicht in den anderen Bezirksstädten oder anderen großen Städten unserer Steiermark, ist klar. Aber die Probleme sind durchgehend die gleichen. Und sie vermehren sich von Tag zu Tag, das kann ich Ihnen auch versichern. Und nicht nur in Graz passieren diese Dinge, sondern sie passieren auch außerhalb.

Was wurde geschaffen mit dem Landessicherheitsgesetz? Eine gesetzliche Grundlage, die erweitert wurde, um der Exekutive ein Instrument in die Hand zu geben, auch gegen jene Dinge, die den Anstand verletzen, vorzugehen. Nichts anderes, nicht mehr und nicht weniger. Und das ist auch gut so. Wieso ist es gut so? Hier kann ich ruhig die gesellschaftspolitische Ebene einbeziehen, dann sage ich, wo gibt es mehr, die den Anstand verletzen oder die ihre Ruhe haben wollen? Und schlussendlich haben wir auf jene, die die Ruhe haben wollen, schlussendlich haben wir auf jene, die ungestört im Stadtpark spazieren gehen wollen oder in der Stadt spazieren gehen wollen, darauf zu achten, dass sie das haben, und nicht auf jene, die glauben, mit aller Gewalt und mit sonst irgendwelchen Mitteln etwas anderes herbeizuführen. Nichts anderes wird hier vollzogen. (Beifall bei der FPÖ.)

Kollege Hamedl! Wenn du behauptest und den Dank auch an die Frau Landeshauptmann richtest, dass sie endlich jetzt eine Regierungsvorlage vorgelegt hat, wundert mich das sehr, dann musst du irgendetwas vergessen haben. Wir Freiheitlichen waren es, die am 18. Mai 1999 erstmals einen Antrag eingebracht haben auf Erlassung eines Sicherheitsgesetzes und ich darf Ihnen den Antragstext vorlesen:

„Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, umgehend eine Regierungsvorlage, betreffend die Erlassung eines Landessicherheitsgesetzes, dem Landtag vorzulegen.“ Das war bitte im Jahre 1999. Und wir Freiheitlichen haben seit diesem Zeitpunkt immer darauf gedrängt, dass es hier zu einer Vorlage kommt. Und erst als der Druck nicht nur von den Freiheitlichen, sondern auch von der Bevölkerung immer größer geworden ist, hat man nachgegeben und eine Regierungsvorlage vorgelegt. Wir haben heute hier eine Bestimmung, die drei Paragraphen umfasst, die den ersten Teil eines Landessicherheitsgesetzes abdeckt. Das ist auch klar, und nicht mehr – nur den ersten Teil! Ich muss Ihnen auch sagen als Vorsitzender des Unterausschusses, wo ich erstmals auch überrascht war, dass so viele Fachleute und Experten teilgenommen haben und eine sehr produktive, eine sehr umfangreiche Diskussion durchgeführt wurde, dass auch dieses Ergebnis abgeschlossen werden konnte. Aber, meine Damen und Herren, es fehlen hier noch entscheidende Dinge, damit wir auch von einem wirklichen Landessicherheitsgesetz sprechen können.

Faktum eins: Wir haben die Bettelei in einer Form, was wir Freiheitlichen auch verlangen, dass es hier untergebracht wird, noch nicht verhandelt. Wir brauchen diese Bestimmung genauso in diesem Landessicherheitsgesetz wie die anderen Bestimmungen.

Faktum zwei: Wir werden auch dem Wunsch der Städte nachkommen, die im Rahmen einer Verordnung ermächtigt werden sollen, dass sie hier auch ein Alkoholverbot auf öffentlichen Flächen aussprechen können. Sie wissen ganz genau, das ist ausgenommen der Schanigärten und auch der Brauchtumsveranstaltungen, aber das ist auch notwendig.

Faktum drei, meine Damen und Herren, ist auch, dass wir eine Bestimmung brauchen über das Halten von gefährlichen Tieren, weil ja mit 1. Jänner 2005 das Bundestierschutzgesetz in Kraft getreten ist und genau jene Bereiche nicht davon betroffen waren. Das heißt, der Steiermärkische Landtag muss sich damit befassen und das Landessicherheitsgesetz eignet sich dafür, dass auch jene Bestimmungen, die genau diese Thematik betreffen, hier auch untergebracht werden. Um das geht es. Dann bin ich überzeugt davon, dass hier eine gute und hervorragende Arbeit geleistet worden ist.

Teil eins wurde positiv auch von Seiten der Freiheitlichen abgeschlossen. Teil zwei, meine Damen und Herren, würde ich mir wünschen, dass Sie beim nächsten Unterausschuss, der bereits kommenden Dienstag stattfindet und wo wir hoffen und glauben und es ist auch letztens aus der gemeinsamen Aussprache entstanden, bis März oder bis Ende März dieses Gesetz auch zum Abschluss bringen können.

In diesem Sinne bitte ich auch um die positive Mitarbeit. (Beifall bei der FPÖ. – 15.36 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schrittwieser. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schrittwieser (15.36 Uhr): Herr Präsident! Meine Herren Regierungsmitglieder! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich glaube, die Politik hat die Aufgabe, für das individuelle oder das subjektive Sicherheitsgefühl unserer Bevölkerung Rahmenbedingungen zu schaffen, dass das in einem hohen Maße vorhanden ist. Wir haben im Sicherheitsbereich ohnedies in den letzten Jahren, und das zeigt, dass die Beamten im Sicherheitsbereich immer weniger werden, dass die Kriminalfälle immer mehr werden in unterschiedlichen Bereichen, die Aufklärungsquoten sind einmal schlechter und einmal besser und daher ist auch das Sicherheitsgesetz eine Sache, wo wir Passanten und Menschen nicht nur in Graz, und das hat der Kollege Lafer richtig gesagt, wo wir Passanten, Menschen – ältere, jüngere –, die sich von einem gewissen Verhalten einer gewissen Gruppe gestört fühlen oder auch gefährdet fühlen oder auch Ältere Angst bekommen, weil sie mit dem nichts anfangen können. Und wenn dieses Ausmaß überhand nimmt, dann, glaube ich, sollten wir unsere Exekutive, die ein Gesetz zu vollziehen hat, eine Handhabe in die Hand geben, mit der sie arbeiten kann, die sich in einem menschlichen Rahmen abspielt und mit der auch eine Vollziehung möglich ist.

Wenn die Kollegin Zitz meint, dass Rot-Schwarz oder Rot-Blau oder was immer eine Vorleistung einer Kooperation nach der Wahl hier sieht, dann möchte ich schon sagen, Frau Kollegin Zitz, warum kann man sich nicht als Politikerin oder auch als grüne Partei nicht vorstellen, dass es Sozialdemokraten gibt, die sagen, jawohl, hier hat es ein Übermaß an Belästigungen und Ausschreitungen gegeben, hier hat es daran gefehlt, dass die Exekutive wirksam eingreifen kann und hier hat es auch daran gefehlt – und die Menschlichkeit

stellen wir ja alle, wenn ich den Fraktionen so zuhöre, in den Vordergrund –, warum können wir nicht auch glauben, dass es hier Sozialdemokraten gegeben hat, die gesagt haben, diese Fakten, die vor uns am Tisch liegen nicht nur in Graz, sondern auch in obersteirischen Städten und anderen, warum kann man nicht auch glauben, jawohl, das ist ein Beitrag zum subjektiven Sicherheitsgefühl unserer Bevölkerung, ob jung, ob Menschen mit Kindern, ob ältere Menschen? Ich glaube, es ist so ein Beitrag. Es sind ja nicht nur polizeiliche Maßnahmen in diesem Gesetz drinnen. Wir haben auch – und das ist auch ein wichtiger Bereich – die Pflicht der Information für die Sozialeinrichtungen. Das heißt, auch hier sind sie verpflichtet, Hilfestellung zu geben, wenn sie den Tatverdächtigen oder wen immer hier ermahnen, dass sie aufklären müssen, wo sie sich hinwenden können, wo sie Hilfe bekommen. Und es passiert ja überhaupt nichts, weil es heißt schon in diesem Gesetz „Ermächtigung der Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes zur Wegweisung von Personen, die eine Anstandsverletzung trotz Ermahnung nicht einstellen.“ Das heißt, wenn der das Selbstverständliche vom Selbstverständlichen nicht macht, nämlich sein Vergehen, was das Gesetz da niederschreibt, einzugestehen oder auch diesen Platz zu verlassen, indem er Leute belästigt und dies auf gleiche Weise fortsetzt, dann ist es doch selbstverständlich, meine Damen und Herren, dass wir dringendst ein Gesetz, ein Sicherheitsgesetz brauchen, das für die Bevölkerung wiederum dieses subjektive Sicherheitsgefühl herstellt und auch unseren Exekutivbeamten eine Möglichkeit gibt, wenn die Ermahnung nicht befolgt wird, hier einzugreifen und sie von den Plätzen wegzuweisen, um eine eventuelle Belästigung oder eine eventuelle Besetzung oder was immer da stattfinden kann, wir wissen das, doch zu ahnden. Und alle wissen wir, wenn ich da nicht gewisse Maßnahmen habe und auch gewisse Dinge vorsehe, die auch danach etwaige Folgen haben, sonst ist ja am nächsten Tag wieder das Gleiche, dann ist das kein gutes Gesetz. Ich glaube, wir können nicht darüber jetzt jubeln und sagen, hurra, jetzt haben wir ein Sicherheitsgesetz und alles ist bestens, weil in Wirklichkeit sage ich euch, ein Sicherheitsgesetz wird nicht die Personen, die dort sitzen oder stehen oder die Personen, die dort Leute belästigen oder anderes, das wird diesen Zustand nicht verändern, sondern wir werden schon auch dazu Maßnahmen ergreifen müssen, dass ich sage, warum gibt es denn so viele Menschen, die sich in diesem Zustand befinden, die sich auf Plätzen mit Alkohol betrinken oder auch mit Belästigungen anderer, dass es so viele gibt.

Vielleicht hat es auch damit zu tun, dass es viele Leute dabei gibt, die so jung keinen Ausbildungsplatz und keinen Lehrplatz erhalten haben. Die sehr jung keine Möglichkeit haben, in ein so geregeltes Leben, wie wir alle leben, einzutreten, weil sie keinen Beruf haben, kein Einkommen, vielleicht gibt es auch ein Elternhaus, das zerstört ist. Es kommt ja kein Sandler, Alkoholiker oder sonstiges auf die Welt. Es gibt ja für alle Zustände, die es dort gibt, auch tiefere Hintergründe. Und wenn die dort hineingeraten, dann haben wir die Aufgabe, ihnen zu helfen, wieder herauszukommen. Aber genauso haben wir die Aufgabe, meine Damen und Herren, dass wir, wenn sie unsere zivilisierten Gesellschaft, den Ansprüchen, die wir haben, nicht Rechnung tragen, dass unsere Sicherheitsorgane die Möglichkeit haben, hier eine Wegweisung zu machen und das auch zu ahnden. Das ist auch der Respekt unserer Menschenwürde allen gegenüber, die wir haben und als Politiker haben wir die Aufgabe, diesen Respekt nicht nur verbal in Reden im Hohen Haus auszudrücken, sondern sie auch zu garantieren.

Eine andere Sache möchte ich noch ansprechen, weil es mir wichtig ist und der Herr Kollege Hamedl sitzt da und er ist ja der Kommissar, sage ich einmal, der Bundesregierung. Er muss ja ständig, was die da machen, verteidigen. Aber ich möchte zum Abschluss noch einmal erwähnen und betonen, wir haben in Österreich und in der Steiermark – jetzt sage ich einmal – in den letzten Jahren – das hat der Minister Strasser, der selber gesagt hat, das pack ich nicht mehr, jetzt gebe ich das alles auf – ein Sicherheitsdefizit mit dem Minister bekommen, weil er die Sicherheitspolitik falsch angesetzt hat. Und da ist Bundeskanzler Schüssel nicht freizusprechen, denn er hat diesen Minister dort hingesetzt und jetzt kann man sagen, er hat einige Dinge gemacht, die sich medial gut verkaufen lassen. Er hat einige zusätzliche Spezialeinheiten eingesetzt, weil die Fernsehcameras da drauf waren. Nur, meine Damen und Herren, wenn ich heute lese in der „Kleinen Zeitung“ „Diebe in der Dämmerung – die Serie der Dämmerungseinbrüche setzt sich fort“. Wenn ich heute in der „Kronzeitung“ lese, da hat nur der Bezirk Deutschlandsberg, die Gendarmerie und die Sicherheitsbehörden eine Pressekonferenz gegeben, wenn die sagen „Vermögensdeliktzahl 2004 stark gestiegen von 491 auf 719“, alleine im Bezirk Deutschlandsberg, meine Damen und Herren. Wenn wir wissen, dass die Einbruchsserien in den Siedlungsgebieten am Abend, in der Nacht sich noch ständig verstärken, aber tun wir uns nicht wundern, meine Damen und Herren, und darum muss im Innenministerium und in der Sicherheitspolitik wieder ein Umdenken stattfinden. Spezialeinheiten brauche ich, wenn es ein überregionales Ereignis gibt, wo ich besonders stark eingreifen muss und auch beitragen muss, dass ich Dinge löse und aufkläre. Aber genauso wichtig ist das subjektive Sicherheitsgefühl in den Gemeinden. Ich habe nichts davon, wenn auf den Dienststellen – die meisten sind eh schon zugesperrt, weil das war die Hauptaufgabe des Innenministers Strasser, Gendarmerieposten zuzusperren, und die werden das noch fortsetzen. Aber Freunde, eines sage ich euch schon, heute kann ein Einbrecher, wenn sie zu zweit sind, den Streifenwagen, wenn er seine Sektorstreife fährt, die Regionen und Gebiete werden immer größer, die sie abdecken müssen. Es sind 13 Beamte gemeldet, neun sind nur da, weil es Sonderzuweisungen gibt. Und oft gibt es nicht einmal mehr eine Sektorstreife und wenn es eine gibt, schickt der eine mit dem Auto der Streife hinten nach mit dem Handy. Der sagt, die sind jetzt 20, 30 Kilometer weg, jetzt kannst du da mit Ruhe einbrechen und wenn die zurückfahren, hat er seine Arbeit erledigt. Und das ist ja auch der Grund, dass das permanent zunimmt, diese Einbrüche. Diese Einbrüche in die Wohnhäuser, in die Autos, wo Schmuck, Geld und andere Wertgegenstände gestohlen werden. Die können sich ja ausrechnen, wie das alles funktioniert, ohne dass sie erwischt werden. (Abg. Hamedl: „Mit 1. April gibt es 20 Beamte mehr in Graz!“)

Lieber Edi, ich würde dich bitten, es gibt eine neue Innenministerin. Du hast ja mir so oft erklärt und ich glaube dir das und weiß das auch, dass du durchaus eine Überzeugungskraft hast, weil sonst müssten wir über die Innenpolitik der Regierung anders denken als man denkt, aber das kommt schon noch. Aber, Edi, bitte schön, tu auf die neue Innenministerin einwirken und sage ihr, dass die Spezialeinheiten wichtig sind, aber die Sicherheit der Bevölkerung noch viel, viel wichtiger. (Beifall bei der SPÖ.) Wir werden sie einfordern! So lange ihr in der Regierung seid, wird es das nicht geben, aber wir können zusagen, dass uns die Sicherheit der Bevölkerung viel wichtiger ist als ein paar eingesparte Beamte. Das ist nicht unsere Sicherheitspolitik. (Beifall bei der SPÖ. – 15.48 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Christopher Drexler. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Mag. Drexler (15.48 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Regierungsmitglieder, sehr geehrte Frau Landeshauptmann, meine Damen und Herren!

Natürlich ist das ein sensibles Thema und zu Recht ist über dieses sensible Gesetz und über diese Materie ausführlich und lange im zuständigen Unterausschuss beraten worden. Und es ist auch so, dass uns dieses Thema ja durchaus über einige Monate und Jahre begleitet hat und hier alle Argumente, alle Für und Wider in der Diskussion ausreichend Platz gefunden haben. Bin insbesondere auch dem Kollegen Hamedl und dem Kollegen Lafer und dem Kollegen Schrittwieser dankbar, dass sie in der Sache, was dieses Gesetz betrifft – dem Siegi seine allgemeinen Erwägungen zur Bundesregierung, die meine ich damit nicht – aber, was das Gesetz betroffen hat, sehr viel Richtiges und in der Sache eigentlich sehr viel gesagt haben.

Ich darf aber dennoch die Gelegenheit nutzen, in dieser Debatte ganz kurz das Wort zu ergreifen, weil mir die Wortmeldung der Kollegin Zitz doch das eine oder andere Stichwort geliefert hat, das ich nicht ungenützt verstreichen lassen möchte.

Ich darf zum Ersten sagen, dass es mir außerordentlich Leid tut, dass die jungen, engagierten Damen und Herren, die ihr Missfallen mit dem Gesetz, das heute beschlossen wird, hier zum Ausdruck gebracht haben, nun an der Debatte nicht mehr teilnehmen, weil das eine oder andere – (Abg. Mag. Zitz: „Dann lasse sie teilnehmen!“) nein, Kundgebungen im Landtag sind verboten, die Teilnahme an der Landtagssitzung scheint mir nicht verboten zu sein – und daher ist es halt notwendig, auf das eine oder andere einzugehen. Zum Einen, Edith, du hast gesagt „terrorisieren“. (Abg. Mag. Zitz: „Das hat Hammerl gesagt!“)

Nein, du hast gesagt, terrorisieren ist ein Wort, das der Kollege Hamedl verwendet hat und auf Grund der weltpolitischen Lage und der Assoziationen, die es hier gäbe, unerhört in diesem Zusammenhang war. Ich darf dazu eines sagen. Es gibt einen umgangssprachlichen Gebrauch des Wortes „terrorisieren“, den manche kennen, der wird hier wohl gemeint gewesen sein. Ich darf gleichzeitig sagen, wenn wir in dieser Republik ein Antiterrorgesetz haben, liebe Edith, wenn wir in dieser Republik ein Antiterrorgesetz haben – du weißt, was das regelt, das Antiterrorgesetz? – Das Antiterrorgesetz in dieser Republik regelt die Tatsache, dass man in einem Betrieb nicht gezwungen werden darf einer Gewerkschaft beizutreten. Das heißt – (Abg. Mag. Zitz: „19. Jahrhundert!“) 20. Jahrhundert, Antiterrorgesetz von 1930, wenn mich nicht alles täuscht. Es heißt, es gibt hier unterschiedliche Wortbedeutungen und ich würde es schon als besondere Wortklauberei bezeichnen, wenn man jetzt dem Edi eine Gesinnung unterstellt, nur weil er das Wort terrorisieren in einem sehr umgangssprachlichen Sinn gebraucht hat und wohl nicht in irgendeiner bösen Verknüpfung des Al-Kaida-Netzwerks mit Umtrieben am Grazer Hauptplatz. Das war nicht gemeint und es ist eigentlich das Unerhörte, diese Verknüpfung herzustellen, und nicht die Wortmeldung des Kollegen Hamedl. (Beifall bei der ÖVP.)

Weil wir aber schon dabei sind. Ich habe die T-Shirts der Damen und Herren Demonstranten gesehen. Da ist oben gestanden: „LSG Menschenrechte sind tot.“ Menschenrechte sind tot durch das Gesetz, das wir heute beschließen. Das erscheint mir auch eine Verknüpfung, die dann doch etwas unerhört ist. Edith, du hast auf den weltpolitischen Zusammenhang hingewiesen und ich lege schon außerordentlich Wert darauf, dass, wenn wir heute dieses Landessicherheitsgesetz beschließen, das in der Sache schon dargestellt worden ist, dass das nicht ein Tod der Menschenrechte ist. Und das ist vor dem weltpolitischen Hintergrund, wenn man daran denkt, wie Menschenrechte, fundamentale Menschenrechte, zu deren universeller Gültigkeit wir alle uns bekennen.

Wenn man sieht, dass die in manchen Teilen der Welt mit Füßen getreten werden, dann scheint es mir schon ein bemerkenswertes Vergreifen in der Diktion, wenn ich dieses Gesetz heute mit dem Tod der Menschenrechte gleichsetze.

Weil, meine Damen und Herren, wir sind hier nicht in China, wir sind hier nicht in Nordkorea und wir sind hier nicht im Iran, um nur einige ausgewählte Beispiele aus jenen Staaten zu nennen, wo die Menschenrechte tatsächlich nicht geachtet werden. Es ist hier sehr behutsam mit den Menschenrechten umgegangen worden und es ist einfach und allein ein Rüstzeug geschaffen worden mit diesem Gesetz, dass manches, was als unerquicklich, was als nicht wünschenswert betrachtet worden ist in der Vergangenheit, hier mit gelinden Mitteln – auch ein Wort, das im Gesetz vorkommt – „mit gelinden Mitteln“ in geordnete Bahnen zu lenken. Und wenn nun seitens der Grünen behauptet wird, es gebe ja ohnehin ein Strafgesetzbuch, das Nötigung und anderes unter Strafe stellt, so finde ich das für die Grünen auch eine bemerkenswerte Argumentationslinie. Mir ist es jedenfalls lieber, wenn das Strafgesetzbuch jene Funktion hat, die dem Strafrecht insgesamt eigentlich vorbehalten sein sollte, nämlich eine Ultimo-ratio-Funktion. Eine Ultimo-ratio-Funktion – wenn kein

anderes Mittel mehr reicht, dann erst soll das Strafgesetzbuch kommen. Insofern ist eine abgefofete Variante im Vorfeld, verwaltungsrechtliche Vorschriften im Vorfeld, eigentlich ein wünschenswerter Ansatz, denn ich bin sicher der Letzte, der deswegen, weil irgendwer wo herumpöbelt, gleich nach dem Strafgesetzbuch rufen würde. Das erscheint mir als ein interessantes Wertungsmisverhältnis seitens der grünen Fraktion am heutigen Tag. Damit bleibt insgesamt festzuhalten, dass ich glaube, dass dieses Landessicherheitsgesetz ein durchaus menschenrechtskonformes Regelwerk darstellt. Wenn es jemand anfechten will, ja, bitte, um Himmels willen, wir leben ja in einem Rechtsstaat. Das ist jedem Mann und jeder Frau zuzubilligen. Ich glaube aber schon, dass man die Kirche im Dorf lassen sollte und nicht behaupten sollte, dass das heute ein Begräbnis der Menschenrechte ist, sondern im Gegenteil, hier wird ein Versuch unternommen, gewisse Erscheinungen, die von breiten Teilen der Bevölkerung und von einer breiten Mehrheit heute hier im Haus für nicht ganz wünschenswert erachtet werden, mit sehr zurückhaltenden Mitteln des Rechtsstaates in geordnete Bahnen zu bringen. Das und nicht mehr, kein Begräbnis der Menschenrechte. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 15.55 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Wir kommen nun zur Abstimmung:

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichtstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

13. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über den Antrag, Einl.-Zahl 1353/1, der Abgeordneten Lechner-Sonnek, Hagenauer und Mag. Zitz, betreffend Anhebung des Pensionsantrittsalters für BürgermeisterInnen, den Antrag, Einl.-Zahl 1354/1, der Abgeordneten Lechner-Sonnek, Hagenauer und Mag. Zitz, betreffend Anhebung des Pensionsantrittsalters für Stadtensatzmitglieder und den Antrag, Einl.-Zahl 1355/1, der Abgeordneten Lechner-Sonnek, Hagenauer und Mag. Zitz, betreffend Anhebung des Pensionsantrittsalters für privilegierte LandespolitikerInnen auf 65 Jahre.

Berichtstatter ist Herr Mag. Christopher Drexler. Herr Klubobmann, ich erteile dir das Wort.

Abg. Mag. Drexler (15.56 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich darf Ihnen zu den aufgerufenen Einlagezahlen folgenden Bericht geben:

Der Ausschuss für Verfassung und Verwaltungsreform hat in mehreren Sitzungen über die obgenannten Anträge die Beratungen durchgeführt.

In den letzten Sitzungen des Unterausschusses Verfassungsreform/Demokratiepaket wurde ausführlich darüber beraten, das Steiermärkische Landes-Bezügegesetz, das Steiermärkische Bezügegesetz, das Steiermärkische Gemeinde-Bezügegesetz, das Gesetz über die Ruhebezüge der Bürgermeister der steirischen Gemeinden mit Ausnahme der Städte mit eigenem Statut sowie das Statut der Landeshauptstadt Graz 1967 zu ändern mit dem Ziel, das Pensionsantrittsalter für Bürgermeister und Bürgermeisterinnen, Stadtensatzmitglieder und privilegierte Landespolitiker schrittweise bis zum Jahr 2015 von 61,5 auf 65 Jahre anzuheben. Weiters wird mit dieser Novelle ein so genannter Solidarbeitrag eingeführt und einige kleinere weitere Änderungen.

Der Ausschuss für Verfassung und Verwaltungsreform stellt daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Entwurf eines Landesgesetzes, mit dem das Steiermärkische Landes-Bezügegesetz, das Steiermärkische Bezügegesetz, das Steiermärkische Gemeinde-Bezügegesetz, das Gesetz über die Ruhebezüge der Bürgermeister der steirischen Gemeinden mit Ausnahme der Städte mit eigenem Statut sowie das Statut der Landeshauptstadt Graz 1967 geändert werden, wird zum Beschluss erhoben.

Ich bitte Sie um Annahme. (15.57 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Eine Wortmeldung liegt zu diesem Tagesordnungspunkt vor, und zwar der Herr Klubobmann Christopher Drexler und ich erteile ihm das Wort.

Abg. Mag. Drexler (15.58 Uhr): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Landeshauptmann! Herr Landeshauptmannstellvertreter! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich darf in aller gebotenen Kürze zu dem Tagesordnungspunkt einige Erwägungen zum Besten geben. Es ist glaube ich notwendig, weil wir doch sehr lange und intensiv über diese Materie im zuständigen Unterausschuss beraten haben und vor allem auch deswegen, weil das, was wir heute in diesem Paket beschließen, eine meines Erachtens doch sehr entscheidende Novelle zu diesen genannten Gesetzen ist. Es geht nämlich insgesamt um drei große Bereiche. Ich darf aber, bevor ich zu diesen drei großen Bereichen zu sprechen komme, mich in diesem Zusammenhang, weil das keine einfachen Verhandlungen waren und weil es sich hier auch um sehr komplizierte Rechtsmaterien handelt, einige Worte des Dankes vorausschicken.

Ich bedanke mich zuerst bei allen Damen und Herren, die an diesen Unterausschussberatungen mitgewirkt haben. Es hat ja im Endeffekt eine Einigung zwischen SPÖ, Freiheitlichen und der ÖVP gegeben, die Grünen werden diesem Paket nicht zustimmen. Ich stehe aber nicht an, die Grünen selbstverständlich mit in den Dank einzuschließen, weil ich glaube, dass es sehr konstruktive Beratungen waren und auch nachvollziehbar war, warum hier eben ein unterschiedliches Abstimmungsverhalten wahrscheinlich am Ende der Debatte zustande kommt. Ich darf mich aber vor allem auch bei den zuständigen Abteilungen des Landes bedanken, zum einen bei der Abteilung 5, was den Bereich Steiermärkisches Bezügegesetz betrifft, zum Zweiten aber auch bei der Fachabteilung 7A – ich sehe den Hofrat Schille im Publikum sitzen –, die den ganzen Bereich Gemeinde-Bezügegesetz und auch Statut der Landeshauptstadt Graz in diesem Zusammenhang vorbereitet hat.

Worum geht es nun bei dieser Novelle? Es geht zum einen darum, dass das Pensionsantrittsalter für jene Damen und Herren, die noch im alten Pensionssystem für Politiker beziehungsweise für Politikerinnen stehen, dass dieses Pensionsantrittsalter schrittweise angehoben wird. Wir stehen derzeit bei 61,5 und wir gehen nun schrittweise auf 65 Jahre, was genau genommen und im Einzelfall sogar auch noch strenger sein kann als es die vorgeschlagenen oder beschlossenen Harmonisierungsschritte für andere Pensionssysteme betrifft. Dies gilt nicht nur für jene, die auf Landesebene Verantwortung tragen oder getragen haben, sondern das gilt vor allem auch für viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister beziehungsweise Personen, die auf kommunalpolitischer Ebene Verantwortung getragen haben oder Verantwortung tragen und daraus Pensionsleistungen dereinst lukrieren können. Das ist der erste große Punkt.

Der zweite große Punkt, und ich glaube, dass das mindestens ebenso wichtig ist, ist die Einführung des von Landesrat Schützenhöfer vor einiger Zeit in Aussicht gestellten so genannten Solidarbeitrags.

Eines Beitrags, den die so genannten Politikerpensionisten und -pensionistinnen in Hinkunft für das Pensionssystem dann leisten sollen und hier wird unterschieden zwischen Bezugsteilen, die unterhalb der Höchstbeitragsgrundlage liegen und Bezugsteilen, die über der Höchstbeitragsgrundlage liegen. Hier soll nämlich ein Solidarbeitrag in der Höhe von bis zu 11,7 Prozent eingehoben werden, was ich glaube, wo man behaupten kann, dass das mehr als ein großes Trinkgeld ist. Es ist schon ein sehr ordentlicher Solidarbeitrag, der hier eingeführt wird.

Schließlich wird auch eine, würde ich mal meinen, gesetzgeberische Panne von 1997 behoben, nämlich für die Damen und Herren, die im neuen System sind, die nie eine so genannte Politikerpension erwerben werden, die aber bisher 11,75 Prozent Pensionsbeitrag einzahlen an das Land und der wird dann beim Ausscheiden, das kann in 20 Jahren sein, in fünf Jahren sein oder morgen sein, sozusagen gegengerechnet mit dem, was man im Zivilberuf einzahlt in die jeweilige Pensionsversicherung und eine allfällige Differenz zwischen dem, was man im zivilen Beruf eingezahlt hat und der Höchstbeitragsgrundlage wird aus diesem Geld, das man ans Land zahlt, ausgeglichen. Der überwiegende Teil, der überbleibt, den bekommt man dann zurück, wenn man ausscheidet. Unverzinst zum alten Nominalwert, was doch ein wenig unbillig im doppelten Wortsinn in diesem Fall erscheint. Daher gibt es da jetzt so wie es das schon bisher bei der Krankenversicherung gibt, einen jährlichen Abgleich.

Hier auch einen herzlichen Dank an jene, die diesen legislativen Kunstgriff und -kniff erfunden haben. Das ist jetzt eine saubere und transparente und für alle zufrieden stellende Lösung. Glaube, dass hier ein großer Schritt in Richtung eines transparenten Systems geschaffen wird. Die letzten, sozusagen das Ausklingen des alten Pensionssystems für Politiker und Politikerinnen findet nun wenigstens mit dem richtigen Pensionsantrittsalter statt. Natürlich mit vertretbaren Übergangsfristen. Ich glaube, insgesamt ein weiterer Schritt, der beweist, dass die Steiermark, was den Abbau von so genannten oder vielleicht tatsächlich einmal vorhanden gewesen Privilegien betrifft, eine Spitzenstellung in Österreich genießt. Ein Danke an alle Fraktionen, die diesen Ausschussantrag beschließen werden und ich glaube, dass das ein guter Schritt der steirischen Gesetzgebung ist. Herzlichen Dank. (Beifall bei der ÖVP. – 16.05 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächstes am Wort die Frau Abgeordnete Zitz bitte.

Abg. Mag. Zitz (16.05 Uhr): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste!

Kurz zu dieser Novelle aus Sicht der Grünen. Es ist interessant, dass die ohnehin Privilegierten noch einmal mit einem gerüttelten Maß an Vertrauen ausgestattet werden. Für mich ist der Vertrauensschutz dann teilweise nachvollziehbar, wenn es um zigtausend Leute in ganz Österreich geht, wie bei großen Pensionsreformen. Für mich ist das Argument des Vertrauensschutzes nicht nachvollziehbar, wenn es um eine kleine Anzahl von tatsächlich hoch privilegierten Politikern und Politikerinnen geht.

Aus Sicht der Grünen werden wir daher dieser Novelle nicht zustimmen, weil die Übergangsfristen unendlich lang sind und wir uns gewünscht hätten, dass man das Pensionsantrittsalter sofort anhebt. Es ist nur eine kleine Gruppe von Leuten, die betroffen sind, die ohnehin gut ausgestattet mit Politikerpensionen, Politikerinnenpensionen in den Ruhestand gehen werden und ich halte es angesichts der pensionspolitischen Debatte, die wir seit eineinhalb Jahren auf Bundesebene haben, für keine besonders gute steirische Lösung. (Beifall bei den Grünen. – 16.06 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Es liegt keine Wortmeldung mehr vor, daher kommen wir bereits zur Abstimmung.

Ich darf die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand bitten. Gegenprobe.

Ich darf die mehrheitliche Annahme des Antrages feststellen.

14. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über den Antrag, Einl.-Zahl 852/1, der Abgeordneten Mag. Zitz, Lechner-Sonnek und Hagenauer, betreffend Wahlrecht für alle Ausländer und Ausländerinnen auf kommunaler Ebene.

Berichterstatterin ist Frau Abgeordnete Mag. Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Zitz (16.06 Uhr): Der Bericht liegt Ihnen bezüglich Wahlrecht für alle Ausländer und Ausländerinnen auf kommunaler Ebene vor.

Ich stelle im Namen des Ausschusses den Antrag auf Annahme des Berichtes. (16.06 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Zu Wort gemeldet hat sich die Berichterstatterin. Frau Abgeordnete, bitte.

Abg. Mag. Zitz (16.07 Uhr): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste!

Das ist jetzt natürlich interessant, die Möglichkeit zu haben, innerhalb von einer Stunde dreimal ans Rednerpult zu gehen von Seiten der Grünen. Ich möchte mich bei diesem Tagesordnungspunkt kurz halten. Ich möchte mich explizit bedanken bei der ÖVP-Landtagsfraktion, die meines Wissens als erste österreichische Landtagsfraktion so einen Antrag mehrheitsfähig macht. Möchte mich auch bedanken beim Ausländer- und Ausländerinnenbeirat in Graz, der jetzt MigrantInnenbeirat heißt, der sich jahrelang in Richtung kommunales Ausländerwahlrecht engagiert hat und auch darauf aufmerksam machen, dass das ein Thema in etlichen anderen Ländern innerhalb der EU ist, ob das jetzt die Niederlande sind oder die Slowakai ist, wo seit Jahren schon erfolgreich Nicht-EU-Bürger und -Bürgerinnen die Möglichkeit haben, auf der Gemeindeebene mitzubestimmen.

Danke noch einmal explizit an die ÖVP-Fraktion, die SPÖ hat uns da auch von Anfang an unterstützt und zur freiheitlichen Positionierung möchte ich mir eine Wortmeldung ersparen. Danke schön! (Beifall bei den Grünen. – 16.09 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Wir kommen bereits zur Abstimmung.

Entschuldigung, Herr Klubobmann. Bitte.

Abg. Mag. Drexler (16.09 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

So wie der Edith geht es mir jetzt auch. Innerhalb kurzer Zeit drei Wortmeldungen, drei interessante Themen. Da geht es fast zu schnell. Jetzt hätte ich mich fast vergessen zu melden. Aber das hat Gott sei Dank noch saniert werden können.

Meine Damen und Herren, über dieses Thema ist auch in diesem Unterausschuss – nein, im Unterausschuss ist spannenderweise relativ wenig diskutiert worden – aber es ist dann relativ viel darüber diskutiert worden. Ich darf vielleicht ganz kurz zur Illustration der Meinungsbildung des Landtagsklubs der steirischen Volkspartei zwei, drei Anmerkungen machen und erlaube mir dann, diesen Abänderungsantrag auch formal einzubringen.

Wir haben nach langer Diskussion im Landtagsklub uns der Argumentation der Grünen angeschlossen. Dies ist uns nicht zuletzt dadurch erleichtert worden, weil es ja auch eine einschlägige Petition der Landeshauptstadt Graz gibt, wo ein solches kommunales Ausländerwahlrecht eingefordert wird, wo es auch das Ansinnen an den Landtag gibt, an den Bund entsprechend heranzutreten. Ich glaube schon, dass wir jetzt seit einigen Jahren EU-Bürger bereits als Wahlberechtigte bei Kommunalwahlen haben. Diese Gruppe ist mit 1. Mai 2004 erheblich größer geworden, korrespondierend ist die Gruppe derer, für die diese heutige Initiative eine Wirkung entfachen könnte, noch kleiner geworden. Ich glaube, dass es einfach auch darum geht, das ist etwas, was mir an dieser Argumentation zusätzlich gefällt, ich sehe nicht ein, dass die Bundesverfassung dem Landtag beziehungsweise dem Landesverfassungsgesetzgeber vorschreibt, wie man hier zu agieren hat. Und schon aus diesem Grund erscheint mir der Artikel 117 Absatz 2 der Bundesverfassung als schwer reformbedürftig und daher bin ich auch außerordentlich froh, dass die Grünen unseren Abänderungsantrag mit beschließen werden, weil ja der ganz perfekt zusammenpasst mit der Begründung, die im Antrag der Grünen vorkommt. Worum geht es und was ist der Unterschied? Würden wir bloß im Artikel 177 Absatz 2 der Bundesverfassung einen Begriff ändern, hätten wir wieder eine Situation, dass der Bund uns etwas vorschreibt. Nun geht es aber darum, so wie es auch in der Begründung des grünen Antrags drinnen steht, dass wir den Bundesverfassungsgesetzgeber auffordern, den Artikel 117 Absatz 2 oder wie immer der dann nach Fiedler oder sonstigen Papieren heißen wird, aber halt diese Vorschrift dahin gehend zu ändern, dass es den Landesgesetzgebern ermöglicht wird, vom Erfordernis der Staatsbürgerschaft für die Regelung von Gemeinderatswahlen Abstand zu nehmen. Ich glaube, dass das eine kluge Vorgangsweise ist und weil es eine kluge Vorgangsweise ist, und ich stehe nicht an, auch ein kluger Vorschlag der Grünen war, war es für uns in der Diskussion kein Problem dem zuzustimmen.

Ich darf daher alle Damen und Herren einladen, dem Antrag der Grünen in der Fassung des Abänderungsantrags, den ich formal jetzt einbringe, nämlich der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, mit dem Ersuchen an die Bundesregierung heranzutreten, den Artikel 117 Absatz 2 B-VG dahin gehend zu ändern, dass dem Landesgesetzgeber die Möglichkeit eingeräumt wird, beim kommunalen Wahlrecht von der Voraussetzung der österreichischen Staatsangehörigkeit abzusehen, dass dem die Zustimmung gegeben wird.

Mehr will ich heute nicht dazu sagen, aber ich glaube, es ist ein wesentlicher Beschluss, dessen kann sich ruhig jeder bewusst sein. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 16.12 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste am Wort ist die Frau Klubobfrau Dietrich.

Abg. Dietrich (16.12 Uhr): Geschätzte Frau Präsident! Hoher Landtag! Meine Damen und Herren!

Die österreichische Staatsbürgerschaft ist mit Rechten und Pflichten verbunden. Ein Recht zum Beispiel ist eben das Recht, das aktive und passive Wahlrecht bei kommunalen Wahlen wahrzunehmen. Seit dem EU-Beitritt dürfen das auch – wir haben das schon gehört – Staatsbürger der EU. Und das sind ja immerhin Menschen aus insgesamt 25 Staaten, die auf kommunaler Ebene in Österreich wählen dürfen.

Meine geschätzten Damen und Herren! Wir fordern, dass dieser Status Quo beibehalten wird. Aus unserer Sicht darf es auf keinen Fall, und ich wiederhole, auf keinen Fall zu einer weiteren Aufweichung des Wahlrechts kommen. (Beifall bei der FPÖ.)

Es kann nämlich nicht sein aus unserem Verständnis heraus, dass Personen, die vorübergehend in Österreich oder in der Steiermark leben, nicht einem europäischen Mitgliedsland zugehörig sind, die Parteilichkeit überhaupt nicht kennen, weder verstehen, bei Gemeinderatswahlen mitentscheiden sollen, wie die Raumordnung ausschauen soll, wie sich die Zukunft der Gemeinde gestalten sollte oder wie kommunale Angelegenheiten in Zukunft ausschauen sollten. Für uns ist es klar, keine zusätzlichen Rechte ohne Pflichten. Von uns gibt es ganz klar eine Absage gegen die Aufweichung des Wahlrechtes, denn wir wollen, dass die Steierinnen und Steirer Herr im eigenen Haus bleiben. (Beifall bei der FPÖ.)

Und bemerkenswert erscheint mir die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes vom Vorjahr, wonach das Wiener Ausländerwahlrecht als verfassungswidrig angesehen wurde. (Abg. Mag. Drexler: „Natürlich, deswegen wollen wir ja die Verfassung ändern!“) Das scheint nicht zu imponieren.

Und an die Adresse der ÖVP: Ich glaube, dass die Öffnung des Wahlrechts zu einer Aushöhlung des Heimatbegriffes führt. Und ihr lasst diese Aushöhlung nicht nur zu, sondern ihr treibt sie auch voran. (Beifall bei der FPÖ. – 16.15 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Nachdem keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zur Abstimmung. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag der ÖVP, betreffend kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe und stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

15. Bericht des Ausschusses für Kultur und Sport über den Antrag, Einl.-Zahl 2059/1, der Abgeordneten Bacher, Margarethe Gruber und Rieser, betreffend Landesausstellung der Naturparkregion Zirbitzkogel-Grebenzen zum Thema Was(s)erleben.

Berichtersteller ist Herr Landtagsabgeordneter Johann Bacher. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Bacher (16.16 Uhr): Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, nach Durchführung einer Evaluierung der Landesausstellungen zu prüfen, ob im Bezirk Murau in den Jahren bis 2008 eine Landesausstellung im Naturpark Zirbitzkogel-Grebenzen zum Thema „Was(s)erleben – Wasserleben“ durchgeführt werden kann.

Ich ersuche um Annahme des Berichtes. (16.17 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Zierler:

Abg. Zierler (16.17 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus!

Zu diesem Antrag, betreffend die Landesausstellungen, so wurden in den letzten Monaten ja zahlreiche Anträge gestellt, was neue Landesausstellungen in der Steiermark betrifft. Es geht um Graz-Umgebung, es geht um Voitsberg und es geht um Murau. Und die freiheitliche Fraktion hat auch in den Ausschüssen immer wieder ganz klar Stellung dazu bezogen, dass wir einfach dagegen sind, dass Landesausstellungen in einem jährlichen Ritual durchgeführt werden, weil wir sagen, es geht nicht um die Quantität und nicht um die ehrliche Regelmäßigkeit, sondern um die Qualität. Was allerdings nicht heißt, dass wir uns gegen Landesausstellungen aussprechen, weil sie natürlich für die Regionen, für die Bevölkerung in der Region sehr wichtig ist, das genauso natürlich auch im Naturpark, in der Naturparkregion Zirbitzkogel und Grebenzen. Wir sind für eine Abhaltung der Landesausstellungen, der geforderten, allerdings nicht zu diesen Fixzeiten, das heißt einmal jährlich. Daher stellen wir den Antrag:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag ehestmöglich über die weitere Vorgangsweise bei der Abhaltung von Landesausstellungen zu berichten, wobei davon ausgegangen werden sollte, dass die Landesausstellungen in einem Intervall von zwei oder auch mehreren Jahren stattfinden.

Ich bitte um Annahme. (Beifall bei der FPÖ. – 16.18 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Wir kommen zur Abstimmung. Ich ersuche jene Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Zweijährigkeit von Landesausstellungen, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

16. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 2052/1, der Abgeordneten Kröpfl, Dr. Bachmaier-Geltewa, Böhmer, Gennaro, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Detlef Gruber, Margrethe Gruber, Halper, Mag. Lackner, Petinger, Prattes, Dr. Reinprecht, Dr. Rieder, Schleich und Schrittwieser, betreffend Erwerb von VA-Tech-Aktien.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Kurt Gennaro. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gennaro (16.19 Uhr): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft hat in seiner Sitzung am 11. Jänner 2005 über oben genannten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Bei der Abstimmung am 11. Jänner 2005 fand der gegenständliche Antrag nicht die erforderliche Mehrheit.

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zum Antrag, Einl.-Zahl 2052/1, der Abgeordneten Kröpfl, Dr. Bachmaier-Geltewa, Böhmer, Gennaro, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Detlef Gruber, Margarethe Gruber, Halper, Mag. Lackner, Petinger, Prattes, Dr. Reinprecht, Dr. Rieder, Schleich und Schrittwieser, betreffend Erwerb von VA-Tech-Aktien, wird zur Kenntnis genommen. (16.20 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Herr Abgeordneter, du bist auch gleichzeitig am Wort, bitte.

Abg. Gennaro (16.20 Uhr): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Die Situation der VA-Tech ELIN hat seit gestern, wie Sie bereits aus Medienberichten entnehmen konnten, wieder Schlagzeilen bewirkt. Auf dem Weg der Übernahme der börsennotierten VA-Tech ist Siemens am Montag an einer wichtigen Hürde gescheitert, so die Zeitungskommentare. Die VA-Tech-Aktionäre ließen Siemens in einer außerordentlichen Hauptversammlung in Linz mit dem Wunsch nach Aufhebung der 25-prozentigen Stimmrechtsbeschränkung abblitzen. Zugestimmt haben nur 73,2 Prozent.

Meine Damen und Herren, man könnte sagen, 73,2 Prozent ist es eigentlich egal, was mit dem Betrieb passiert.

Sie alle warten auf eine Nachbesserung des Aktienpreises von derzeit 55 Euro auf eventuell 60 Euro. Weil wir heute schon seitens der ÖVP von den Kompetenzen der Landeshauptfrau Klasnic gehört haben und das ja oft schon strapaziert wurde, muss ich in dieser Angelegenheit einen kleinen Rückblick machen unter dem Motto, „was ist bisher geschehen“, meine Damen und Herren.

Vorerst darf ich sagen, dass eine Basisinformation für alle herrscht. Die VA-Tech gehört zu den innovativsten Unternehmen Österreichs. Hat vier Kerngeschäftsfelder, in der Steiermark gibt es die VA-Tech HYDRO, VA-Tech ELIN Transformatoren, die VA-Tech ELIN und eine internationale InformationsAG. in Form von Dienstleistungen. Insgesamt sind in Weiz und Graz 1950 Mitarbeiter beschäftigt inklusive 400 Leasingmitarbeiter. Und die steiermarkweit beschäftigte ELIN VA-Tech Betriebe, rund 1000 Zulieferunternehmen mit einem Umsatz von 70 Millionen Euro pro Jahr. Das heißt im Klartext, es sind rund 8000 Beschäftigte hier involviert. Und wenn wir die Vergangenheit ganz kurz einmal aufzeigen, Frau Landeshauptmann, dann muss ich Ihnen sagen, wenn Sie alles zur Chefsache erklären und von Ihrer Kompetenz sprechen, ich war sehr erfreut, wie ich am 9. Juli in der „Kleinen Zeitung“ im Wirtschaftsteil gelesen habe, wo Sie Ihre Aussagen gemacht haben – sie ist jetzt gar nicht da, alles klar, sie ist schon geflüchtet wie immer – (Abg. Straßberger: „Lass dich nicht auslachen!“) kommen, meine Damen und Herren – wenn es ums Eingemachte geht, dann ist sie ja nicht da, aber ihr könntet zuhören. Zitat Landeshauptfrau Klasnic am 7. September 2004: „Kommen musst du dann, wenn es brennt!“ hat die Landeshauptfrau gesagt. Ich merke, der VA-Tech, wie sie mit dem Wirtschaftslandesrat Gerald Schöpfer den Betrieb besucht hat und sie hat gleichzeitig große Sprüche geklopft, sie hat die Regierung aufgefordert sich einzusetzen, dass die Sperrminorität und so weiter, keinen Ausverkauf, alles klar, dass das beschlossen wird. Jetzt frage ich Sie, Frau Landeshauptmann: „Sind Sie nach Weiz rausgefahren schauen wie es brennt oder warten, bis es zu den Grundfesten runterbrennt oder wollten Sie löschen?“ Gelöscht haben Sie sicherlich nicht. Das war bitte nur eine verbale Aussage, die halt gleich Populismus war, gleichzeitig in der Regierung vom Regierungsprotokoll, wo Sie gemeint haben: „Na ja, Sie fordern

zur Standortgarantie die Beschäftigungsgarantie und noch mehr Beschäftigung.“ Auch eine Forderung, verbal klingt gut, aber unter dem Motto: „Umsetzen, da schaut die Welt anders aus!“ Ein Brief der Gewerkschaft für Metall – Textil in Sorge, der an Sie gerichtet wurde, an den Bundeskanzler auch vom 3. September 2004, den haben Sie bis heute nicht einmal mit einer Silbe beantwortet, wobei man Sie gebeten hat – (Abg. Straßberger: „Das hast du ja gar nicht not!“) Das ist die Frau Landeshauptmann.

Man muss hingehen, wenn es brennt, aber beim Löschen ist sie weit weg. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, ich setze das noch fort. Ihr werdet Kopfweh bekommen. In der Situation, in der das bekannt wurde, hat die Öffentlichkeit sofort gemerkt, halt, da brennt es in der Region. Die Privatisierung ist aufs Eis gelegt.

3. September 2004, Wirtschaftslandesrat Dr. Bartenstein: „Die Privatisierung ist nie aufs Eis gelegt worden.“ Nächster Artikel, meine Damen und Herren. (Abg. Straßberger: „Wirtschaftsminister!“)

Wirtschaftsminister, entschuldige. Dem Herrn Wirtschaftsminister Bartenstein war das völlig klar. Dann kommt schon das Nächste, wo es brenzlich geworden ist: „Bundeskanzler Schüssel zieht auch bei VA-Tech-Verkauf die Notbremse.“ Ihr wisst eh, wie die ausgesehen hat. Da hat es nur ein bisschen aufgeraucht beim ersten Mal, aber dann ist es schon wieder weitergegangen mit Hurra. Und so geht es hin bis zum „Standard“: „Konsequent ins Debakel“, meine Damen und Herren, ich frage euch allen Ernstes. Im Ausschuss hat man unseren Antrag versucht, der Stellungnahme der Regierung noch einmal zuzuführen. Innerhalb von sechs Monaten hätte man dann von der Regierung eine Antwort bekommen. Die Beschäftigten der Region, meine Damen und Herren, draußen in Weiz, die sind belogen und betrogen worden. Denen ist was vorgespielt worden, wo kein Mensch, der gesagt hat, man muss hinausgehen und löschen wenn es brennt, nur einen Finger gerührt hat, bis hin zum Bundeskanzler. (Beifall bei der SPÖ.) Alles, meine Damen und Herren, war bis ins kleinste Detail vorbereitet und es waren gestern eigentlich die Kleinaktionäre, die dem Spiel einmal fürs Erste ein bisschen Einhalt geboten haben, wobei aber bis Februar sicherlich die Situation klar ist und dass diese 73,5 Prozent auch auf 75 Prozent aufgestockt werden, ist für mich, sage ich jetzt einmal persönlich, als meine persönliche Meinung, sicher kein Problem, wenn das Geld stimmt, denn die wollen alle nur Cash sehen, der Betrieb ist ihnen ja in Wahrheit völlig egal und völlig Wurst, wenn die Kassa stimmt, meine Damen und Herren.

Und deswegen sage ich, nicht nur den Beschäftigten, die 8000, die zusammenhängen inklusive der Region, ist etwas vorgegaukelt worden, was nicht gehalten werden kann. Und wenn der Landesrat Schöpfer als Wirtschaftslandesrat immer von Task Force spricht, von seiner Arbeitsgruppe, das würde eh jeder verstehen, aber das klingt halt schöner, weil da denkt sich jeder, da sind gescheite Leute dabei. Rausgekommen ist in Wahrheit aber eh nichts und dann sagt man, na ja, bei dieser Task Force waren ja alle dabei, Belegschaftsvertreter, Gewerkschaft, da waren alle drinnen und dort hat man nur unter Druck zugesagt, was die Mitarbeiterbeteiligung ist. Dass die Landesregierung, bitte, ja nur dann sich beteiligt, wenn die Mehrheitsanteile, also die 15 Prozent der ÖAG im Besitz der ÖAG verbleiben. Dann ist zugesagt worden, dann wird man auch andere Dinge, wie die Mitarbeiterbeteiligung unterstützen. Die Zusage, weil zuerst hat es geheißt, nein, geht nicht, wir haben kein Geld, ist passiert und das kann man heute belegen, nachdem alles bitte gelaufen ist, das passiert weil man gewusst hat von oben herunter, wie die Situation tatsächlich wird. Das Werkl wird verscherbelt. Ihr könnt heute am Abend im Fernsehen sehen, was mit Fürstenfeld passiert ist, meine Damen und Herren. Das sind Auswirkungen der Privatisierung. Vor drei Jahren hat man die Tabakwerke an die Engländer verscherbelt. Heuer, Ende des Jahres wird es zugesperrt. So schauen wir aus bei der Privatisierung und ihr kommt erst hintennach immer drauf, wenn die Probleme sind, um Gottes willen, das ist gar nicht so, wie wir uns das vorgestellt haben, da gibt es ja Probleme auch. Da könnte ich euch viele Beispiele aufzählen, Semperit und, und, und. Alles ausradiert. (Abg. Straßberger: „Du bist der Oberlehrer!“) Nicht der Oberlehrer, du müsstest einmal raufgehen in die Region. Du gehst nur dort hin wenn es klass ist. Wenn es brennt, habe ich dich noch nie gesehen in deiner Region, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Straßberger: „Das musst du mir sagen!“)

Und wieder ein Schritt, meine Damen und Herren, wo die Steiermark schwarze Flecken bekommt und wo man die so genannte Kompetenz oder die Chefsache, von der immer wieder geredet wird. Ich will nicht, es ist eh keine gute Angelegenheit, wenn man die Probleme in Knittelfeld schaut, was mit Red Bull ist, was mit dem Semmeringtunnel ist, die Strompreisdiskussion ist ja auch wieder Chefsache geworden. Ja, meine Damen und Herren, lasst auch das auf der Zunge zergehen, passt es in die Beschäftigungspolitik hinein? Zu Weihnachten habt ihr mich noch geprügelt beim Budget, wir tun alles nur schlecht machen, weil die Arbeitsmarktsituation in der Steiermark ist eh so rosig. Ein paar Tage später hat das AMS die Zahlen veröffentlicht. Da ist rausgekommen, dass Österreich über, inklusive mit den Leuten, die in Schulungen sind, 350.000 Arbeitslose hat, meine Damen und Herren. Und in der Steiermark sind wir auch stark angestiegen, höher auf 44.000. Tun wir da schlecht machen oder versuchen wir da die Realität aufzuzeigen, was wirklich ist? Dort muss man einsetzen, nicht nur schön färben. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Straßberger: „Was hat der Schachner gesagt dem Ausschuss?“)

Ich schau mir das nämlich an, wie die Frau Landeshauptfrau dann der Öffentlichkeit erklären wird, dass sie monatelang bei der Strompreiserhöhung, bei der Diskussion gesagt hat, sie hat sich hinter dem Aktiengesetz versteckt. ESTAG ist eine Aktiengesellschaft, da kann die Politik nicht reinreden, unmöglich. Sie hat der Strompreiserhöhung zugestimmt und jetzt schaut ihr euch das auf einmal an. Jetzt lese ich in der Zeitung, weil jetzt haben wir ja Wahljahr, jetzt stehen wir vor einer Wahl, plötzlich wieder Chefsache, Kompetenz der Frau Landeshauptfrau, jetzt kann sie sich wirklich einmischen, jetzt kann das Land wieder Vorschriftenen

machen. Das wird sie den Leuten erklären müssen, wie der Gesinnungswandel läuft. Kann sie oder kann sie nicht, meine Damen und Herren? (Beifall bei der SPÖ.) So schauen wir aus. (Abg. Straßberger: „Es hat nicht nur einen Jahreswechsel gegeben, sondern auch einen Gesinnungswandel!“)

Natürlich, den gibt es ja laufend. Weil immer kritisiert wird. In der Öffentlichkeit stellt sie sich immer dar, als wäre alles paletti, sie ist die Chefin, alles wird bereinigt. In Wahrheit, meine Damen und Herren, tut sie nur versprechen und tut Unwahrheiten verbreiten. Wenn man da einmal einen Lügendetektor anschließen würde, der bekommt so viel Stromstöße, dass er abbrennt, meine Damen und Herren. So schauen wir aus. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Straßberger: „Das ist unerhört, eine Frechheit!“)

Meine Damen und Herren, du brauchst dich nicht aufregen. Ich möchte nur etwas einmal sagen. Im Grundsatz und ich hoffe, es wird auch im Wahljahr klargestellt werden und die Situation, wie man in der Steiermark sich um die Beschäftigung annimmt, muss ich sagen, gute Nacht.

Gute Nacht, da schauen wir schön drein! Weil immer wieder werden nur Versprechungen gemacht und dann werden ganze Regionen hängen gelassen. Wenn das Kompetenz ist, wenn das Einsatz ist, dass man still ist und nur großspurig in der Zeitung sagt, „ich fordere den Schüssel auf“, das schaue ich mir dann an, wenn die Frau Landeshauptmann so kompetent ist und in Wien einmal ordentlich auftritt mit eurer Unterstützung, aber da lasst ihr sie so allein rausfahren wahrscheinlich, darum kann sie sich nicht durchsetzen, und da einmal einen richtigen Wirbel macht und schreit in der Steiermark, dass man sie bis in den letzten Winkel hört, dann schaue ich mir den Herrn Schüssel an als Bundeskanzler, wie der die Steiermark weiterhin im Regen stehen lassen kann, meine Damen und Herren. Er ist aufgefordert, auch hier zu helfen und setzt euch hier ein. Und die Frau Landeshauptmann hat gesagt, sie ist wahrscheinlich wieder geflüchtet, aber sie hat einen Weg, aber man wird ihr das überreichen. Es ist nämlich so: In Hollywood wird ja jährlich ein Oskar für die besten Schauspieler übergeben! Da ist ja immer großer Trubel, da kommen die Leute zusammen. Und ich muss euch eines sagen, wenn ich mir das auf der Zunge zergehen lasse, alles, was die Frau Landeshauptmann in den von mir aufgezählten Dingen versprochen hat und wie sie dann letztendlich gehandelt hat, so ist sie für mich auch die beste Schauspielerin, aber im Negativen, in der Steiermark, meine Damen und Herren! (Abg. Majcen: „Schäme dich, schäme dich!“) Viel reden und nichts einhalten und aus dem Grund habe ich mir schon gedacht, werde ich der Frau Landeshauptmann – man wird ihr das überreichen – den Oskar überreichen, damit sie sich erinnert, was sie in der Steiermark alles sagt, als beste Schauspielerin. Ich hoffe nur, dass die Wählerinnen und Wähler sich daran erinnern, was geredet wurde und was eingehalten wurde und dass sie am Wahltag die Antwort bekommt. (Beifall bei der SPÖ. – 16.33 Uhr.)

Präsident Purr: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Bittmann.

Abg. Bittmann (16.33 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Mitglieder der Landesregierung! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Zuhörer im Zuhörerraum! (Präsident Purr: „Am Wort ist der Herr Abgeordnete Bittmann. Herr Abgeordneter, bitte setzen Sie fort!“)

Das, was die steirische Wirtschaft und das, was die steirische Industrie am wenigsten brauchen, ist billiger Populismus, Herr Abgeordneter Gennaro. Du bewirkst überhaupt nichts, indem du hier eine Show abziehst und irgendwelche Figuren verteilst. Damit hilfst du keinem einzigen Arbeitnehmer in der Steiermark, keinem einzigen Arbeitnehmer hilfst du mit billigem Populismus. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Riebenbauer: „Wann kommt der Voves wieder? Wo ist der Voves?“)

Du hilfst auch keinem einzigen Steirer, indem du die Arbeit der Frau Landeshauptmann schlecht machst. Denn die Fakten sind folgende: Seit ihrem Regierungseintritt 1986, seit 1986, seit sie Wirtschaftslandesrat war, sind in der Steiermark 52.000 neue Arbeitsplätze in der Privatwirtschaft entstanden. Das ist eine Erfolgszahl, die für die Frau Landeshauptmann spricht. (Abg. Stöhrmann: „Nur hat er schon mehr Arbeitnehmern geholfen als du!“)

Seit ihrem Regierungseintritt 1986, seit sie Wirtschaftslandesrätin und dann Landeshauptmann war, hat sich die steirische Wirtschaft und die steirische Industrie überaus positiv entwickelt. (Abg. Stöhrmann: „Lieber Kollege, wir haben deswegen die höchste Arbeitslosenzahl in der Steiermark!“)

Und dass du, lieber Kurt Gennaro, jetzt nicht zuhörst, sondern hier telefonierst, was im Übrigen nicht gestattet ist, zeigt, welche Aufmerksamkeit du wirklich diesem Thema zuwendest, nämlich gar keine. Du stellst dich da her, ziehst deine Show ab, die niemandem hilft, keinen einzigen Arbeitsplatz schafft und dann drehst dich um, setzt dich hin und gehst telefonieren. Ja, mein lieber Freund, das hilft niemandem. Das hilft der VA-Tech nicht. (Abg. Gennaro: „Aber deine Vorträge helfen auch keinem!“)

Das hilft keinem einzigen Industrieunternehmen, das hilft keinem Zulieferunternehmen.

Weißt du, was helfen würde? Arbeiten! (Abg. Prattes: „Deswegen ist sie auch nicht da!“) Arbeiten, wie es die Frau Landeshauptmann macht. Und dass sie halt vor dem Herrn Voves in Weiz war, da war er halt wieder einmal zu langsam, dafür können wir aber nichts. Sie war nämlich mit dem Herrn Wirtschaftslandesrat Schöpfer als Erste vor Ort, als Erste war sie dort. (Abg. Gennaro: „Wenn das arbeiten ist, bleibe ich lieber draußen!“ – Abg. Prattes: Mit welchem Ergebnis?“)

Und am nächsten Tag ist dann der Herr Voves gekommen, der eh nichts zu tun hat, weil er keine Resorts hat. Der hat seine 140 Gemeinden zu betreuen, damit ist er nicht ausgelastet. Sie war trotzdem vor ihm vor Ort. Sie war bei den Menschen, sie war bei den Leuten und, mein lieber Freund, noch etwas. (Abg. Gennaro: „Sie hat Feuerwehr gespielt, aber sie hat statt Wasser Benzin hineingegossen!“)

Wenn du hier so eine panische Angst hast vor dem Privatisieren, dann darf ich dir sagen, die Geschichte der verstaatlichten Industrie, das ist eine Erfolgsgeschichte. Das ist nämlich eine Erfolgsgeschichte, was Arbeitsplatzvernichtung betrifft. (Abg. Gennaro: „Das glaubst aber nur du!“)

Das ist eine Erfolgsgeschichte, was Vernichtung von Volksvermögen betrifft und das ist eine Erfolgsgeschichte, die uns zeigt, wie man es nicht macht. (Abg. Gennaro: „Deine Vorarbeiten. Das hast du ja schon bei der Debatte gesagt!“)

Wir in Österreich sind nämlich in der gesamten EU das zweitbeste Land, was die Arbeitslosenrate betrifft, das zweitbeste Land hinter Luxemburg sind wir in Österreich. Aber sicher nicht, weil irgendeiner eine Figur verteilt, deswegen bist du nicht Zweitbester. Zweitbester bist du durch harte Arbeit und Zweitbester bist du, indem du die Voraussetzungen schaffst, dass die Industrie und die Wirtschaft ordentlich arbeiten können. Also bitte, etwas weniger Populismus und vielleicht etwas mehr Arbeit. Dass der Voves immer zu langsam ist, dafür können wir nichts von der ÖVP. (Beifall bei der ÖVP. – 16.18 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Erwin Gruber bitte.

Abg. Erwin Gruber (16.38 Uhr): Geschätzter Herr Präsident! Werte Regierungsmitglieder! Meine lieben Damen und Herren!

Wenn man den Kollegen Kurt Gennaro so angehört hat vorher, müsste man fast glauben, Privatisieren heißt Vernichtung von Arbeitsplätzen. Dabei ist aber genau das Gegenteil der Fall, sondern das heißt nachhaltige Absicherung von Arbeitsplätzen. (Abg. Kröpfel: „Was sagst du zu Fürstenfeld?“) Ich glaube, dass diese Aussage fast eine Beleidigung war der Klein- und Mittelbetriebe, die permanent höchste Qualität am Arbeitsmarkt schaffen. Das möchte ich ganz offen einmal sagen. (Beifall bei der ÖVP.) Und so darf ich kurz Stellung nehmen zum Antrag der SPÖ. Dieser erübrigt sich mehr oder weniger, weil eben seitens der Bundesregierung der Privatisierungsauftrag erfolgt ist und weil es Übernahmegespräche mit der Firma Siemens gibt und diese werden weiter fortgesetzt. Gestern hat es einen kleinen Zwischenfall gegeben, das stimmt genau, aber es wird einen positiven Abschluss in dieser Richtung geben. Und daher werden wir den Antrag der SPÖ ablehnen.

Natürlich machen wir uns Sorgen um diese rund 2000 Arbeitsplätze, ganz klar. Ich bin selber ein Weizer und verfolge das einige Zeit bereits mit. Es geht um ein Traditionsunternehmen, 1892 gegründet, über 100 Jahre alt, von Franz Pichler damals gegründet. Und wenn ich mir die Statistik anschau, dass mit dem 69er Jahr oder Ende der sechziger Jahre wir in Weiz damals 3000 Arbeitsplätze gehabt haben in der Elin und Ende 1989, vor 15 Jahren, nur mehr 1500 Arbeitsplätze. Das war genau die stärkste rote Ära. Da haben wir um 1500 Arbeitsplätze damals abgebaut. Gott sei Dank haben wir mittlerweile wieder rund 2000 Arbeitsplätze am Standort Elin in Weiz. Ich weiß, das sind Statistiken und Tatsachen.

Lieber Freund Böhmer, es hilft nichts. (Abg. Böhmer: „Glaubst du, was du sagst?“)

Ich glaube das, weil es der Wahrheit entspricht und weil ich mit einem ehemaligen Vorstand darüber gesprochen habe. Leider, es ist halt die Wahrheit. Es hängen natürlich Menschenschicksale daran, wenn die Arbeitsplätze verloren gehen würden. Es hängt daran die Entwicklung der Bezirkshauptstadt Weiz, der Wirtschaftsstandort, aber vor allem auch die Entwicklung der gesamten Bevölkerung im Bezirk Weiz. Und daher – und das ist ganz klar – müssen wir einfordern, dass es die Politik ist, die letztendlich die Standortgarantie, die versprochen ist, und auch die mittelfristige Arbeitsplatzgarantie wirklich packt. Das ist natürlich unser Auftrag und da möchte ich alle Verantwortungsträger dazu auffordern, dass wir das letztendlich einfordern. Aber ich bin überzeugt, dass es gelingen wird, auch mit dem Eigentümerwechsel den Standort zu erhalten. Dafür bürgen ein Hochleitner, eine Brigitte Ederer, die im Vorstand sitzen, und es geht ja letztendlich bei Siemens nicht um irgendein Unternehmen, sondern Siemens hat bereits jetzt in der Steiermark, in Graz 5000 Arbeitsplätze auf höchstem Niveau, auf bester Qualität. In Weiz hat einmal der Direktor Meinschitz und der Direktor Köstenbauer gesagt, seinerzeit, und da spreche ich das Potenzial der guten Facharbeiter an, die wir bei der Elin haben, dass Weiz das „Center of the competenc“ ist. Also, das heißt was, das wird sich Siemens letztendlich nicht entgehen lassen und Siemens wird in der Richtung da keine Menschen auf die Straße schicken. (Abg. Stöhrmann: „Da nehmen wir dich beim Wort, wenn es soweit ist!“)

Ich bin überzeugt, dass die – zaubern kann niemand von uns. Und auch verstaatlichte Industrie garantiert nicht Arbeitsplätze. Im Mürztal haben wir das alle erlebt. Gott sei Dank haben wir heute fast alles Private. (Abg. Stöhrmann: „Wir werden dich erinnern daran, wenn es soweit ist!“)

Außerdem bin ich am Wort, Herr Präsident. (Abg. Stöhrmann: „Ich habe schon gesagt, wir werden dich beim Wort nehmen!“)

Danke, von Bürgermeister zu Bürgermeister. Wir können über alles reden.

Ich möchte aber zur Privatisierung schon noch eines dazusagen, ich bin einfach überzeugt, ich bin selber Unternehmer gewesen, bin auch Bauer, aber dass Privatwirtschaft einfach der richtige Weg ist, dass durch den staatlichen, durch den politischen Einfluss einfach eine Flexibilität, was den Arbeitsmarkt und vor allem die Marktorientiertheit betrifft, einfach in der Form nicht möglich ist. Und das haben wir damals gesehen und heute haben wir die Lehren gezogen daraus und beschreiten wir, glaube ich, den richtigen Weg. Und noch einmal staatlicher Einfluss, politischer Einfluss kann keine Arbeitsplatzgarantie abgeben. Das kann kein Mensch auf der Welt. Aber wer kann Arbeitsplatzgarantie abgeben? (Abg. Schrittwieser: „Kollege, eine Frage noch, wenn es nicht so wichtig ist, was ...?“ – Abg. Stöhrmann: „Da muss die Frau Landeshauptmann ...“)

Ich bin noch nicht ganz fertig. Ich werde die Politik noch kurz erwähnen. Gott sei Dank sind wir, was Arbeitsplätze betrifft in der Steiermark, in der Königsklasse in Europa, in der Champions League sind wir da, und jetzt erwähne ich aber die Politik dazu. Verantwortlich im Positiven dafür Landeshauptmann Waltraud Klasnic, Herbert Paieryl, Gerald Schöpfer und die Liste wäre unendlich zum Fortführen, alles, was eben ÖVP-Mandatare betrifft. (Abg. Kröpfel: „Den habt ihr schon abgeschossen!“) Und Benni Bittmann hat es kurz angesprochen und ich möchte das noch etwas detaillierter sagen. In der Steiermark sind seit der Zeit Landeshauptmann Klasnic, seit den letzten zehn Jahren 8,6 Prozent neue Arbeitsplätze geschaffen worden. Österreichschnitt 4,5 Prozent. Also, da sind wir Spitzenreiter. Statistik Weiz, Gott sei Dank, und da können wir alle stolz sein und wir hoffen, dass das noch lange so bleibt, derzeit nur 3,5 Prozent Arbeitslose. Steiermarkschnitt: 5,9 Prozent, Österreich: 6,5 Prozent. Wir sind Spitzenreiter, wir dürfen das nicht leugnen, können das nicht wegleugnen und müssen auch zu dem stehen und müssen da positiv, glaube ich, reden, dass man unsere privaten Unternehmer damit motiviert. Und genau die sind es und da muss die Politik jetzt greifen, wir müssen Rahmenbedingungen schaffen. Da sind wir gefordert und da passiert ständig was. Wenn ich jetzt denke an die Lehrlingsausbildungsentschädigung. Gerald Schöpfer, was die Metallerberufe betrifft zum Beispiel, da passiert Gott sei Dank was. Da müssen wir Rahmenbedingungen schaffen und einfach die Gesinnung der privaten Unternehmer, der Klein- und Mittelbetriebe und der Industrie mit tragen, dann werden wir in eine positive Zukunft gehen.

Danke schön für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 16.45 Uhr.)

Präsident: Zur tatsächlichen Berichtigung Herr Abgeordneter Gennaro.

Abg. Gennaro (16.45 Uhr): Aus gegebenen Anlass eine tatsächliche Berichtigung, damit die Zahlen auch im Protokoll festgehalten werden. Und, lieber Erwin Gruber, du hast schon bei der Budgetlandtagssitzung in deiner Rede gesagt, dass vor 15 Jahren und jetzt hast du es wiederholt, unter einem roten Kanzler von 3300 Beschäftigten auf 1800 abgewirtschaftet wurde. Diese Zahl ist einfach falsch, denn vor 15 Jahren waren in Weiz bei den Elin-Firmen 1586 Dienstnehmer, und nicht 3300. Heute sind nicht 1800, sondern 2122 Beschäftigte (Abg. Straßberger: „Das stimmt nicht!“) und mit den anderen Arbeitsplätzen in der Region, das, was ich gesagt habe, dadurch dass Subaufträge und Zulieferfirmen sind, handelt es sich um tatsächlich 8488 Arbeitsplätze, die auf dem Spiel stehen. Das ist die Berichtigung, das wurde auch im Unternehmen veröffentlicht. Und wenn du sprichst von „Ehrlichkeit in der Politik“, dann tu dich bitte erkundigen, genau informieren, bevor du falsche Zahlen in der Öffentlichkeit nennst und versuchst auch schlecht zu machen. Und was die Ausgliederung und die 15 Jahre betrifft darf ich eines sagen: Seit 1975 habe ich die leidvolle oder die ehrenvolle Aufgabe, man kann es wenden wie man will, die Elin zu betreuen als Gewerkschaftssekretär. Wir haben hier viele, viele Ausgliederungssituationen mitmachen müssen, auch, sage ich, in der Zeit, wo es eben sehr nach unten gegangen ist, Betriebsschwankungen was die Beschäftigung ist, aber heute stehen wird da und das gilt bitte zu verteidigen und da bist du mit in der Region, gerade als Abgeordneter aus der Region, aufgerufen. Tu bitte die Zahlen nicht verdrehen. Das war die tatsächliche Berichtigung. (Beifall bei der SPÖ. – 16.47 Uhr.)

Präsident: Herr Abgeordneter Gruber kurz bitte.

Abg. Erwin Gruber (16.47 Uhr): Hohes Haus!

Ganz kurz melde ich mich zu Wort. Was Kollege Kurt Gennaro gesagt hat bezüglich Budgetlandtag, stimmt. Ich habe damals die Zahl gesagt, vor 15 Jahren 3000 Leute. Das hat nicht gepasst, da bin ich falsch informiert worden, aber heute, wenn du aufgepasst hättest, habe ich die Zahlen richtig gesagt. Im Jahr 1969 3300 Leute und vor 15 Jahren 1989 1500 Leute. Und jetzt fast 2100, und das habe ich heute auch gesagt. (Abg. Gennaro: „1969, da haben wir 6000 bei den Wählern gehabt!“)

Ja, wir reden jetzt von der Elin und ich habe heute die Zahlen richtig gesagt. Damals, das war falsch, bin ich falsch informiert worden, aber heute habe ich sie richtig auf den Tisch gelegt und stehe trotzdem zu dem, die verstaatlichte Zeit ist Vergangenheit. Die Rahmenbedingungen für private Unternehmen müssen passen und für das werden wir sorgen. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 16.48 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Schleich bitte.

Abg. Schleich (16.48 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Regierungsmitglieder, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Kollege hat vorher mit den Worten geendet, die Rahmenbedingungen für die Privaten müssen stimmen. Ich gebe ihm vollkommen Recht, aber die Rahmenbedingungen für Betriebe, wo die öffentliche Hand beteiligt ist, müssen genauso stimmen und auch die öffentlichen Betriebe, weil überall, wo die Rahmenbedingungen nicht stimmen, kann nichts Erfolgreiches rauskommen. Aber wenn man heute da zugehört hat, habe ich geglaubt, ich bin in irgendeinem anderen Film, weil wenn man das ganz genau verfolgt hat, wie in einem Film, den es nicht gibt. (Beifall bei der SPÖ.)

Mir gefällt eines sehr gut, dass die ÖVP trotz der Misere, die es derzeit gibt, noch lachen kann und so lustig ist. Entweder nehmt ihr euch selber nicht ernst oder ihr wollt damit das verdecken. Ich habe auch ganz genau aufgepasst, lieber Freund, wer wo geklatscht hat und wer wo nicht, weil ich bringe euch jetzt eine Gegenüberstellung. Wenn man jetzt hernimmt alleine nur die Arbeitslosenzahlen, wie sie da genannt werden. Die „Kleine Zeitung“ werden ja die meisten von euch haben, wie ich auch, und wenn du da die Doppelseite vor kurzem gelesen hast, da war ganz genau vorgestellt die größten Arbeitslosenzahlen in der Steiermark seit die Regierung ist. Vielleicht habt ihr es euch angeschaut. Die größten Arbeitslosenzahlen seit der Regierung, seit 2000, auf der anderen Seite die Arbeitsplätze, und jeder weiß von euch, wie sich das verändert hat mit geringfügig Beschäftigten und Teilzeitbeschäftigten. Und wenn du wirklich hinter die Kulissen schaut, schaut das ganz anders aus. Sich dann hier her zu stellen und zu sagen, „aber international sind wir immer noch so gut“, ich sage immer so, wenn wir schlechter geworden sind, dann muss man uns daran messen, dass wir wieder besser werden. Und besser sind wir nicht geworden, sondern wir haben in den letzten Jahren hier enorme Nachteile erzielt. (Abg. Straßberger: „Als Unternehmer sagst du das?“ – Abg. Bacher: „So ein Blödsinn!“)

Ihr könntet eh alle rausgehen, ihr braucht mir nicht meine Zeit nehmen, aber jetzt kommen wir dort hin, wo es zur Privatisierung geht. Für mich unwahrscheinlich, nachdem ich selber Trafikant bin, wie ihr wisst, habe ich ja miterleben können damals, wie die Austria Tabak verkauft worden ist. Und mir ist das schon besonders am Herzen gelegen, weil wenn man auf einer Versammlung ist, wo ich ja auch schon die Frau Landeshauptmann gesehen habe, wo dann alle Vertreter der Trafikantinnen und Trafikanten steiermarkweit und wo man von Sicherheit spricht, ist damals eine große Unsicherheit auf die Trafikanten zugekommen und ihr werdet wissen, dass der Großteil dort benachteiligte Menschen sind, die eine Behinderung haben. Und deshalb dort Familien abgesichert sind und das sehr tief, glaube ich auch, in unsere Gesellschaft geht. Und wenn ich dann so einen Konzern verkaufe – und jetzt sage ich Ihnen, ein jeder von uns, der hier sitzt, hätte, wenn er das Geld von der Bank kriegt, es sofort kaufen können, weil in vier Jahren, es gibt kein Unternehmen, das du in vier Jahren finanzierst, aber die Austria Tabak hat sich in vier Jahren selbst finanziert – und wer so ein Unternehmen verkauft, man muss die Zahlen anschauen und die Gewinne, wer so ein Unternehmen verkauft, der muss sich wirklich überlegen, ob er von der Wirtschaft was versteht und ob das gut ist oder ob er diese Dividenden gebraucht hätte. (Beifall bei der SPÖ.)

Und das haben wir gemacht, liebe Freunde. Das ist gemacht worden in Österreich, es ist verkauft worden, ist heute in England, wie wir wissen, und es hat damals Arbeitsplatzgarantien gegeben. (Abg. Straßberger: „Warum hast du es nicht gekauft?“)

Ich hätte es gerne gekauft. Ich hätte mit Sicherheit nicht so viel Geld bekommen. Sie hätten es auch dir wahrscheinlich nicht gegeben, weil es war für andere bestimmt. Aber du musst deine obersten ÖVP-Chefs fragen, was oder wer sie bewegt hat das zu verkaufen. Da musst du fragen. Da tust du dir vielleicht leichter wie ich, ich tu mir da ein bisschen schwerer, ich kenne die nicht so gut. Aber man muss jetzt ins Detail gehen und im Detail liegt es ja. Damals hat es geheißen, Trafikanten, ihr braucht keine Angst haben, das Monopolgesetz bleibt. Ich will heute gar nicht sagen, welche Monopole entstehen woanders. Und es hat geheißen, die Arbeitsplätze sind gesichert. Wisst ihr, wann die Garantie abgelaufen ist? Mit Jahresende. Und wir haben heute vernehmen müssen, oder gestern ist es beschlossen worden, dass die Fabrik in Fürstenfeld geschlossen wird. Liebe Freunde, 50 Arbeitsplätze oder 48 ganz genau an der Zahl, weil sie es noch sind, die einzige Zigarrenfabrik in Österreich, wenn es dann auch nur ein Museum wird, ist der Erfolg dieser Privatisierung, in vier Jahren wäre es bezahlt worden. Welcher Landwirt – weil ihr immer von den Bauern redet – verkauft seine beste Kuh und hat noch die Melkmaschine daheim stehen? So hat die Regierung reagiert und genauso schaut es heute aus, liebe Freunde. (Beifall bei der SPÖ.)

Und wenn ich das jetzt vergleiche mit der VA-Tech und es geht wieder um Arbeitsplatzsicherung, dann können wir heute schon schauen, wann die ersten dort entlassen werden. Ihr wisst genau, dass da Konkurrenzunternehmen mit drinnen sind, dass es hier zu Entlassungen kommen wird, weil es schon programmiert ist. Dann gibt es eine Arbeitsplatzgarantie und am Schluss heißt es, keiner ist dafür verantwortlich. Und wenn sie ausläuft, wird natürlich abgebaut.

Aber was passiert – zurück zur Tabakfabrik nach Fürstenfeld, nicht nur die Menschen, die dort sehr lange einen Arbeitsplatz gehabt haben, das Vertrauen gehabt haben und wenn man sagt, da sind andere Arbeitsplätze, ich verstehe den Abgeordnete Majcen, geschaffen worden. Aber gestern habe ich noch in der Aussendung gelesen, dass die ÖVP sich bemühen wird, konstruktive Gespräche zu führen mit der Generaldirektion der Austria Tabak. Leider hat es anscheinend nichts geholfen, tut mir Leid auch für euch. Es hat nichts geholfen, die Schließung steht fest. Ich habe dann aber vom Landesrat Schöpfer vernommen, dass er in der Regierung und auch sonst in der Aussage gesagt hat, da werden wir helfen müssen, da werden wir fördern müssen. Ja, liebe Freunde, wenn wir die Einnahmen verkaufen und dann tun wir überall nur reparieren, überall wenn etwas zusammenbricht, tun wir nur reparieren und dreinfahren, mit was zahlen wir am Schluss, wenn wir das hergegeben haben, was eigentlich Gewinne gebracht hat? Wenn das Wirtschaftspolitik in der ÖVP ist, dann gute Nacht, wirklich! (Beifall bei der SPÖ.)

Da kannst wirklich nur sagen, wo sieht jemand noch einen Lichtblick? Bei euch ist alles so dunkel geworden. Wo ist die Wirtschaft daheim? Ist das wirtschaften? Die guten Fabriken verkauft ihr um wenig Geld, die in ein paar Jahren reinkommen, ins Ausland. Damit ist die Geschäftsschiene in Österreich freigegeben, weil das ganze Verkaufsnetz ist gegeben, habe ich kein Interesse in Wirklichkeit dort zu produzieren. Freilich kann ich sagen, die Zigarren haben keinen Gewinn abgeworfen, aber wir alle wissen, dass die gesamte

Tabakwirtschaft und auch diese große Firma sehr wohl eine der größten Vertreiber ist und das Netz braucht. Als Österreicher hätten wir gesagt, unsere einzige Zigarrenfabrik, und die gesamte Austria Tabak, die so viel Gewinne macht, kann sich das leisten das mitzuführen. Und die Leute hätten dort eine Arbeit und wir hätten nicht heute zusperren müssen. Das sind die Erfolge in Wirklichkeit aus diesem Privatisierungswahn. (Beifall bei der SPÖ.)

Und wenn wir heute uns bei der VA-Tech das anschauen, dann ist das heute schon programmiert, dass es in die gleichen Linien geht. Und wir können uns andere Dinge anschauen. Kann man sich das langfristig überhaupt leisten? Liebe Freunde, man könnte jetzt ins Detail gehen, die Leute, was sie dort miterlebt haben in den letzten Jahren, seit es verkauft ist, wie sich die Lage verändert hat, man merkt auf jeden Fall eines und das weiß ich aus persönlichen Erzählungen, man hat gemerkt, dass man nicht mehr wollte. Aber man wollte eines, den Vertrag einhalten, die Zeit einsparen, bis der Tag abläuft, dass man das vollziehen kann, was man eigentlich am Anfang geplant gehabt hat. Ich hoffe, dass in Zukunft das auch bei euch, liebe Freunde aus der ÖVP, aber natürlich auch aus der FPÖ, bei jeder Privatisierung wirklich überlegt wird, wann verkauft man was und verkauft man das, was etwas bringt und behalten wir uns am Schluss nur das, was nichts bringt, damit ihr vielleicht Recht habt und sagt, wir können nicht wirtschaften, weil alles Gute ist verkauft. Ich hoffe nur bald, dass sich das politisch verändert, damit dieser Privatisierungswahn aufhört, weil ich glaube, das bin ich den Bürgerinnen und Bürgern schuldig, und vor allem da muss ich wirklich sagen, wo ist die Frau Landeshauptmann, die etwas verspricht und dann, wenn es daneben geht, dazu keiner etwas sagt? Das ist unwahrscheinlich. (Beifall bei der SPÖ. – 16.57 Uhr.)

Präsident: Es hat sich der Herr Abgeordnete Wiedner zuerst gemeldet. Wiedner und danach Majcen.

Abg. Wiedner: Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren der steirischen Landesregierung! Sehr verehrte Mitglieder des Hohen Hauses!

Ich muss in einigen Punkten dem Kollegen Schleich, meinem Vorredner, Recht geben. Ich muss in ein paar Bereichen sicherlich anschauen, was man wann privatisiert. Ist richtig! Nur eines ist auch richtig. Auch verstaatlichte Betriebe und auch Betriebe, an denen die öffentliche Hand beteiligt ist, sind nicht vom Arbeitsplatzverlust und nicht vor dem Zusperrn gefeit. Auch dort gibt es die Probleme, das müssen wir auch wissen. Das müssen wir auch anerkennen.

Und es ist schon klar, Kurt Gennaro, dass du heute rausgehst nach dem Motto, „Gut gebrüllt, Löwe“, deine Übung hier ablieferst. Nur da, bei der Privatisierung der VA-Tech, geht es um eine andere Sache. Es ist vieles klar, es hat ein kleines Geplänkel gegeben zwischen dem Kollegen Straßberger und dir. Vielleicht misstraut ihr der Gitti Ederer, die im Vorstand der Siemens sitzt, weil ich habe den Tausender auch noch nicht gefunden, den sie uns vor ein paar Jahren versprochen hat. (Abg. Stöhrmann: „Das haben aber Experten bestätigt! Das übersiehst du; hättest gestern ZIB 2 sehen sollen!“)

Vielleicht misstraut ihr ihr. Aber ich glaube dem nicht, weil hinter der Siemens steht ein bisschen mehr als nur die Gitti Ederer allein, sondern da steht eine große Wirtschaftskraft. Und Siemens Österreich beschäftigt in Österreich nahezu so viele Leute wie VA-Tech weltweit, hat in Österreich nahezu so viel Umsatz wie VA-Tech weltweit Umsatz hat. Und hier davon zu sprechen, dass alles furchtbar wird, wenn die Siemens kommt, dann wird alles nur mehr zugesperrt, also das, bitte, lieber Kollege Kurt Gennaro, das glaubst du ja hoffentlich selbst nicht. Es ist schon klar, dass das heute gemacht werden muss. Es kommen ja wieder die Landtagswahlen, man kann dann in Weiz drüben etwas verkaufen. Aber ihr verkauft das falsche Produkt, lieber Kurt Gennaro.

Die Politik sollte die Rahmenbedingungen schaffen. Ich habe schon gesagt, die Politik soll die Infrastruktur schaffen für die Wirtschaftspolitik, sie soll die Rahmenbedingungen für die Ausbildung schaffen, aber sie soll nicht selbst Wirtschaft betreiben. Es ist in den letzten Jahren – und da brauchen wir jetzt nichts aufwärmen – immer in die Hosen gegangen, bitte. Wo sind die positiven Beispiele einer Beteiligung der öffentlichen Hand an Wirtschaftsbetrieben? Und wo, bitte, lieber Kollege Kurt Gennaro, lieber Kollege Schleich, wo sind die Konzepte der SPÖ zum Besserwerden in der Wirtschaftspolitik? Ihr stellt euch nur raus, schimpft über alles, ist eure Aufgabe, ist klar, aber wo sind eure Konzepte zum Besserwerden, bitte? (Abg. Prattes: „Lies den Power-Plan!“) Ich habe sie noch nicht gesehen, Herr Kollege! Ich habe sie noch nicht gesehen, ihr habt alles nur angeprangert, ihr habt nur gesagt alles, was schlecht ist, aber noch kein einziges Papier vorgelegt, wo ihr sagt, und damit könnte es besser werden. Wir haben Gott sei Dank in der Steiermark bei all der negativen Entwicklung und wir haben Gott sei Dank in Österreich – wie wir schon gehört haben – eine relativ gute Zahl an Arbeitslosen, eine relativ niedrige Zahl an Arbeitslosen, trotzdem, liebe Freunde, hört zu, dass wir in Wien eine so hohe Arbeitslosigkeit haben, trotzdem haben wir es geschafft in Österreich. Und ich würde hier bitten, wirklich ein bisschen bei der Wahrheit zu bleiben.

Zur Mitarbeiterbeteiligung: Ist im Prinzip ja nichts Schlechtes, wenn sich Mitarbeiter mit Aktien am Betrieb beteiligen. Nur, was wird aus dieser Mitarbeiterbeteiligung zwangsläufig? Es wird eine Beteiligung des Betriebsrates. Ist ja ganz logisch, diese ganzen Kleinaktionäre, die dabei sind, brauchen ja irgendwo einen Zusammenschluss und der findet sich natürlich logischerweise wieder im Betriebsrat. Vielleicht ist das das Problem, das ihr habt in dieser ganzen Sache. Ihr habt weniger Einfluss dann mit der Gewerkschaft. Ihr habt weniger Einfluss dann mit dem Betriebsrat in den Betrieben. (Abg. Prattes: „Geh, Karl, geh, Karl!“) Ist das euer großes Problem? Dann geht raus und sagt das, weil dann haben wir nicht mehr so viel mitzureden und

mitzubestimmen und wahrscheinlich hängt dort das Problem, das ihr habt. Oder sonst sagt zum ÖGB, bitte schön, liebe Freunde, da habt ihr ja ganz gute Kontakte dazu, auch wenn er überparteilich sein soll, da habt ihr ja ganz gute Kontakte dazu, und der ÖGB ist ja heute der größte Wirtschaftsbetrieb Österreichs, das wisst ihr auch, sagt, er soll sich beteiligen. Wieso mach der das nicht? Betretenes Schweigen sehe ich jetzt in den Reihen der SPÖ. Kein Wort zu dem ganzen Thema. Vielleicht schreibt ihr es jetzt mit, Kurtl. Das wäre eine gute Idee. Aber bitte, bei aller Freundschaft, tun wir nicht Betriebe, die in Österreich 16.000, 17.000 Leute beschäftigen, schlecht machen und ausschließen, sondern geben wir ihnen eine Chance. Es hat natürlich alles ein Risiko, das ist richtig. Im Leben ist nichts risikolos, aber bitte, wir müssen auch sehen, dass es einen Wandel gibt in der Wirtschaft. Und es ist nichts ewig, es wird immer Umstrukturierungen in der Wirtschaft geben. Es wird immer einen Wechsel geben und geben müssen und es gibt hier in der Geschichte keine Ewigkeit.

Die Hauptversammlung von gestern, die angesprochen wurde, das war klar, dass das im Endeffekt natürlich daneben geht, weil die Kleinaktionäre natürlich auch eine Aufbesserung des Angebotes von 55 auf etwas 60 Euro erwartet haben, das war klar. Wobei aber mir auch nicht klar ist, ich glaube, das versteht auch keiner, dass jemand, der von mir aus mit 51, 52 Prozent an einem Betrieb beteiligt ist, dann nur 25 Prozent des Stimmrechtes maximal hat, das kann es ja bitte schön auch nicht sein. Was würde die SPÖ sagen, wenn da 30 Abgeordnete herinnen sitzen, aber nur zehn dürfen abstimmen? Das kann es ja bitte auch nicht sein. Das ist vollkommen klar, dass auch hier die Mehrheitsverhältnisse, wie sie sich beim Aktienpaket widerspiegeln, auch in den Abstimmungen so sein müssen. Dass das natürlich auch einen finanziellen Hintergrund hatte, ist klar.

Also, bitte, wir werden dem Antrag der SPÖ in dem Fall sicherlich nicht zustimmen. Wir wollen hier die Möglichkeit geben, dass ein Privater, der noch immer besser wirtschaftet als es die Verstaatlichte jemals getan hat, die Chance bekommt, Siemens ist ein seriöser Partner und Siemens wird auch darauf schauen, dass weiterhin die Arbeitsplätze in der Steiermark gesichert bleiben. (Beifall bei der FPÖ. –17.05 Uhr.)

Präsident: Herr Abgeordneter Majcen bitte.

Abg. Majcen (17.05 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat, meine Damen und Herren!

Ich will versuchen das relativ sachlich darzustellen, weil es uns allen miteinander nichts nützt, wenn wir diese Dinge in eine Bahn lenken, die dann lautet: Alles, was in Österreich auf dem wirtschaftlichen Sektor passiert, hat diese furchtbare Bundesregierung, unter Anführungszeichen, veranstaltet. Ich bin selber erstens einmal betroffen über die Schließung der Austria Tabakwerke in Fürstenfeld. Sage aber Folgendes dazu, meine Damen und Herren. Diese Fabrik besteht seit über 220 Jahren und hat in ihrer Hochblütezeit um die Jahrhundertwende des vorigen Jahrhunderts, also so um 1900, 2200 Beschäftigte gehabt. Das war für die ganze Region ein Segen, weil damals hat es noch überhaupt keine Industriearbeitsplätze in der Oststeiermark gegeben und sehr viele Leute aus bäuerlicher Struktur mit den Frauen konnten dort Arbeit finden. Und das ist so gegangen bis in die fünfziger Jahre, hat dann die Mechanisierung, die Automatisierung sehr stark gegriffen und hat dazu geführt, dass seit ungefähr 15 Jahren oder 20 Jahren dort im Schnitt nur mehr zwischen 40 und 60 Beschäftigte sind, und zwar im Büro, Produktion, Lager, Auslieferung und so weiter. Das heißt, der Betrieb beschäftigt derzeit 48 Personen. Hat in den letzten Jahren sukzessive Leute abgebaut, auch noch im Besitz des Staates, nur dass ich das dazusage, also auch als ATW. Es gibt dort Zusatzpensionen, also Zweitpensionen für die Damen und Herren, die dort beschäftigt sind, nichts Schlechtes, ich zähle es nur auf, und die Letzten, die also voriges und vorvoriges und vor fünf Jahren gegangen sind, haben zum Teil Entschädigungen bekommen, Zuzahlungen zur Pension oder bis zur Pension, das heißt, die Firma hat sozial sehr verantwortlich und verträglich gehandelt.

Jetzt kommt der zweite Punkte, meine Damen und Herren. Sie alle kennen die Antitabakstimmung in Österreich und in Europa. Der Absatz der in Fürstenfeld produzierten Zigarren ist ständig zurückgegangen. Die ausländische Konkurrenz auf Grund von billigeren Produkten ist größer geworden und die Riesenfirmen, die es auf der Welt gibt, die Deutschen, die Engländer, die Amerikaner, die Franzosen mit einem ganz anderen Werbeauftritt haben natürlich stark zugenommen. Das führt dazu, dass dann irgendwann einmal die Situation eintritt, dass die Firma, und das war in den letzten Jahren schon so, defizitär geführt wird und eigentlich hat die Zigarette die Zigarre am Leben erhalten. Wir waren froh darüber und wir waren stolz auf diesen Betrieb. Wir sind es heute noch.

Und jetzt plötzlich ist vor wenigen Tagen dieses Schließungsgerücht aufgetaucht. Jetzt sage ich Ihnen was. Der Firmenleiter in Fürstenfeld, der Filialleiter hat gesagt, das regt mich gar nicht auf, das ist jetzt zum fünften Mal, dass man innerhalb von zehn Jahren darüber redet, dass wir geschlossen werden. Die Schließungsdiskussion hat es unter ATW gegeben und jetzt unter Gallaher wieder und daher haben die gesagt, das regt uns gar nicht auf. Aber werden wir einmal sehen. Und gestern oder vorgestern ist dann gesagt worden, dass bei einer gestrigen Sitzung der Vorstand dem Aufsichtsrat vorschlagen wird, die Firma mit Jahresende, also Ende des Jahres 2005, zu schließen. Das ist bitter, das tut uns weh, das ist ein Traditionsbetrieb, aber das ist letztendlich der Lauf der Dinge. Und von irgendjemandem zu verlangen, er soll aufschreien, ja, dafür kann gar niemand aufschreien. Ich sag Ihnen was, im Jahr 1980 ist die Firma Eumig bei uns zugrunde gegangen mit 2000 Beschäftigten, dort hat der Herr Kreisky aufgeschrieen, und trotzdem haben sie es zugesperrt. (Beifall bei der ÖVP.)

Da war aber nichts, und jetzt sage ich Ihnen einmal was. Wir waren damals, ich war dabei, wie wir beim damaligen Vertreter des Kapitals, beim Herrn Länderbankgeneraldirektor Vranitzky waren, der hat gesagt: „Bitte, ich führe die Firma gerne weiter, geben Sie mir 4 Milliarden Schilling, so viel sind die Schulden der Firma Eumig.“ Und der Herr Finanzminister Salcher hat damals gesagt: „Ja, bitte, ich kann mich da nicht einmischen. Wir können doch nicht Steuergeld in einen privaten Betrieb hineingeben. Wo kommen wir denn da hin?“ Ja, bitte, was war denn damals? Jetzt tut nicht so herum. Und deswegen wehre ich mich dagegen, dass diese sehr, wie gesagt wird, doch „verträgliche“ Lösung kommt. Wir können sie nicht ändern. Aber wir können um eine gute Lösung ringen. Und jetzt sage ich noch etwas dazu. Diese Austria Tabak in Fürstenfeld hat eine Tochter gehabt, eine 100-Prozent-Tochter Altesse. Diese Tochter ist weggekommen im Zuge des Verkaufs, hat sich verselbstständigt und ist von einem amerikanischen Privatmann als Einzelbetrieb aufgekauft worden und hat mit Unterstützung des Landes Steiermark, Wirtschaftsförderung über Intervention in der Steiermark gebaut, obwohl es im Burgenland Angebote gegeben hat, und beschäftigt statt bisher 30 bis 40 oder 50 Leute 280 Personen seit dem vorigen Jahr. Ja, wo ist da der Aufschrei, der positive, dass man sagt, super, in der Region geht was weiter? Kein Wort, in den Zeitungen überwiegend gar nichts zu lesen.

Das heißt, aus dieser ATW ist ein neuer Betrieb hervorgegangen, der 280 Beschäftigte hat, der modernst ausgestattet ist. Die Maschinen werden in Österreich produziert, werden sich in Österreich sozusagen in der Wertschöpfung niederschlagen und da muss man sagen, das ist der Zyklus der Dinge, die sich entwickeln. Seien wir froh darüber! (Abg. Schleich: „Zum Glück, Franz. Zum Glück!“)

Zum Glück! Gott sei Dank zum Glück! Und so geht es uns allen. Und daher wehre ich mich dagegen, dass diese Sache miesgemacht wird. (Abg. Schleich: „Trotzdem ist die Austria Tabak verkauft worden!“)

In dem Moment, wo diese Schließungsgerüchte aufgetaucht sind, hat der Herr Landesrat DDr. Schöpfer, hat die Frau Landeshauptmann Klasnic von der Firmenleitung eine Stellungnahme verlangt, die haben sie bekommen. Die Stellungnahme war die, dass im Laufe dieses Jahres zugesperrt wird. Das muss man zur Kenntnis nehmen. Wir werden schauen, was wir tun. Es ist Ihnen alles angeboten worden. Der Arbeitsmarkt ist trotzdem sehr gut. Und für die Leute, die dort beschäftigt sind, wird hoffentlich gut gesorgt werden.

In diesem Sinne danke ich herzlich! (Abg. Schleich: „Die Arbeitsplatzgarantie ist abgelaufen und closed!“ – Beifall bei der ÖVP. – 17.12 Uhr.)

Präsident: Wortmeldung des Herrn Landesrates DDr. Schöpfer. Herr Landesrat, bitte!

Landesrat DDr. Schöpfer (17.13 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Vielleicht ein paar Worte zur allgemeinen Beschäftigungslage, weil da hier ein paar negative Zwischentöne zu hören waren. Es sind im vergangenen Jahr in der Steiermark insgesamt rund 6000 neue Arbeitsplätze geschaffen worden. Und laut Joanneum Research, die sich diese Zahlen sehr genau angeschaut haben, war das im Wesentlichen im produzierenden Bereich, das heißt keine Teilzeitarbeitsplätze, wie sie überwiegend im Handel angeboten werden. Also in einer Sachgüterproduktion, wo es letztes Jahr etwa durch den Anlauf einer neuen Serie bei Magna tatsächlich einen großen Schub gegeben hat. Und ich darf sagen zu den Regionaldaten, und das sind die Daten vom Hauptverband der Österreichischen Sozialversicherungsträger, in Fürstenfeld, weil heute so oft von der Tabakfabrik gesprochen wurde, gab es ein Plus von 319 Arbeitsplätzen, in Weiz ein Plus von 648 Arbeitsplätzen. Und wenn Sie sich die Prognosen anschauen, wie es im heurigen Jahr weitergehen wird, so darf ich sagen, vor ungefähr drei Monaten hat Joanneum Research eine Prognose veröffentlicht mit einem Plus von 4500 Arbeitsplätzen. Gestern ist von dem Wiener Institut Synthesis eine neue Prognose verlautbart worden, wo drinnen steht, dass sich der Arbeitsmarkt in Österreich sehr stark segmentieren wird. Es gibt drei Regionen, drei Bundesländer, die sozusagen die Gewinner sind, eine starke Dynamik haben. Und es gibt Bundesländer, wo dieses Wachstum der Beschäftigung eher etwas stagnierend und langwierig ist. Zu den Gewinnern zählen – und wenn ein Oskar heute überreicht werden soll – neben Oberösterreich und Niederösterreich die Steiermark mit prognostizierten 5109 Arbeitsplätzen im heurigen Jahr. (Beifall bei der ÖVP.)

Und zu jenen Regionen, wo es nicht so flott weitergeht, zählt das sozialdemokratisch dominierte Wien. Das heißt, das Wachstum der Arbeitsplätze in absoluten Zahlen wird in der Steiermark fünfmal so hoch sein als in Wien.

Und in dem Sinne, lieber Kurt Gennaro, herzlichen Dank für den Job-Oskar. Die Steiermark hat ihn wirklich verdient und werde ihn in dem Sinne in Ehren tragen. Danke vielmals! (Abg. Gennaro: „Der war für die Frau Landeshauptmann, nicht für Sie!“)

Es ist dann in den Diskussionsbeiträgen, ich möchte sagen, Äpfel mit Birnen, aber doch die Branche Tabak mit der VA-Tech vermischt worden. Und zum Tabak vielleicht ein paar Worte. Schließungsgerüchte hat es seit langer Zeit gegeben. Und Franz Majcen hat schon darauf hingewiesen, dass voriges Jahr die Firma ALTESSE entstanden ist beziehungsweise neu positioniert worden ist, gegenüber vom Flughafen ein vollkommen neues Gebäude auf grüner Wiese, eine Investition von rund 10 Millionen Euro in Fürstenfeld. 280 Arbeitsplätze, also nicht ohne. Und ich darf sagen, in der Tabakbranche gibt es international große Probleme. Es ist richtig schon gesagt worden, dass die Antiraucherkampagnen greifen, dass es auch eine schwierige Frage ist, inwieweit soll die öffentliche Hand hier die Produktion fördern, wenn sie auf der anderen Seite am Gesundheitssektor natürlich mit Tabakkonsum ein Problem hat. Ich darf sagen, ich habe mit Dr. Donis vorige Woche telefoniert und es ist die Abwägung, was ist wichtiger, die Arbeitsplätze jetzt oder die Frage Gesund-

heit? Ich habe ihm angeboten, falls Gallahar den Standort Fürstenfeld, wo Neuinvestitionen für das Überleben notwendig gewesen wären, sichern will, würden wir, weil es Grenzland ist, weil es Ziel-2-Gebiet ist, durchaus hier Förderungen uns vorstellen können. Wir sehen, dass aber die Einbrüche im Umsatz derart dramatisch sind, dass nicht nur Gallahar, wenn Sie die heutigen Wirtschaftsnachrichten sich genau anschauen, es ist soeben die Meldung reingekommen, dass das berühmte holländische Tabakhaus und der Zigarrenfabrikant Rittmeister seine größte Produktionsstätte in Holland mit Zigarrenfabrikation schließt. Das heißt, das sind strukturelle Probleme und ich würde sagen, die Frage, ob das jetzt ein Privatbetrieb ist oder ein staatlicher Betrieb, macht keinen Unterschied. Sie können nicht hochpreisige Zigarren oder Zigarillos weiterproduzieren, wenn der Absatz nicht gesichert ist. Das heißt, unsere Aufgabe wird es sein, in Fürstenfeld mit einer Ausweitung des Gewerbeparks mit einer Unterstützung der Unternehmen, die große Investitionspläne haben, für weitere und qualitätsvolle Arbeitsplätze zu sorgen und dieses Versprechen kann ich abgeben. (Beifall bei der ÖVP.)

Punkt zwei, VA-Tech: Ich bin, als erstmals Übernahmegerüchte aufgekommen sind, in der Steiermark von der Sozialdemokratie sehr geprügelte worden für meinen Hinweis, dass Siemens nicht der schlechteste aller Partner wäre. Und der Hinweis darauf, dass Siemens in der Steiermark viele Arbeitsplätze gesichert hat und wer sich etwa die Situation der Verkehrstechnik anschaut, wo man vor dem Zusperrten war, und heute haben Sie das Weltkompetenzzentrum von Siemens in diesem Bereich in der Steiermark, dann muss ich sagen, das schaut nicht ganz schlecht aus. Und ich freue mich, dass inzwischen, als der zweite Anlauf gemacht wurde, ich offenbar Zustimmung bekommen habe in Reihen, wo ich es nicht vermutet habe. Es hat Gusenbauer deutlich erklärt, man soll Siemens nicht schlecht machen. Es hat der Finanzstadtrat Rieder, der übrigens in Bezug auf Mitarbeiterbeteiligung eigentlich inaktiv war, er hat gesagt, bei Siemens kann man sich verlassen, in dem Sinne, wird in Wien kein Cent im Budget für eine Mitarbeiterbeteiligung reserviert. Da waren wir in der Steiermark sogar noch – ich möchte sagen – unter Anführungszeichen „progressiver“ und haben Modelle ausgearbeitet. Und ich darf sagen, bei Siemens sind ja Leute, auf die man vertrauen kann. Das Unternehmen ist seit 125 Jahren in Österreich tätig und Leute wie Ederer sollten auch ihnen das Vertrauen geben, dass hier nicht Schurken am Werk sind, sondern Leute mit Charakter. Wie gesagt, wenn man sich auch die Aussagen von Sernetz und von Walch anhört, die gesagt haben, man kann eigentlich nicht nur von einer feindlichen Übernahme sprechen. Und das schlechteste Szenario, das im Moment sich ereignen könnte – ich zitiere jetzt eigentlich Sernetz und Walch, das heißt, die Chefs von VA-Tech – wäre, wenn die Übernahme nicht passiert. Denn was passiert, wenn die Übernahme nicht gut geht? Wer sind die Finanzgruppen, die sonst noch Aktien halten? Bei Siemens wissen sie, woran sie sind, ein Unternehmen, das seit 125 Jahren in Österreich Verantwortung zeigt. Und es ist ja die österreichische Siemens, die übernehmen würde. Bei den anderen Finanzgruppen sind sie im Ungewissen. Also so betrachtet, würde ich sagen, es ist scheinbar, dass die Wünsche von Sernetz und Walch in Erfüllung gehen und Siemens als seriöser Partner im Spiel bleibt.

Ich darf noch etwas sagen, weil ich in dieser Frage sehr genau bei den Gesprächen bei Pühringer und Riedler nachgefragt habe, diese Garantie für Weiz über 18 Monate ab Übernahme ist ja nicht eine reine Standortgarantie, weil da kann man ziemlich sagen, na gut, da bleibt halt der Portier dort und alles andere wird ausgeräumt. Es ist eine volle Arbeitsplatzgarantie und auf meine Nachfrage ist auch garantiert worden, dass hier nicht die Leute pendeln müssen woandershin, sondern dass diese Arbeitsplätze in Weiz gesichert werden. Mir ist klar, dass es Unsicherheiten gibt, dass Siemens wahrscheinlich nachbessern wird müssen, aber es wäre glaube ich gut auch für die Mitarbeiter für VA-Tech, wenn diese Unsicherheiten, die es derzeit gibt, möglichst bald beseitigt werden. (Beifall bei der ÖVP. – 17.21 Uhr.)

Präsident: Bevor ich zur Abstimmung komme, meldet sich der Herr Abgeordnete Gennaro.

Abg. Gennaro (17.21 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren, Herr Landesrat! (Abg. Mag. Drexler: „Hast du nicht schon gesprochen zu diesem Thema?“)

Der Oskar ist nicht für Sie, nicht, dass Sie das verwechseln. Es kommt mir so vor, Sie beanspruchen den so wie der Steven Spielberg, der den Oskar für sich reklamiert für die beste Frauenrolle.

Mitarbeiterbeteiligung, Herr Landesrat. Das, was Sie sagen, ich habe das Gefühl, Sie verstehen das nicht. (Abg. Mag. Drexler: „Kennst du die Frauen alle in diesem Land?“)

Ich bin kein doppelter Doktor, kein Professor, ich studierte nicht, aber eines muss ich Ihnen sagen, Sie haben von der Arbeitswelt, und das müssen Sie sich von mir gefallen lassen, nicht viel Ahnung, denn sonst würden Sie da anders reden. Ich schätze Sie, weil Sie sehr intelligent sind, viel wissen, aber von der Arbeitswelt, da sind Sie weit daneben. Die Mitarbeiterbeteiligung, meine Damen und Herren und lieber Herr Landesrat, die war immer gedacht, wenn die VA-Tech nicht verkauft wird, wenn die ÖAG den Kernbereich behält, ja für so deppert dürfen Sie keinen halten, wenn alles verkauft wird und die Mitarbeiter beteiligen sich und müssen noch zuschauen, wenn ihr Geld auch noch flöten geht. Also, da habe ich mir von Ihnen schon ein bisschen mehr erwartet. Und was die Beschäftigungsgarantie ist, ich glaube, Sie wollen das nicht verstehen. Es geht ja nicht, dass man eine Firma schlecht macht oder dass man einen Privaten schlecht macht, überhaupt nicht, aber wir wissen, ich bin weder mehr in der Gewerkschaft noch sonst was, aber ich lebe mit und ich werde mein Gewand nie ablegen. Die Mitarbeiter, die Sorge der vielen 1000 Mitarbeiter, der Familienangehörigen, dass, wenn diese 18 Monate Arbeitsplatzgarantie, von der Sie reden, wissen Sie, was das ist? Erkundigen Sie sich. Sie wissen es ganz genau, nur sagen tun Sie es nicht. Die können es sich gar nicht erlauben, dass sie innerhalb dieses Zeitraumes einen weggeben, vielleicht ein paar und auf der Hand

abgezählt ist es immer möglich, weil die Aufträge abgearbeitet werden müssen. Nur fragen Sie einmal in den Betrieb hinein, was für 2005 und 2006 für Aufträge da sind, null! Und das ist eine Arbeitsplatzgarantie, wo die Leute wissen, wenn wir das abgearbeitet haben, dann können wir marschieren und auf das wollen wir bitte hinweisen. (Abg. Majcen: „Das ist nicht so einfach!“)

Rechtzeitig, dass, wenn irgendetwas passiert, Arbeitsplätze kommen. Und wir freuen uns als Sozialdemokraten über jeden zusätzlichen Arbeitsplatz in der Steiermark, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.) Wir haben eh noch immer zuwenig. Und wenn man sich so genussvoll da herstellt und sagt: „Schaut die Wiener, dort ist ein roter Landeshauptmann, dort ist die Situation viel schlechter.“ Gerade haben Sie früher gesagt, profitieren tut Niederösterreich und Sie wissen auch ganz genau, warum in Wien die Probleme entstehen.

Erstens einmal hauen sie die Beamten nach der Reihe hinaus. Bei der Bundesbahn und überall werden die Leute freigesetzt. (Abg. Wiedner: „Das aber quer durch Österreich!“)

Post, überwiegend ist im Bundesland Wien die Auswirkung. Die Betriebe gehen nach Niederösterreich, dort sind die wahren Profitierer, weil der aus dem Kernbereich, Stadtbereich rausgeht auf Grund verschiedener struktureller Probleme, die sich ergeben. So schauen wir aus, Herr Landesrat. Das ist für mich keine Frage. Und wenn Sie immer wieder sagen, wir sind eh die Besten. Ja, klatscht einmal, ich versuche einmal wirklich alle 44.000 Arbeitslose in der Steiermark in der Stadt zusammenzubringen und dann stellt euch hin und klatscht, wir haben eine so gute Arbeitsplatzsituation, wir haben keine Arbeitslosen. Jeder einzelne Arbeitslose, da ist keiner da von euch, der für den redet, ist einer zu viel. Da hängen Familien und Existenzsorgen darauf, meine Damen und Herren. Und deswegen werden wir nicht aufhören. (Beifall bei der SPÖ.) Sind wir stolz, wenn wir sagen, wir haben in Österreich 350.000 Arbeitslose? (Abg. Mag. Drexler: „Aber nie im Leben. Was du wieder daherredest!“)

Die höchste seit 2000, wo alles gut geht.

Ich warne euch eines davor. Ich habe das immer wieder gesagt, nachlesbar. Ich wünsche mir nicht, dass jemals wieder in der Automobilindustrie so eine Situation entsteht wie bei Steyr Daimler Puch, wo man in einem Jahr über 1700 Arbeitnehmer freisetzen hat müssen. Ja, glaubt ihr denn wirklich, oder seid ihr so naiv, dass die ganze Automobilproduktion, Österreich war immer anders in der Konjunktur, im Zyklus immer anders in der Autoindustrie, glaubt ihr nicht, dass die ganzen Probleme von der Bundesrepublik irgendwann da nach Österreich kommen? Und glaubt ihr, dass nur mit diesen so genannten teuren Automobilen Mercedes, BMW, die Unsummen kosten, dass das immer wieder für da gewährleistet ist? Schaut euch an, was dann passiert, ich will es nicht verschreien, ich wünsche mir, das ist nachlesbar, dass das bitte nie, nie eintreten wird, weil sonst haben wir die Katastrophe perfekt. Und rechnet einmal nach, rechnet einmal nach, wenn ihr hergeht und sagt, ja, die Beschäftigung steigt, wir haben immer mehr. Herr Landesrat, das Joanneum Research, ich will es nicht bezweifeln, da gibt es Untersuchungen, aber die Zahlen sprechen für sich. Und wenn einer eine Statistik anschaut, Statistik kannst immer fälschen wie man es will, weil Sie haben gesagt, für Sie ist das Lehrlingsproblem gelöst. In Wahrheit haben wir das nicht gelöst. Wir haben Ansätze gehabt, wir müssten nur was weitertun. Tatsächlich, letzte Zahlen, haben wir mehr Lehrstellensuchende als wir voriges Jahr gehabt haben. Also hat sich an der Situation nichts verbessert. Die SPÖ, die bösen Buben, tun immer schlecht machen und sagen, es nimmt keiner Lehrlinge. Die Zahlen sprechen dafür, dass wir Recht haben. Ich bedaure, dass wir Recht haben, dass es nicht mehr Arbeitsplätze gibt und mehr Lehrlingshilfen gibt. (Abg. Hammerl: „Das wünschen wir uns alle!“ – Abg. Drexler: „Jawohl! Du bist nur glücklich, wenn es eine Krise gibt!“)

Und wenn man noch redet von der Brigitte Ederer, der ist eh bei der Botschaft das Gesicht eingeschlafen. Braucht keine Angst zu haben, mir ist die Brigitte Ederer genauso Wurscht und über den Tausender habe ich am Anfang auch gelacht, aber vielleicht habt ihr nicht geschaut, weil da habt ihr anderweitig zu tun. Experten haben sogar nachgewiesen, da habe ich blöd geschaut, dass mehr als ein Tausender hereingekommen ist von der Ederer. Nicht im ersten Jahr, sondern in dem nächsten. (Beifall bei der SPÖ.) Bedankt euch bei ihr, sie hat ja hellseherische Fähigkeiten gehabt. Sie hat damals schon gesagt, dass wir profitieren werden, meine Damen und Herren. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Die ist ja jetzt bei Siemens!“)

Hat damit nichts zu tun. Ihnen, Herr Landesrat, und dir wird das Lachen auch noch vergehen, brauchst keine Angst zu haben. Wenn ihr euch dann rausstellt, wenn die Situation ernst wird draußen, die Leute wissen eh, was ihr versprochen habt, und auch der Herr Bundeskanzler Schüssel und jetzt wollt ihr mir noch einmal weis machen, dass ich früher nur Show gemacht habe. Was ist denn Show? Ist das nicht Show, wenn der Schüssel sagt, er zieht die Notbremse? Für ihn sei klar, dass es ein Aufgeben des Unternehmens nicht geben darf, dazu müssen wir, die 15-Prozent-Aktionäre, Sorge tragen, dass die VA-Tech eine Industrieperle ist und die ÖAG muss an Bord bleiben und im Notfall bei einer Kapitalerhöhung mitziehen. Das waren Versprechungen, leere Versprechungen. Das, was ich gemeint habe, das ist Show, meine Damen und Herren. Und das werden die Beschäftigten vor Ort sicherlich ganz genau registrieren.

Und der Kollege Majcen hat so auf die Tränendrüse gedrückt und hat gleich die Eumig gesagt. Weil euch fällt immer nur das ein. Da habe ich keinen Majcen gesehen da unten. Da ist der Schrammel mit mir unten gewesen, wie Eumig zugesperrt hat. Da waren wir jeden Tag unten, weil wir für die Belegschaften schauen haben müssen, die Insolvenz abzuwickeln und, und, und. (Abg. Majcen: „Da war ich noch gar nicht im Landtag!“)

Ja, war sein Vorgänger. Der Schrammel hat eh gewusst, wie die Situation ist, der hat so etwas nicht gesagt. Der war mit dabei dann in der Endphase, sonst stehen wir eh immer alleine dort. Nur, damals, bitte, hat man auch versucht, versucht und dass das nicht eins zu eins rüberkommen ist, dazu bekenne ich mich, da hat man die Schrack installiert unten, wie du genau weißt (Abg. Majcen: „Ist schon wieder lange weg!“), ja, aber ist ja Wurscht. Dafür sind wieder andere Bereiche gekommen. Firma Verdichter ist kommen, aufgestockt, die Firma Stahlcord. Wieso ist denn der Gewerke Pengg abgerissen, als er pleite gemacht hat unten? Da müssen wir Förderungen geben, der Pengg hat die Marie kassiert. Er ist in Thörl eingegangen, überall weggegangen. Da habt ihr noch nie was gesagt, dass das schlechte Wirtschaftspolitik ist. Das sind eure Experten. Assmann und, und, und. Ihr legt nur immer die alte Platte der Verstaatlichten auf. Sagt danke schön, dass man sich dazu bekannt hat, sonst könnten heute eure nahe stehenden Leute die Betriebe nicht kaufen und sich beteiligen. Assmann ist in der damaligen Voest Alpine als Aufsichtsrat gesessen. Der hat sich alles Klasse herausgeholt und war nicht so gut. Ist sogar strafrechtlich verfolgt worden, um mich vorsichtig auszudrücken.

So, meine Damen und Herren – (Präsident: „Herr Abgeordneter, 15 Minuten, Sie wissen!“) Ja sofort, eine Minute, dann bin ich gleich fertig.

Weil ihr immer redet von der Verstaatlichung, dass das ein Problem ist, habt ihr schon vergessen, dass der Staat die Gesellschaft für Bundesbeteiligung Industrie ins Leben gerufen hat? Ja, was glaubt ihr denn, wo heute die Obersteiermark wäre? Was glaubt ihr denn, wo bitte der Bergbau Fohnsdorf beschlossen worden ist? Es ist die Eumig damals hingestellt worden, dann ist der Androsch hineingekommen. In Spielberg hat man die Austria Email hingestellt. In Spielberg hat man die ATB hingestellt, als Ersatzarbeitsplätze. (Präsident: „Bitte zum Schlusswort zu kommen!“) Letzter Punkt, Herr Präsident. Du weißt, ich halte meine Redezeit immer ein, aber wenn fünf reinschütten, muss ich aufwischen. (Abg. Wiedner: „Power-Plan!“) Und dir, lieber Wiedner, schenke ich den Power-Plan, damit du endlich einmal weißt, was Wirtschaftspolitik ist. (Beifall bei der SPÖ. – 17.30 Uhr.)

Präsident: Damit kommen wir zur Abstimmung. Tagesordnungspunkt 16.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen.

Bitte, wer gibt diesem Tagesordnungspunkt seine Zustimmung? Danke. Gegenprobe.

Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen.

Damit kommen wir zu Punkt

17. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 2075/1, betreffend stichprobenweise Prüfung der Systematik der Kreditevidenzen in der Landesverwaltung.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Ferstl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ferstl (17.31 Uhr): Der Ausschuss für Kontrolle hat in seiner Sitzung am 11. Jänner 2005 über den Bericht des Landesrechnungshofes, betreffend stichprobenweise Prüfung der Systematik der Kreditevidenzen in der Landesverwaltung, Einl.-Zahl 2075/1, beraten.

Der Ausschuss für Kontrolle stellt daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen, diesen Bericht des Landesrechnungshofes zur Kenntnis zu nehmen.

Ich bitte um Annahme. (17.32 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Eine Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nicht vor. Ich komme, meine Damen und Herren, schon zur Abstimmung.

Tagesordnungspunkt 17, Achtung, meine Damen und Herren: Wenn Sie dem Antrag des Berichterstatters Ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen und stelle dazu die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen damit zu Tagesordnungspunkt

18. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Antrag, Einl.-Zahl 1985/1, der Abgeordneten Lechner-Sonnek, Hagenauer und Mag. Zitz, betreffend Überprüfung der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Peter Hagenauer und hat sich unmittelbar danach auch zu Wort gemeldet. Herr Abgeordneter, Ihr Bericht bitte.

Abg. Hagenauer (17.32 Uhr): Der Ausschuss für Kontrolle hat in seiner Sitzung am 11. Jänner 2005 über den genannten Antrag Beratungen durchgeführt.

Bei der Abstimmung fand der Antrag nicht die erforderliche Mehrheit.

Der Ausschuss für Kontrolle stellt daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Kontrolle, betreffend Überprüfung der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung, wird zur Kenntnis genommen. (17.33 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung. Herr Abgeordneter, Ihre Wortmeldung, bitte. Gibt es weitere Wortmeldungen? Ich ersuche Sie um Ihre Meldung. Danke!

Abg. Hagenauer (17.33 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Mitglieder der Landesregierung! Zuhörer!

Ich fasse mich kurz. Es ist nicht das erste Mal, dass die Grünen diesen Antrag stellen. Wir sind trotzdem der Meinung, dass er in dieser politischen Situation am Beginn eines Landtagswahlkampfes sehr wohl seine Berechtigung hat. Nämlich dass, wenn man der Meinung ist, dass vor diesem Hintergrund eine Prüfung gerechtfertigt ist und das Signal setzen will im Lande, dass man hier mit Steuergeldern sorgfältig umgeht und eine entsprechende politische Kultur im Lande realisieren will und weiters nichts zu verbergen hat, dann wäre ein derartiger Schritt aus unserer Sicht notwendig und zu unterstützen. Ich verweise auch darauf, dass das Thema Öffentlichkeitsarbeit der Mitglieder der Landesregierung immer wieder Gegenstand war von durchaus kritischen Berichten, dass die Frau Landeshauptfrau selbst seinerzeit am Höhepunkt dieser Debatte festgehalten hat, dass es Einsparungspotenzial gibt und auch dass in anderen Bundesländern mehrfach Landesrechnungshöfe zu Recht, wie wir glauben, genau diesen Bereich von Zeit zu Zeit unter die Lupe genommen haben. Ich gehe daher davon aus, dass dieser unser Bericht heute einstimmig angenommen wird und danke Ihnen schon im Voraus für die Annahme. (Beifall bei den Grünen. – 17.35 Uhr.)

Präsident: Ich danke! Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor. Meine Damen und Herren, wenn Sie dem Antrag des Berichterstatters Ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen, wer die Zustimmung gibt, meine Damen und Herren. Gegenprobe.

Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen.

Meine Damen und Herren, die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft ersuche ich nun, sich zur Beratung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2112, betreffend Aktionsprogramm „Haftungsübernahmeaktion für steirische Kleinbetriebe“, in den Rittersaal zu begeben. Im Anschluss findet dann der Ausschuss für Verfassung und Verwaltungsreform statt über die Regierungsvorlage zum Thema „Landespersonalvertretungsgesetz“.

Im Anschluss an die Sitzungen des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft sowie des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform findet dann die 70. Steiermärkische Landtagssitzung statt. Gegenstand sind dann die Berichte des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform.

Die Sitzung ist geschlossen (17.37 Uhr).